Anerkennung des Talentes, des Fleißes, des wirklich Geschaffenen. — Es ist Unkenntniß der Thatsachen oder Verleumdung, wenn man der Arbeiterbewegung den Zweck zuschreibt, sie wolle, nachdem die Klassen, die da heißen: Adel, geistliche Macht und Bourgeoisie, ihre Zeit der Herrschaft gehabt haben, an ihre Stelle die Herrschaft der Arbeiterklasse herbeiführen. Wir wollen durchaus nicht die Herrschaft irgend einer Klasse, sondern die Gleichberechtigung Aller. Als einfache und nothwendige Folge ergiebt sich, daß wir die sogenannten bürgerlichen Freiheiten, wie Rede- und Preßfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, Gleichheit vor dem Gesetz, Selbstbestimmungsrecht und Gewissensfreiheit als angeborene Menschenrechte anerkennen und zur Geltung bringen wollen. Was wir aber ebenfalls als natürliches Recht hinstellen, ist das, was mit den Worten: Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte! auf der Fahne der Internationalen Arbeiter-Vereinigung steht und was ins Volkswirthschaftliche übersetzt annähernd heißt: dem Produzenten gehört der Ertrag des Produzirten. Als nächstes Mittel zum Zwecke streben wir nach Aufklärung, besonders der arbeitenden Klasse über die soziale Frage, ihre Verbrüderung zu gemeinsamem Wirken. Ohne die Stützen, welche Konsum-, Kredit-, Krankenkassen und ähnliche Vereine zu Zeiten für einzelne Leute oder Kreise haben mögen, von uns zu weisen, können wir jedoch diese Einrichtungen entschieden nur als Palliativ-Mittel betrachten, d. h. als Mittel, die wohl dem Individuum vorübergehend helfen, nie aber bei unseren volkswirthschaftlichen Zuständen die Gesammtheit der Arbeiter aus ihrer gedrückten und abhängigen Lage zum berechtigten menschenwürdigen Dasein erheben können. — Es wäre unvernünftig, wollten wir von den uns in ihren Interessen feindlich gegenüberstehenden Klassen Rettung verlangen. — Wir sind deshalb fest entschlossen, unser Heil nur in uns selbst zu suchen und in dem Anschluß an solche Elemente, die offen Zweck und Ziel mit uns theilen. Durch lange und harte Erfahrungen gewitzigt, wird der Arbeiter in Zukunft nicht mehr die Schlachten der Bourgeoisie, sondern seine eigenen schlagen. — Was zunächst erreichbar und daher vorerst anzustreben wäre, darüber haben unsere früheren Kongresse Aufschluß gegeben und wird der jetzt in Brüssel tagende Kongreß sich noch weiter erklären. — Ich nenne hier nur außer den bürgerlichen Freiheiten: Beseitigung des Militarismus und Einführung der Volkswehr mit demokratischer Organisation, außerdem Trennung der Kirche vom Staate, Reorganisation des gesammten Schulwesens in der Weise, daß es auch dem Mittellosesten, dem Armen, möglich wird, seine natürlichen Anlagen im weitesten Sinne des Wortes zur vollen Ausbildung zu bringen. Ferner Pflicht der Arbeit für Alle,

Digitized by Google

sei es Arbeit des Geistes oder der Werkstätte und des Feldes, Aufhebung aller indirekten Steuern, einschließlich Grundsteuern, und Einführung einer einzigen Steuer: der proportionellen progressiven Einkommensteuer. Die Uebereinstimmung der Ideen und der Gesinnung unter den Arbeitern der verschiedenen Länder Europas die Zustimmung der Arbeiter der amerikanischen Union ist es, worauf unsere Friedenshoffnungen beruhen: Wir wollen den Frieden hergestellt zur Entwicklung der Industrie und des Handels und zur Ausbildung des Volkes durch die Volkssouveränetät.

Arbeiter Deutschlands! Heute tritt der Kongreß der Internationalen Arbeiter-Vereinigung zusammen. Alle Länder Europas werden dort vertreten sein. Die französischen Arbeiter haben deshalb beschlossen, trotz des entgegenstehenden Verbotes der kaiserlichen Regierung, sich dort gleichfalls vertreten zu lassen, um sich an der Berathung ihrer Interessen zu betheiligen. Und dürfte es zu viel behauptet sein, daß diese Versammlung von Delegirten der Arbeiter von ganz Europa durch die Weisheit ihrer Beschlüsse ein schiedsrichterlicher Senat von Europa zu werden verspricht? Ja, dieser Kongreß wird auf der Grundlage der ewigen Prinzipien der französischen Revolution von 1789 und der geheiligten Interessen der Arbeit, welche Ordnung, Sicherheit der Person und Freiheit verlangen, den Völkerfrieden dekretiren, und Europa wird die Beschlüsse dieses Kongresses nicht unbeachtet lassen dürfen. Es liegt im Interesse aller Arbeiter, es ist sogar eine Ehrensache für sie und ihre heiligste Pflicht, sich an dem großen Werke zu betheiligen, das zum Zweck hat:

> Die Errichtung der neuen, der wahren menschlichen Gesellschaft auf der Grundlage der Freiheit, der Gleichheit und Gerechtigkeit.

Der Arbeitertag ernannte hierauf eine Kommission, bestehend aus den Herren Schweichel, Ladendorf, Liebknecht und Stolle, welche den gestern eingegangenen Protest prüfen und die dagegen für angezeigt erachteten Schritte der Versammlung in Vorschlag bringen sollte. Um 10 Uhr fanden die ausgetretenen Gegner sich in der Versammlung ein und ihr Vertreter verlas sofort den gefaßten Beschluß: „Die Unterzeichner des eingereichten Protestes halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der deutsche Arbeiterverein sich gebildet, und können einem Vereine nicht angehören, der auf Grund des gestern angenommenen Programms besteht.“ In Anwesenheit der Herren erstattete Liebknecht hiernach Bericht über den Vorschlag, welchen die obengenannte Kommission dem Arbeitertag mache; er lautet: „In Erwägung, daß der Protest drei bewußte Unwahrheiten und eine Fälschung enthält, geht der Arbeitertag zur Tagesordnung über.“ Liebknecht



Digitized by Google

wies diese Unwahrheiten sofort nach, indem er darauf aufmerksam machte, daß im Protest behauptet worden, die Abstimmung sei mit Hilfe der Internationalen Arbeiter-Assoziation und der Volkspartei gemacht worden, während die Protestirenden wußten, und ja selbst den Beschluß mit gefaßt hatten, daß die Vertreter dieser Korporationen kein Stimmrecht hatten; daß im Protest unter den Unterschriften ein Wiener Verein (Bäckergesellen) aufgeführt worden, welcher nicht das Recht habe, zu protestiren, da er dem Verband nicht angehöre, 2c. Der Vorsitzende Bebel bemerkte sodann auch zu der eben eingegangenen Austrittserklärung, daß sie unberechtigter Weise mit der Unterschrift des Lindauer Vereins versehen sei, der seit einem Jahre schon aus dem Verband ausgeschieden, und außerdem eine Reihe Unterschriften von Vereinen trüge, die erst in allerneuester Zeit dem Verbande beigetreten und noch keinerlei Beitrag für denselben geleistet haben. Diese verschiedenen leidenschaftslos konstatirten Thatsachen riefen bei den Versammelten des Arbeitertags eine lebhafte Entrüstung hervor, indeß die gegnerischen Herren ebenso unverkennbar verlegen unverzüglich den Saal wieder verließen. Der Arbeitertag fuhr in seinen Berathungen fort.

Sonnemann referirte hierauf im Anschluß an die früheren Verhandlungen über die Errichtung von Altersversorgungskassen; er hob die Schwierigkeiten hervor, welche sich einem selbstständig zu begründenden Institute entgegengestellt hatten, und gab schließlich der Versammlung anheim, ob man nicht den Versuch machen wolle, nach Art der englischen Sparkassen durch Vermittlung der Post eine unter Staatsaufsicht stehende Anstalt zu errichten. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich Liebknecht, Vahlteich, Greulich, Tropitz, Künzel u. A. aus, die alle mehr oder weniger sich dem Vorschlage zuneigten, allgemeine Gewerkvereine der einzelnen Gewerbe nach Art der Trades-Unions und des deutschen Buchdruckervereins zu errichten und denselben die Altersversorgungs-, Kranken-, Wanderunterstützungs-Angelegenheiten zu übertragen. Herr Sonnemann zog hierauf seine Anträge zu Gunsten eines aus verschiedenen Anträgen kombinirten Vorschlags zurück, worauf die Versammlung ihm für das reichhaltig beigebrachte Material ihren Dank durch Aufstehen zu erkennen gab. Der hierauf angenommene kombinirte Antrag lautet:

> In Erwägung, daß das Anheimgeben der Verwaltung einer allgemeinen Altersversorgungskasse für Arbeiter an den bestehenden Staat den Arbeiter unbewußt zu einem konservativen Interesse an den bestehenden Staatsformen bringt, denen er keineswegs Vertrauen schenken kann;
>
> in Erwägung, daß Kranken- und Wanderunterstützungs- sowie Altersversorgungs-Kassen erfahrungsgemäß am besten

Digitized by Google

durch Gewerksgenossenschaften ins Leben gerufen und erhalten werden können, beschließt der fünfte Vereinstag, den Mitgliedern des Verbandes und speziell dem Vorort aufzugeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisirten Gewerksgenossenschaften thatkräftig zu wirken.

Germann aus Leipzig referirt über die Wanderunterstützungs-Angelegenheit und die Versammlung genehmigt seine folgenden Anträge:

Der Vereinstag wolle den Verbandsangehörigen empfehlen, durch Deputirte des Ortes ein Kollegium zu bilden, welches:

1. eine gute Organisation der Kassen, volle Selbstverwaltung, Vereinigung derselben nach Gewerken in Verbände und Besprechung der Kassen-Interessen in einem geeigneten Organ,
2. Freizügigkeit innerhalb der Gewerkskassen und bankmäßige Bewirthschaftung des Krankenkassen-Kapitals,

anstrebt, außerdem aber auch:

3. die Gründung solcher Kassen anstrebt, an welchen Mangel ist, d. h. für Handwerker, Dienstboten und Arbeiterinnen.

Bürger aus Göppingen beantragt:

Der Vereinstag empfiehlt den Vereinen die Einrichtung von Herbergen und Arbeitsnachweisungen.

Es wird hierauf eine Pause von 2 Stunden gemacht.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 3 Uhr beginnt die Debatte über Beseitigung der indirekten Steuern. Referent Schweichel (an Stelle des ausgeschiedenen R. Krebs aus Berlin) begründet die Resolutionen, welche von Mendel amendirt, in folgender Fassung angenommen werden:

In Erwägung, daß sich die indirekten Steuern jeder Kontrole entziehen, indem sie in einer Weise erhoben werden, welche es dem einzelnen Steuerzahlenden fast unmöglich macht, die Höhe seines eigenen Beitrags zu ermessen;

in Erwägung, daß die indirekten Steuern namentlich die allerunentbehrlichsten Lebensmittel belasten;

in Erwägung, daß solche Steuern in den bestehenden Staatsorganisationen ein wesentliches Mittel sind, die Staatslasten hauptsächlich von den bevorzugten (herrschenden) Klassen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, beschließt der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine:

Der Verband solle mit unermüdlicher Thatkraft hinwirken auf die Beseitigung jeder indirekten Steuer und auf Einführung einer gerechten direkten Steuer, und ferner solle es daher der Verband seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, bei allen Wahlen zur Gemeindevertretung, den



Digitized by Google

Landtagen ꝛc. nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche für die völlige Beseitigung der indirekten Steuern einstehen.

In der Wehrfrage begründet Referent Liebknecht (an Stelle Bebel's) folgende Resolution, welche einstimmig angenommen wird.

Der Arbeitertag erklärt:

Das System der stehenden Heere, wie es sich in fast allen Ländern Europas entwickelt hat, ist eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Geschäftsstockungen. Indem es den Völkern insgesammt ungeheure Lasten auferlegt, die Steuern mit den Staatsschulden von Tag zu Tag erhöht, einen großen Theil der Bevölkerung in den besten und kräftigsten Lebensjahren ihrem Berufe und der Produktion entzieht, ist es zugleich eine wesentliche Ursache der herrschenden sozialen Noth und Massenverarmung.

Indem es ferner den Fürsten die Macht giebt, gegen den Willen und gegen das Interesse der Völker Krieg zu führen, überhaupt den Willen der Völker zu mißachten, ist das stehende Heer die Quelle beständiger Kriegsgefahr und das Mittel dynastischer Eroberungskriege nach Außen und der Unterdrückung von Recht und Freiheit nach Innen. In Erwägung dessen betrachtet es der Arbeitervereinstag als eine Pflicht der Arbeiter aller Länder, nachdrücklich und unausgesetzt mit allen Mitteln auf Beseitigung der stehenden Heere und auf Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung hinzuwirken.

Zugleich mit dieser Resolution wurden folgende beide Amendements angenommen.

1. Amendement Kröber's: Der Arbeitertag empfiehlt allen seinen Mitgliedern, bei Wahlen von Landtags- und Reichstagsabgeordneten u. s. w. nur solchen Männern ihre Stimme zu geben, welche sich verpflichten, zum Zwecke der Erhaltung stehender Heere den Regierungen nimmermehr einen Groschen zu bewilligen.
2. Amendement Ladendorf's: Der Arbeitertag empfiehlt:
   a) Den Vorstand zu beauftragen, alle Mittel zu berathen und in Anwendung zu bringen, die dazu dienen können, die in stehenden Heeren gemißbrauchten Arbeiter, namentlich die ländlichen, über ihre eigentlichen und höchsten Interessen aufzuklären.
   b) Die Volkswehrfrage mit der Erziehungsfrage zu verbinden und beide Fragen vereinigt auf die Tagesordnung des nächsten Vereinstags zu setzen.

Nachdem die Prüfungs-Kommission der Geschäftsführung während des abgelaufenen Jahres Bericht erstattet und dem Vorort die wärmste Anerkennung ausgesprochen hatte, ward Bebel

mit 57 Stimmen gegen 2 auch für das nächste Vereinsjahr zum Vorsitzenden gewählt und durch Akklamation folgende Vertrauensmänner ernannt: Bürger (Göppingen), Eichhoff (Berlin), Eichelsdorfer (Mannheim), Motteler (Crimmitzschau), Sonnemann (Frankfurt), Günther (Speier), Trobitz (Dresden), Stuttmann (Rüsselsheim), Dr. Kirchner (Hildesheim), Löwenstein (Fürth), Oberwinder (Wien), Heinmann (Koburg), Bahlteich (Dresden), Notz (Stuttgart), Krause (Mülsen St. Niklas), Bremer (Magdeburg). — Ein Hoch auf Bebel in Anerkennung seines energischen und unparteiischen Präsidiums schloß um 6 Uhr die Sitzung.

* * *

Der S. 785 angekündigte Protest lautet:

„Protest.

Nachdem die Mehrheit des Vereinstags deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg mit Hilfe von Vertretern der Internationalen Assoziation und Vertretern der Volkspartei ein politisches Programm durchgesetzt hat, sehen die Unterzeichneten sich veranlaßt, folgenden Protest dagegen einzulegen:

I. Die Bestrebungen der deutschen Arbeitervereine, welche nach dem Programm des ersten Vereinstags die geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes bezwecken, können nicht durch weittragende Programme gefördert werden. Die Erörterung solcher Programme, die auf ein mehr oder weniger klares staatliches und gesellschaftliches Zukunftsideal verweisen, müssen nothwendiger Weise den Eifer für die auf Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen lähmen und sind nur geeignet, an die Stelle rüstiger Arbeit ein Spiel mit leeren Worten und unklaren Phantasien zu setzen.

II. Wir erblicken in der Annahme eines bestimmten politischen Programms einen Gewissenszwang für die Vereine, welche in politischen Dingen anderer Ansicht sind, sowie für Arbeiter, denen dieses Programm widerstrebt und daher den Vereinen fern bleiben, während die Arbeitervereine, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen wollen, Jedem offen stehen sollen.

III. Dem Staate gegenüber sind die Arbeiter berechtigt zu fordern: die volle Rechtsgleichheit mit allen anderen Staatsbürgern, Befreiung von allen Schranken und Hemmnissen, welche der freien Bewegung des Menschen und der Arbeit entgegenstehen, und endlich eine gerechte Vertheilung der Staatslasten. Die Lösung der sozialen Frage kann aber niemals durch den Staat allein geschehen, sie kann hauptsächlich nur herbeigeführt werden durch die freie Thätigkeit der Staatsbürger selbst.

Digitized by Google

IV. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiter-Bildungsvereine bleibt es, Kenntnisse der staatlichen Verhältnisse und politischen Fragen zu verbreiten und insbesondere den Sinn für das öffentliche Leben zu pflegen und in den Kreisen der Arbeiter Vaterlandsliebe und bürgerlichen Gemeinsinn zu wecken. Die Politik kann also den Arbeitervereinen nicht fremd bleiben; nimmermehr aber dürfen sich diese Vereine als willenloses Werkzeug dieser oder jener Partei mißbrauchen lassen.

V. Wir erkennen daher den in Bezug auf das vorgelegte Programm gefaßten Beschluß als für uns verbindlich nicht an und behalten uns weitere Schritte vor.

Chemnitz durch Stark. Osnabrück durch Schelle. Hamburg durch Schulze und Martens. Kiel mit Gauverband durch Christiansen. Heppens durch Thorade. Stuttgart durch Simater. Weißenburg a. S. durch Kamm. Cannstatt durch Hochberger. Schwabach durch Selling. Wien (Selbstkraft) durch Rabel und Mehling. Bielefeld durch Stöhr. Fürth durch Pfisterer. Hannover (Stadt) durch Engelking. Goslar durch Lüttich. Freiburg i. Br. durch Moritz Müller. Ulm durch Pfeiffer. Pforzheim durch Wittum und Stöffler. Geißlingen durch Krauß. Regensburg durch Süß. Celle durch Reuter. Gera durch G. Frontmeier. Nürnberg (Arbeiterverein) durch K. Rögner. Offenbach a. M. (Arbeiterverein) durch Heiligenstädt. Biberach durch Hetzner. Frankenberg durch Pils. München.

## Austrittserklärung der Sonderbündler.

Die Vertreter der Vereine: Bielefeld, Hamburg, Nürnberg (Arbeiterverein), Ulm, Heppens, Weißenburg, Magdeburg, Frankenberg, Celle, Lüneburg, Harburg, Brüchen, Otterndorf, Nienburg, Chemnitz, Goslar, Hameln, Münden, Elze, Eldagsen, Peine, Osterode, Rastede, Stuttgart, Cannstatt, Freiburg i. B., Pforzheim, Fürth (Arbeiterverein), Gera, Altona, Kiel, Tondern, München, Augsburg, Oldenburg, Regensburg, Hannover, Schwabach und Geißlingen halten fest an dem Programm, auf Grund dessen der Verband deutscher Arbeitervereine gegründet wurde, können daher fernerhin nicht einem Verbande angehören, welcher auf Grund des gestern durchgesetzten Programms eine neue Richtung angenommen hat.

Nürnberg, 7. September 1868.

Aug. Reuter (hannöv. Gauverband), A. Hochberger, Wittum, F. R. Engelking (Hannover), Ed. Pfeiffer, J. F. Martens, O. Stöhr, Franz Rabel, W. Mehling, Fr. Lüttich, K. Rögner, Minner, Bauer, Staudinger, Karl Simater,

Digitized by Google

O. Feierabend, H. Pfisterer, A. Christiansen, F. H. Schultz, A. Stark (Chemnitz), F. W. Sulfrian (Burg bei Magdeburg), Joh. Bischoff, Chr. Süß, L. Heiligenstädt, G. Frontmeier (Gera), E. Selling, Franz Heinrich Pils, C. Schelle (Osnabrück), A. Zeitler, Robert Krebs, G. F. Krauß (Geißlingen), Thorade."

(Dem Verband gehörten theils gar nicht, theils seit längerer Zeit nicht mehr an: die Vereine zu Nienburg, Osterode, Elze, Kiel, Tondern und Lindau; in deren Namen zu unterzeichnen war eine Anmaßung. Dasselbe gilt von den Herren Rabel und Mehling (Wien), die nie dem Verbande angehörten. Herr Krebs war nur persönliches Mitglied des Verbandes, einen Verein vertrat er nicht.)

---

## 3.

## Der sechste Verbandstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine zu Eisenach.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 118.)

Der sechste Verbandstag wurde Dienstag, den 10. August, Morgens 7 Uhr, im Gasthof zum Mohren durch den seitherigen Vorsitzenden Bebel eröffnet. Da der sozialdemokratische Arbeiter-Kongreß wider Erwarten bis Montag, den 9. August, spät Abends gedauert, so waren viele Deputirte genöthigt abzureisen, und konnten den Verhandlungen des Vereinstags nicht beiwohnen. Durch Mandate vertreten waren folgende Orte:

Darmstadt, Bernsdorf, Crimmitzschau (4 Vereine), Cainsdorf, Ehrenfriedersdorf, Gohlis, Neustadt a. d. Orla, Weimar, Frankfurt a. M., Wilkau, Göppingen, Coburg, Stuttgart, Fürth, Lichtenstein, Niedermülsen, St. Micheln, Mülsen St. Niklas, Stangendorf, Hermersdorf, Dorfchemnitz, Niederzwönitz, Leipzig, Meerane (2 Vereine), Saalfeld, Glauchau, Lichtenstein, Berlin, Schönau, Kirchberg, Großenhain, Wildenfels, Nürnberg, Gauverband württembergischer Arbeiterbildungsvereine, Aalen, Backnang, Geißlingen, Reutlingen, Mezingen, Heilbronn, Gingen a. B., Oberndorf a. N., Eßlingen, Schwäbisch-Hall, Rottweil, Tuttlingen, Schramberg, Burgstädt, Remse, Waldenburg, Niederlungwitz, Reichenbach i. V., Hohendorf-Rödlitz, Thurm, Mülsen St. Jacob, Bischofswerda, Geyer, Calw, Crailsheim, Schwiebus, Heidenheim, Laichingen, Ravensburg und Weingarten. — Bereits abgereist waren die Vertreter von Bamberg, Luckenwalde, Dresden und anderen Orten.

Digitized by Google

Von Vertretern waren anwesend: Bebel, Baer, Hadlich, Schilling, Schmalz (Leipzig), Motteler, Stolle (Crimmitzschau), Kölz (Lichtenstein), Binkert (Darmstadt), Colditz (Crimmitzschau), Demmler (Geyer), Kraft (Weimar), Opificius (Frankfurt a. M.), Mosig (Kirchberg), Zirbs (Göppingen), Rüger (Coburg), Lorenz (Stuttgart), Löwenstein (Fürth), Blechschmidt (Ortmannsdorf), Malech (Meerane), Salmann (Saalfeld), Baumann (Glauchau), Seidel (Crimmitzschau), Metzner (Berlin), Kohlrauch (Eisenach), D. Ehrlich (Eisenach), Rüll und Mendel (Nürnberg), Bürger (Göppingen), Bronnenmayer (Eßlingen), L. Geier (Burgstädt), Vogel (Niederlungwitz), C. Neu (Reichenbach i. V.). Ferner Greulich (Zürich), Quick (Genf) und eine Anzahl Deputirter des Kongresses als Zuhörer.

Durch Akklamation wurde Bebel zum ersten, Bürger zum zweiten Vorsitzenden, Motteler zum Schriftführer erwählt. Auf Vorschlag Bebel's erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, von einer Prüfung der Mandate abzusehen und die vom Kongreß ausgestellten Legitimationen als giltig anzuerkennen. Zur Prüfung der Geschäftsleitung des Vororts wurde, nachdem Nürnberg abgelehnt, Crimmitzschau gewählt. Die dort zu wählende Kommission soll über das Resultat der Prüfung im Parteiorgan Bericht erstatten. Hierauf folgte der Geschäftsbericht des Vororts-Vorsitzenden Bebel über die Verwaltungsperiode vom Nürnberger bis zum Eisenacher Vereinstag. Wir entnehmen dem Bericht Folgendes:

Der Verband war in Folge der in Nürnberg eingetretenen Spaltung damals auf 72 Vereine geschmolzen, von diesen 72 erklärten im Laufe des Jahres 5 aus verschiedenen Ursachen ihren Austritt, dagegen sind 42 neue Vereine im Laufe des Jahres beigetreten, so daß der Verband bei Zusammentritt dieses Vereinstags 109 Vereine mit ca. 10 000 Mitgliedern zählte. Im Großen und Ganzen sind die Resultate des Verbandes sehr zufriedenstellend; die Verbindung des Vororts mit den einzelnen Vereinen ist gegen früher bedeutend gestiegen. Im Jahre 1868 betrugen die Einläufe bei dem Vorort 253 Nummern, im Jahre 1869 907 Nummern, also nahezu vier mal mehr, die Ausläufe vom Vorort 1868 543 Nummern, im Jahre 1869 aber 4485 Nummern, also acht mal mehr. Der Vorort hatte ferner 10 Zirkulare und 5 verschiedene Statuten- und Organisationsentwürfe verfaßt und versandt. Die Thätigkeit des Vororts in der Gewerkschaftsangelegenheit war Veranlassung zur Gründung von einer ganzen Reihe von Gewerksgenossenschaften. Konstituirt sind die Internationale Gewerkschaft der Buchbinder, die Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, die Gewerkschaft der Berg- und Hütten-

Digitized by Google

arbeiter. Der Konstituirung nahe sind die Metallarbeiter-, Holzarbeiter-, Schuhmacher-, Maurer- und Zimmerergewerkschaften. Die Kassenverhältnisse hatten sich in Anbetracht der sehr niedrigen Verbandssteuer leidlich günstig gestellt: einschließlich eines vorjährigen Kassenbestandes von 64 Thlr. 14 Ngr. 5 Pf. war die Gesammteinnahme 470 Thl. 28 Ngr. 7 Pf., die Ausgabe 457 Thlr. 24 Ngr. 4 Pf., demnach ist ein Kassenbestand von 13 Thlrn. 3 Pf. vorhanden. Die Agitation des Verbandes wurde vorzugsweise mit aus dem unter Verwaltung von Dr. Ladendorf und Genossen in Zürich stehenden Revolutionsfonds geflossenen Unterstützungen in Höhe von 934 Thlrn. betrieben, und sind bis jetzt davon über 800 Thlr. verbraucht, wovon eine größere Summe zur Unterstützung des Parteiorgans, des „Demokratischen Wochenblattes".

Der Bericht des Vorsitzenden wurde beifällig aufgenommen und auf Antrag Rüll's beschlossen, das vorhandene Inventar Bebel zur Verwaltung zu überlassen, den vorhandenen Kassenbestand hingegen dem Vorort der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu überweisen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung bildete die Stellung des Verbandes zur neu gegründeten sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Bebel beantragte Auflösung des Verbandes. Die Zwecke, die bisher der Verband verfolgt, würden in weit höherem Maße jetzt von der neu gegründeten Partei verfolgt werden. Die Aufrechthaltung des Verbandes führe zu einer höchst schädlichen und nachtheiligen Kraftzersplitterung. Zudem könne man mit den Resultaten des Kongresses auf das Höchste zufrieden sein. Die angenommene Organisation entspreche genau dem Plan, den der Vorort bereits im Mai d. J. für die Neuorganisation des Verbandes den Vereinen vorgeschlagen. Der von ihm ausgearbeitete Organisationsentwurf sei sogar durch die nachfolgenden Beschlüsse des Kongresses in der von ihm vorgelegten ursprünglichen Fassung wieder hergestellt worden. Die Hauptfrage für die Vereine des Verbandes, die Steuerfrage, werde durch die dem Ausschuß der Partei eingeräumte Vollmacht zweifellos befriedigend geregelt werden. Dotzauer (Zwickau), Stolle (Crimmitzschau), Löwenstein (Fürth) u. A. sprachen sich im gleichen Sinne aus. Hierauf wurde die Auflösung des Verbandes nach sechsjährigem Bestehen desselben einstimmig ausgesprochen. (Der Verband wurde zu Frankfurt am Main auf dem ersten Verbandstag am 6. und 7. Juni 1863 gegründet.) Nachdem dann der Vorsitzende auf mehrseitige Anfragen erklärt, daß er auch ferner bereit sei, alle an ihn ergehenden Anforderungen im Interesse der Partei nach Kräften zu unterstützen, Dotzauer dem Vorort und namentlich dessen Vorsitzenden

Digitized by Google

den mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Dank der Versammlung für seine Mühewaltung ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen. Sämmtliche Delegirte gaben sich noch das Wort, fest und treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen; darauf trennte man sich auf Wiedersehen in Stuttgart (den Ort des nächsten Parteikongresses).

---

## 4.

## An die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 121.)

Parteigenossen!

Unter einer Menge von heuchlerischen Redensarten hat der Präsident unseres Vereins eine Maßregel getroffen, welche jedes denkende Mitglied mit Entrüstung erfüllen muß. In derjenigen Eile, welche diese Vorgänge geboten — weshalb denn auch Niemand sich über Zurücksetzung beklagen wolle —, sind die Unterzeichneten zusammengetreten und haben sich über einen Schritt geeinigt, der von den weittragendsten Folgen für die Partei sein wird. Wir bitten Euch, Parteigenossen, aufmerksam und vorurtheilsfrei unsere Meinung zu prüfen.

Während noch vor Kurzem die Herren Schweitzer und Mende, die sich in der heftigsten Weise gegenseitig beschuldigten, Söldlinge der Reaktion zu sein, von einer Verschmelzung der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterpartei nichts wissen wollten, treten sie plötzlich heute (im Einverständniß mit der Gräfin Hatzfeldt) mit rührenden Worten vor die Mitglieder ihrer Vereine, um dieselben aufzufordern, eine Einheit lediglich dieser beiden Fraktionen der Partei herbeizuführen — wobei denn von der Vereinigung der gesammten sozialdemokratischen Partei keine Rede ist — und dies Alles unter Bedingungen, welche ein Hohn sind auf die Rechte des sogenannten „souveränen Volkes". Nicht allein ist die Frist der Abstimmung so kurz, daß es unmöglich erscheinen muß, daß die Mitglieder sich über die Frage wirklich ein Urtheil bilden können, so daß Alles wie die reinste Ueberrumpelung erscheint; nicht allein ist die Form der Abstimmung, bei der man den Mitgliedern einfach die Pistole auf die Brust setzt mit der Aufforderung, ja oder nein zu sagen, also entweder sich in die schmachvollsten Bedingungen zu fügen oder auf die sehnlichst gewünschte, wenn auch nur stückweise Einigung zu ver-

zichten; nicht allein ist diese Form der Abstimmung eine demokratisch gesinnter Männer unwürdige, sondern es ist auch der Präsident so eigenmächtig bei dem Allem vorgegangen, wie es fast ohne Beispiel ist. Nie ist über amerikanische Sklaven in willkürlicherer Weise verfügt worden, als hier über die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wozu auch *vorher*, ehe man solche im höchsten Grade wichtige Schritte thut, die Mitglieder oder den Vorstand um ihre Meinung fragen?! Wenn die Thatsachen fertig sind, wird die „*freie*" Zustimmung der Mitglieder durch einige Redensarten *erpreßt*. Wenn Herr v. *Schweitzer* diktirt, haben die Mitglieder einfach zu gehorchen, und dann nennt man dieselben noch das „souveräne Volk". Ein größerer Hohn war nie einem Menschen geboten. Wenn Herr v. *Schweitzer* es für gut hält, wird den Mitgliedern zugemuthet, mit eigener Hand und mit einem Schlage das mühsam in einer Reihe von Jahren aufgebaute Reformwerk zu vernichten und ohne Weiteres ein Statut anzunehmen, das früher zu dem erbittertsten Zwiespalt Veranlassung gegeben hat; ein Statut, nach welchem der Präsident die unumschränkteste Gewalt in seinen Händen und der Vorstand nicht den allergeringsten Einfluß hat, und das zu alledem dahin ausgelegt werden kann, daß auf 3 Jahre hinaus jede Aenderung an demselben unmöglich ist! Das Vorgehen des Präsidenten in diesem Falle — ein Staatsstreich im Kleinen — erhebt den schon seit langer Zeit von vielen Mitgliedern des Vereins gehegten Argwohn zur Gewißheit, daß Herr v. *Schweitzer* den Verein lediglich zur Befriedigung seines Ehrgeizes benutzt und ihn zum Werkzeug einer arbeiterfeindlichen reaktionären Politik herabwürdigen will; *sonst würde derselbe jetzt die Einigung der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands suchen*. Wer die Einigung *eines Theils* der sozialdemokratischen Arbeiter empfiehlt, ohne dabei mit aller Energie auf die Einigung der *gesammten* Partei zu wirken, welche ihr allein Macht und Einfluß verschaffen kann, wer durch Einigung eines Theiles in *diesen* Formen die Einigung *aller* Theile *unmöglich* macht, und wer dies thut mit rührenden, von Bruderliebe überfließenden Worten, der ist ein elender Heuchler; und wer dann Diejenigen, welche sich den gestellten schmachvollen Bedingungen nicht fügen, sondern etwas Größeres, etwas Erhabeneres erstreben, als Gegner der Einigung überhaupt brandmarken will, ist ein Jesuit ohne Gleichen.

*Die Einigung der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands herbeizuführen, muß das Streben jedes ehrlichen Sozialdemokraten sein. Angesichts der immer mächtiger sich ausbreitenden Wogen der Bewegung, angesichts der Vorzeichen, welche in allen*

Kulturstaaten der Welt auf eine baldige mächtige Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse hindeuten, ist ein Verschleppen dieser Einigung Verrath.

Diese Einigung kann aber nur das Werk sein des wirklich souveränen Volkes selbst, und Ihr, Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, werdet Euch nicht verschachern lassen nach der Laune einiger Führer, wie eine Heerde Schafe, sondern Ihr werdet wie Männer Eures eigenen Geschickes Schmiede sein!

Wir haben eingesehen, daß eine Organisation, in welcher der Wille eines Einzelnen sich hinwegsetzen kann über alle Errungenschaften des Vereins, ja den Verein selber in jedem Augenblick in Frage stellen, denselben jeden Augenblick auflösen und in anderer ihm passenderer Form wieder ins Leben rufen kann, in welcher dieser Einzelne die Pfennige der Arbeiter gebraucht, um elende Lumpen zu bestechen, daß eine solche Organisation keine Faser von demokratischem Geiste in sich hat. In einer solchen Organisation ferner zu wirken, wäre schmähliche Verschwendung unserer besten Kräfte; wir verzichten darauf.

Geleitet von dem Gedanken, daß nur von der Partei selbst über ihre Organisation beschlossen werden kann, und ferner geleitet von dem Gedanken, die Einigung der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, auch was die Gewerkschaften betrifft, herbeizuführen, haben wir den Entschluß gefaßt, in kürzester Zeit einen allgemeinen Kongreß der gesammten sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands zu berufen, auf welchem der Grund einer wirklich demokratischen Organisation der Partei, im Anschluß an die internationale Bewegung, gelegt werden kann.

Parteigenossen, wir rechnen auf Eure Unterstützung! Die sozialdemokratischen Arbeiter, welche nie von anderem als von einem künstlich erregten Haß gegeneinander erfüllt gewesen sind, werden sich zu einigen und sich eine Organisation zu geben wissen, welche den Geist ihrer Prinzipien mit der Zusammenfassung aller ihrer Kräfte vereint.

Parteigenossen, Ihr werdet Euch nicht verblenden lassen von den heuchlerischen Redensarten von Leuten, denen die Einigung der Partei nie am Herzen gelegen hat; Ihr werdet Euch eine Behandlung nicht gefallen lassen, welche man nur ehrlosen oder gedankenlosen Menschen zu bieten wagen kann; Ihr werdet Euch als das zeigen, was Ihr seid — nicht als die willenlosen Sklaven eines launigen Herrschers — sondern als das wirklich und wahrhaft souveräne Volk, das allein über die Gestaltung seiner Geschicke zu entscheiden hat. Wagt einmal im Interesse unserer Prinzipien, im Interesse der Demokratie und des Sozialismus, eine kühne That. Laßt uns die Fahne, auf welcher die Einigung der gesammten Partei geschrieben steht,

nicht vergebens erhoben haben! Einig nur sind die Arbeiter eine Macht! Zersplittert sind wir ewig das Gespött unserer Gegner, aber einheitlich und wahrhaft demokratisch organisirt, sind wir unüberwindlich.

Wenn Ihr uns zustimmt — und wir hoffen zuversichtlich, daß Ihr dies thun werdet —, so sendet Eure Zustimmung an einen der Unterzeichneten ein, damit wir gemeinsam die Einberufung des Kongresses betreiben können.

Aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein werden wir — es ist uns schwer geworden, den Beschluß zu fassen — austreten. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war uns ans Herz gewachsen, aber im Interesse der Sache muß man das schwerste Opfer zu bringen verstehen; und anders ist keine Rettung!

Vorwärts denn, Parteigenossen, auf der neuen Bahn in heiligem Kampfe für unsere große und erhabene Sache! Begeisterung und Ausdauer verbürgen den Sieg.

Den 22. Juni 1869.

J. Bremer in Magdeburg. Hoffmann in Neustadt-Magdeburg. W. Klees in Buckau bei Magdeburg. Th. Yorck in Harburg. C. Müller, S. Spier und A. Vieweg in Wolfenbüttel. W. Bracke jun., H. Ehlers, C. Lüdecke und A. Schrader in Braunschweig. Friedrich Ellner in Frankfurt a. M.

---

## 5.

## Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 163.)

Motto: „Politische und soziale Reform fordern und bedingen sich gegenseitig. Ohne Theilnahme des Arbeiterstandes keine dauernde Besserung der politischen Zustände und — ohne Aenderung der politischen Zustände keine wirthschaftliche Besserung des Arbeiterstandes!"
Dr. Johann Jacoby.

Ein ungeheurer Wahn zieht durch die Brust des Patrioten, wenn er in die Verwirrung blickt, welche sich der Köpfe und Herzen der deutschen Nation bemächtigt hat. Mit tausend flammenden Wettern möchte er dreinfahren in das Gezücht der Schönredner und Rechnungsträger, in die kleinliche Streitsucht politischer Pedanten und Kathedermänner, in die übersirnißte Dummheit der sogenannten Gebildeten, in die bärenhäutige Sorg-

losigkeit der Philister und Genüßlinge, in das stumpfsinnige Hinbrüten der Massen, die Sklaven eines Jeden sind, der sie tritt, die dem Moloch des Erfolges opfern — trotz der Ströme heiligen Blutes, die seit 80 Jahren für die Freiheit geflossen sind.

Leider fehlt es unserer Zeit an großen Charakteren, die im Stande wären, die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart in ihrem ganzen Umfange von Erscheinungen, Gestaltungen und Forderungen, in ihrer ganzen Größe und Bedeutung aufzufassen; und die zugleich mit der markigen Kraft eines Luther Schwerter und Feuerbrände zu predigen vermöchten gegen Alles, was faul und moderig, gerichtet und überlebt ist, und die es verständen, Tausende durch einen flammenden Ideenblitz zur rettenden That fortzureißen, Völker zu erlösen durch das Wort! — Die Männer der Gegenwart — können sie wirklich keine „Geschichte machen"? Müssen sie dies wirklich dem Kaiser der Franzosen, dem norddeutschen Bundeskanzler und den „hohen Frauen" überlassen?

Die französische Revolutions-Tragödie mit ihren von welterlösenden Ideen berauschten Titanen Danton und Robespierre, Desmoulins und Barbaroux ist lange vorüber. Ihre Ideen, welche die Gründung des wahren Volks- und Rechtsstaates auf den Grundlagen der Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Bruderliebe bezweckten, harren noch immer der Darstellung in der Form. Und doch war das blitzhafte, vulkanische Hervorbrechen dieses Ideen-Feuerstromes nichts als der Aufschrei der viele Jahrhunderte hindurch mit Füßen getretenen Menschheit; nichts als der verzweifelte Anlauf zur Erreichung eines Zieles, das in den Träumen der besten aller Völker und Zeiten lebte, das längst in den Seelen der Geringsten als mehr oder weniger verhüllte Ueberzeugung sich barg, ja das dem reinsten religiösen Bewußtsein allezeit als Reich des unbeschränkten Geisteslebens, der Wohlfahrt und der Freiheit vorschwebte. — Wessen Schuld war es, daß die Marseillaise verklang, daß nach dem Falle des frevelnden Titanen von St. Helena der Vorhang dunkel niederfiel, daß man in der allgemeinen Tabaks-Kollegium-Atmosphäre nach 1815 den gewaltigen Ruck erkannte und verdammte, der der Weltgeschichte über eines ihrer schwierigsten Kapitel hinweggeholfen, daß die Völker überall „froh und fromm, frisch und frei" Hand anlegten, um die Lavaströme abzugraben, die zwar die alten Staaten zu vernichten drohten, aber auf denen der herrlichste Wein der Zukunft gedeihen sollte? — Die Epigonen waren ein schwaches Geschlecht, sie reichten ihren Vätern nicht an die Schultern; und wenn es auch seitdem eine Reihe, wenn nicht größer, so doch ehrenfester, beharrlicher, todesmuthiger Männer gegeben hat, von denen sie etliche niederknallten wie ein Stück Wild, etliche ins Zucht- oder Korrektions-

haus schickten oder in das fremde Land trieben, so ragten sie nur wie stolze Schwertlilien und heilige Lotosblumen über den Sumpf der politischen Halbheit, der patriotischen Schwärmerei, der Grundsatzlosigkeit hervor. — Denn die meisten der gelehrten und patriotischen Männer hatten kein Urtheil über das große Ereigniß, das sich vor ihren Augen vollzogen, sie waren blind für die natürlichen Folgen, sie vergaßen die Konsequenzen aus dem Geschehenen zu ziehen für ihre Zeit, für ihr Volk.

Verweilen wir bei den Deutschen (denn ein Volk, das einen Mazzini hervorgebracht, verdient nicht obigen Vorwurf!). — Wie sich in dem französischen Revolutionskampfe der chaotische Zusammenbruch politischer, sozialer und religiöser Bastillen vollzogen hatte und dadurch der Beweis geliefert worden war, daß die politischen Institutionen höchst unzeitgemäß und fehlerhaft, daß das soziale Leben, das Verhältniß der verschiedenen Gesellschaftsklassen zu einander eine große Disharmonie, daß die Stellung der Kirche zum Volksleben ein greller Widerspruch geworden, — wäre die richtige Konsequenz gewesen, den dreifachen Kampf, der durch das Interregnum eines Soldatendespotismus auf 16 oder 17 Jahre unterbrochen worden war, um Erringung der politischen Freiheit, um Niederwerfung der wirthschaftlichen Schranken und um die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche in den verschiedenen Theilen Deutschlands fortzusetzen in engster Anknüpfung an die Ideen von 1789, und in Wiederaufnahme der Erklärung der Menschenrechte.

Die Gegner des Volks- und Rechtsstaates, die Metternichs und Ancillons, die „Schmaltz-Gesellen“*) und Demagogenriecher wußten recht wohl, daß mit dem Zusammensturz des französischen Revolutions-Kraters und dem Erkalten der Lava nicht der Vulkan und seine Feueradern ertödtet seien. Das Jahr 1813 hatte sie erbleichen gemacht. Sie hatten die furchtbare Kraft des Giganten „Volk“ kennen gelernt im Kampf für Thron und Unabhängigkeit. Wie, wenn es jenem Giganten einfiele, dieselben Throne zu zertrümmern — nachdem er erkannt, was er im blinden Eifer übersehen und was er in richtiger Konsequenz thun müsse?

Und so erfanden die scharfsichtigen Männer der alten Feudal-Monarchie, um das Prinzip derselben zu retten, ihre abschreckenden Formen zu verschleiern, aus dem Lager der Gegner die einflußreichsten zu gewinnen und zu verwirren, die Masse führerlos zu machen und den „Geist“ der Revolution mit dem „Geist“ Hildebrand's zu bekämpfen und dadurch mit einem alten

*) Die Anhänger und Genossen des berüchtigten Professors und Denunzianten Schmaltz, die bei der Demagogen-Hatz im ersten Viertel dieses Jahrhunderts eine hervorragende Rolle spielten. (1894.)

Feinde (der Kirche) sich für immer zu verbünden: den Schein-Konstitutionalismus, die Herrschaft der Geld-Interessen und die Konkordate!

Es konnte nicht fehlen, daß hier und da die Krater des künstlich verstopften Vulkans sich gewaltsam öffneten, — daß in Frankreich, Italien und Deutschland der unertödtbare Volksgeist sich erhob gegen die erwähnten Masken-Batterien des Absolutismus, die Anknüpfung mit den Ideen von 1789 versuchte, um den Volks- und Rechtsstaat aus der Vorstellung in die Wirklichkeit zu übertragen. Wir nennen drei solcher Versuche:

1. Die Juli-Revolution von 1830. Sie wurde ausgenutzt durch die Bourgeoisie für die Präventiv-Konstitution der Orleans, für die Assekuranz der Geldsäcke. 2. Die Februar-Revolution von 1848. Sie wurde verrathen durch die Allianz der „Halben" mit den Abenteurern und Glücksrittern des Bonapartismus. 3. Die deutsche Revolution von 1848 und 49.

Sehen wir uns die Natur dieser deutschen Bewegung näher an. Einheit und Freiheit waren die Losungsworte gewesen, die vom württembergischen Verfassungskampfe bis zum deutschen Parlament die Männer des Liberalismus beschäftigt, verwirrt und schwankend gemacht hatten. Beide Schlagworte standen einander im Wege. Es lag dies an der Vielstaaterei und an dem unglückseligen Dualismus Preußens und Oesterreichs, der zuerst dazu beitrug, in den konstitutionellen Staaten Südwestdeutschlands den Hebel zur Schaffung eines freien Deutschlands zu erblicken, und dann, als man sich von der Unzuverlässigkeit dieses Hebels überzeugt, die öffentliche Meinung in einem Anfall von politischem Fatalismus nach der „preußischen Spitze" hindrängte.

Da platzte mitten in den Hexensabbath der preußischen Kaiserschwärmerei, des liberalen Sturmes und Dranges, der literarischen Brandraketen der romantischen Staats-Ideen, der religiösen Bewegung und des allgemeinen europäischen Hungers die Pariser Februar-Revolution hinein. Sie fand Zündstoff und Lumpen genug, aber keine geschickten Feuerwerker und Strategen. Sie überraschte gleichmäßig Liberale und Radikale. — Ein Umstand, ein charakteristisches Merkmal der 48er Bewegung machte sich besonders geltend. Die soziale Revolution, verkannt, vergessen und verachtet von deutschen Liberalen, hatte die französischen Grenzen leise überschritten, hatte sich mit ihrer deutschen Schwester in den Fabriken und Weberdörfern vereinigt und heischte, wie die zertretene Gewissensfreiheit, ihre Anerkennung neben der politischen Frage. Waren es nicht verkörperte Rachegedanken, finstere anarchistische Dämonen, welche den Ruf nach Brot unheimlich in die Ohren der Satten und Uebersättigten gellten? Ach nein, die deutschen Arbeiter wollten nur Gerechtigkeit,

sie forderten nur ein menschenwürdiges Dasein, nur die Befreiung aus der Zwingherrschaft des Kapitals, nur das Recht, ihren leiblichen und geistigen Hunger stillen zu dürfen. Und wenn sie zuweilen irrten und sich von einer leicht erklärlichen Erregtheit zu anarchistischen Exzessen hinreißen ließen, so war dies einzig und allein die Schuld ihrer Lehrmeister und Vormünder, die Schuld der staatlichen „Vorsehungen".

Gegenüber nun diesem gewaltigsten Auftauchen der drei unzertrennlichen Fragen, der politischen, sozialen und religiösen, hatten die Liberalen theils nicht Muth, theils nicht Ehrlichkeit genug, die eisernen Konsequenzen von 1789, von 1808 und 1813 durchzuführen. Sie zogen es vor, die soziale Bewegung, die mehr als Phrasen von ihnen forderte, zu verleumden, die Demokratie unter der Ketzermütze des „rothen Gespenstes" und der „Anarchie" an die „Gesellschafts-Retter", an die Reaktion zu verrathen. So wurde der glühende Revolutionsstrom von 1848 und 49 gezwungen, vor den Thronen stehen zu bleiben, zu stagniren, zu erkalten. So war es den Liberalen noch einmal gelungen, die Krater zu verstopfen, das deutsche Volk in die unsäglichste Verwirrung und Muthlosigkeit zu stürzen. Warum? Der Schein-Konstitutionalismus, der ganz geschickt war zur blutigsten Henkerarbeit und drückendsten Inquisition, bot ihnen den Freiheitsflitter, mit dem sie die Nacktheit ihrer kurzsichtigen Interessen-Politik, den Bankerott ihrer politischen Ideologie kunstreich zudecken konnten. Und was war die Folge dieses Frevels einer Partei, die bis zu den jüngsten Zeiten herab in erborgtem Prunk einherstolzirt ist? Die Liberalen, die Männer der „Halbheit" hatten das Vertrauen zum Volke, zu den Regierungen und zu sich selbst verloren; sie waren weder tauglich, eine konservative Richtung, noch eine oppositionelle Richtung zu vertreten; sie waren aber nur dazu da, in den Tagen der schwärzesten Reaktion „allergetreueste" Opposition zu spielen, die Glocken von Frankfurt läuten zu lassen; — sie dienten der Regierung, um derselben eine „neue Aera" zu ermöglichen, dieselbe zu glorifiziren und ihr das Laviren aus dem „Niemals!" in das Fahrwasser der deutschen Einheits- und Macht-Politik zu erleichtern; — sie vertauschten, geschickten Taschenspielern gleich, die Losung Freiheit urplötzlich mit der Parole Einheit und Macht!

Die Reaktion in Preußen wie in Oesterreich hat sich nicht einen Augenblick abhalten lassen, ihren Weg zu gehen, trotz der „neuen Aera" der Liberalen, trotz der famosen Februarverfassung von Wien. Die Liberalen dienten ihr nur als „lustige Person", um das Publikum nicht gar zu sehr in ernste Stimmung versinken zu lassen. Ueber die Farce des Nationalvereins

werden die Historiker stets ohne Kopfzerbrechen hinwegkommen. Diese ungeheure Seifenblase ist ohne Geräusch zerplatzt, als Bismarck den Mund aufthat, um das große Wort „deutsches Parlament“ auszusprechen.

Was nun? fragen wir.

In Oesterreich bedurfte es eines Solferino, eines Königsgrätz, der Orgien einer schonungslosen, blutigen, absolutistisch pfäffischen Reaktion, eines den ganzen Staatsorganismus lähmenden Nationalkonfliktes mit den Ungarn, eines drohenden Staatsbankerotts, um den Staat jetzt in die rechte Bahn zu leiten, wo ihn trotzdem noch immer Regentenlaunen, Beichtväter und Schleppen bedrohen.

Wollen die deutschen Demokraten auch auf eine gleiche pfäffische Reaktion, auf einen Staatsbankerott in Preußen, auf ein neues Jena warten, ehe sie gut genug dazu wären, eine Rettung zu versuchen, wo vielleicht keine mehr möglich wäre?

Wollen die wahren Patrioten zusehen, wie die Bildung des Volkes Rückschritte macht unter der Herrschaft der Schulräthe und der Geistlichkeit, wie die alljährlichen Schaustellungen unseres Scheinkonstitutionalismus das Volk politisch ermüden und abstumpfen, wie die thatlosen Phrasen eines impotenten Liberalismus die Freiheit und Einheit der Nation selbst in Verruf bringen, wie eine von Gold und Machtanbetung verfälschte Presse den gesunden Volkssinn betrügt und vergiftet, wenn irregeleitete Arbeiterbewegungen nur der Reaktion dienen, wenn die Massenarmuth unter den drückenden Militärlasten und dem rapiden Anwachsen des Großkapitals ununterbrochen vorschreitet — so daß wir nach einem Jahrzehnt das deutsche Volk demoralisirt, entnervt, verdummt, bettelarm (bis auf einen kleinen Bruchtheil), zerrissen in Preußen erster und zweiter Klasse und Süddeutsche am Rande des politischen Unterganges erblicken könnten?

Nun, gab es oder giebt es eine Fortschrittspartei? höre ich eine Stimme fragen.

Es gab einmal eine Fortschrittspartei, die den Demokraten von einst den Muth gab, sich wiederum am politischen Leben zu betheiligen, die dem murrenden und verzagten Volke, die den Arbeitern, die das zerschossene schwarz-roth-goldene Banner treu gehalten, wie eine schöne Morgenröthe der Freiheit aufging. Es folgte ihr kein Tag. Was war sie denn? Nun, eine Partei, zusammengesetzt aus frondirenden Liberalen, „gealterten“ Demokraten, ehrgeizigen Strebern ohne Opfermuth und einigen braven Kämpen der Freiheit, unverwitterten Säulen des Volksthums: mit einem Worte: die Fortschrittspartei ist oder war der Kompromiß der Halben mit den Ganzen; — wie hätte sonst aus ihr eine nationalliberale Partei hervorgehen können?

Die politische Berechtigung der Fortschrittspartei und ihres schüchternen Kompromiß-Programms vom 9. Juni 1861 hörte auf am 13. März 1862; sie vollzog den politischen Selbstmord, als sie im Sommer und Herbst 1863 nicht das that, was das lauschende Volk von seinen Führern erwarten mußte. Als ihr die Reaktion mit offenem Visir und mit der Devise: „zwischen Prinzipien giebt es keine Versöhnung!“ entgegentrat, scheute sie es, das Visir zu öffnen und mit dem Rufe: „Entweder — Oder!“ zu antworten. — Sie wußte warum. Drei Jahre hatte sie vorübergehen lassen, ohne eine schlagfertige Volks-Armee zu organisiren; — sie war eine Verächterin der sozialen Frage geblieben oder hatte dieselbe wenigstens nicht *ehrlich* ins Auge gefaßt, sie hatte sich als feurige Reden haltende Girondistenpartei geriert, und sich dadurch dem Mißtrauen und dem Verdachte ausgesetzt; sie war trotz ihres Namens *preußisch* geblieben und hatte es verschmäht, in preußischem Großmachtsdünkel den biedern Süddeutschen die Hand zur Verständigung zu reichen; — sie hatte einem verfassungswidrigen Regimente trotz der glühendsten Proteste nie die Mittel zu entziehen versucht; sie hatte in ihrem eigenen Schooße eine freiheits- und volksfeindliche Partei, die der *Nationalliberalen*, groß gezogen, sie hatte sich schon 1864 durch ihre Annexionsschwärmerei mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. Das Jahr 1866 warf sie zu den *Todten*. Eine reaktionäre Regierung übertrumpfte sie. Sie ließ ihren Erben ein verwirrtes, führerloses Volk zurück. Und ihre Erben waren die Reaktion, und deren Tambours: die *Nationalliberalen*.

Deutschland ist in drei Theile zerrissen! — Die Reaktion hat das große Bündniß mit den katholischen und protestantischen Jesuiten geschlossen! Der Zäsarismus streckt seine Krallen hinter dem nationalen Mantel hervor! *Was nun?* fragen wir wieder.

Wir werden eine Antwort geben, die einigermaßen paradox klingen mag.

Der Bruderkrieg von 1866 und die Konstituirung des Norddeutschen Bundes von 1867, der Schwindel der Nationalliberalen ist den Ideen von 1789 rettend zu Hülfe gekommen!

Sehen wir, auf welche Weise.

Zum ersten: Der Zersetzungsprozeß der Fortschrittspartei wurde *beschleunigt*, sie fing an, sich von den untauglichen und unvolksthümlichen Elementen zu säubern. — Es trat klar zu Tage, daß die *Todsünde der Vernachlässigung der sozialen Frage* alle liberalen Parteien wehrlos der Reaktion überliefert; — daß sie die Masse der Arbeiter, welche als geschlossene Bataillone die Schlachten der Freiheit siegreich zu schlagen vermögen, jedem beliebigen Demagogen, der entweder aus Ehrgeiz handelt oder von der Regierung beeinflußt ist, preisgiebt; daß sie

dem sozialistischen Schulgezänk und Zelotenthum und somit der Zersplitterung Thür und Thor öffnet.

Zum zweiten: Die Ereignisse von 1866 bis 1868 haben die Richtigkeit der Einheitsfrage vor der Erringung der Freiheit dargethan. Sie haben bewiesen, daß der „deutsche Volksstaat Preußen" eine liberale Fata Morgana war; denn seitdem von 1815 ab Preußen die Gesetzgebung von 1808—12 Stück um Stück vernichtete, seitdem 1848 und 49 Preußen die Rolle zurückwies, die ihm das deutsche Volk in allzuvertrauensseliger Begeisterung entgegengetragen, hat es darauf verzichtet, Deutschland durch moralische Kraft in Freiheit und Macht zu einen; es hat seine Mission verloren — an das deutsche Volk, an die Selbsthilfe desselben.

Es muß jedem denkenden Volksmanne, soweit er nicht von eigenen selbstsüchtigen Interessen oder vom Katheder-staube blind gemacht ist, klar sein, daß die Konsolidirung Deutschlands von Preußens Regierung aus nur auf dem Wege der Gewalt oder verwerflicher List, die man „Staatskunst" nennt, möglich ist; — daß dadurch nur ein Groß-Preußen geschaffen wird mit den widerstrebendsten Elementen; — daß eine solche Einheit sich nur auf die Allmacht der Geld-Interessen, auf eine gesinnungslose Bourgeoisie, auf die Demoralisation der besitzlosen und arbeitenden Bevölkerung, auf die Verpfaffung des deutschen Geistes und in letzter Instanz nur auf die Namen Krupp und Dreyse stützen kann. —

Was nun?

Es bleibt dem deutschen Volke nur eins übrig: Erringung der Freiheit um jeden Preis!

Und endlich die letzte Frage: auf welchem Wege?

Alle, welche der Ueberzeugung sind, daß das deutsche Volk bald, bald zu retten ist vor einer Jahrzehnte langen Leidenszeit, und vor der Gefahr der Demoralisirung, müssen sich vereinigen.

Wir nennen drei Richtungen: die norddeutsche Demokratie, die sich nur durch den Bannerruf Johann Jacoby's dem stagnirenden Gewässer des Nationalliberalismus und der Fortschritts-Philisterei mühsam entringt; — die süddeutsche und mitteldeutsche Volkspartei, die lange des Paktes mit den Ultramontanen und Depossedirten geziehen wurde, was neuerdings als Lüge sich erwies; — und die Arbeiterpartei, die man des Liebäugelns mit der Reaktion verdächtigte.

Diese drei Richtungen können und dürfen nur ein Ziel haben: die Erringung der politischen Freiheit, vollständige Niederwerfung der wirthschaftlichen Schranken Erlösung der Arbeit aus der Macht des Kapitals und

Befreiung von geistlicher Bevormundung, also rücksichtslose Anknüpfung an die Idee von 1789 — und in Verbindung mit den Volksparteien der anderen Gemeinwesen: die freien Vereinigten Staaten von Europa!

Daß die nord- und süddeutsche Demokratie auch in der Folge zusammengehen wird, dafür bürgen der Reichstag, das Zollparlament, der Bundesrath und das skandalöse Gebahren der „schwäbischen Preußen".

Es könnte nun noch die zweifelnde Frage aufgeworfen werden, ob eine Arbeiter-Partei Berechtigung hat. — Sie hat dieselbe, seitdem es bisher alle Regierungen, alle Parteien verschmäht haben, die Arbeiter anders zu betrachten, denn als Steuerzahler, Soldaten, weiße Sklaven, Straßenkämpfer für liberale Institutionen, Publikum für ehrgeizige und gewählt sein wollende Redner und als Stimmvieh! — Die Arbeiter waren von allen Seiten verlassen, verächtlich bei Seite geschoben, mit Redensarten abgefunden; sie waren, soweit sie den echten Männerstolz in ihrer Brust fühlten und deutschen Patriotismus, gezwungen, sich in selbständigen Parteien zusammen zu finden, sich an diejenigen Führer anzuschließen, welche sie nicht mit Hohn auf ihre eigene materielle Kraft anwiesen, sondern die ihnen die Aussicht auf einen Staat eröffneten, der seine Söhne nicht dem Moloch der Großindustrie und des Geldes, nicht dem Erfrieren und Verhungern in Masse, nicht der Verdummung preisgeben, sondern der das Volk selbst sein, der Selbsthilfe und Staatshilfe harmonisch vereinigen würde!

Noch mehr: Die Elite*) der Arbeiter (und sie ist nicht unbedeutend in Deutschland) zeigt, wie man täglich in den Vereinen sich überzeugen kann, mindestens nicht weniger Intelligenz und politischen Muth als die, von denen sie verschmäht und ausgenutzt werden. Jedenfalls wohnt in ihren Reihen mehr Unverdorbenheit, republikanische Tugend und reines Gefühl, als in dem größten Theil der „blasirten" Bourgeoisie und gelehrten Fachpedanten. — Das wissen die Arbeiter. Sie wollen sich nur Achtung und Vertrauen erobern.

Indem man ihnen vorwirft: ihr dürft keine Standes-Interessen vertreten, fügt man zum Irrthum den Hohn. Denn: nur den bevorrechteten Klassen der Gesellschaft ist ein Vorwurf daraus zu machen, wenn sie Standesinteressen vertreten, welche dem Wohle des Ganzen schaden und das Recht der Andern beeinträchtigen. Eine Volksklasse aber, die die überwiegende Majorität der Nation ausmacht, welche den schwersten Theil der indirekten Steuern trägt, welche fast die gesammte Wehrkraft repräsentirt und welche nicht das Recht hat, aus der Arbeit

*) Der beste Theil, die Tüchtigsten.

der Hand und des Kopfes die Früchte zu ernten, die ihr im Namen der Gerechtigkeit gebühren, — ist darauf angewiesen, sich das zu erringen, was ihr zur vollständigen Gleichstellung fehlt, — und dies führt naturgemäß zum engen Zusammenschluß einer Partei der Gedrückten; und dies sind nicht allein diejenigen, die man gemeinhin Arbeiter nennt, das sind alle kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden (ja auch die zahlreichen Proletarier des Geistes), die Jahr um Jahr mehr und mehr verarmen und zu Handlangern der großen Industrie- und Kapitalmächte heruntersinken. Das Geld steigt und konzentrirt sich — und die Menschen sinken!

Und wenn nun die große Mehrheit des Volkes zu der gedrückten und mittellosen Arbeiter- und Handwerkerklasse gehört, wenn nur ein verschwindender Bruchtheil der Nation mit Glücksgütern oder gutem Einkommen gesegnet ist, und wenn es den Führern der Demokratie, den treuen und braven Vorkämpfern, die oft selbst zu den Proletariern des Geistes gehören und deren Wiege oft in einer schlichten Werkstatt oder armen Bauernstube gestanden hat, wirklich Ernst mit der Erringung der wahren Freiheit, mit der Erlösung des deutschen Volkes aus physischem und geistigem Elend, die Hand in Hand gehen, mit seiner Erhebung auf die Stufe, die unser großer Fichte prophetisch vorhergesagt, heiliger Ernst ist, so werden sie sich nur als Mandatare, als Führer dieser Massen ansehen, dann werden sie den Arbeiter-Parteien in echter deutscher Treue und Brüderlichkeit, im wohlverstandenen politischen Interesse die Hand reichen; dann haben sie eine schlagfertige, entschlossene Volksarmee hinter sich, und der Sieg hängt nur von guter Strategie und exaktem Zusammenwirken ab. —

Doch um nicht mißverstanden zu werden, müssen wir jetzt davor warnen, den sozialistischen Schulstreit fortzusetzen, und die Rufe: hie Schulze, hie Lassalle! zu einem Fallstrick werden zu lassen.

In diesem Augenblick kann es sich nicht darum handeln, zu experimentiren, welches volkswirthschaftliche System den Vorzug verdient. Im Vordergrunde steht als ceterum censeo: Aufhebung der politischen Schranken, Erringung der politischen Freiheit. Ist dieser Kampfpreis erstritten, dann beginnt erst die ungehemmte Volks-Arbeit. Erst, wenn wir ein demokratisches Gemeinwesen besitzen, ist völlige Gewerbefreiheit, völlige Freizügigkeit, unbevormundetes Koalitionsrecht, durchgreifende Unterrichtsform, Trennung der Schule von der Kirche, gesundes Gemeinwesen, juristische Reform, Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Herabsetzung des stehenden Heeres auf ein Minimum als Stamm, Volks-

wehrverfassung, allmälige Aufhebung der indirekten Steuern, die Regelung der Arbeiter-Rechte gegenüber dem Kapital u. s. w. möglich.

Indem wir das Gesagte zusammenfassen, sprechen wir: die innigste Allianz der nord- und süddeutschen Demokratie mit den Arbeitern ist die große Vorbedingung des Kampfes gegen den hereinbrechenden Cäsarismus, der, gleich seinem älteren Bruder jenseits des Rheins, nur ein nationales Kleid angezogen hat, um das Volk nicht zu erschrecken, der hinter konstitutionellen Formen den Inhalt birgt, den die wackeren Bastillestürmer von Paris fast vernichtet hatten, der mit den Mächten des Mammons sich verbunden hat, um durch sie über den Magen — der mit dem Geiste pfäffischer Finsterniß sich befreundet hat, um durch ihn über die Herzen und Köpfe zu herrschen. —

Das Programm, das Alle eint, und dessen Ausführung im Einzelnen wir den Führern der großen deutschen Aktions- und Volkspartei überlassen, kann nur das nächste Ziel des Kampfes sein:

„der ungetheilte deutsche Volksstaat auf breitester demokratischer Grundlage, mit beschließendem Parlament und demokratischer Spitze!"

Und nun an die Arbeit! — Zeit ist Geld! Zeit ist Brod! Zeit ist Blut! Nicht gezittert, wenn auch einiger Staub aufgewühlt wird bei stürzendem altem Gemäuer, und hier und da ein Arbeiter oder Pionier verschüttet wird. Nicht gewankt! Das Volk wird selbst bestimmen das Haupt, das nach Uhland (Januar 1849) nur mit einem vollen Tropfen demokratischen Oels gesalbt sein kann.

—

## 6.

# Der Staat und das Genossenschaftswesen.

Von Karl Hirsch.

Zu Punkt X. des Eisenacher Programms.

Aus dem „Volksstaat" 1869.

(Siehe Seite 165.)

### I.

Es ist eine durch die Statistik hinlänglich erwiesene Thatsache, daß unter den modernen staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen die Zunahme der Reichthümer begleitet, ja vielfach überflügelt wird von der Zunahme des Pauperismus; mit andern Worten: daß die Zahl der Besitzenden abnimmt im Ver-

hältniß zu der Masse des Proletariats. Die allgemeine Ursache dieser Erscheinung ist in der modernen Produktionsweise gefunden worden, die auf einer großen Arbeitstheilung und großen Vorschüssen in Anlagekapital, Rohmaterial und Lohnfonds, beziehungsweise auf freiem Kauf und Vernutzung lebendiger Arbeitskraft als einer Marktwaare beruht. Daß die Arbeitskraft als eine Waare ver- und gekauft wird, hat zur Folge, daß der Besitzer derselben, der Arbeiter, durchschnittlich keinen höheren Preis für seine Waare erzielt als jeder andere Waarenbesitzer für die seinige, nämlich das Ungefähre der Herstellungskosten. Der Preis der Arbeitskraft, der Lohn, wird durch die Herstellungskosten derselben, d. h. durch die nothwendigsten Lebensmittel des Arbeiters, und wenn man will, durch die Ergänzungskosten, d. h. durch die nothwendigsten Bedürfnisse der Familie, bestimmt.

Daß selbst die vollste staatliche Freiheit diese allgemeine Erscheinung nicht wesentlich zu ändern vermag, lehrt ein Blick auf die politischen und sozialen Verhältnisse Nord-Amerikas. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung, Rechtsgleichheit, republikanische Verfassung, Volksheer — all dies vermag dort bekanntlich nicht zu verhindern, daß die gesellschaftliche Entwicklung — die Zunahme des Proletariats — nicht etwa blos in gleichem Maße wie in Europa, sondern noch rapider vor sich geht.

Es ist allerdings unbestreitbar, daß nur in der Freiheit und den politischen Reformen die Lösung der sozialen Frage gedacht werden kann, ebenso gewiß ist aber auch, daß in den Reformen — als Formen — allein noch nicht die Lösung an und für sich gegeben ist. Sie liegt sowohl begrifflich, als auch geschichtlich in der Bildung von Kollektiv-Eigenthum auf dem Wege der Genossenschaft. Die Genossenschaft ist aus der bürgerlichen Produktion herausgewachsen, die die Arbeiter daran gewöhnt hat, zu einem gemeinsamen Zweck — freilich dem Zweck eines Dritten — ihre Arbeitskraft unter ein Kommando zu stellen und sich „in die Hände" zu arbeiten. Die Bourgeoisie hat aber nicht nur die Arbeiter den Nutzen der Vereinigung kennen gelehrt und ihnen die Disziplin zur Genossenschaft anerzogen, sondern sie hat sie auch direkt dazu aufgemuntert und angetrieben, sich genossenschaftlich zu vereinigen. Freilich brachte sie ihre eigene Zweckvorstellung dabei mit, die Genossenschaft solle ihre Mitglieder aus Ausgebeuteten zu Ausbeutern, zu Kapitalisten machen, ein naiver Standpunkt, auf welchem heute noch in Deutschland Schulze-Delitzsch mit seinen Genossenschaften steht. Aber die Unvereinbarkeit dieses Zweckbegriffs mit der ganzen Individualität der in den Genossenschaften vereinigten Arbeiter bedingt den Mißerfolg

solcher Genossenschaften. Wenn sie nämlich Erfolg haben, verändern sie gewöhnlich die normale Arbeiteranschauung, das auf die Erlösung der ganzen Klasse gerichtete Streben, und verwandeln den Genossenschaftler in einen egoistischen Aktionär.

Man kann z. B. namentlich von den unter den Auspizien des Herrn Schulze zu Stande gekommenen Produktiv-Genossenschaften sagen, daß sie nie mißlungener waren als in den wenigen Fällen, wo sie als gelungen und erfolgreich bezeichnet wurden. Umgekehrt, die Mißerfolge, die — womit sich Herr Schulze trösten mag — in den vorgerückteren Industrie-Ländern ebenso regelmäßig sich einstellten wie bei uns in Deutschland, hatten wenigstens den Erfolg, die Arbeiter auf das wahre, das echte Prinzip der Genossenschaft zu führen: auf die Produktion von unveräußerlichem Kollektiv-Eigenthum mit gleichem Nutznießungsrecht (verbunden mit Altersversorgung). Die Resultate dieser namentlich in Frankreich, Belgien und Amerika herrschenden Form der Produktiv-Assoziation sind unbestritten bedeutender als die Resultate der auf Produktion von Kapitalisten gerichteten. Die Frage, wie es denn für große Massen von Arbeitern möglich gemacht werden könne, bei ihrer (nach dem Eingangs entwickelten sog. „ehernen Lohngesetz") die Grundlage der gegenwärtigen Produktionsweise bildenden Besitzlosigkeit die großen Vorbedingungen zu Produktiv-Assoziationen zu beschaffen, als: Grundstücke, Gebäulichkeiten, Maschinen, Rohmaterial und die bis zur Verwerthung der ersten Produkte nöthigen Lebensmittel — diese Frage wird von den Sozialisten mit dem Hinweis auf jene gewaltige, aus dem bürgerlichen Zusammenleben hervorgegangene Organisation beantwortet, die sich — ihrer Idee nach — zur Aufgabe zu machen hat, alles Schlechte in der menschlichen Gesellschaft zu bekämpfen und alles Gute zu fördern — mit dem Hinweis auf den Staat. Von anderer Seite wird sowohl die Möglichkeit als auch die Zulässigkeit eines staatlichen Eingreifens in die allgemeinen Produktionsverhältnisse mit Entschiedenheit bestritten, ohne daß indeß eine plausible Meinung über den Weg geäußert würde, aus einem Zustande herauszukommen, der auch von dieser Seite als verderblich, verwerflich und unhaltbar bezeichnet wird. Prüfen wir die beiderseitigen Argumente.

* * *

## II.

Um zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung und dadurch Brot zu bieten, sind nicht blos 1848 im republikanischen Frankreich, sondern auch früher und später in anderen, in monarchischen Ländern von Staatswegen Unternehmungen theils direkt begründet, theils indirekt befördert worden. Diese Intervention des Staats

in den Gang der bürgerlichen Produktion war in den betreffenden Verhältnissen für nöthig gehalten worden, weil man nicht anders die gefährliche Masse zu beseitigen wußte, die als „überschüssige Hände", als „Reserve" eine natürliche und nothwendige Zugabe zur modernen, kapitalistischen Produktionsweise, eine stete Gefahr für Sicherheit und Ordnung der Gesellschaft bildet. Dieses friedliches Aushilfsmittel aus einer großen sozialen Verlegenheit wurde indeß nicht lange versucht, sondern bald ersetzt durch Kartätschen, Deportationen, Gefängnisse und eine massenhafte Auswanderung. Durch diese heroischen Mittel konnte man das Prinzip umgehen, auf welchem das erstere friedliche Mittel basirt war, ein Prinzip, das von unbefangenen Theoretikern und sehr großen Praktikern unumwunden anerkannt ist, und dessen Proklamirung, so sehr man auch diese Thatsache zu vertuschen liebt, 1848 in Frankreich und in Deutschland der stärkste, um nicht zu sagen der einzige Hebel der Revolution war. Dieses Prinzip ist das Recht auf Arbeit. Man vergleiche u. A., was über dieses Recht Varnhagen von Ense sagt (Tagebücher IV., 2. Aufl., S. 266 und 278), der kein Sozialist ist, und Stuart Mill, der ebenfalls keiner ist, an verschiedenen Stellen der „Grundsätze ꝛc." — Die Manchesterschule sogar erkennt dieses Recht, beziehungsweise die entsprechende Pflicht des Staates an, will jedoch die Anwendung auf Ausnahmefälle, sog. Nothfälle, beschränkt wissen. In England nun sind diese Ausnahmefälle längst zur stehenden Regel geworden: die „Workhouses"*) sind absichtlich zu „Häusern des Schreckens" gemacht worden; dies verhindert aber nicht, daß sie stets gefüllt sind. Auch in Deutschland wiederholen sich die Ausnahmen immer rascher und anhaltender in entsetzlicher Regelmäßigkeit, während sich die Verhältnisse der dazwischenliegenden Pausen ebenso beharrlich den zugegebenen Extra-Fällen nähern. Es genügt indeß, zu konstatiren, daß das Eingreifen des Staates in die Produktion thatsächlich mit dem Recht auf Arbeit motivirt worden ist, und daß die Ursachen, die zur Beanspruchung dieses Rechts führen, nicht in ausnahmsweisen unglücklichen Ereignissen, sondern gerade in dem alltäglichen, ja in dem Prosperitäts-Gang unserer Produktion liegen. Prosperität der Geschäfte**) führt regelmäßig zur Ueberproduktion, diese zu Krisen und Arbeitslosigkeit. Dem entsprechend ist es für denkende und praktische Staatsmänner Aufgabe, statt der bisherigen exzeptionellen***) Aushilfsmittel sich nach solchen umzusehen, die dem dauernden Uebel auch dauernd begegnen und vorbeugen. Als das weitaus wichtigste der in Betracht kommenden Mittel erscheint aber das Genossenschafts-

*) Arbeitshäuser.
**) Geschäftsblüthe.
***) ausnahmsweisen.

wesen. Zahlreiche Produktiv-Genossenschaften*), als bestehend gedacht, würden die Zahl der den Krisen absolut Unterworfenen vermindern, zu größerer Regelmäßigkeit der Produktion beitragen (da sie ihrer Natur nach weniger spekuliren als der reine Unternehmer), ferner als Ableiter des Arbeitsmarktes die stete Tendenz der Lohnerhöhung für die andern Arbeiter haben, endlich in dennoch eintretenden Nothfällen gewissermaßen die Cadres**) zu einer ausgedehnteren Beschäftigung Arbeitsloser bilden. Es ist aus alledem ersichtlich, daß es für jeden auf modernem Verkehr begründeten Staat in gewissen Zeiten eine Existenzfrage sein wird: ob er das Genossenschaftswesen mit aller Kraft gefördert hat oder nicht. Und zwar muß es als eine Sophisterei bezeichnet werden, wenn man sagt: der Staat soll die Bildung von genossenschaftlichem Eigenthum fördern, aber nur dadurch, daß er alle gesetzlichen Hindernisse aus dem Wege räumt. Daß der Staat keine beschränkenden Gesetze dagegen machen darf und die bestehenden möglichst summarisch, mit einigen Federstrichen, zu vernichten hat, ist selbstverständlich: um andere Hindernisse aber handelt es sich, als um gesetzliche, nämlich um thatsächliche, und diese sind, wenn man das Genossenschaftswesen aufrichtig und wirklich fördern will, zu bekämpfen. Diese Hindernisse sind hauptsächlich der Mangel an den zu gemeinsamem Betrieb nöthigen Sachkenntnissen und der Mangel an Mitteln. Man glaube nicht, daß das laisser faire***) des allgemeinen Verkehrs oder der allgemeinen Bildung den ersteren Mangel abstellen würde; — so wenig als ohne Staatsinstitute Verkehr und Bildung Eisenbahn-Ingenieure hervorgebracht hätten. Es ist vielmehr ein ganz direkt auf das genossenschaftliche Ziel gerichteter spezieller Unterricht unumgängliche Vorbedingung.

Was die Mittel betrifft, so stehen wir hier wieder vor der Frage, die uns am Schlusse des ersten Artikels beschäftigt hat: ist Staatskredit oder überhaupt positive, materielle Begünstigung seitens des Staates zulässig oder nicht?

Die Sozialisten weisen, um die Frage bejahen zu dürfen, darauf hin, daß der Staat längst mit aller Energie auf Bildung und Mehrung von großem Privateigenthum hingearbeitet habe und es dafür an Exemptionen, Immunitäten, Privilegien, Benefizien, Dotationen, Subventionen†), Darlehnen, Garantien, Krediten, Stundungen u. s. w. u. s. w. noch heute keineswegs fehlen lasse,

*) Nicht Schulze'sche kleine Aktiengesellschaften, die jede Krisis sprengt, sondern auf Produktion von Genossenschaftseigenthum gerichtete.

**) Rahmen, Stämme, meist im militärischen Sinne gebraucht.

***) Das „Sich selbst überlassen sein".

†) Steuerbefreiungen, Vorrechten, Unterstützungen aller Art.

daß vielmehr die positive Unterstützung, die der Staat den Inhabern von Privateigenthum aller Art zur Vermehrung desselben angedeihen läßt, von Jahr zu Jahr enormer und augenfälliger wird. Als Beispiele führt man die Eisenbahn-Garantien und -Subventionen, die staatlichen Kredit-Institute, die Steuerkredite, die Zollkredite und Rabatte und vieles Andere an, was zusammengenommen allerdings als ganz dieselbe Leistung des „Staatssäckels" betrachtet werden muß, die von den Gegnern der Sozialisten als unzulässig bezeichnet wird. Warum sollte derselbe Staat mit denselben Mitteln nicht viel eher genossenschaftliches Eigenthum mehren helfen?

Die Gegner, soweit sie nicht das Thatsächliche der sozialistischen Behauptungen — allerdings mit wenig Glück — bestreiten, erklären, daß *ein* Mißbrauch einen zweiten Mißbrauch nicht rechtfertige. Staatshilfe sei eben auch Privat-Unternehmern, auch Kapitalisten gegenüber unzulässig und zu verwerfen.

Die Prüfung dieses Einwandes ist nicht schwer. Man untersuche irgend eine der dem Kapital gegenwärtig zukommenden Staatsleistungen nach ihren Wirkungen für das Gesammtinteresse des Staates. Unbestreitbar sind sie alle insgesammt, von einzelnen nebengeordneten Uebelständen abgesehen, von den wohlthätigsten und wichtigsten Wirkungen für die Gesammtheit gewesen — und sind es noch heute. Ohne *Staatsgarantie* wären wichtige Straßen, Kanäle und Eisenbahnen gar nicht gebaut worden, die heute dem geistigen und materiellen Fortschritt ganzer Bevölkerungen unentbehrlich scheinen. Die Steuerkredite haben den Handel und die Industrie ungemein gefördert und zur Bildung großer Unternehmungen geführt, die eine reiche Quelle von Kultur, Wohlstand und Bildung wurden. Dasselbe gilt von den Zollkrediten, und die Zollrabatte vollends gaben den Impuls zu der freihändlerischen Bewegung, die die engen politischen Schranken durchbricht und für eine Waarengattung nach der anderen den Weltmarkt herstellt. Ohne die *Staatshilfe*, die den Fabrikanten zum großen Theil auf Staatskosten billige Techniker lieferte, war die Hebung der Industrie nicht möglich. Die ungeheure Steigerung der Produktivität des Ackerbaues, die wir erlebt haben, war undenkbar, wenn nicht *Staats*-Institute das Anlagekapital vorgestreckt, dazu noch die Produkte beliehen und *obendrein* (persönlichen) Wechselkredit gewährt hätten — und noch heute würde die landwirthschaftliche Großproduktion ins Stocken und das ganze Land in unrettbares Verderben gerathen, wenn der ersteren diese dreifache Selbsthilfe versiechte. Man kann es daher unmöglich für Ernst halten, wenn der jüngste Vertreter der absoluten Staatshilfe, Herr Dr. Max Hirsch aus Magdeburg, neulich in der Pfalz erklärte, daß er und seine ökonomischen Parteigenossen eben so sehr die dem Kapital, als die

der Arbeit zugedachte Staatshilfe bekämpfen. Wenn die großen Spiritusbrenner in der Provinz Sachsen nicht durch Staatshilfe erstens billiges Hypothekengeld, d. h. Anlagekapital, zweitens Lombards*), drittens Bankkredit und viertens Steuerkredit bekamen und noch bekämen, wenn nicht wichtige, durch Staatshilfe gebaute Eisenbahnen den großen Transport ermöglichten, und wenn die Firma Hirsch in Magdeburg nicht selbst Lombard, Bankkredit und Steuerkredit durch eine buchstäbliche Staatshilfe genoß: so konnte besagte Firma nicht ein so großes Spiritusgeschäft machen, als sie thatsächlich gemacht hat und macht — und Herr Dr. Max Hirsch hätte dann weder Mittel noch Muße, um die Arbeiter von der Unzulässigkeit, Unmöglichkeit und Unmoralität aller Staatshilfe zu überzeugen. Dieses Beispiel zeigt augenscheinlich, daß die Staatshilfe für die Produktion im Prinzip nicht nur zulässig ist, sondern unter Umständen sogar für die Gesammtheit sehr vortheilhaft sein, ja auch ohne daß eine besondere Kalamität, ein offener Nothstand vorliegt, dennoch zur unbedingten Nothwendigkeit werden kann. Und da wir ohnehin die hohe Wichtigkeit des Genossenschaftswesens dargethan, so ist damit auch erwiesen, daß für dasselbe unter Umständen direkte Staatshilfe ebenso zulässig und nothwendig erachtet werden muß, als für das Großkapital.

Eine andere Frage ist indeß die, ob und unter welchen Vorbedingungen eine derartige Staatshilfe — die wir uns zunächst als Staatskredit denken — ausführbar ist.

* * *

## III.

Gegen die Ausführbarkeit einer staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens durch Darlehn wird geltend gemacht, daß der Staat nicht im Besitz der ungeheuren Mittel sei, die nöthig wären, um alle Arbeiter auf solche Weise in Genossenschaften zu beschäftigen. Es muß dieser Einwand in dem Falle als ganz zutreffend erachtet werden, wenn davon die Rede sein sollte, mit einem Schlage die jetzige Produktionsweise aufhören und eine allgemeine Staatsproduktion beginnen zu lassen. Es ist indeß dieser Gedanke so absurd, daß man ihn billigerweise bei keinem Sozialisten, der ihn nicht ausdrücklich kundgiebt — und unseres Wissens hat dies noch keiner gethan — voraussetzen sollte. Die Frage der Staatsproduktion anlangend, die hier manchmal ohne innere Veranlassung herbeigezogen wird, ist es beiläufig bemerkt zwar richtig, daß sie in der Regel nicht so profitabel ist als Privatproduktion, allein die Hauptursache, warum sie es nicht ist, scheint uns eine sehr erfreuliche: sie liegt in der besseren Lebensstellung der in der betreffenden Staatsproduktion ver-

*) Pfandanleihen.

wendeten Arbeiter. Die anderen Ursachen aber sind niemals wesentliche, sondern zufällige, die sich heben lassen.

Indeß handelt es sich hier weder um Staatsproduktion, noch um allgemeine Staatsgarantie, sondern um Kredite für einzelne Produktiv-Genossenschaften. Daß aber dem Staate keine höheren Leistungen zuzumuthen sind, als er ohne Gefahr und Schwierigkeit ertragen kann, versteht sich wohl von selbst. Schwierig ist dabei nur die Lösung des Problems, wie man, die momentane Leistungsfähigkeit des Staates als eine gegebene Größe angesehen, der Mißlichkeit konkurrirender Anforderungen vorbeugt? Reduktionen würden leicht den Zweck der Kredite beeinträchtigen, während Diskonto-Erhöhungen aus einem leichtbegreiflichen Grunde nicht abschrecken und die bekannten Bankmittelchen, wie Formschwierigkeiten, Verschleppungen u. dgl., ohnehin nicht vorhalten würden, auch mit dem ganzen Geiste der erörterten Institution nicht vereinbart werden könnten. Die größere oder geringere Wichtigkeit dieses Problems wird lediglich bestimmt durch das Verhältniß der berechtigten Nachfrage zu der Summe, über welche jeweilig disponirt werden kann. Wir sagen: berechtigte Nachfrage, und verstehen darunter die Kreditforderungen solcher Genossenschaften, die in der nachzuweisenden moralischen und fachlichen Tüchtigkeit ihrer Mitglieder und in ihrer, den zu gebenden Gesetzen entsprechenden Einrichtung die Garantie bieten, die der Staat verlangen kann und muß, daß das Geld nicht, wie man zu sagen pflegt, „hinausgeworfen“ ist. Sorgfältige Prüfung und gewissenhafte Kontrolle würden nicht fehlen dürfen. Die Höhe jeder Kreditforderung würde nach dem, von der Genossenschaft selbst vorzulegenden und staatlicherseits ebenfalls zu prüfenden, zu Anlage und Betrieb absolut erheischten Bedarf zu bemessen sein; der Rückzahlungsmodus nach der ebenso vorzulegenden und zu prüfenden Rentabilitätsberechnung.

Unter diesen Bedingungen ist ein allzugroßer Andrang von Genossenschaften nicht zu befürchten, aber ein Andrang, der immerhin groß genug ist, eine merkliche Lücke im Arbeitsmarkt entstehen und den Lohn der anderen Arbeiter steigen zu lassen. Ueberhaupt wird es sich für lange Zeit nur um die städtische Industrie handeln; auf dem Lande fehlen noch alle Vorbedingungen der Korporation: Arbeitstheilung, Intelligenz, Kenntnisse ꝛc.

Falls dennoch Konkurrenzen eintreten, so könnten maßgebend sein: 1. Anziennität (der Konstituirung der betr. Genossenschaften); 2. Rentabilität und Rückzahlungsmodus; 3. Dringlichkeit in Nothfällen; 4. Anziennität des Anspruchs u. s. w.

Es lassen sich eine Menge technischer Einwendungen gegen die spezielle Ausführung erheben. Andererseits läßt sich wieder gegen jede Einwendung nicht ohne Erfolg eine Vertheidigung

geltend machen: — woraus hervorzugehen scheint, daß man in dieser so hochwichtigen, schon einmal so verhängnißvoll gewordenen Frage erst noch eine Reihe von praktischen Erfahrungen sammeln muß. Freilich würde dann, um eine Art von Versuchsfeld zu gewinnen, die rechtzeitige praktische Inangriffnahme der Frage rathsam erscheinen. Gerade jetzt, wo im Vergleich zu früher, nach Innen und Außen eine verhältnißmäßige Ruhe herrscht und eine größere Krisis weder vorhanden, noch in Aussicht ist, gerade jetzt ist es geboten, eine Frage allen Ernstes zu studiren, die einst jeden Staat, welchen sie unvorbereitet trifft, in die grenzenloseste Verwirrung stürzen wird.

Aber allen Ernstes muß man an die Frage herantreten, ohne jeden Hintergedanken eines frivolen Spiels oder Mißbrauchs. Versuche, aus einer einfachen Pflichterfüllung des Staats gegenüber der großartigsten sittlichen und Kultur-Erscheinung unseres Jahrhunderts einen — reaktionären Köder für die Arbeiter und ein Schreckmittel für die Bourgeoisie zu machen, würden gewissen Regierungen nahe genug liegen. Es giebt indeß einen untrüglichen Probirstein, jede unehrliche Inangriffnahme des beregten Gegenstandes von einer ehrlichen zu unterscheiden. Eine Regierung, die die Nothwendigkeit einsieht und das Streben hat, loyal vorzugehen, wird die reine Selbstverwaltung der Genossenschaften — unbeschadet finanzieller Kontrolle — achten und zu sichern bemüht sein müssen. Sie wird von vornherein auf jede Hineinregiererei verzichten und sich dieselbe durch klare Gesetze unmöglich machen müssen. Sie wird überhaupt genöthigt sein, das laufende Geschäft mit den Genossenschaften nicht etwa einer Behörde, einem Regierungsrath, sondern einer besonderen Bank zu übertragen, deren Personal oder wenigstens deren leitendes Personal auf Vorschlag einer parlamentarischen Kommission vom Parlament erwählt und von der Regierung unabhängig ist. Sie mag sich mit dem Bestätigungsrecht genug sein lassen. Kredite unter einem gesetzlich zu bestimmenden Betrage prüfe und entscheide die Bankdirektion (als Kollegium); höhere Summen mögen durch Gesetze dekretirt werden.*)

*) Es wird vielleicht Manchem unbekannt sein, daß in Württemberg eine große, rein auf Kollektiv-Eigenthum basirte Genossenschaft schon seit langer Zeit Staatshilfe in ausgedehntem Maße erhält — die von Gustav Werner in Reutlingen in den dreißiger Jahren gegründete Gesellschaft „zur Bruderhilfe". Diese Gesellschaft besitzt in Reutlingen und in verschiedenen Landestheilen Württembergs ca. 25 verschiedene Anstalten im Gesammtwerth von über fünf Millionen Gulden und betreibt die verschiedensten Produktionen, als: Landwirthschaft, Müllerei, Spinnerei, Weberei, Maschinenfabrikation, Tischlerei, Kleider- und Schuhwaaren-, Bronze- und Silberwaaren-, Papier- und Portefeuille-Fabrikation, Buchbinderei,

Selbst unter solchen Bedingungen ist es immer noch möglich, daß die Beziehungen der staatlichen Faktoren zu den Genossenschaften auf Seiten der Regierungen in selbstsüchtige Ränke und Intriguen auf parlamentarischer Seite in faktiöse*) und demagogische Umtriebe auszuarten drohen; doch ließen sich der gesunde Sinn der Massen und die öffentliche Meinung als hinlängliche Schutzmittel dagegen betrachten oder noch weitere Garantien als die aufgezählten anwenden. Eine Regierung aber, die auch nicht einmal diese, vielleicht zu flüchtig skizzirten Sicherheiten gegen den Mißbrauch der staatlichen Förderung des Genossenschaftswesens für nothwendig hielte, würde den klaren Beweis liefern, daß es ihr nicht um Förderung des Wohles der arbeitenden Klassen, sondern um politische Agitationen der verwerflichsten Art, nämlich um plumpe Bestechung eines kleinen Theils des Proletariats zu thun ist, um bereite Fäuste zur Niederhaltung des anderen größeren Theils zu haben.

Einem solchen Beginnen aber müßte die Demokratie aller Schattirungen den äußersten Widerstand leisten und würden ohne

---

Buchdruckerei u. s. w. — Die Anstalten erhalten unter allgemeiner Billigung der Bevölkerung Staatshilfe, weil sie Arbeitslosen und solchen, die schwer geeignete Arbeit finden, wie gefallenen Mädchen und entlassenen Bestraften, Unterkommen und geistige Pflege bieten. Daß die Anstalten schlecht reüssiren (schlechten Erfolg haben) und der Staatshilfe bedürfen, daran ist das religiöse Beiwerk schuld, mit welchem das Streben der Gesellschaft versetzt ist. Vor dem „Reich Gottes", das „gegründet werden soll", werden irdische Bestrebungen und Bedürfnisse nicht genug gewürdigt, und die fast pietistische Aszetik in dem (natürlich gemeinsamen) Leben und Konsum rächt sich durch eine vielfach grassirende Heuchelei, verbunden mit Materialverschleuderung. Auch Veruntreuung und Unterschlagung richten nicht selten Schaden an. Diese Uebel würden von selbst wegfallen, wenn der Sinn der Brüder sich weniger auf das Ueberirdische und mehr auf das Weltliche und Sinnliche richten würde. Der gesunde Mensch will nicht nur leben, sondern möglichst gut (auch im körperlichen Sinne) und angenehm leben. — In Preußen sind die bekanntesten, aber bei Weitem nicht die einzigen Fälle großartigster industrieller Staatshilfe die den Fabrikanten Borsig und Krupp seinerzeit gewährten Millionen. Der gegenwärtige Flor der zwei genannten Geschäfte, durch die mehr als 50 000 Menschen Existenz haben, wäre ohne Staatsunterstützung wohl kaum vorhanden. — In Oesterreich waren es meist hochadlige Industrielle, deren Unternehmungen durch direkte Staatsmittel gefördert worden sind. — In Bayern, speziell in München, Augsburg, Nürnberg u. a. O. „arbeitet" eine lange Reihe von Unternehmern mit Staatskapital. Die bayerische Großindustrie verdankt dem Staate ihre ganze Existenz.

*) im Interesse einzelner Parteien gemachte.

Zweifel auch die deutschen Produktiv-Genossenschaften verächtlich den Rücken zuwenden!

Im Sinne dieser Ausführungen glauben wir, kann gegen den Punkt 10 des Eisenacher Programms, welcher Staatskredit für „freie Genossenschaften" „unter demokratischen Garantien" *fordert*, kein Demokrat etwas einwenden.

Eine andere Frage ist freilich: ob der gegenwärtige Staat, ob die sogenannte konstitutionelle Monarchie im Stande ist, die Aufgabe, den Genossenschaften Kredit zu vermitteln, auch nur annäherungsweise zu lösen. Wir müssen diese Frage entschieden *verneinen*.

* * *

## IV.

Wir haben in den früheren Artikeln den Nachweis geführt, daß der Staat prinzipiell die Pflicht hat, das Genossenschaftswesen positiv zu fördern, und daß die Arbeiter berechtigt sind, auch vom *heutigen* Staate eine solche Förderung in Form des Staatskredits zu *verlangen*, sowie endlich, daß der heutige Staat schon aus Klugheitsrücksichten gut daran thun würde, sich mit dem Gedanken der ehrlichen Erfüllung dieser Forderung vertraut zu machen. Eine ganz andere Frage aber, die wir zu beantworten haben, ist die:

> Ob der heutige, d. h. der nach den Interessen und der Vorstellungsweise des Bürgerthums eingerichtete, der monarchische und mehr oder weniger konstitutionelle Staat auch *im Stande* ist, die an ihn gestellte Forderung so zu erfüllen, wie sie — nach unsern früheren Ausführungen — einzig und allein erfüllt werden kann, nämlich ohne Hintergedanken, ohne Korruptionsgelüste, ohne Vorbehalte, — eine Leistung ohne andere Bedingungen als solche, die aus der Natur der Leistung selbst entspringen?

Eine alte Fabel erzählt, daß der Wolf einmal, von Gewissensbissen gequält, den festen Vorsatz gefaßt habe, fortan die unschuldigen Lämmer zu schonen und nur von Kräutern und Früchten zu leben. Als ihm aber das erste Schaf begegnete, da sagte er zu sich selbst: „Was ist denn für ein Unterschied zwischen Thier und Pflanze? Das Thier ist nur eine bewegliche Pflanze, die Pflanze nur ein stummes, in die Erde gewachsenes Thier. Darf ich das Eine genießen, warum nicht auch das Andere? Dieses Schaf hier lebt von Früchten und ist selbst die Frucht seiner Eltern. Frucht ist Frucht!" Sprach's und zerriß es.

Der Wolf in der Fabel hatte Gewissensbisse. Ein richtiger, natürlicher Wolf hat keine, *kann* keine haben. Er gehorcht lediglich seiner eigenen Natur, die ihm Tatzen, Greif- und Nage-Zähne, sowie einen vortrefflichen Magen zum Verdauen des rohen Hammelfleisches gegeben hat. Seine Denkweise ist nicht trennbar von

seinem sonstigen Wesen, seine moralische Anschauung über das Hammelfressen ist wie sein Gehen, Schlafen, Kauen, Verdauen, ein Theil seiner hammelfresserischen Natur. Und weil diese seine Natur vollkommen auf die Schafjagd angelegt ist, so wird nothwendig die Wolfsmoral, so lange es Wölfe giebt, das Schaffressen als das ideale Gut, als den höchsten Zweck des Lebens ansehen.

Und ganz so verhält es sich mit der modernen Gesellschaft, diesem Wolf im liberalen Schafspelz, der die lammfrommen Unterthanen theils auf den Schlachtfeldern, Richtplätzen, Manövern, Eisenbahnen, Wettrennen, in den ärztlichen Kliniken und Spitälern, Spinnereien, Maschinenfabriken, Brauereien u. s. w. plötzlich erwürgt, theils (durch Uebersteuerung, Ueberarbeitung, Ueberreizung und Hunger ꝛc., in Kasernen, Zuchthäusern, Arbeitshäusern, Schulhäusern, Bureaus, Manufakturen, Bordellen, Kneipen u. s. w.) allmälig verbluten läßt. Wie sollte die heutige Gesellschaft zu Gewissensbissen kommen? Diese Welt ist ja „die beste der Welten"!

Die alten Griechen stellten sich die höchste Seligkeit der olympischen Götter als ein Genießen ohne Arbeit, die tiefste Verdammniß als eine Anstrengung ohne Erfolg vor. Ihr Himmel und ihre Hölle waren nur die idealisirte Wirklichkeit: Der Zustand des Sklaven war die Höllenpein, der des edlen Herrn war der Himmel. Ganz so hat sich die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft der kapitalistischen Ausbeutung, in Ermangelung von Himmel und Hölle ihren Staat ausgebaut, den Staat der Ausbeutung — — —

ein stehendes Heer und die Aussicht, jeden Tag einberufen zu werden, verträglich? Wie wäre es denkbar, daß man den Produktiv-Genossenschaften Gelder kreditirte, ohne sie dafür zur Dankbarkeit gegen den „Geber aller guten Gaben", den „Landesherrn" oder das „Parlament" zu verpflichten, als ob das Geld nicht aus des Volkes, sondern aus der Bevorrechteten Tasche kommen würde? Es wäre das ein Widerspruch in sich selbst, und darum müssen wir die Eingangs aufgeworfene Frage entschieden verneinen, und vielmehr festhalten,

daß Staatshilfe in der Weise, wie sie die Arbeiter zu fordern berechtigt sind, und wie sie allein Nutzen schaffen würde niemals in einer Monarchie oder in einer korrumpirten bürgerlichen, d. h. Klassenherrschafts-Republik zu erwarten und anzunehmen ist, sondern nur in einer Republik, welche das Wohl der großen Masse des Volkes zum Ziele hat, d. h. in der sozialdemokratischen Republik.

---

## 7.

# Erklärung.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt", 1869.

(Siehe Seite 200.)

Im gegnerischen, mehr oder weniger von der Bismarck-Bucher'schen Politik beeinflußten Lager zerbricht man sich den Kopf, was es mit dem von unserem politischen Freunde Bebel auf dem Eisenacher Arbeiterkongresse angeblich so genannten Revolutionsfonds auf sich habe. Die im Solde Bismarck's stehende Presse, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", der „Sozialdemokrat" und andere Blätter dieser Art, verdächtigen und verleumden lustig darauf los, wie das nun einmal ihre Art ist, die nationalliberale Presse druckt das mit pharisäischem Achselzucken gleichfalls nach ihrer Art pflichttreu nach und — die ferner stehenden ehrlichen Leute gerathen in Verwirrung. So sucht man wenigstens vorübergehend den unbequemen und gefährlichen Gegner zu meucheln — eine wahre Banditen-Politik! Doch zu verwundern ist es nicht, daß es bereits Personen, Parteien und Koterien giebt so heruntergekommener und verkommener Art, daß sie unfähig geworden sind, sich einen ehrlichen prinzipientreuen Charakter auch nur vorstellen zu können. Man fahre nur in so schnöder demoralisirender Weise fort und der revolutionäre Zorn des sittlich-sozialen Volksbewußtseins wird doch endlich in diesem Vermoderungsprozeß zur rächenden und rettenden Läuterungs-

flamme aufschlagen und in einer neuen republikanisch-sozialistischen Staatsform seine endliche Befreiung und Einigung suchen und finden.

Dies etwa wäre meine republikanische Antwort auf jene monarchischen Verdächtigungen und Verleumdungen, wenn — es nicht noch harmlose Leute gäbe, welche der Beachtung und einer etwas weiteren Aufklärung werth und bedürftig sind. Diesen diene zur Nachricht, daß jener sogenannte Revolutions- oder deutsch-patriotische Fonds unter Mitwirkung und Betheiligung der namhaftesten demokratischen Flüchtlinge in Amerika zusammengebracht wurde zur Zeit, als die hereingebrochene Reaktion noch ihre Orgien im gesammten Vaterlande feierte, d. i. in den Jahren 1851 und 1852. Ueberall in Deutschland — sogar in Berlin und Wien — giebt es noch Männer, welche diese Bemühungen um den nervus rerum eines fortgesetzten Widerstandes gegen die reaktionären Fluthen kennen — freilich auch solche, welche heute verleugnen, was sie damals als ernste patriotische Pflicht erkannten. Warum dieser Fonds nicht zur Verwendung kam, sondern für bessere Zeiten sicher angelegt wurde, wird Jeder begreifen, der die Geschichte und deren Entwicklungsphasen kennt und zu fassen vermag, wie auch jeder ehrliche Mensch einsieht, daß man Gelder, welche statutenmäßig für allgemein patriotische Zwecke bestimmt sind, nicht für Privatunterstützungen verwenden durfte, so nothwendig und national-ehrenvoll dieselben sein mochten. War es doch auch ausdrücklicher Beschluß der Garanten, aus der Nationalanleihe kein Geld für dergleichen Privatunterstützungen zu verwenden.

Wie nun dieser Fonds statutenmäßig in andere Hände übergegangen und wie der Unterzeichnete in die Lage gekommen ist, dem neuerwachenden republikanisch-sozialen Geiste im deutschen Volke Agitationsmittel daraus zu überweisen, wird Niemand näher von mir zu erfahren wünschen, der nicht etwa ein besonderes Interesse daran hat, Personen und Sache zu gefährden; an das Geld selbst freilich vermag der nicht zu kommen, welcher es sonst nimmt, wo er es findet. Dies würde eben nicht zu finden sein. Desto eher wäre es möglich, und ist selbst befreundeten Schweizern besonders in Folge der Denunziationen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" eingefallen, daß Herr v. Bismarck eines Tages beim eidgenössischen Bundesrath Beschwerde führen möchte, um eine Ausweisung à la Mazzini herbeizuführen. Freilich wäre es urkomisch und lächerlich, wenn der großmächtige Kanzler des Norddeutschen Bundes und künftige Vizekaiser des Reiches deutscher Nation in der republikanischen Schweiz Verfolgungen anzettelte dafür, daß republikanisch-deutsche Männer mit Geldmitteln Agitationen unterstützen, welche in Deutschland, den

reaktionärsten Gesetzen und allen möglichen polizeilichen Maßregelungen angepaßt, offen vor aller Welt betrieben werden. Aber vom Erhabenen zum Lächerlichen ist ja nur ein Schritt.

Was endlich die gemeine Insinuation betrifft, als könnte das Geld von den Welfen — dem „Hietzinger Hof" — herrühren, so ekelt mich eine so grenzenlos dumme und doch boshafte Verleumdung so gründlich an, daß ich nur mit großer Selbstverleugnung darauf zu antworten vermag. Die Verleumdung ist dumm und boshaft zugleich, weil jeder nur halbweg politisch Unterrichtete weiß oder wissen kann, daß ich um meiner, zu jeder Zeit offen und unverhohlen bekannten republikanischen Grundsätze willen nicht nur sechs Jahre im Gefängniß und Zuchthaus gelitten, sondern auch aus dem Vaterlande habe weichen müssen, um mein Brod in der Fremde zu verdienen. Es würde mir außerdem leicht sein, eine Reihe von Beweisen aufzuführen und beizubringen dafür, daß ich jede Art von welfischen oder anderen monarchischen volks- und vaterlandsverrätherischen Wühlereien ebenso sehr verachte und verabscheue, als ich die Bismarck-Bucher'schen Bestrebungen, auf Kosten des großen Gesammtvaterlandes und der Freiheit des Volkes die Hohenzollern'sche Hausmacht zu vermehren, hasse und bekämpfe, wo ich kann. Auf meine Veranlassung geschah es u. A., daß der hiesige republikanisch-deutsche Verein in einer Korrespondenz, Zürich, den 26. Januar 1868, die vaterlandsverrätherischen und seelenverkäuferischen Umtriebe der Welfen und deren Anhänger im ersten Entstehen an die Oeffentlichkeit brachte. Nicht minder haben wir durch Wort und Schrift vom Verein aus jede Berührung mit und jede Beziehung zu dergleichen monarchischen Parteigängern mit einer Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit abgewiesen und bekämpft, daß selbst befreundete Männer uns zu großer Schroffheit ziehen. — Doch wozu noch ein Wort verlieren Leuten gegenüber, die dies Alles recht gut wissen, es aber nicht wissen wollen.

Unsere Erklärung fassen wir einfach dahin zusammen, daß wir die politisch-soziale Agitation der neu begründeten sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Geldmitteln unterstützten und ferner unterstützen werden, die aus ungetrübter republikanischer Quelle fließen und ferner fließen werden, und daß unser geschätzter Freund Bebel ermächtigt war, dies auf dem Eisenacher Arbeiterkongreß den niederträchtig verleumderischen Verdächtigungen der cäsarischen Sozialisten gegenüber zu erklären. Es wird sich nun zeigen, welcher Theil der Presse noch etwas auf Unparteilichkeit und Wahrheit giebt und welcher nur noch mit Lügen und Verleumdungen den Gegner zu bekämpfen vermag. Es wird diese Erklärung zu dem Behufe nicht nur den uns befreundeten, sondern auch den gegnerischen Blättern zugesandt, vor allen den Bismarck-

schen offiziellen und offiziösen Organen, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", dem „Sozialdemokrat", der „Neuen Preußischen Zeitung" u. s. w.

Zürich, 22. August 1869.

Dr. Aug. Ladendorf.

* * *

## Als Nachtrag hierzu

und um den Verleumdungen, von denen die Feinde der Volkssache nach altem Jesuitenbrauch hoffen, daß davon an den offenen und ehrlichen Kämpfern für Freiheit, Wahrheit und Recht etwas hängen bleibe, ein für allemal die Spitze abzubrechen, muß ich als einer der Nächstbetheiligten noch einige genauere Aufschlüsse geben. Vor dem napoleonischen Staatsstreiche im Jahre 1851, wo Mazzini ein italienisches Nationalanlehen und Kossuth ein ungarisches zu bewerkstelligen suchten, und wo man bei der Fortdauer der französischen Republik auf eine erfolgreiche republikanische Propaganda in Deutschland zu zählen berechtigt war, haben auch deutsche, in London lebende Flüchtlinge, darunter Kinkel, Willich, Sigel, Schurz, Schimmelpfennig, Tausenau und ich, sich entschlossen, das Zustandekommen eines deutschen Nationalanlehens bei der zahlreichen, Millionen betragenden deutschen Bevölkerung Nordamerikas zu versuchen, und wurde zu diesem Zwecke in die deutsch-amerikanischen Zeitungen unter Angabe der Adresse Kinkel's, der, Dank der für ihn in Deutschland gesammelten 40 000 fl., einen festen Wohnsitz in London haben konnte, geschrieben. In Folge dessen sind bald darauf von New-Orleans unter Kinkel's Adresse an Kinkel, Sigel, Willich, Schimmelpfennig und mich 800 Dollar mit dem Ersuchen gesandt worden, damit nach Amerika zu reisen und persönlich nach amerikanischem Gebrauche in öffentlichen Versammlungen für das Anlehen zu agitiren. Kinkel ist rasch allein im Oktober 1851 abgereist und haben dann die deutschen Flüchtlinge mich in einer zahlreichen Versammlung am Weihnachtsfeiertage 1851 einstimmig erwählt, um trotz des inzwischen erfolgten französischen Staatsstreichs, oder vielmehr wegen desselben in Amerika nachhaltig wirkende permanente Revolutions- oder Volksvereine mit einem Zentralausschuß für fortdauernde Vermehrung des Anlehens oder Revolutionsfonds zu gründen. Ich unternahm die Reise vermittelst persönlicher Anlehen, welche ich nach und nach aus meinem Verdienste, und zwar den Rest erst vor drei Jahren abzahlte, und hatte das Glück, während einer achtmonatlichen, anstrengenden Agitationsreise über 100 solcher Vereine zu gründen, welche wie ihr auf einem Kongreß erwählter und in Philadelphia residirender

Zentralausschuß mich zu ihrem Repräsentanten in Europa erwählten und mich bevollmächtigten, das von Kinkel in Amerika gesammelte Geld in Empfang zu nehmen und dasselbe nebst dem aus den neu gegründeten Vereinen fortwährend zufließenden Fonds von einem, von deutschen Flüchtlingen in London gewählten Komité verwalten zu lassen.

Laut einem mir vorliegenden Vertrage vom 11. August 1852, außer von mir und Kinkel auch von Aug. Willich unterzeichnet, verpflichtete sich Kinkel, nach Abzug seiner Reise- und anderer Kosten, die von ihm erhobenen und in der London Joint Stockbank deponirten Fonds dem besagten Komité zur Verwaltung zu übergeben, sofern der auf den 15. September 1852 nach Wheeling in Amerika ausgeschriebene Kongreß von Delegirten der von mir gegründeten Vereine die Garantie des Anlehens übernimmt und die früher ernannten Garanten in der Majorität dem deutsch-amerikanischen Revolutionsbunde beitreten. Nach Erfüllung dieser Bedingungen hat Kinkel erst 1866, nachdem er in Folge seiner öffentlich ausgesprochenen Sympathien für die Bismarck'sche Politik von mir und anderen, der Republik treu gebliebenen Freunden, sowie von einem Theile der deutsch-amerikanischen Presse hart bedrängt worden, einem Komité die Gelder übergeben. Dieses Komité hat einer größeren Anzahl von Garanten Rechenschaft über die Verwaltung abzulegen und darf, wie schon Ladendorf bemerkt hat, statutengemäß und unter keiner Bedingung an Personen Privathilfe leisten, sondern nur die sozialdemokratische Presse und Vereinsgründungen und Kongresse im Interesse der Emanzipation der Arbeiter und der Herbeiführung der deutschen Republik unterstützen. So wurde von besagtem Fonds, wie allbekannt, der „Zukunft" in Berlin, dem „Demokratischen Wochenblatt" in Leipzig, der „Volksstimme" in Wien, dem „Vorboten" und „Felleisen" in Genf und den „Vereinigten Staaten von Europa" unter die Arme gegriffen.

Dies in Kürze der rückhaltlos gegebene, wahrheitsgetreue Sachverhalt. Ich schließe mit der dringenden Bitte an die deutschen Sozialdemokraten diesseits und jenseits des Ozeans, den besprochenen deutsch-republikanischen Fonds, wie bisher, fortwährend mit ihren Spenden zu unterstützen, damit er tagtäglich kräftiger seine patriotische Wirksamkeit entfalten kann.

Genf, 27. August 1869.

Amand Goegg.

## 8.

# Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Aus dem „Volksstaat" 1870.

(Siehe Seite 283.)

Bei Gelegenheit des letzten vorgeblichen Komplotts hat die französische Regierung nicht allein viele Mitglieder unserer Pariser und Lyoner Sektionen arretirt, sondern auch in ihren Organen behauptet, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation eine Verbündete des vorgeblichen Komplotts sei.

Nach dem Wortlaut unserer Statuten ist es freilich die spezielle Aufgabe aller unserer Branchen (Zweige) in England, auf dem Kontinent und in den Vereinigten Staaten, nicht allein als Mittelpunkt für die Organisation der Arbeiterklasse zu dienen, sondern auch alle politischen Bewegungen, welche unser Endziel, die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse zu verwirklichen streben, in ihren verschiedenen Ländern zu unterstützen. Allein gleichzeitig verpflichten unsere Statuten alle Sektionen unserer Assoziation, öffentlich zu handeln. Wären die Statuten über diesen Punkt nicht klar, so würde dennoch das Wesen einer Assoziation, die sich mit der Arbeiterklasse selbst identifizirt, jede Möglichkeit der Form geheimer Gesellschaften ausschließen. Wenn die Arbeiterklassen konspiriren, die die große Masse jeder Nation bilden, die allen Reichthum erzeugen und in deren Namen selbst die usurpirenden*) Gewalten vorgeblich regieren, so konspiriren sie öffentlich, wie die Sonne gegen die Finsterniß konspirirt, in dem vollen Bewußtsein, daß außerhalb ihres Bereichs keine legitime**) Macht besteht. Wenn die andern Umstände des Komplotts, welches die französische Regierung denunzirt, ebenso falsch und unbegründet sind, als ihre Insinuation gegen die Internationale Arbeiter-Assoziation, so wird dieses letzte Komplott seinen zwei Vorgängern — grotesken Andenkens — würdig zur Seite stehen. Die lärmenden Gewaltmaßregeln gegen unsere französischen Sektionen sind ausschließlich berechnet, einem einzigen Zwecke zu dienen — der Manipulation des Plebiszits.

Im Auftrage des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

Robert Applegarth, Vorsitzender. Karl Marx, Sekretär für Deutschland. Eugen Dupont, Sekretär für Frankreich. H. Serraillier, Sekretär für Belgien. Hermann Jung,

*) sich die Gewalt anmaßen.
**) existenzberechtigte.

Sekretär für die Schweiz. G. Ajaſſa, Sekretär für Italien. J. Cohn, Sekretär für Dänemark. A. Zabicki, Sekretär für Polen. — G. Harris, B. Lucraft, Ph. Mothershead, Finanz-Ausſchuß. — Giovanni Bora. John Hales. William Hales. Friedrich Leßner. George Milner. Charles Murray. Rühl. William Townshend. John Weſton, Johann Georg Eccarius, General-Sekretär.

256 High Holborn London W. C., den 3. Mai 1870.

---

## 9.

# Zur Tagesfrage.

Aus dem „Vorbote“ 1870.

(Siehe Seite 349.)

Die großen Diebe läßt man nicht blos laufen, ſondern man bringt ſie in das herrlichſte aller Luſtſchlöſſer nach Wilhelmshöhe zu kaiſerlich prunkhafter Bewirthung; dagegen hängt man nicht blos die kleinen Diebe, ſondern, und zwar mit heißeſter Vorliebe, auch die ehrlichſten Leute. Gerade dieſe holt man jetzt auf bloßen Befehl eines Oberhenkerknechts aus ihren Wohnungen und führt ſie in Eiſen gekettet in ein fernes Hundeloch. Ja, auf Befehl des Generals Vogel von Falckenſtein wurden die Mitglieder des Ausſchuſſes der ſozialdemokratiſchen Arbeiterpartei verhaftet und ihre Papiere und Verwaltungsbücher mit Beſchlag belegt. Und warum? Weil dieſe menſchlich fühlenden Männer ſo naiv politiſch und ſo großmüthig national waren, öffentlich ihrer Partei zuzumuthen, mit aller Kraft darauf hinzuwirken, damit der Vertheidigungskrieg nicht in einen Eroberungskrieg umſchlage und ein brüderliches Zuſammengehen der Deutſchen und Franzoſen in den Werken des Friedens und der Ziviliſation nicht länger gehemmt werde. Welches Verbrechen! Nun, ihre humane Behandlung wurde gerade durch die beſtialiſche Verfolgung gründlich gerechtfertigt. Die Heldenthat des Herrn von Falckenſtein regiſtriren wir mit der Note: „wie der Herr ſo der Knecht“. Denn wenn die Geſchichte Frankreichs als Weltgericht ihr Verdammungsurtheil über die Napoleonsſtreiche geſprochen, wird die Geſchichte Deutſchlands nie die Hohenzollerei vergeſſen, nicht vergeſſen, daß der gottſelige Wilhelm 1848 in Berlin der Kartätſchenprinz und 1849 in Baden der Oberblutrichter war.

Indeſſen ſieht es noch ſehr ſonderbarlich aus in der Welt; denn nach Allem, was man jetzt mit Augen und Ohren wahrnehmen kann, ſtellen ſich im Allgemeinen die Menſchen noch nicht die Dinge vor, wie dieſelben ſind, ſondern wie ſie ſolchen nach ihren Gefühlen, geiſtigen und leiblichen Bedürfniſſen eine Weſenheit

anwünschen. Wahrhaft gedankenlos muthen sie Thatsachen eine Logik und Wirkung zu, die deren Ursprung total fremd sind und völlig außerhalb deren Natur und somit fern jeden Einflusses derselben liegen. Es sind eben die anerlogenen und anerzogenen Anschauungen, die alten festgefahrenen und liebgewordenen falschen Vorstellungen — kurz die Gewohnheitskamisole überlieferter, sich von Generation zu Generation, leider nur in allmäliger Abschwächung ererbender Vorurtheile, die der allgemeinen Erkenntniß und dem gemeinsamen Verständnisse im Wege sind und so die Geschichte immer noch am babylonischen Thurmbau festhalten. Nur die Erfahrungswissenschaften werden die Kultur aus dem Luftreiche der Phantasie auf den festen Boden der Wirklichkeit bringen zur fruchtbaren Bebauung.

Gehen wir nun den Dingen, betreffs unserer Frage, soweit wir es verstehen, auf den Grund. Die heutigen Staaten sind nationale Gewalts- und insoweit Rechtsstaaten, als das Recht der Gewalt entspringt und ein Gnadengeschenk derselben ist. Mit der Schaffung der Gewalt ist die Unterdrückung Hand in Hand gegangen und ist ein Gewalt-, d. h. Militärstaat nicht ohne Despotismus denkbar. Deshalb ist in demselben nicht der Frieden, sondern der Krieg allein eine förmliche Institution, der Frieden nur aus Machtsgnade geduldet, die passive Seite des Krieges selbst. Vom Gewaltsstaat Anderes verlangen, als was in der Logik seines Wesens liegt, heißt zu „Gott" beten. Wie dies Alles so bleiben wird, so lange soziale und politische Ungerechtigkeiten nach Innen und Außen mit Eisengewalt zu schützen, privater und offizieller Lug und Trug im Mantel der Religion zu verhüllen sind, ja, so lange die Vernunft und Gerechtigkeit nicht unter den Menschen und unter den Völkern, deren Lebensinteressen egalisirend und identifizirend, die Herrschaft erlangt haben, haben wir schon in unserer Julinummer auseinander zu setzen versucht. Wir wollen nur noch fortfahren, die Widersprüche, in welche sich die moderne Geschichte thatsächlich verwickelt, etwas mehr zu kennzeichnen. Doch welcher halbwegs beobachtender Mensch sollte nicht wahrnehmen, wie bis jetzt die Gewalt und das Recht, das Soldatenthum und das Bürgerthum, der Krieg und der Frieden, die Barbarei und die Zivilisation, die Destruktion und die Produktion, die Wohlfahrt und das Elend sich einander gegenüberstehen und zwar von einer Weihwedelgarde umgeben, die stets bereit ist, solche Ordnung der Dinge als göttliche Einrichtung zu preisen und zu segnen. In solchen Zuständen ist die politische, ökonomische und philosophische Spekulation, die Romantik und Abenteuerei noch fest im Sattel, sind die Staatsstreiche und Kirchenspiegelfechtereien noch warm auf dem Sessel, können sich Diplomatenpfiffe und Jesuitenkniffe vergnüglich die Hände reiben. Darum giebt es da auch ein politisches,

religiöſes und juridiſches Prieſterthum — Staats-, Kirchen- und Rechtspfaffen. Wie der Kirchenpfaffe den Herrgott, ſo gebraucht der Staatspfaffe das Vaterland und der Rechtspfaffe das Eigenthum als Vexirſpiegel und Herrſchmittel. Kaum iſt ein Menſchenkind geboren, ſo kommt die Staats- und Kirchenpolizei, um es „Laß dem Kaiſer, was dem Kaiſer, und dem Gotte, was dem Gotte iſt“ in Leib und Seele theilend, für das Erden- und Himmelreich zugleich mit Beſchlag zu belegen, einen Deutſchen oder Franzoſen, Spanier oder Ruſſen, Chriſten oder Juden, Muhamedaner oder Buddhiſten aus ihm zu machen, um beileibe nicht einen Menſchen aus ihm werden zu laſſen. Da wundere man ſich noch über die herrſchenden Begriffsverwirrungen, Abneigungen, Unduldſamkeiten und Anfeindungen, und namentlich über die dermalige Konfuſion bei Beurtheilung der Kriegsereigniſſe in Urſachen und Wirkungen! Im Nationalkultus wird der nationale Stolz und Uebermuth und der Raſſenhaß, im Religionskultus wird der von Gott Auserwähltſeins-Dünkel und der Nebenmenſchenhaß, und im Eigenthumskultus die Hochmuthsnarrheit und die Verächtlichung des Arbeitervolks großgezogen und damit zu Klaſſen-, Raſſen- und Religionsparteikämpfen, Bürger- und Völkerkriegen Oel ins Feuer gegoſſen. Da hat dann der Staatspfaffe für die Nationalflamme den Heldenruhm, die Waffenehre, den Vaterlandsglanz und einen ganzen Schock anderer romantiſcher Siebenſachen als Lockſpeiſe und das Henkerbeil und Kerkerloch als Schreckmittel; da kommt der Kirchenpfaffe, um die Religionsflamme weiter anzuſchüren, die himmliſche Glückſeligkeit feilzubieten und die Ungläubigkeit mit Fegfeuer und Hölle zu bedrohen; ja, da kommt der Eigenthumspfaffe mit der Geldſchaufel und dem „Tiſchlein deck dich“, um in den Herzen aller Glückskinder die Erhaſchgluth noch mehr anzuzünden und zugleich als Rechtspfaffe dem Arbeitervolke Sand in die Augen zu ſtreuen. Wie im chriſtlichen Religionskultus — — — — — — — — — — — — ſo iſt im Nationalkultus die Vaterlandsfahne und im Rechts- und Eigenthumskultus der Beſitztitel (jedenfalls das wenigſt Phantaſtiſche und Illuſoriſche) das „Hochwürdige“ und „Allerheiligſte“. Warum ſollten da nicht im Namen — — — — des Vaterlandes die abſcheulichſten Verbrechen begangen und die Gottheiten der — — — — nationalen Liebe mit den Opfern des Feuers und Schwertes labungsvoll geſättigt werden? Jemehr die Dummheit und Rohheit aus Religions- und Vaterlandsliebe Barbarei ausübt, deſto höher und glanzvoller winkt der Ehrenpreis und deſto prunkvoller werden in Kirche und Staat die Siegesfeſte (Traveſtien auf den eigentlichen Kulturzweck) gefeiert. Eine Nation, die das ſtärkſte und biſſigſte Bulldoggenthum erzogen und dreſſirt, an einem eiſengeharniſchten Kollektivwehrkörper das würglüſternſte Krokodil loszulaſſen hat, iſt, ob aller hochgeprieſenen Ziviliſation des 19. Jahrhunderts,

ohne Weiteres berufen, der Welt Gesetze vorzuschreiben. So wird das Laster der Würgboldsnatur im Menschen, statt durch Erziehung gezähmt und erstickt, gepflegt und gehätschelt und zur großen nationalen Tugend gemacht, wird dem Schmählichen, Schändlichen und Schimpflichen der Stempel des Ehrenhaften und Ruhmwürdigen aufgedrückt. So ist die moderne Zeit noch schwer von mittelalterlichem Troß beladen, noch arg von traditionellem Wahnwitz befangen und schürzte sich in ihr mit dem Durch- und Ineinandergewebe althergebrachter und neugestalteter Einrichtungen einen viel verwickelteren, als den kordischen Knoten, der aber auch nicht mit der Schneide des Schwertes durchhauen, sondern nur mit der Schärfe des Geistes und sittlichen Schwungkraft auseinandergefegt werden kann. (Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß nicht jedes, durch intellektuelle Kraft unbesiegtes Hinderniß schließlich auch mit denselben Kampfmitteln beseitigt werden soll, mit welchen es noch weiteren Widerstand zu leisten sucht, und daß es nicht auch schon in der Zwischenzeit durch die Verblendung der herrschenden Klasse zu gewaltsamen Katastrophen kommen könne.) Weil die sogenannte gebildete und dominirende Klasse sich durch die Zustände, so abscheulich und bürgschaftslos sie sind, in ihren materiellen Interessen bevortheilt und befriedigt und in deren heillosen Unordnung die herrlichste, nach Gottes Willen und Naturgesetzen geschaffene Ordnung findet, so betrachtet sie Alles, was gründlich dagegen geschieht, als hirngespinstig, ist sie für jedes Verständniß unempfänglich und zu einer vernunftgemäßen Umgestaltung der Dinge gänzlich unfähig. Ja sie stürzt sich gerade über Hals und Kopf in die Gefahr, der sie mit großer Anstrengung ausweichen will. Da hingegen die Interessen der Arbeiterklasse mit jenen der Gesammtgesellschaft, Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Uebereinstimmmung sind, so kann auch nur sie allein die Kraft der Regeneration der Geschichte in sich tragen, und werden ihre Opfer für das hohe sittliche Ziel nicht vergeblich sein. Schon haben die sozialökonomischen Thatsachen die Gesellschaft aller Kulturländer in zwei Lager getheilt, wo in dem einen die Bourgeoisie die alten Zustände wesentlich zu vertheidigen und wo in dem andern das Proletariat eine radikale Umgestaltung der Zustände zu erkämpfen trachtet. Die Bourgeoisie hat die Geldmacht und Staatsgewalt, größere Kenntnisse und mehr Routine im Mechanismus des hergebrachten öffentlichen und privaten Geschäftslebens; das Proletariat steht mit leeren Händen da, ist aber stark durch seine Zahl, die Einheit seiner Interessen, den unabläßig wuchtigen Drang, sich aus einer verzweifelten Lage heraus in eine menschenwürdige hinein zu winden, und namentlich die, durch das allgemein gerechte Ziel versittlichte Kraft. Freilich hat sich das, in den hergebrachten Zuständen aufgewachsene Proletariat noch von vielen, ihm von den herrschenden gesellschaft-

lichen und staatlichen Elementen, zum Theil mit Vorbedacht, anerzogenen Vorurtheilen und Gewohnheiten zu emanzipiren. Ja, es ist diese Emanzipation geradezu seine nächste Aufgabe. Da man sich in beiden Lagern von Grund aus gegensätzlich einander gegenübersteht, so übt man in beiden Lagern sozusagen einen ganz verschiedenen Sprachgebrauch und ist das Proletariat eben im guten Zuge, sich, originell wie sein Geschichtsgang, eine seinen Prinzipien und seiner Moral entsprechende Terminologie anzueignen und der Bourgeoisie die nationalduselige, religionsschwangere und rechtstrunkene Phraseologie allein zu überlassen. Muß doch mit der Losreißung von der ausgebrauchten Sache auch die Losschälung der abgenutzten Redensart vor sich gehen. Man kann in der Regel darauf zählen, daß, wo das Letztere nicht geschehen ist, auch das Erstere nicht stattgefunden hat. Leider kann man jetzt noch allzu häufig wahrnehmen, daß man in Kundgebungen aus Arbeiterkreisen weder in Form noch Inhalt strikt den Geist sozialistischer Grundsätze befolgt und sich nicht klar bewußt ist, daß der Sozialismus den Nationalismus insoweit ausschließt, als man nur in Muttersprachen, weil diese für die Volksmasse das alleinige Verständigungsmittel sind und bleiben werden, Abgrenzungen innerer Leb- und Strebweise anerkannt, und endlich, daß eine nationale Sozialrevolution und nationale Sozialrepublik ein Unsinn und Unding ist. Man ist noch, selbst in den avancirtesten Kreisen, zuviel an die herkömmlichen Lebensauffassungen und Weltanschauungen gewöhnt, bildet sich noch allzugerne, dem patriarchalischen Prinzip gemäß, für alles vorgestellte Gute und Böse, das geschieht, lebendige Herrgötter und Teufel, Götzen und Sündenböcke, glaubt zu oft in den heutigen Nationen selbständige Gemeinkörper zu sehen, während die große Masse aus gehorsamen Schafen und die Minderheit aus deren gebieterischen Hirten besteht, ja man wähnt zu oft jetzt schon Staatsorganismus vor sich zu haben, während es nur Staatsmechanismus ist, den die Usurpatoren als ihre Glücksmühle nach Belieben in Bewegung setzen; kurz man stellt sich noch viel zu leichtfertig die Verhältnisse vor, wie sie sein sollen, aber nicht sind und es auch nur durch Verwirklichen des Sozialismus werden können.

Schauen wir nun, eingedenk obiger Betrachtungen, noch etwas auf die sich jetzt vor unsern Augen vollziehenden Ereignisse, in die aus ihnen hervorgegangene Lage und darinliegenden Momenten.

Frankreich hatte also unter Napoleon III. an Deutschland den Krieg erklärt. Derselbe war demnach für Frankreich ein Angriff- und Eroberungs- und für Deutschland ein Vertheidigungskrieg, schlug aber im Laufe des Kampfes für Frankreich in diesen,

und für Deutschland ebenso logisch in jenen um. Die Gewaltsstaaten können eben ihrem ganzen Wesen gemäß, sobald die Vertheidigungslinie einmal überschritten ist, nie einen Krieg führen ohne Eroberungsziel, besonders wo sie durch geschichtliche Erinnerungen und nationale Ansprüche und „Anrechte" Vorwand und Anregung dazu erhalten. Frankreich zog zwar 1859 für eine „Idee" ins Feld, ließ sich aber schließlich diesen Liebesdienst mit der Entgegennahme von zwei Provinzen und 60 Millionen Franken bezahlen. Das Kriegsobjekt war also hier vornehmlich zwei Landestheile, die man sich sogar nicht vom Gut des Feindes, sondern von dem des Freundes und Alliirten angeeignet, und geschah dies, ohne daß die französische „Nation" sich über diese Einverleibung beklagt und gegen die „Verstümmelung" Italiens protestirt hätte. Gegentheils wurde von ihr, wie der Nationalkultus es inbrünstig erheischt, diese „Wiedereroberung" „ehemaliger" Provinzen mit allgemeinem Jubel begrüßt.

Im gegenwärtigen Krieg hat nun Deutschland durch unerlebt gewaltige Schläge die französische Armee theils vernichtet und theils sammt ihrem Kaiser gefangen genommen. Der Kampf kostete aber auf beiden Seiten unerhörte Opfer an Blut und Gut. Wer hat diese zunächst zu verantworten? Sicher der herausfordernde, zum Krieg zwingende Theil. Nun, die französische kaiserliche Regierung hat den Krieg auf Grund verletzter „Nationalempfindlichkeit" beantragt, die Kammern haben ihn gutgeheißen und die Nation hat ihn geschehen lassen. Der Krieg bringt aber folgerichtig Sieg und Niederlage und nach der Religion der Nationalen Ruhm und Ehre und Schimpf und Schande. Hat nun eine Nation das Recht auf den Empfang des Preises des Siegs, so hat sie auch die Pflicht zur Tragung der Buße der Niederlage. War aber die „Nation" zur Verhinderung des Kriegs zu ohnmächtig, so ertrug sie aus diesem Grund schon vorher eine so große Schmach, daß sie durch den Mißerfolg des Kriegs garnicht größer werden konnte, und demgemäß auch die „Ehre" eines etwaigen Erfolgs nie in Anspruch nehmen dürfte. Wäre aber auch der Verlust von Schlachten für die „Nation" selbst wirklich schimpflich, so könnte ein aus der Logik der Lage entsprossener Frieden keineswegs den „Schimpf" vermehren, sondern müßte dabei ein „ehrenvoller" Friede als ein Gnadengeschenk des Siegers — als eine wahre Ironie auf erlebte Niederlagen erscheinen. Will jedoch jetzt die Nation unter den schwierigsten Umständen alle Verantwortlichkeit über das Vorgefallene auf sich nehmen, durch neue Thaten einen „ehrenhaften" Frieden erkämpfen, so muß man fragen, warum hat sie denn nicht mit dem hierzu nöthigen, wahrlich kolossalen Kraftaufwand, rechtzeitig den Ausbruch des Kriegs selbst verhindert? Wohl doch nur, weil die Armee noch

nicht vernichtet, das Staatsoberhaupt noch nicht gefangen, die Nation noch nicht in den Wiederbesitz ihrer Selbständigkeit gekommen, ihr die Republik noch nicht als Findelkind in den Schoß gefallen war. Und soll es nun nach den Dogmen der Nationalreligion auch „ehrenvoll" sein, der Dienstleistung des Feindes die Niederwerfung der eigenen Militärmacht, die Wegnahme des Beherrschers und die dadurch wiedergewonnene Freiheit verdanken zu müssen? Da dürfte jetzt wohl kein Volk besser als das französische einsehen, welche Bewandtniß es mit dem „Ruhm" und der „Ehre" in der systematisirten großen Menschenschlächterei und Gutsverwüstung hat, wie man zur Erlangung dieser „höheren Nationalgüter" lange vorher und, im Falle des Gelingens, nachher und zwar in vergrößertem Maße (was man jetzt genüglich in Deutschland verspüren wird) die Schmach des Militärdespotismus ertragen muß.

Alle Völker besitzen Muth und haben nacheinander die Glanzepochen des Ruhms umsomehr genossen, jemehr sie sich dressurfähig erwiesen — was sie aber stets Alles wieder durch verstärkte Unterdrückung büßen mußten.

Nur der Muth, der sich in Feuers-, Wassers- und anderen Gefahren zur Errettung von Menschenleben und wahrer Wohlfahrtsgüter stürzt, macht sich der Ehre werth.

Ein Friede, der so beschaffen ist, wie er nicht anders aus der Gewalt der Umstände hervorzugehen vermag, kann nie ein schimpflicher sein.

Will die Republik den Krieg ernstlich fortsetzen, so muß sie eine ungewöhnlich starke Militärmacht gründen, womit sie die „Ehre" *vielleicht* retten, dagegen sicher die Freiheit einbüßen wird.

Es wäre aber ein entsetzliches Weltunglück, wenn der Republik, die wir so freudig begrüßten, die „Ehre" zutheil werden sollte, den unerhört blutigen, vom Kaiserreich verschuldeten Kampf nun gar zu einem wahren Rassenvertilgungskrieg anzufachen.

Man muß sich eben mit nüchternem Sinn in die Gewalt der Umstände fügen und mit der Romantik „sich lieber unter den Trümmern begraben" zu *Ehren* seines Verstandes gründlich brechen.

Von einem siegreichen Gewaltsstaat aber zu verlangen, er möge die errungene Beute ohne Weiteres fahren lassen, hieße gerade so, als wollte man einem Tiger zumuthen, das erhaschte Schaf zu verschmähen und statt dessen, einem Esel gleich, Haberstroh zu fressen.

Sollen die Tiger keine Schafe und die Gewaltsstaaten keine Länder mehr verschlingen, so muß man sie umbringen.

Die Zeit zu Letzterm ist noch nicht da; aber sie wird unausbleiblich kommen.

## 10.

# Zur Lage.

Aus dem „Vorbote“ 1870.

(Siehe Seite 350.)

Wie wurde durch den Gang der Ereigniſſe manch' ſchöne Illuſion zerſtört, manch' humane Erwartung vernichtet! Wie kann ſich gegenüber unerbittlichen Thatſachen das 19. Jahrhundert noch länger mit der Höhe ſeiner Ziviliſation ſpreizen, und wie vermag die öffentliche Meinung ſich noch weiter als Großmacht zu brüſten? Iſt nicht die Ziviliſation eine Lüge und die Barbarei eine Wahrheit geworden? Leider iſt Beides richtig. Und wo iſt ſie hingekommen „die Großmacht der öffentlichen Meinung“, die ſo oft ihren Mund für die Humanität bewegt, aber gegen die Barbarei noch nie ihren Arm geregt? Werden aber die Menſchen nur durch bittere Erfahrungen klug und iſt die Geſchichte die beſte Lehrmeiſterin der Völker, ſo dürfte es ihnen wohl heilſam ſein, in der Blutſchrift der heutigen Geſchichte leſen zu können, daß die Barbarei nicht nur mit Vorliebe neben der Ziviliſation großgezogen wird, ſondern daß dieſe vorläufig noch weſentlich dazu dient, für jene die Gewaltsmittel zu produziren. Welcher halbwegs beobachtende Menſch ſollte in den letzten vier Monaten nicht einſehen gelernt haben, daß in der modernen Ziviliſation die Humanität mit der Beſtialität ſo leicht und raſch die Rolle wechſelt, wie der Rekrut das Bürgerkleid mit dem Soldatenrock. Aber dennoch wollen viele, ſelbſt ſonſt geſcheidte Leute nicht begreifen, daß der nationale Großſtaat die Bedingungen des Machtſtaats in ſich einſchließt, und daß der Machtſtaat die Kriegsgerüſtetheit zu ſeiner vornehmſten Inſtitution und demgemäß die Barbarei zu einem ihn verherrlichenden Syſtem macht. Jawohl, Alles, was man jetzt mit Stolz „Ziviliſation“ zu nennen beliebt, wird noch nach Staatsmachtsbedarf mit dem Schwerte zurechtgehauen. Kann doch noch jeder konſtitutionelle Machthaber über Krieg und Frieden gebieten, — — —

lassen? Was kann es aber unter solchen Umständen für eine Bewandniß mit der „Großmacht der öffentlichen Meinung“ haben? Und was bedeutet es, wenn der Spießbürger sagt: die öffentliche Meinung (von der er mit der Kraft seines Geistes sich als integrirendes Bruchstück fühlt) ist immer stark genug, allen fürstlichen Uebermuth zu dämpfen und jeden politischen Sturm zu beschwören? Die öffentliche Meinung ist aber einstweilen noch Nichts, wird aber einstens Alles sein; denn während sie der Kollektivausfluß der aus der Wissenschaft hervorgegangenen Vernünftigkeit und der mit dieser folgerichtig identischen Gerechtigkeit sein soll, ist sie jetzt nur der Ausdruck allgemein herrschender Vorurtheile in geschickter und oft schlau berechneter Zusammenwebung und Geltendmachung von Klassen-, Partei- und Partikularinteressen, die sich jedoch bei dem ersten Anstoße durchkreuzen, gegenseitig selbstsüchtig bekämpfen, oder doch mindestens neutralisiren, dabei die naturgemäß stets geringe Zahl der Ideologen isoliren — und somit oft plötzlich die eben noch hochgepriesene „Großmacht“ impotent machen. Gedachte Ideologen sind eben die selbstbewußten und treuen Vertreter des geschichtlich revolutionären Zeitgedankens, die Dollmetscher des Bedürfnisses der Allgerechtigkeit und die Anwälte der Lebensansprüche der unterdrückten und mißbrauchten Volksklasse. Erst wenn diese Klasse zur allgemeineren theoretischen Erkenntniß über die Ziele und praktischeren Verständnisse der Mittel gekommen, sodann wird auch bald die Zeit kommen, wo die öffentliche Meinung Alles — d. h. die sittliche Kraft einzig und allein allmächtig ist. Jetzt ist sie aber einer hysterischen Roulettespielerin vergleichbar, die je nach süßen oder bitteren Anwandlungen ihr Vertrauen alle Minuten auf eine andere Farbe setzt, und wenn sie Glück hat, es der Weisheit ihrer Ahnungen zuschreibt, und wenn sie in ihren Hoffnungen getäuscht ist, an der ganzen Welt verzweifelt. Wäre die Einheit der Interessen und bei dem besseren Wissen und Gewissen auch der Muth und die Thatkraft vorhanden, so würde sicherlich nicht mehr im Namen der Ordnung die Freiheit ins Gefängniß, im Namen der Moral die Gerechtigkeit aufs Schaffot, im Namen der Religion die Wahrheit auf den Index kommen — die öffentliche Meinung nicht mehr heute „Hosianna“ und morgen „Kreuziget ihn“ rufen. Wie läuft da aber die „heilige Einfalt“ immer noch blindlings und die Erwerbsucht und Grundsatzlosigkeit im Bewußtsein und inneren Vorbehalts, die Modefarbe tragend und den Tagesgöttern Weihrauch streuend, mit. Die Mittelmäßigkeit, die immer und überall den großen Markt einnimmt, zeigt sich stets am empfänglichsten und zudringlichsten, wo die Seichtheit und Oberflächlichkeit auf dem Katheder sitzt. Und wie viele Menschen giebt es außerdem, die das Vorurtheil haben,

vorurtheilsfrei zu sein, die man doch jeden Augenblick, die Einen auf politischen und religiösen, die Andern auf nationalen und sozialen, ja jeden derselben auf irgend einem Vorurtheil erwischen kann! Wie kann es auch selbst bei dem besten Willen anders sein, da Alle die Produkte der Umstände sind und an Jedem mehr oder weniger von den in seiner Zeit herrschenden Irrthümern hängen bleiben. Liegt doch der tiefe Beweggrund von allem Denken und Handeln, Thun und Lassen in dem Existenzkampfe aller Individuen, Klassen und Rassen, und in dem unveräußerlichen Beglückungstrieb aller Menschen. Wo sich aber die Interessen und Bedürfnisse solcher Art unterscheiden, durchkreuzen und zersetzen, so ist es wahrlich kein Wunder, wenn die ganze Genossenschaft einer in ruhigen Zeiten pomphaft aufgerichteten „öffentlichen Meinung" beim ersten Anstoße großer Ereignisse wirr durch- und auseinanderfährt, als wie wenn man mit einer Peitsche in einem gefüllten Hühnerhof umherschlägt. Bei unseren in Europa noch vorherrschend monarchisch-politischen, religiös-transzendenten, sozialökonomischen und national-partikularistischen und antagonistischen Zuständen und Anschauungen ist die „öffentliche Meinung" nur eine öffentliche Dirne, die sich offenen und weiten Herzens mit falschem Wangenroth, falschen Zähnen, Haaren, Brüsten, Hüften und Waden, stolz herausputzt und allen dringenden Bedürfnissen Befriedigung verspricht — bis ihr die Schicksalstücke die geborgten Reize vom Leibe reißt, daß blos ein Schattenriß — die nackte Wahrheit — übrig bleibt, und die enttäuschten Liebhaber knurrend und murrend davonlaufen — freilich nur, um sich bald wieder durch neue Kunstgriffe der Zauberdame in Versuchung führen zu lassen.

Wie viele Vorurtheile, Lieblingsideen, Steckenpferde sind noch wegzureiben, abzutreiben und zu Grunde zu reiten! Giebt es doch zahllose Vorurtheile, die nicht blos in Familien, Gemeinden, Provinzen und im Gesammtlande in ihrer Verschiedenartigkeit erblich sind, sondern dort durch mancherlei Feste versüßt und geheiligt werden.

Ohne Umgestaltung der Zustände wird aber nie die Herrschaft der Vorurtheile und demgemäß auch keine Gewaltherrschaft beseitigt werden. Wie aber aus dem Hexenkreis herauskommen, wenn die Verhältnisse in Anwesenheit des grassirenden Unsinns umgeschaffen werden sollen? Es ist deshalb unbedingt nothwendig, daß das initiative Geschichtselement, d. h. das Element, das die Initiative in der geschichtlichen Bewegung hat, sich vor allen Dingen innerlich selbst emanzipirt, rein an das Thatsächliche, von der Wissenschaft Festgestellte, unzweifelhaft Bewiesene hält. Das ist aber nicht so leicht, als es den Anschein hat, und es wird daher die

Kulturgeschichte noch langhin nicht Galopp reiten. Wir kennen einen akademisch gebildeten Mann, der nach allen Richtungen scharfe Logik übt, den Völkerkrieg gründlich verdammt, überhaupt die feste Ueberzeugung hat, kein Vorurtheil zu besitzen, den es aber, sobald die Rede aufs Duell kommt, sofort am Kragen packt. Trotz sehr zerhauenen Gesichts ist er noch jede Stunde bereit, sein Leben im Zweikampf zu wagen, aber es fehlt ihm der Muth, einer Marotte gebildeter Stände den Handschuh hinzuwerfen, d. h. den Duellunsinn zu bekämpfen. Wie hier im Kleinen, so ist auch im Großen das Phantom der „Ehre" die Ursache vielen Unglücks — das Hinderniß gesunder Entwicklung. Wir werden einmal den verschiedenen Arten von „Ehren", die mit der Vernunft und Gerechtigkeit nichts gemein haben, der alten Rüstkammer der „Gottesurtheile", dem überlieferten Nebelreiche angehören, ein besonderes Kapitel weihen. Inzwischen werden wir jedoch bei Besprechung der Zeitbegebenheiten auf all das oben Gesagte bezugnehmen.

* * *

Noch wüthet der große Krieg und rast die offizielle Bestialität kettenlos. Deutsche und Franzosen erfüllen dabei als gehorsame Knechte ihre „Bürgerpflichten" — ohne daß von Menschenpflichten irgendwie die Rede sein kann. Schweben doch auch noch allenthalben die Menschenrechte im Reiche der Vorstellung und sind im Kriege überhaupt alle Moralgebote suspendirt. Ob man nun auf der einen oder der anderen Seite am ärgsten hauset oder ob man im Ganzen barbarischer verfährt, als es der Krieg erheischt, sind um so müßigere Fragen, als man gegenseitig auch mit der Schlangenzunge der Lüge und Verleumdung ficht und Niemand die Wahrheit zuverlässig erkennen kann. Geberden sich doch die kriegführenden Völker im Ehrenpunkt wie die Kinder, und machen die Besiegten zur Deckung ihrer Waffenehre gewissenlos ihre Führer rasch zu Verräthern. Zum Wüstthun im Kriege hat der Sieger, weil die Vormacht, auch das Vorrecht. Wer da zur Einschränkung des Maßes der Grausamkeit eine Sittlichkeitsskrupel-Linie zu ziehen sich bemüht, der pflästert nutzlos an den Wirkungen herum, statt den Ursachen der Barbarei — der Kriegsinstitution — selbst an den Leib zu gehen. Auf diesen Punkt ihre ganze Kraft zu richten, sollten alle wahren Kulturfreunde sich vereinigen. Das Kriegswesen findet aber seine Grundlage im Nationalitätsprinzip — im Wahne, etwas Extraes und Apartes zu sein — und namentlich in der leider noch arg obwaltenden Rohheit und Blutdürstigkeit der Menschennatur. Eine Nation, die ihrem Kaiser oder König die Schuld des Krieges allein zuschieben will, schmäht am meisten sich selbst. Ein Volk, das durch irgend einen Umstand um seinen Fürstenthron, aber noch

nicht zur rechten Erkenntniß gekommen, richtet, wie wir es jetzt in Spanien sehen, wieder einen neuen auf. Indessen ist die Vorstellung von einer wesentlichen Rassenverschiedenheit der europäischen Völker eine Abgeschmacktheit. Sind schon alle Wesen, die Menschenantlitz tragen, als Brüder zu betrachten und zu behandeln, so sind sie besonders auf unserm Welttheil durch die Völkerwanderungen und andere große Ereignisse derart untereinander gemengt, verschwägert und verheirathet, daß alle zusammen in Vetterschaft und Gevatterschaft stehen und deshalb ein gegenseitiger Kampf, nicht blos ein Bürger-, sondern ein Bruderkrieg — ein Wühlen im eigenen Blute ist. Eine krankhafte Ueberhebung der germanischen Rasse wäre gerade so albern und unheilbringend, wie eine solche der romanischen Rasse. Kein Volk kann einzig die Kulturaufgaben lösen, sondern jedes nur nach Größe, Bildung, Temperament und Naturprodukten ein kleineres oder größeres Bruchstück liefern, und nur alle Völker zusammen können ein Ganzes vollbringen. Nur merke man sich, daß der Internationalismus stets Friede und Entwicklung und der Nationalismus immer nur Kriegsbereitschaft und Hemmung bedeutet.

Was nun die Staatsmänner der dritten französischen Republik betrifft, so kann man von ihnen sagen, daß sie mehr politische Metaphysik, als praktische Politik treiben, durch Extravaganzen mehr für illusorische als für reale Güter zu Verzweiflungskämpfen anregen und die Zukunft des ganzen Landes aufs Spiel setzen. Nach Begriffen und Gemeinzwecken kann aber nicht einmal ein Privatmann die Berechtigung haben, muthwillig und nutzlos sein Leben und Gut dem Verderben preiszugeben, weil er das, was er ist und besitzt, durch die Gesellschaft geworden ist und der Gesellschaft schuldet. Mit dem Einfluß und der Machtfülle wächst aber auch die Verantwortlichkeit des Menschen und ist daher der Staatsmann in dem Maße weniger berechtigt, nach sentimentaler Laune Guts- und Blutswerthe in die Schanze zu schlagen, als diese größer wie die eines Privatmannes sind. Alle Völker haben nicht blos das Recht auf alle Güter der Natur, Wissenschaft, Kunst und Gewerbfleiß der andern, sondern auch die solidarische Verpflichtung, über deren ungestörte Erzeugung und gerechte Verwendung zu wachen. Der Staatsmann muß untersuchen, ob der Werth des Streitobjekts im Verhältniß zu den zu dessen Erhaltung oder Erringung nöthigen Opfern steht und ob überhaupt Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Die Herren Gambetta und Komp. scheinen sich aber über ihre eigenen Kampfmittel und die Machtstellung des Feindes großen Illusionen hinzugeben. Es gilt vor Allem, an Freiheit zu retten, was zu retten ist, die Landestheile fahren nicht aus der Welt, und über die „Ehre“ ihrer Erhaltung müssen

erst vernünftigere Begriffe aufgestellt werden. Jedes besiegte Volk muß sich ins Unvermeidliche fügen und wurde in dieser Beziehung von der „Vorsehung" der Gewalt der Umstände noch keinem ein apartes Würstchen gebraten. Eine Nation, die 20 Jahre die Last und Schande des zweiten Kaiserreichs er- und geduldet, kann keine größere Schmach mehr erleben. Für uns Sozialdemokraten liegt die Frage überhaupt nicht so: ob diese oder jene Bevölkerung dem einen oder dem andern Gewaltsstaat, sondern sich selbst angehört. Jede Fürsten- und Klassenherrschaft ist ja eine Fremdherrschaft. — Herrschaft bleibt überhaupt immer Herrschaft, und findet jetzt das „Selbstbestimmungsrecht" der Völker nur Gnade, wo es den Herrschzielen in den Kram paßt. Aus den gleichen Zweckdienlichkeitsgründen, aus welchen Bismarck vermeidet, die Elsässer und Lothringer abstimmen zu lassen, ob deutsch oder französisch sein zu wollen, vermeidet Gambetta die Volksabstimmung über Krieg und Frieden. Wer ist der größere Rabulist? Im Besitze zahlreicher und zuverlässiger Berichte dürfen wir sagen: die jetzigen französischen Staatslenker sind eifrigst besorgt, die alte sozialökonomische Ordnung aufrecht zu erhalten, das eigentlich revolutionäre Element in den Hintergrund zu drängen und mit dem reaktionären, das jetzt als das republikanische par excellence gilt, die Republik zu retten wähnen — oder weil großentheils aus Monarchisten bestehend, den Rettungsanschein nehmen. Würde Frankreich, was zwar täglich zweifelhafter wird, den äußeren Feind besiegen, so frägt sich's, ob Gambetta oder Trochu — das Barret (die Advokatenmütze) oder der Säbel — die Diktatur behaupten, oder ob nicht in beiden Fällen der Marschall Trochu die Rolle General Cavaignac's in der den Arbeitern gelieferten Junischlacht 1848 übernehmen werde — um die „Ordnung zu retten" und der Republik diesmal nicht ein Kaiserreich, sondern ein Königreich, nicht einen Bonaparte, sondern einen Orleans folgen zu lassen — bis die von unten heraufwachsende sozialdemokratische Republik das ganze Herrschergebäude in die Luft hebt.

Immerhin würden wir, wenn Wünsche etwas nützten, von Herzen wünschen, Frankreich möchte nun als Gegendienst die gesammten deutschen Armeen und — — — — — — — — — — gefangen nehmen. Dann könnte man in Deutschland ebenfalls die Republik proklamiren und bei Gelegenheit der gegenseitigen Auslieferung der großen Armeen und der Deportirung der — — — — — — — — ein allgemeines Völkerverbrüderungsfest feiern und zum Jubel der Menschheit die Herstellung der Republik der Vereinigten Staaten von Europa verkünden.

## 11.

# Eine Mahnung an die Partei.

Aus dem „Volksstaat“ 1869.

(Siehe Seite 375.)

Haben wir vor 14 Tagen den Abonnentenstand des Parteiorgans veröffentlicht und daran die Mahnung geknüpft, daß ein Jeder thue, was er vermag, den Leser- und Wirkungskreis des Parteiorgans zu erweitern, so sehen wir uns heute veranlaßt, eine zweite Seite der Parteiwirksamkeit zu erörtern, die nicht minder wichtig als die erste, von allen Parteimitgliedern zu berücksichtigen und zu erfüllen ist. Diese betrifft die materielle Unterstützung der Partei durch regelmäßige Steuern.

Nach § 3 unserer Parteiorganisation soll jedes Mitglied der Partei einen monatlichen Beitrag von Einem Groschen an den Parteiausschuß zu leisten verpflichtet sein. Frei von dieser Steuer sollen Diejenigen sein, welche das Parteiorgan halten und dies nachweisen können. Außerdem soll der Parteiausschuß ermächtigt sein, in den Fällen, wo der monatliche Beitrag von Einem Groschen, in Rücksicht auf die persönlichen oder lokalen Verhältnisse, zu hoch ist, nach eigenem Ermessen ermäßigen zu dürfen. Es ist durch diese Bestimmungen der Parteiorganisation allen billigen Anforderungen Genüge geschehen; Jeder, ohne Rücksicht auf seine materielle Stellung, ist in die Lage gesetzt, sich der Partei anschließen zu können, und man müßte erwarten, daß auch jeder Einzelne wie die vereinigten Parteigenossen in den lokalen Organisationen (sozialdemokratische Arbeitervereine, Arbeiterbildungs-Vereine, Volksvereine ꝛc.) unter der geeigneten Form sich der Parteiorganisation anschlössen und ihre Pflicht gegen die Partei erfüllten. Das ist aber bis jetzt nur erst vom kleinsten Theil geschehen. Die Zahl der Orte, welche der Parteiausschuß seit einigen Monaten regelmäßig im Parteiorgan als solche aufführt, die ihrer Pflicht gegen die Partei nachgekommen, ist eine geringe im Verhältniß zur Zahl derjenigen, welche ihrer Gesinnung nach zur Partei gehören, und im Verhältniß zu derjenigen Zahl, welche in Eisenach vertreten war und das Programm und die Organisation anerkannten.

Wir sind keine Schönfärber; wir wollen nicht Behauptungen aufstellen, mit denen wir nur uns und Andere täuschen, sondern wir wollen rücksichtslos und offen uns selbst die Wahrheit vorhalten, weil wir nur dadurch erkennen, was fehlt und wo geholfen werden muß. So sagen wir also nochmals: die Zahl Derjenigen, welche aktiv, d. h. durch Erfüllung ihrer Pflicht zur Partei gehören, ist weit geringer als die Zahl Derjenigen, welche in Eisenach zu uns gehörten. Wir wissen, daß es unsinnig wäre, zu ver-

langen, daß Alle, die dort mit uns gingen und ihre Uebereinstimmung erklärten, auch ihrer ganzen Zahl nach zu uns treten. Das geht einfach nicht, weil Tausende, die dort vertreten waren, in freien Volksversammlungen, also ohne jeden direkten Zusammenhang und jede Organisation, ihre Vertreter wählten; weil andere Tausende und Abertausende, die sich vertreten ließen, Korporationsverbänden (Gewerksgenossenschaften u. dergl.) angehörten, die nach den bestehenden Gesetzen weder unserer Organisation angehören dürfen, noch in Anbetracht der doppelten Opfer ihr angehören können. Aber neben diesen beiden Gruppen sind es denn doch noch viele Tausende, die, in lokalen Agitationsgruppen vereinigt, nicht nur der Partei angehören könnten, sondern es auch müßten.

Und an diese geht heute unsere Mahnung. Der Verband der deutschen Arbeitervereine, der volle 10 000 Mitglieder zählte in 107 Vereinen, die große Zahl der aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Ausgetretenen, die Mitglieder des früheren Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, sie sind, ganz abgesehen von unseren österreichischen und schweizerischen Brüdern, die theils durch die Strenge der Gesetze, theils durch ihre besonderen Organisationen verhindert sind, sich direkt mit uns zu vereinigen, eine hinlänglich große Zahl, um eine stattliche Partei zu bilden, eine hinlänglich große Zahl, um Mittel zu beschaffen, welche die Partei in den Stand setzen, den Kampf mit jedem ihrer Gegner aufzunehmen. Wo stecken diese also? Heraus aus den Winkeln! Alle sind vorhanden, die Meisten thun auch nach ihrer Art ihre Pflicht. Wohlgemerkt: nach ihrer Art. Statt auf das große Ganze zu blicken, statt zu begreifen, daß nur in festgeschlossener Masse, in organisirter Gemeinsamkeit ein großes Ziel zu erreichen ist, geben sich nicht Wenige damit ab, die Sisyphusarbeit der örtlichen Thätigkeit, und zwar in einer Menge von lokalen Bestrebungen zersplittert, unausgesetzt auf sich zu nehmen; Andere sind, durch die ewigen Reibereien mit den, die Arbeitersache ausbeutenden Persönlichkeiten erzürnt, mißmuthig über die Beschränktheit Vieler, die sich von bestimmten Individuen am Narrenseile herumführen lassen, dahin gekommen, unthätig zuzuschauen und die Dinge gehen zu lassen, wie es Gott gefällt.

Wir begreifen diese Standpunkte, aber wir billigen sie nicht.

Denjenigen, welche kleinlicher, unbedeutender Vortheile wegen, ihre ganze Kraft, ihre ganze Zeit und ihre ganzen Mittel opfern, rufen wir zu: daß ihr Beginnen Thorheit ist, daß es falsch, grundfalsch ist, an einem Gebäude herumzureparirn und herumzuflicken, das in jeder Beziehung zu enge und auch zu baufällig geworden ist, um darauf gewandte Kraft und Zeit zu vergelten;

daß es weit zweckmäßiger ist, den ganzen alten Bau einzureißen und ein stattlicheres, wohnlicheres Gebäude herzurichten, in dem Platz ist für Alle; daß aber, um dieses zu können, Alle mithelfen müssen, alle Hände, alle Mittel zusammengefaßt, konzentrirt werden müssen, um das Haus nöthigenfalls denen über dem Kopfe einzureißen, die ein Interesse daran haben, die alte Baracke aufrecht zu erhalten, weil sie ihnen und nur ihnen Schutz und Bequemlichkeit bietet, während die Anderen vor der Thür stehen müssen. Von diesem Standpunkt, Ihr Lokal-Maulwürfe, betrachtet die Arbeit, und Ihr werdet sehen, daß wir recht haben. Wohl sollt Ihr auch die lokale Thätigkeit nicht vernachlässigen, aber immer nur arbeiten im Zusammenhang mit dem Ganzen, nach bestimmtem Maß und Ziel. Darum also nochmals Zusammenfassen der Kräfte, systematischer Kampf und keine zersplitterte lokale Thätigkeit!

Und der zweiten Kategorie unserer Freunde, Denjenigen, die mißmuthig die Hände in den Schooß legen, denen sagen wir, daß es eines Mannes unwürdig ist, grämlich zuzugucken, wo Andere arbeiten, daß Denjenigen damit das Handwerk nicht gelegt wird, welche, das Vertrauen und die Unwissenheit Anderer mißbrauchend, sich an deren Blute vollsaugen, daß mit einem Worte mit Nichtsthun nichts geändert, geschweige gebessert wird.

Darum frisch heran von beiden Seiten und zugegriffen! Vermehrt das Häuflein, das jetzt allein schafft und allein opfert, helft, was Ihr könnt! Je mehr Ihr beitretet, je leichter wird die Arbeit jedem Einzelnen. Ihr schafft ja nicht für Andere, Ihr schafft für Euch selbst, und wir denken denn doch, wenn die heutige Gesellschaft Jahr aus Jahr ein Eure Arbeitskraft ausbeutet, wenn der heutige Staat, „das alte, faule morsche Ding", Euch unausgesetzt auspreßt, daß Ihr dann den letzten Rest von Kraft und Mitteln daran zu setzen verpflichtet seid, um Staat und Gesellschaft von heute dahin zu senden, wo sie hingehören!

Parteigenossen! setzt Euren Stolz darein, daß, wenn der Parteiausschuß über geleistete Hilfe quittirt, der Name Eurer Heimath dabei nicht fehlt; es ist Zeit, höchste Zeit, daß wir Alle helfen, und ein schlechter Arbeiter ist, wer da noch zaudert!

B.

## 12.

# Proletarier vereinigt euch!

Aus dem „Volksstaat", 1870.

(Siehe Seite 384.)

### An die Arbeiter Deutschlands!

Die Erkenntniß der Klassenlage des Arbeiters hat bereits fast allenthalben dazu geführt, daß die Arbeiter, um sich die politische Freiheit zu erringen und damit die Beseitigung der wirthschaftlichen Ausbeutung, die soziale Befreiung herbeizuführen, sich immer fester aneinander schließen, und gewiß jeder Arbeiter, dem Kopf und Herz an der rechten Stelle sitzen, fühlt die heiligste Verpflichtung, dazu beizutragen, daß die Arbeiterbewegung zu einer einheitlichen und kräftigen Agitationsarmee sich gestalte und damit ihrem Siege entgegengeführt werden kann.

Gegenüber diesem erwachten und jugendfrischen Leben und Regen des Klassengeistes unter den Arbeitern der ganzen zivilisirten Welt muß es Jeden, der in die Arbeiterbewegung Deutschlands bereits eingetreten oder sich an derselben zu betheiligen gesonnen ist, mit schmerzlichem Unwillen erfüllen, daß gerade Diejenigen, welche das Vertrauen der Arbeiter dazu berufen hat, die Reihen der Arbeiterbataillone immer dichter und zahlreicher aneinander zu schaaren und in Bekämpfung jedweder Reaktion die Bewegung ihrem Ziele entgegenzuführen, dieses Vertrauen auf die schnödeste Weise mißbrauchen, während wir auf der anderen Seite leider sehen müssen, daß ein Theil des deutschen Arbeiterstandes, statt den Kampf gegen die heutigen Zustände als einen reinen Klassenkampf aufzufassen und demnach jede Bundesgenossenschaft, selbst die der angeblich radikalen Bourgeois-Elemente, von sich zu weisen, sich mit der sogenannten „Volkspartei" in ein jedenfalls unnützes, von dieser nur in jesuitischer Absicht gesuchtes Bündniß eingelassen hat.*)

Es kann nicht Zweck dieser Zeilen sein, durch eine nähere Beleuchtung der bezüglichen Vorkommnisse den Nachweis darüber zu liefern, daß Herr Dr. v. Schweitzer das Vertrauen des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" wirklich mißbraucht hat; dieser zum Theil sehr schmutzigen Wäsche sind wir durch die Thatsache enthoben, daß Herr Dr. v. Schweitzer durch Beschluß des Vorstandes und der Generalversammlung in Halle rechtskräftig aus dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" ausgestoßen worden

*) Ein arger Irrthum der Verfasser des Aufrufs, die damals noch zum Theil von den Schweitzer'schen Lügen umstrickt waren. (1894.)

ist; ebensowenig aber wollen wir uns hier damit befassen, nachzuweisen, wie wenig empfehlenswerth das Regiment der Frau Gräfin Hatzfeldt, welches durch Strohmanns-Präsidenten an die Stelle der Schweitzer'schen Diktatur treten soll, ist. Für einen wahren Lassalleaner ist vollends ein Zusammengehen mit der Volkspartei undenkbar, weshalb wir uns auch gegenüber der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" — wie sie sich nennt — einer weiteren Polemik enthalten.

Indem wir darauf verzichten, auf Persönlichkeiten einzugehen, so dürfen wir dafür desto mehr an den gesunden Sinn des deutschen Arbeiterstandes appelliren und hoffen, daß früher oder später jeder Arbeiter — gehöre er jetzt zu den Anhängern des Herrn v. Schweitzer oder zu den sogenannten Mende-Hatzfeldtianern oder stehe er noch im Bündniß mit der Volkspartei — zu der Ueberzeugung gelangen wird, welche uns zu diesem Schritte veranlaßt hat; es ist dies die Ueberzeugung, daß in jeder dieser drei Fraktionen der Sozialdemokratie die Erbschaft unseres Meisters Ferdinand Lassalle mißbraucht und entweiht wird, überall aber die blinde Anhänglichkeit seitens vieler Mitglieder dieser Fraktionen und die List, mit welcher sich die gegenwärtigen Führer derselben diese Anhänglichkeit zu erhalten wissen, mächtig genug ist, um für lange Zeit hinaus jede radikale Opposition und die Aufstellung von einfachen aber ehrlichen, von ungelehrten aber auch unabhängigen und aufrichtig revolutionären Arbeitern als Führer unmöglich zu machen.

Was ist nun unter diesen Verhältnissen zu thun? Sollte wegen der Erbärmlichkeit einzelner Personen, welche — wie eben bemerkt — nicht sobald zu beseitigen sind, die Sache Schaden leiden? Soll durch unfähige und intrigante Führer die Arbeiterbewegung noch länger im reaktionären Fahrwasser gehalten werden, andere aber, die bis jetzt der Arbeiterpartei angehört haben, durch die bekannten Vorkommnisse der letzten Zeit von derselben durch ihren gerechten Unwillen über die an der Spitze stehenden Persönlichkeiten fortgetrieben werden, um für die Zukunft abzulassen von dem heiligen Kampfe für das Recht und die Befreiung des unterdrückten vierten Standes? Sollte endlich dadurch das große Werk des Geistesriesen Ferdinand Lassalle, die Stiftung der deutschen Arbeiterpartei, nutzlos und verderblich gemacht werden, nutzlos und verderblich dadurch, daß die Arbeiter immer weiter von ihrem Ziele abgebracht, da vielleicht zur Machterweiterung eines Großstaates, also zur noch stärkeren, weil einheitlichen Knechtung des deutschen Volkes, dort aber zur Bourgeois-Revolution, zur Anstrebung einer Bourgeois-Republik mißbraucht werden sollen?

Nein und tausendmal: Nein! Das kann und darf nicht sein und das muß anders werden! Entweder so oder so.

Eine Aenderung in dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein", durch die eine nennenswerthe Besserung in der Vereinsleitung herbeigeführt würde, ist nach keiner Seite hin zu erwarten. Mit dem Sturze v. Schweitzer's und der Herrschaft der Hatzfeldtschen Kreaturen ist nur ein Teufel mit zehn anderen vertauscht. Von einem Eintritt in die sogenannte „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" aber kann überhaupt für einen Arbeiter, der seine Klassenlage richtig erfaßt hat und demnach den Kampf für die Umgestaltung der heutigen Staats- und Gesellschaftszustände als reinen Klassenkampf betrachtet, so lange keine Rede sein, als diese Partei sich nicht vollständig von jeder Beziehung mit der Volkspartei emanzipirt hat. — Hiernach bleibt nur eins übrig, was allerdings auf den ersten Blick wieder als ein großes Uebel erscheint, dennoch aber das einzige rasch und entschieden wirkende Mittel sein dürfte, durch welches der unwürdigen Personenwirthschaft in der Arbeiterpartei ein Ende gemacht und die Schöpfung Lassalle's ihrer Wiedergeburt entgegengeführt werden kann — es ist die Gründung oder besser: Wiederherstellung der Lassalleanischen Arbeiterpartei, die alle guten Lassalleaner und Sozialdemokraten, welche die Schweitzer'sche wie die Hatzfeldt'sche Herrschaft ebenso wie die der Volkspartei hassen und von sich weisen wollen, aus jeder der bestehenden Fraktionen an sich ziehen und den Grundgedanken Lassalle's, eine kräftige Agitationsarmee gegen jedwede Reaktion zu bilden, zur Verwirklichung bringen, unter der Leitung von Arbeitern die Arbeiterbewegung kräftig in die Hände nehmen und zum Siege führen soll.

Wenn hiermit auch die traurige Zersplitterung durch eine vierte Fraktion vermehrt wird, so ist doch zu hoffen, daß eine Einigung aller echten Sozialdemokraten der Zersplitterung überhaupt bald ein Ende gemacht haben wird, indem der gesunde Sinn des deutschen Arbeiterstandes Führern, wie Schweitzer und den Strohmännern der Gräfin Hatzfeldt sowie der Volkspartei, bald nur mehr blinde Anhänger, auf welche die sozialdemokratische Arbeiterbewegung verzichten kann, übrig lassen wird.

Von diesen Anschauungen ausgehend, hat eine am Montag, den 3. Januar 1870, in München stattgefundene Versammlung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter in Verbindung mit den Augsburger, Ansbacher und Würzburger Parteigenossen beschlossen, die unterfertigte Kommission zu beauftragen, einen Kongreß zur Wiederherstellung der Lassalleanischen Arbeiterpartei einzuberufen, und im Vollzuge dieses Auftrages beraumen die Unterzeichneten einen Kongreß sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter, welche von jetzt ab weder mit Schweitzer, noch mit Mende und Konsorten oder mit der Volkspartei gehen wollen, und zwar auf den

23.—24. Januar d. J., Vormittags 10 Uhr, nach Augsburg im Gasthofe zum Stiftsgarten an, und richten an alle Arbeiter Deutschlands, welche mit den vorausgehenden Gesichtspunkten einverstanden sind, die dringende Aufforderung, rechtzeitig sich durch Delegirte, welche eine gehörige Legitimation mitzubringen haben, vertreten zu lassen.

Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses besteht in folgenden Punkten: 1. Beleuchtung der bestehenden sozialdemokratischen Parteien. 2. Berathung und Beschlußfassung über die Vorschläge der Kommission, betreffend die Gründung einer „Lassalleanischen Arbeiterpartei" und Programm derselben. 3. Die Organisation.

Wenn die Delegirten je nach erhaltenen Aufträgen und nach ihrer Ueberzeugung in der Hauptfrage, also der Gründung, resp. Regeneration der Lassalleanischen Arbeiterpartei überhaupt zustimmen, wird es Aufgabe des Kongresses sein, sofort hierzu Hand ans Werk zu legen. In erster Linie soll dies geschehen durch Feststellung eines den Prinzipien der Partei entsprechenden Programms, wozu die Kommission die nachfolgende Vorlage ausgearbeitet hat. Auf Grund des vom Kongreß beschlossenen Parteiprogramms soll dann die Organisation der Partei berathen und festgestellt werden. Bei der Dringlichkeit der Zeit konnte die Kommission nicht dazu gelangen, in dieser Beziehung präzise Vorschläge auszuarbeiten und es wird sich die Frage sehr wahrscheinlich in der Hauptsache nur darum drehen, ob die Lassalle'sche Organisation des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" beibehalten oder — und dies zu befürworten könnte unseren Auftraggebern nur die Befürchtung von Polizeibelästigungen veranlassen, angesichts der Augsburger bezirksgerichtlichen Verhandlungen gegen die Mitglieder des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" — eine ähnliche Organisation gewählt werden soll, wie die der sogenannten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" der Herren Bebel und Liebknecht ist. —

Wenn auch die Aufgabe des Kongresses hiernach eine sehr schwierige ist, so hoffen wir dennoch, daß es dem guten Willen der deutschen Arbeiter, die der Partei, sei es in dieser oder jener Form, beitreten wollen, gelingen wird, trotz der allerdings sehr kurz gegebenen Zeit, sofort durch Arbeiterversammlungen, oder — wenn nicht möglich, durch anderweitige Verständigung der Gesinnungsgenossen — die Frage des Kongresses und der Parteiorganisation zu berathen, sich über die flüchtig entworfene Programm-Vorlage auszusprechen, sich ihrerseits über die zu wählende Organisation u. s. w. zu entscheiden und, mit diesen Ansichten versehen, einen oder mehrere Delegirte abzusenden.

Die dringliche Nothwendigkeit eines raschen Handelns, um den Anhängern des Herrn Schweitzer und der Gräfin Hatzfeldt

möglichst wenig Zeit zur weiteren Verwirrung der Arbeiterpartei übrig zu lassen, veranlaßte uns, die kürzeste Frist zu setzen. Es muß sich jetzt zeigen, was unter den schwierigsten Umständen und in der kürzesten Zeit die Energie des Arbeiterstandes zu vollbringen im Stande ist.

Wir laden die Herren Delegirten freundlichst ein, bei ihrer Ankunft in Augsburg, welche spätestens Samstag, den 22. Januar d. J. Abends erfolgen sollte, sich in dem Sammellokal bei Bierbrauer Eisenmaier einzufinden.

Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an G. Stollberg, Schuhmacher am Jakoberthor in Augsburg.

Arbeiter, Brüder im heiligen Kampfe des Proletariats, jetzt zeigt, daß Ihr die Sache vor Allem hochhaltet, und laßt die Personen, welche bisher mit Euch gespielt haben, einfach allein, wodurch Ihr sie am besten aus der Arbeiterpartei entfernt, um sie ferner mit ihren persönlichen Anhängern thun und treiben zu lassen, was ihnen beliebt! Handelt rasch, Arbeiter, es gilt Eure und unsere Ehre, es gilt die Erbschaft Ferdinand Lassalle's!

Augsburg, am 5. Januar 1870.

Mit sozialdemokratischem Gruße!

Im Namen der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter Augsburgs, Münchens, Ansbachs, Würzburgs.

Die Einberufungs-Kommission aus Auftrag Robert Neff, J. Franz, Stangl, Herz, Pröbstl in München, J. Endres, G. Stollberg, L. Tauscher in Augsburg, Albinger in Ansbach, A. Wüchner in Würzburg.

Nachstehend das Programm, über welches der Kongreß in Berathung zu treten hat.

1. Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechtes ohne allen und jeden Zensus an alle Männer vom 20. Lebensjahre an zur Wahl aller gesetzgebenden Körper.
2. Staatshilfe in Form von Staatskredit für freie Produktiv-Assoziationen.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.
6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornengerichte, wo sie noch nicht bestehen, Einführung des öffentlichen und mündlichen Rechtswesens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.
9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.
10. Allmälige Expropriation des großen Grundeigenthums durch Ablösung von Staatswegen und gleichmäßige Vertheilung der Ländereien.

---

Der „Proletarier", redigirt von Herrn Tauscher, schreibt über diese Angelegenheit (Nr. 24):

„Der Kongreß aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands ist auf den 23. Januar d. J. nach Augsburg einberufen, um womöglich eine Vereinigung aller guten Lassalleaner und Sozialdemokraten zu Stande zu bringen und, die bisherigen Fraktionen Schweitzer, Mende-Hatzfeldt und Bebel-Liebknecht verlassend, eine Wiedergeburt der Idee Ferdinand Lassalle's, d. h. jene reine und unabhängige, agitatorische Arbeiterpartei herzustellen, wie sie Lassalle bei Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" beabsichtigt hatte. Die „Lassalleanische Arbeiterpartei" soll alle jene Arbeiter in sich vereinigen, welche — rein und innig und hoch über Alles, blos die Sache vor Augen — sich um die vielfach mißbrauchte Fahne Lassalle's in dichten, aufrichtig revolutionär gesinnten Reihen schaaren wollen, den Kampf der Besitzlosen gegen den sozialen Druck und die politische Bevormundung der Besitzenden als Klassenkampf auffassen, und somit in festgeschlossenen Reihen gleichmäßig gegen die Reaktion des Junkerthums und der Säbelherrschaft, wie gegen jene des Kapitals vorgehen wollen. Der Kongreß soll alle wahren Sozialdemokraten vereinigen, die — weil sie dieses sind — fortan weder mit Herrn Dr. v. Schweitzer, noch mit Herrn Mende und Konsorten, aber auch nichts mit der Bourgeois-Demokratie (Volkspartei) zu thun haben wollen, sondern — einen schlichten aber unabhängigen, einen ungelehrten aber redlichen Arbeiter an der Spitze — durch Dick und Dünn für die gerechte Sache des unterdrückten vierten Standes vorwärts marschiren werden! Gelingt es dem Kongreß — und wir zweifeln so wenig daran wie an dem gesunden Sinn des deutschen Arbeiterstandes, daß es ihm gelingen wird —, den Grund zu dem großen Einigungswerk der deutschen Sozialdemokraten zu legen, so wird die Herrschaft aller jener Personen, die bisher die Arbeiterbewegung als ein Spielwerk ihres egoistischen Ehrgeizes benützt und daneben — das Vertrauen des nach voller Freiheit, nicht aber nach preußischer Säbel-Einheit ver-

langenden Arbeiters mißbrauchend — mit der Reaktion sich auf freundschaftlichen Fuß setzten, diese ganze Personen-Herrschaft wird dann auf blinde Anhänger, auf Bedientenseelen beschränkt, und wird damit von selbst zusammenstürzen, während im Augenblick jede Opposition da und dort vergeblich wäre! Von diesen Anschauungen ausgehend, soll der Kongreß der unabhängigen Sozialdemokratie am 23. Januar durch Gründung oder vielmehr Regeneration der Lassalleanischen Arbeiterpartei — in dieser oder jener Form — das Prinzip des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" neu verkörpern für ganz Deutschland! — Fz." (Franz.)

* * *

## Ein neuer Kongreß aller sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands.

Ein neuer Kongreß ist auf Sonntag, den 23. d. M. nach Augsburg einberufen. Dem oberflächlichen Beobachter mag es scheinen, als ob die Zersplitterung und Verwirrung in der gesammten sozialdemokratischen Partei nun noch ärger werden müsse. Ist doch der von den Einberufern bezeichnete Zweck des Kongresses der, eine neue Organisation in der Partei zu gründen, die dann neben der des Herrn v. Schweitzer, neben der der Gräfin Hatzfeldt und neben der unsrigen die vierte sein würde. Angenehme Aussicht für die Zeitungsschreiber der Bourgeoisie und der Reaktion, die, was die Arbeitersache betrifft, wohl ziemlich alle zu den oberflächlichsten Beobachtern gehören! Doch daß „der Schein oft trügt", wird sich auch hier wieder bewahrheiten.

Für den tiefer Blickenden muß die Einberufung dieses Kongresses eine Freude sein. Es ist ein neues Stück der Emanzipation von den gewissenlosen Führern der Arbeiter, zu der wir in Eisenach den ersten großen Anstoß gegeben haben; es ist ein neuer Beweis dafür, daß der Arbeiterstand immer selbständiger und selbstbewußter auftritt. Freuen wir uns dessen! Die Einheit der Arbeiterpartei ist wieder einen Schritt näher gerückt, denn nur die „Führer" sind es, wie der Aufruf sehr richtig dies ausspricht, welche die sozialdemokratischen Arbeiter auseinander halten, ja gegeneinander hetzen. Hat die Herrschaft von Führern ihr Ende, so wird die Arbeitermasse, beseelt von einem Gedanken, durchdrungen von demselben Klassenbewußtsein, bald einig sein. Daß die Einheit derselben aber unerläßlich nothwendig ist, bevor an eine Verwirklichung der Prinzipien der Partei gedacht werden kann, ist selbstverständlich. Ist aber die Einheit der Partei hergestellt, dann haben wir schon heute die 100 000 Mann, die Lassalle für nothwendig hielt, und vielleicht mit majestätisch ruhigem Ernste in den gesetzgebenden Körpern oder mit wild wehendem

Lockenhaar wird dann die Revolution vollzogen werden, deren Ziel die Aufhebung der heutigen ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Einführung des sozialdemokratischen Volksstaates sein wird, der rothen Republik!

In Eisenach haben wir in dem Geiste getagt, die zum Klassenbewußtsein durchgedrungenen deutschen Arbeiter in einer einheitlichen, demokratischen Organisation zusammenzufügen — begrüßen daher auch den von demselben Geiste eingegebenen Kongreß zu Augsburg!

Aber — mag mir mancher Parteigenosse entgegenrufen — in Augsburg soll ja eine *vierte* Organisation geschaffen werden in derselben Partei, und zumal *uns* halten ja die Einberufer für Bourgeois, für „Volkspartei" u. dergl., mit denen kein, zumal zum Klassenbewußtsein durchgedrungener, Arbeiter etwas zu thun haben dürfe!

Dieser Vorwurf könnte uns — verletzen, wenn er nicht ein — großer Irrthum wäre! Ueber diesen Irrthum aber dürfen wir uns nicht wundern. Sind doch die Einberufer des Kongresses bisher Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gewesen, dessen Organ der Berliner „Sozialdemokrat" ist, und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie *schwer* es mir geworden ist, mich von den ewig und immer wieder durch dies Blatt ausposaunten Lügen und Verdächtigungen*), nach denen auch der „Proletarier" in München Bourgeois-Organ ist, frei zu machen und auch in den Herren Bebel und Liebknecht statt „Hietzinger Agenten", sehr achtenswerthe Parteimitglieder zu sehen. Aber bei besserem Zusehen kommen die Einberufer des Kongresses nicht allein, sondern auch die lange belogenen Arbeiter im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von diesem Irrthum zurück!

Da aber Niemand ungestraft falsche Behauptungen in die Welt setzen darf, ohne sie zu beweisen, so fordere ich meinerseits die Einberufer des Kongresses auf, ihre Behauptung, wir seien keine wahrhafte und selbständige Arbeiterpartei, zu *beweisen*, oder doch wenigstens die Anhaltepunkte zu diesem Beweise der Oeffentlichkeit zu übergeben. Ich fühle mich persönlich gröblich beleidigt und erkläre meinerseits — glaube auch im Sinne aller Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu sprechen —, daß ich *nie* einer Partei angehören werde, welche die Arbeiter zur Errichtung einer „Bourgeois-Republik" mißbrauchen will.

---

*) Neuerdings werde ich in demselben auch angeschuldigt, für den A. D. A.-V. (Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein) bestimmte Gelder zu *meinem* Zwecke eingesäckelt zu haben. Daß mir das Geld durch Hrn. Jean Magin in Lüttringhausen per Postanweisung *ohne* jede Bemerkung eingesandt wurde, als ich längst nicht mehr Kassirer des A. D. A.-V. war, sondern die Eisenacher Kongreßkasse zu verwalten hatte, davon steht im „Sozialdemokrat" kein Wort.

Der Aufruf behauptet auch, wir gingen mit der Volkspartei oder hätten doch wenigstens Beziehungen zu derselben, welche abgebrochen werden müßten.

Auch dies ist eine sehr gewagte Behauptung.

Vor dem Eisenacher Kongreß waren, besonders in Sachsen, viele bürgerliche Republikaner mit den sozialistischen, außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stehenden Arbeitern unter dem allgemeinen Namen der (sächsischen) Volkspartei vereinigt. Damals nannte sich auch das von Liebknecht redigirte „Demokratische Wochenblatt", aus welchem unser „Volksstaat" geschaffen wurde, Organ der sächsischen Volkspartei. Wie wenig diese Beziehungen aber selbst damals die Bedeutung hatten, welche die Kongreßberufer von Augsburg u. s. w. heute noch unserer Partei unterlegen, das beweist wohl schlagend der Umstand, daß auf dem Nürnberger Arbeitertage vom 6. September 1868, zu welchem auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein Abgeordnete entsendet hatte und bei welchem die nichtsozialistische Minderheit des angenommenen sozialistischen Programms wegen aus dem damaligen Verbande der deutschen Arbeitervereine austrat, Liebknecht den Bourgois-Elementen in jenem Arbeitertage gegenüber sagte: „Die sozialistische Arbeiterbewegung geht ihren eigenen Gang: sie ist durch und durch demokratisch — demokratisch und sozialistisch sind überhaupt für mich identische Ausdrücke — und da die Arbeiter das Gros des Heeres der Demokratie bilden, ist es nicht an ihnen, sich der Demokratie anzuschließen; sie sind die Demokratie, und die demokratische Volkspartei hat sich einfach mit der demokratischen Arbeiterpartei zu vereinigen."

Auf dem Eisenacher Kongreß ist dann die Organisation der durchaus selbständigen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgt; die sozialistischen Arbeiter der früheren Volkspartei haben sich derselben angeschlossen und die übrigen, die republikanischen und bürgerlichen Elemente der Volkspartei, haben neuerdings ihre eigene selbständige Organisation begonnen. Daß wir nicht die Volkspartei sind, zeigt dieser Umstand deutlich; denn wären wir die Volkspartei, so würden die Anhänger der letzteren sich nicht organisiren! Auch trifft es nicht zu, daß wir mit der Volkspartei gehen. Das Gegentheil scheint eher der Fall. Die Volkspartei, wahrscheinlich durchdrungen von dem Bewußtsein, daß sie ohne die sozialistischen Arbeiter nie im Stande sein würde, die Republik zu erringen, scheint die Annäherung an uns zu suchen und, obwohl der Ausschuß der Partei in keinerlei Beziehung zu derselben getreten ist, ist nach den von uns bisher gemachten Erfahrungen anzunehmen, daß ein großer Theil der Volkspartei die sozialistische Arbeiterbewegung zu fördern sucht. Jeder aufrichtige Republikaner muß sich auch sagen, daß die Republik nicht anders möglich ist,

als durch die Arbeiter, und die Arbeiter sind viel zu sehr gewitzigt durch bittere Erfahrungen, als daß sie, wenn es einst in ihrer Macht stehen wird, eine andere Republik errichten sollten als die rothe. Nur diese ist noch möglich, und jeder aufrichtige Republikaner wird daher mit Freuden die sozialistische Arbeiterbewegung unterstützen.

Daß wir uns aber eventuell eine Unterstützung der Republikaner gerne gefallen lassen werden, ist streng im Sinne Lassalle's. In seinem Antwortschreiben spricht derselbe von der preußischen Fortschrittspartei, die noch nie republikanische Gelüste kundgegeben, wie folgt:

„Es erhellt von selbst, wie diese Arbeiterpartei sich zur deutschen Fortschrittspartei zu verhalten hat.

„Sich überall als eine selbständige und durchaus von ihr getrennte Partei zu fühlen und zu konstituiren, gleichwohl die Fortschrittspartei in solchen Punkten und Fragen zu unterstützen, in welchen das Interesse ein gemeinschaftliches ist; ihr entschieden den Rücken zu kehren und gegen sie aufzutreten, so oft sie sich von derselben entfernt, die Fortschrittspartei eben dadurch zu zwingen, entweder sich vorwärts zu entwickeln und das Fortschrittsniveau zu übersteigen oder aber immer tiefer in den Sumpf von Bedeutungs- und Machtlosigkeit zu versinken, in welchem sie bereits knietief angelangt ist — das muß die einfache Taktik der deutschen Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei sein."

Ich denke, wir haben keinen Grund, der jetzt zu einer engeren Organisation strebenden deutschen Volkspartei gegenüber eine andere Taktik anzuwenden. Auch hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei nie, so lange sie besteht, anders als in diesem streng-lassalleanischem Sinne sich zu der deutschen Volkspartei verhalten!

So viel über einen, der Arbeitersache gewiß nicht förderlichen — groben Irrthum.

Auch hier wird sich — nach Ferdinand Lassalle — die „Wahrheit durchbohren"!

Aber die Einberufer sprechen — es ist mir spaßig dabei zu Muthe geworden — getreu den Lügen des Berliner Doktors nach, von unserer Partei als der „sogenannten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Herren Bebel und Liebknecht." Das muß doch die Herren Bebel und Liebknecht ungemein kitzeln! Auch sprechen sie an einer andern Stelle von den gegenwärtigen Führern der verschiedenen Fraktionen, deren List mächtig genug sei, „um für lange Zeit hinaus jede radikale Opposition und die Aufstellung von einfachen, aber ehrlichen, von ungelehrten, aber auch unabhängigen und aufrichtig revolutionären Arbeitern als Führer unmöglich zu machen."

O der listige Herr Liebknecht!

Nun, die Einberufer wissen scheinbar auch nichts von der Stellung, welche die Herren Bebel und Liebknecht in unserer Partei einnehmen.

Auf dem Eisenacher Kongreß wurde Braunschweig-Wolfenbüttel als Sitz des Ausschusses, welcher nach unserer Verfassung die oberste Leitung der Partei in Händen hat, bestimmt und die Parteigenossen des Vorortes wählten denselben nach bestem Ermessen. Dieser Ausschuß nun, in welchem ich das Amt eines Kassirers zu versehen die Ehre habe, hat auch nach dieser Parteiverfassung die Leitung des Parteiorgans, welches Eigenthum der gesammten Partei ist, und demzufolge auch die Personen der Redaktion und der Expedition zu bestimmen. Der Braunschweiger Ausschuß hat nun Herrn Liebknecht mit dem Posten eines ersten Redakteurs und Herrn Bebel mit dem eines Expedienten des Blattes betraut. Wer aber in unserer Partei seine Pflicht nicht thut, kann von den Behörden der Partei sofort abgesetzt werden, so selbst der Braunschweiger Ausschuß. Wahrlich, Ihr Herren, bei uns ist es anders als im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein des Herrn Schweitzer oder Mende, und Eure aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein mit herübergenommene Ansicht, als ob auch bei uns das Volk souverän genannt, dafür aber desto besser von den Führern geleithammelt würde, ist Euch zu verzeihen. Den Personenkultus haben auch wir gründlich hassen gelernt, und beim Braunschweiger Ausschuß gilt so wenig ein Ansehen der Person, wie wir ein Ansehen der Person von der Partei erwarten.

Ob Ihr nach alledem noch zur Gründung einer neuen Organisation zu schreiten habt auf Eurem Kongreß, das müßt Ihr wissen. Uns trennen keine Führer, uns trennt kein Zwiespalt des Programms, ja wir haben im Punkte II. des Eisenacher Programms viel weitergehende Forderungen aufgestellt als Ihr in Eurem Entwurf, der sonst mit dem unserigen übereinstimmt; uns trennt auch kein Zwiespalt in der Organisation, denn auch Ihr habt durch das Augsburger Bezirksgericht, wie wir durch Magdeburger und andere Gerichte erkennen gelernt, daß wir uns besser organisiren können, wenn die lokale und die allgemeine Organisation getrennt geschehen, so daß die Mitglieder der lokalen Vereine einzeln auch Mitglieder werden der Partei und umgekehrt, wie dasselbe mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation der Fall ist. Die Sache ist genau dieselbe wie bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein!

Nach Eurer Einladung sind aber auch wir unter den Eingeladenen, da es auch uns nicht einfällt, im Schlepptau der Volkspartei zu gehen, und so werden auch einige Abgeordnete von uns Euren Kongreß besuchen.

Hoffen wir, daß es auf diesem Kongresse, einem Nachfolger unseres Eisenacher Kongresses, gelinge, die Einheit zwischen unserer Partei und Euch zu begründen. Ihr werdet uns zu Allem bereit finden, was wir der Arbeitersache gegenüber verantworten können, und wir werden, falls etwa Euer Eintritt in die gesammte Partei nur erfolgen kann unter Bedingungen, welche wir nach unserer Verfassung zu bewilligen nicht das Recht haben, sofort die Partei um ihre Zustimmung befragen.

Die Arbeiterbewegung marschirt mit Riesenschritten. Noch eine kurze Spanne dieser Entwicklung, und sie wird unwiderstehlich sein.

Bracke.

* * *

## Der Arbeiterkongreß in Augsburg.

Von Seiten des Ausschusses unserer Partei wurde mir telegraphisch der Auftrag zu Theil, die Partei auf dem von Neff, Tauscher und Genossen einberufenen Arbeiterkongreß zu vertreten. Sonntag Vormittag 11 Uhr begannen die Verhandlungen des Kongresses im Stiftsgarten. Anwesend waren als Delegirte aus München: Neff, Stangl, Pröbstle, Franz; aus Augsburg: Tauscher, Stollberg, Endres, Scheller; aus Würzburg: Wüchner, der zugleich Mandate von Aschaffenburg und Heidelberg hatte; Schriftsteller Schneeberger aus Wien, der eine beabsichtigte Reise nach Bayern zum Besuch dieses Kongresses benutzte und als Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation demselben beiwohnte, endlich meine Wenigkeit, Namens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Mehrfache Zuschriften, darunter eine von L. Schumann aus Berlin, der, wenn ich nicht irre, anempfahl, alle „Nichtarbeiter" aus der neuen Partei auszuschließen, waren eingegangen, ebenso liefen Nachmittags mehrere Begrüßungsdepeschen ein. Nach Erledigung der formellen Angelegenheiten: Eröffnung des Kongresses durch Franz (München), Prüfung der Mandate, Wahl des Bureaus (Franz erster, Stollberg zweiter Vorsitzender) und Feststellung der Geschäftsordnung wurde die erste Sitzung Mittags halb 1 Uhr geschlossen. Bemerkt sei, daß der Saal durch Arbeiter, welche den Verhandlungen zuhörten, so leidlich gefüllt war.

Nach Schluß der öffentlichen Sitzung traten die Delegirten zu einer geheimen Sitzung zusammen, um sich über etwaige Differenzpunkte zu verständigen. Ich ergriff zunächst das Wort und legte den Zweck meiner Anwesenheit dar: einen Versuch, die Bildung einer neuen Arbeiterfraktion zu verhüten und die Verschmelzung mit unserer Partei herbeizuführen. Ich führte aus, wie die Bildung einer neuen Fraktion nur den Gegnern der Arbeitersache nütze, wie dieselben aufs Neue über diese Spaltung jubeln und darauf hinweisen würden, daß die Arbeiter zur Leitung

ihrer Angelegenheiten unfähig, als Partei ungefährlich seien, da sie trotz aller prinzipiellen Uebereinstimmung sich nicht einigen könnten, sondern rein formeller und persönlicher Bedenken wegen sich gegenseitig zerfleischten. Ein weiterer zwingender Grund für die Einigung sei die Verhütung der Zersplitterung der geistigen und materiellen Kräfte der Arbeiter. An beiden litten die Arbeiter keinen Ueberfluß. Je mehr Fraktionen, desto mehr Verwaltungen müßten geschaffen werden. Diese kosteten Geld, und so würden die sauer erworbenen Groschen der Arbeiter allein durch diesen Verwaltungsapparat aufgezehrt. Statt die Gelder zur Bekämpfung der Bourgeoisie und der Reaktion zu verwenden, bekämpfe man sich gegenseitig, die nicht im Ueberfluß vorhandenen geistigen Kräfte würden in diesem selben Kampfe verbraucht und aufgerieben, ohne Nutzen für die Gesammtheit. Wohl sei mir bewußt, daß man zwei Bedenken hauptsächlich gegen die Verschmelzung habe. Das eine sei unser angebliches Bündniß, wohl gar Verquickung mit der Volkspartei, das andere unsere Organisation, die man als eine zu wenig einheitliche ansehe. Beide Einwände beruhten auf Vorurtheilen, durch Diejenigen geschickt verbreitet und in die Massen eingepflanzt, welche aus einer Berührung der Arbeiter mit dem demokratischen Bürgerthum für ihre eigene Stellung gefürchtet (Schweitzer, Mende) und unter der Firma: „Kampf gegen die radikale Bourgeoisie", ihr Einverständniß mit der Reaktion habe verbergen wollen. Volkspartei und sozialdemokratische Arbeiterpartei seien zwei vollständig getrennte Parteien, jede habe ihr eigenes Programm und ihre eigene Organisation. Was das Programm unserer Partei betrifft, so brauche ich es nicht weiter zu entwickeln, da man es ja nahezu wörtlich auch diesem Kongreß zu Grunde gelegt, unser Programm gehe aber in seinem ersten Theil noch weiter, indem es das Internationale Programm in schärfster Fassung enthalte und klar und scharf seine Stellung auch zum bestehenden Staat formulire. Die „Volkspartei" sei insofern mit uns einverstanden, als sie unsere politischen Forderungen und auch einige unserer sozialen (Normalarbeitstag, Verbot der Kinderarbeit) in ihrem Programm habe, also ein gewisses Stück Weg neben uns hergehe. Sie in den Punkten zu bekämpfen, in denen sie gleicher Meinung mit uns sei, sei Thorheit, selbstverständlich würden wir ihr aber überall da entgegentreten, wo Differenzen zwischen ihr und uns beständen, also vorzugsweise auf dem sozialen Gebiet. Die Volkspartei sei, das wüßten wir genauer als jeder Andere, eine Partei, die aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt sei. Sie bestehe aus großdeutschen konstitutionellen Monarchisten, bürgerlichen Republikanern und einer kleinen Zahl von Leuten, welche im Wesentlichen auch unser soziales Programm anerkennen, letztere seien indeß sehr in der

Minderheit. Einig sei die Volkspartei in dem Kampfe gegen die großpreußischen Tendenzen, den Militarismus und Cäsarismus und bekämpfe von diesem Standpunkte aus mit uns auch die uns feindlich gesinnte Fortschritts- und nationalliberale Partei. Wir ständen also zu der Volkspartei in keinem andern Verhältniß, als es sich aus der Natur der beiderseitigen Standpunkte von selbst ergebe. Habe doch Lassalle dasselbe der Arbeiterpartei gegenüber der Fortschrittspartei im Jahre 1863 angerathen, ja Lassalle habe sogar an mehreren Stellen seiner Schriften über „Verfassungswesen" sich selbst als Mann der Volkspartei bezeichnet. Ebenso haltlos wie die beständigen Vorwürfe über unser Verhalten zur Volkspartei seien die Einwendungen gegen unsere Organisation. Lebten wir in Deutschland in einem freien Staat, dann verstünde sich von selbst, daß wir nur praktische Gründe bei Entwerfung einer Organisation im Auge zu behalten hätten. Deutschland sei aber kein Freistaat, sondern bestehe aus Staaten, die zum größten Theil sehr reaktionär seien, und in denen die Macht der Gesetze sich unliebsamen Volksorganisationen sehr fühlbar mache. Die Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Sachsen, die Schließung der vielen Gemeinden in Preußen, der Beschluß des preußischen Obertribunals gegen den schleswig-holsteinischen Wahlverein, der eine ähnliche Organisation gehabt habe, wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, die neuesten Vorgänge in Bayern bewiesen, wie das Gesetz jederzeit die Organisation vernichten könne. Hätte Schweitzer die Urtheile der Untergerichte über seinen Verein durch alle Appell-Instanzen verfolgt, das Obertribunal hätte zweifellos die Organisation als ungesetzlich anerkannt und wäre damit das Verbot des Vereins für Preußen ausgesprochen worden. Schweitzer habe sich davor gehütet, und wenn sein Verein dennoch existire, dann habe er dies einzig und allein der Gunst zu verdanken, deren er sich notorisch von Seiten des Berliner Polizeipräsidiums und der Regierung zu erfreuen habe. Wir müßten eine Organisation schaffen, die mit der Einheitlichkeit zugleich die formelle Unabhängigkeit der Parteimitglieder an den einzelnen Orten vor dem Gesetz unmöglich mache. Die Einheitlichkeit der Partei sei gewahrt in dem von der Partei gewählten und in seinen Machtbefugnissen scharf begrenzten und zugleich kontrollirbaren Partei-Ausschuß, wodurch jede „Führerschaft" beseitigt und der Herrschaft einer einzelnen Person ein für alle Mal ein Ende gemacht sei; ferner in regelmäßigen Steuern, die monatlich jedes Parteimitglied zu leisten; und endlich in dem Partei-Organ, das Eigenthum der Partei sei, zu Privatzwecken also nicht benutzt werden könne. Durch diese Einrichtungen sei also die Möglichkeit einer kräftigen Agitation zur Verbreitung der Partei und die Geltendmachung des Parteiwillens in allen Fragen gegeben. In

den Lokalfragen könnten die Parteigenossen die Partei-Angelegenheiten in der ungehindertsten Weise besprechen und die lokale Agitation betreiben, ohne daß das Gesetz eingreifen könne. Daß die von uns angenommene Organisation wirklich und nicht blos in der Einbildung gut sei, beweise, daß trotz aller Verfolgungen, welche die Partei vom ersten Tage ihres Bestehens zu erdulden gehabt habe, die Organisation noch nicht angetastet worden sei, weil man es einfach nicht könne. Mit einer Organisation, wie sie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein habe, würden wir längst zu Grunde gerichtet worden sein. Habe doch das preußische Obertribunal im Februar des vorigen Jahres gegen den schleswig-holsteinischen Wahlverein, der ähnlich wie der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein organisirt war, ein verurtheilendes Erkenntniß gefällt.

Habe die Polizei das Urtheil des Obertribunals auf den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein nicht angewandt, so kennzeichne das mehr als alles Andere das gute Einvernehmen des Chefs des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins mit der preußischen Polizei. Wir hätten uns einer solchen Gönnerschaft nicht zu erfreuen, wollten sie auch nicht haben, müßten also unsere Organisation so einrichten, daß sie gegen polizeiliche Uebergriffe sicher sei. Die Form sei übrigens für uns Nebensache, die Hauptsache sei das Prinzip und seine Anwendung. Wir gehörten nicht zu Denen, die als echte Orthodoxe die äußere Form über die Sache setzten, wir hielten die Organisation keineswegs für unverbesserlich. Jedes Mitglied der Partei könne seinen Einfluß für Aenderung derselben geltend machen, und gelänge es ihm, die Majorität hierfür zu gewinnen, dann sei der Wille derselben entscheidend; die ganze Verfassung der Partei sei mit einem Worte demokratisch.

Neff fragte mich, nachdem ich geendet, ob ich Bedingungen für den Eintritt in die Partei zu stellen habe. Ich verneinte dies, da der Eintritt einfach auf Grund der bestehenden Organisation und des Programms zu geschehen habe. Franz schlug hierauf vor, die Sitzung zu vertagen und um halb 3 wieder zu beginnen. Das geschah. Bei Wiedereröffnung der Sitzung ergriff Franz das Wort, um im Einverständniß mit den Delegirten von Würzburg, Augsburg und München zu erklären, daß sie sich nicht entschließen konnten, der Partei beizutreten. Prinzipielle Gründe seien es nicht, sondern mehr formelle. Zunächst könne er sich nicht mit unserer Haltung gegen die Volkspartei einverstanden erklären. Die Volkspartei müsse nicht nur wie jede andere Bourgeoispartei, sondern noch heftiger als alle anderen bekämpft werden, da sie für die Arbeiter die gefährlichste sei in Folge ihres radikalen Programms. Auch gebe es in unserer Partei noch verschiedentliche Bourgeois-Elemente. (Ich will hier bemerken, daß nach bereits

am Vormittag gefallenen Aeußerungen jeder sogenannte „Nicht-arbeiter" als nicht zur Partei gehörig betrachtet werden sollte.) Ferner gefalle ihnen unsere Organisation nicht, sie wollten die Lassalle'sche Organisation, wenn auch in veränderter Form, beibehalten. Die gesetzlichen Bedenken könnten sie nicht theilen, um so weniger, da sie in nächster Zeit ein besseres Vereinsgesetz in Bayern erwarten dürften. Aehnlich sprachen sich mehrere andere Delegirte aus. Ich ergriff wiederholt das Wort und widerlegte die aufgestellten Bedenken, sah aber sehr bald ein, daß alles Reden unnütz sei, da man einmal fest entschlossen war, eine vierte Arbeiterfraktion mit dem ganzen bureaukratischen Apparat einer solchen zu konstituiren. Ich erklärte, daß ich mein Mandat als erledigt betrachte und an den öffentlichen Verhandlungen nur insofern noch theilnehmen würde, um eine Erklärung über meine Stellung zu dem Kongreß abzugeben.

Als kurz darauf die öffentliche Versammlung wieder aufgenommen wurde, ergriff ich zunächst das Wort und legte in ähnlicher Weise wie oben angeführt, die Gründe dar, die mich verhinderten, weiter an den Verhandlungen mich zu betheiligen. Zugleich benutzte ich diese Gelegenheit, um nochmals öffentlich die Vorurtheile entschieden zurückzuweisen, die noch als Erbstück Schweitzer'scher Erziehung gegen unsere Partei in der Versammlung vorhanden sein möchten. Nachdem ich geendet, zog ich mein Mandat zurück und verließ mit unsern Parteigenossen den Saal.

War die mir offiziell übertragene Mission auch als gescheitert zu betrachten, so habe ich dennoch die moralische Ueberzeugung von Augsburg mitgenommen, daß die Masse der Arbeiter es müde ist, sich kleinlicher persönlicher oder formeller Bedenken wegen gegenseitig in die Haare zu gerathen. Die Arbeiter begreifen, daß nur in festem Zusammenhalten, in der Vereinigung aller Kräfte, die Gewähr des Sieges für sie liegt, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn nicht trotz der jetzt konstituirten vierten sozialdemokratischen Fraktion der Zeitpunkt sehr nahe herangekommen wäre, wo der vollständige Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei stattfinden wird.

Dieselbe moralische Ueberzeugung habe ich von München mitgenommen, wo ich auf Wunsch unserer Parteigenossen Montag, den 24. Januar, einer öffentlichen Sitzung des sozialdemokratischen Arbeitervereins beiwohnte, die von über 400 Personen besucht, Anhänger aller Arbeiterfraktionen umfaßte. Die auf meinen Vortrag erfolgenden Entgegnungen förderten zwar in der Hauptsache dieselben Einwendungen zu Tage, wie der Augsburger Kongreß, es zeigte sich aber auch, daß, während man gegen unsere Partei mehr formelle Bedenken hatte, die Vertreter der anderen Fraktionen sich nicht wenig über die Führerschaft in die Haare

geriethen. Der Popanz, den Schweitzer-Hatzfeldt-Mende gegen unsere Partei seit Jahren ihren Anhängern eingebläut, er ist, wie die Herrschaften mit Schrecken beobachten werden, im Schwinden, die Einigung aller klar denkenden Arbeiter nur noch eine Frage der Zeit.

Leipzig, den 28. Januar 1870. Bebel.

## 13.

## Manifest des Zentralkomitees der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga.

Aus dem „Volksstaat" 1870.

(Siehe Seite 392.)

Der Friede Europas ist von Neuem durch monarchischen Hader und dynastische Eifersucht gestört.

Weil die provisorische Regierung von Spanien nach einem König sucht, weil die Familie der Hohenzollern derselben den Kandidaten, welchen sie anderwärts nicht hat finden können, verschaffen wollte und weil die Dynastie der Bonaparte in dieser Kandidatur einen Versuch zur Aufrichtung des Thrones Karls des Fünften zu erkennen glaubte, oder vielmehr weil sie für ihre Existenz gegenüber den freiheitlichen Bestrebungen des eigenen Landes diese Gelegenheit zur Herstellung des Uebergewichts durch Waffengewalt hat benutzen wollen, sollen zwei Völkern, das deutsche und französische, diese großen Agenten der europäischen Zivilisation, auf dem Schlachtfelde zum Ruhm ihrer Monarchen gegeneinander geführt werden. Noch am Vorabende in tiefster Ruhe und gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen, befinden sie sich plötzlich durch das Geheiß ehrgeiziger Fürsten inmitten eines furchtbaren Krieges.

Die vor drei Jahren in einer ähnlichen Krisis, welche Deutschland und Frankreich in gegenseitigen Kampf zu stürzen drohte, gegründete Internationale Friedens- und Freiheitsliga kann sich Angesichts eines solch' schrecklichen Ereignisses nicht ruhig verhalten.

Das Zentralkomitee hat nicht gleich bei dem Beginn des Konflikts seine Stimme vernehmen lassen, weil es sich nicht denken konnte, daß ein diplomatischer Konflikt in die Ungeheuerlichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich ausarten werde, um so weniger, als ja der spanische Thronkandidat von seiner Bewerbung zurückgetreten ist. Nichtsdestoweniger hat man den Krieg erklärt. Jetzt können und dürfen wir nicht mehr schweigen.

Das so plötzlich mit kalter Berechnung gewaltsam herbeigeführte Unglück beweist in schlagendster Weise die Wahrheit der Prinzipien, welche unsere Liga seit Jahren geltend zu machen sucht.

So lange die Völker das monarchische, auf ihre Kosten unterhaltene Regiment zu erdulden fortfahren, kann zwischen ihnen der Friede nicht gesichert sein.

Ehrgeiz und dynastische Eifersucht, stehende Armeen im Dienste der Monarchen, und das Recht der Fürsten, nach Gutbefinden Krieg zu erklären — kann dies Alles zu etwas Anderem führen als eben zum Krieg? Der Krieg, welcher Europa in ein Blutbad zu stürzen und zu verwüsten beginnt, entspringt aus keiner andern Ursache. Werden die Völker endlich diese furchtbare Lehre begreifen?

In der Erwartung, daß sich die Völker einmal zu ihrer Befreiung ermannen und unter sich jedweden Krieg durch eidgenössische Verbindung unmöglich machen werden, müssen wir im Namen der Humanität, im Namen der Zivilisation, im Namen der heiligsten Prinzipien und der berechtigtsten Interessen gegen diesen Bruderkampf protestiren, welcher Europas Boden abermals mit Blut bedeckt, Tod, Trauer und Verwüstung verbreitet, den Fortschritt der Ideen internationaler Verbrüderung, dieser glorreichen Errungenschaft des modernen Geistes, hemmt, das Wenige der von den Völkern erhaltenen und errungenen Freiheiten zerstört, die Arbeit unterbricht und die Last des Elends erhöht, mit einem Worte, welcher noch einmal das 19. Jahrhundert in die Barbarei zurückwirft.

Trotz der aufgeregten Leidenschaften, welche der Krieg bei den kämpfenden Nationen selbst in dem Falle, daß er nur durch den Willen und das Interesse der Fürsten heraufbeschworen wurde, erzeugen wird, hoffen wir, daß unsere Protestation ein Echo in dem Herzen und Geiste aller Derer finden werde, welche sich nicht zu unterthänigen Werkzeugen des Despotismus hergeben oder welche sich nicht durch einen veralteten Chauvinismus hinreißen lassen. Wir zweifeln nicht daran, daß auch sie Legion bilden und daß ihnen selbst in dieser traurigen Zeit das letzte Wort bleiben wird.

Demzufolge ist im Einklange mit dem betreffenden, zu Bern vor zwei Jahren gefaßten Beschlusse die Internationale Friedens- und Freiheitsliga auf Sonntag, den 24. Juli nach Basel (Saal Spitz an der Rheinbrücke) zu einem außerordentlichen Kongresse berufen.

Genf, 15. Juli 1870.

Für das Zentralkomitee:
Jules Barni (Franzose), Präsident.
Amand Goegg (Deutscher), Vizepräsident.
John Rollanday (Schweizer), Generalsekretär.

## 14.

# An die Parteigenossen.

Aus dem „Volksstaat“ 1870.

(Siehe Seite 393.)

Der jetzige unglückselige Krieg lastet schwer auf unserer Partei. Nicht allein, daß Tausende unserer Mitkämpfer ihr Brod verlieren, fast ebenso viele müssen in dem bunten Rocke an die Grenzmarken Deutschlands ziehen, um bonapartistischen Frevelmuth zu brechen.

Wenn unter diesen Umständen unser Organ den früheren Abonnentenstand nicht ganz erreichte, auch die Mittel der Partei spärlicher fließen als sonst, so ist das erklärlich. Wir aber sind dadurch in die traurige Lage versetzt, unserem Blatte nicht mehr so wie erforderlich beispringen zu können. Unser „Volksstaat“ aber muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Zu dem Ende werden wir die irgend möglichen Ersparnisse eintreten und vom 1. August ab das Blatt zwar nach wie vor zweimal wöchentlich, aber nur in der Stärke eines halben Bogens erscheinen lassen. Trotz der Versicherungen bezahlter Fürstenknechte blüht uns und unseren Parteigenossen — zur Ehre der Partei — auf dem Felde der geheimen Fonds kein Weizen. Das zwingt unsere Partei, sich nach der Decke zu strecken; aber wir thun dies ungebeugt und stolzen Herzens. Kann doch unsere Partei von sich selber und von ihren Gliedern sagen, daß das, was sie thun, nur gethan wird in reinster Hingabe an die Sache, der wir Alle dienen. In diesem Gedanken werden wir die Verkleinerung des Blattes als ein unvermeidliches Uebel gern ertragen. Aber auch so bedarf die Partei der fortgesetzten treuesten Hingabe aller ihrer Genossen. Wenn jetzt der Kriegsruf durch die Lande tönt, der wilde Ruf des Hasses und der Rache, ist es unsere Pflicht, das Schifflein der Partei wohlbehalten durch die brandenden Wogen zu steuern, damit es nicht zum Wrack werde, sondern jeden Augenblick im Stande ist, die froh begonnene Fahrt nach der „besseren Zukunft“ fortzusetzen.

Parteigenossen! Thut in dieser für die Existenz der Partei so schweren Zeit Eure volle Pflicht! Wir müssen auf Eure fortgesetzte energische Hilfe zählen; das Interesse der Partei erfordert es gebieterisch!

Euer Ausschuß dagegen wird seine volle Pflicht gegen die Partei zu thun sich bemühen. Mit Ruhe, Besonnenheit und Hingabe an die Sache, aber auch mit Ernst und Entschiedenheit werden wir das Steuer der Partei zu führen suchen.

So lange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleon's Ferse heftet und unsere deutschen Marken mit Krieg

und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür vertheidigen helfen. Auch das Streben des deutschen Volkes nach Erringung der nationalen Einigkeit ist berechtigt; haben sich die Deutschen bei der augenblicklichen gemeinsamen Gefahr wie ein Mann zusammengeschaart, so wird der gemeinsame Kampf das Band fester und fester schließen, und vielleicht ersteht aus den großen Wirren von heute zu unserer aller Freude in nächster Zukunft der deutsche Staat.

Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, so hoffen wir, ganz Deutschland umfassenden Staates bestimmend mitzuwirken, damit, wenn es möglich ist, nicht der dynastische Staat, sondern der sozialdemokratische Volksstaat ins Dasein tritt; unsere Aufgabe ist es, — mag der gewordene neue Staat bei der Geburt noch dynastische Färbung tragen — ihm in ernstem, schwerem Kampfe den Stempel unserer Ideen aufzudrücken!

Wenn, so hoffen wir, Begeisterung und Muth unsere deutschen Brüder bald zum Siege führen, da ist es ferner unsere Pflicht, uns nicht berauschen zu lassen von dem Siegestaumel, der so leicht der Menschen Geister berückt, sondern eingedenk dessen zu sein, daß wir nicht nur Deutsche sind und nicht nur Deutschland freiheitlich einigen wollen, sondern daß unsere französischen Nachbarn, daß alle Völker der Erde unsere Brüder sind, mit denen gleiches Loos und gleiches Streben uns einen. Und wenn auch jetzt, von unserem Segen und unseren Wünschen begleitet, die deutschen Krieger hinausziehen müssen zum Kampf gegen die Söldnerschaaren des französischen Kaisers, so darf dennoch nie der Haß unser Herz erfüllen gegen die französischen Arbeiter, gegen die französische Nation! Mit ihnen gemeinsam haben wir dann, und, so hoffen wir, bald wieder die Fahne des Proletariats, die rothe Fahne vorantzutragen und — jede Gemeinschaft mit anderen Parteien weit von uns weisend — erneut den Kampf aufzunehmen für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus.

Trauernd senkt heute der Genius der internationalen Verbrüderung der arbeitenden Völker seine Fackel zur Erde; trauernd sehen wir von zwei Brudervölkern das Schwert gegen einander gezückt. Aber so gewiß wir nicht die leiseste Schuld tragen an diesem unseligen Kriege und so gewiß die Schuldigen die Strafe ereilen wird, so gewiß haben wir als Deutsche für Deutschland einzustehen und so gewiß haben wir — trotz aller Berechtigung, mit der wir die Gründung des einen deutschen Staates erhoffen — die ernste Pflicht, uns rein zu halten von jedem Uebermaß von Nationalgefühl und uns kräftig zu erhalten für den höheren, für den glorreicheren gemeinsamen Kampf aller

Unterdrückten der Erde. Ist in Napoleon unser gefährlichster Gegner besiegt, so wird das französische Volk freier aufathmen und dann haben auch wir die Machthaber in unserem Vaterlande daran zu erinnern, was dem Volke von Gottes und Rechts wegen gebührt und was zu fordern die unendlichen Opfer und Qualen des Krieges es doppelt und dreifach berechtigen. Dann sammelt das Proletariat in allen Ländern seine Krieger wieder unter seine Fahne, und wenn dann ein lustiger Trommelschlag ertönt, so wird es der unseres Jahrhunderts würdigere Trommelschlag sein der um ihre Befreiung aus den Banden der Säbelherrschaft und des Geldsacks ringenden Arbeiter.

Ist die Partei mit uns nicht einverstanden, so bitten wir, mit derselben Entschiedenheit gegen uns vorzugehen (Kontrollkommission), mit welcher wir diesem unserem Leitsterne folgen werden, der nach unserer Ueberzeugung allein das Schifflein der Partei durch alle Fährlichkeiten glücklich hindurchführen wird.

Parteigenossen! Haltet in schwerer Zeit wacker zusammen und vergeßt nicht die Pflicht gegen die Partei!

Es lebe Deutschland!

Es lebe der internationale Kampf des Proletariats!

Braunschweig-Wolfenbüttel, 24. Juli 1870.

Der Ausschuß.

---

## 15.

## Beschlüsse der Delegirten-Konferenz der Internationalen Arbeiter-Assoziation,

**abgehalten zu London vom 17. bis 23. September 1871.**

Aus dem „Volksstaat" 1871.

(Siehe Seite 435.)

### I. Zusammensetzung des Generalraths.

Die Konferenz ersucht den Generalrath, die Anzahl der Mitglieder, die er sich selbst beifügt, zu beschränken und vorzusehen, daß sie nicht zu ausschließlich einer und derselben Nationalität angehören.

### II. Benennungen der nationalen Räthe, lokalen Zweige, Sektionen, Gruppen und ihrer Komitees.

1. Gemäß Beschlusses des Baseler Kongresses, 1867, haben die Zentralräthe der Länder, wo die Internationale regelmäßig organisirt ist, sich in Zukunft zu bezeichnen als Föderalräthe oder Föderalkomitees, mit Beifügung der Namen ihrer

respektiven Länder. Die Bezeichnung Generalrath ist dem Zentralrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation vorbehalten.

2. Alle lokalen Zweige, Sektionen, Gruppen und deren Komitees sollen sich in Zukunft einfach und ausschließlich bezeichnen und konstituiren als Zweige ꝛc. ꝛc. der Internationalen Arbeiter-Assoziation, mit Beifügung der Namen ihrer bezüglichen Oertlichkeit.

3. Demgemäß ist es den Zweigen, Gruppen und deren Komitees von nun an untersagt, Sektennamen anzunehmen, z. B. die Namen Positivisten, Mutualisten, Kollektivisten, Kommunisten u. s. w., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter Bezeichnungen, wie: Propagandasektionen u. s. w., eine besondere von den gemeinsamen Zwecken der Assoziation verschiedene Mission sich zuschreiben.

4. Art. 1 und 2 finden jedoch keine Anwendung auf die mit der Internationalen verbündeten Gewerksgenossenschaften.

## III. Delegirte des Generalraths.

Alle vom Generalrath zu bestimmten Sendungen ernannte Delegirte haben das Recht, den Versammlungen der Föderalräthe oder Komitees, der Distrikt- und Lokalkomitees und Zweige beizuwohnen und daselbst gehört zu werden, ohne jedoch Stimmrecht zu haben.

## IV. Beitrag von einem Penny (Groschen) per Mitglied an den Generalrath.

1. Der Generalrath wird anheftbare Marken, wovon jede den Werth eines Penny vorstellt, drucken und in der verlangten Anzahl jährlich den Föderalräthen oder -Komitees zukommen lassen.

2. Die Föderalräthe oder -Komitees werden den Lokalkomitees und in deren Abwesenheit den lokalen Zweigen eine der Anzahl ihrer Mitglieder entsprechende Anzahl von Marken übermachen.

3. Diese Marken sind alsdann auf das Exemplar der Statuten anzuheften, welches jedes Mitglied zu besitzen gehalten ist.

4. Am 1. März jedes Jahres haben die Föderalräthe oder Komitees der verschiedenen Länder den Erlös aus den verkauften Marken dem Generalrath zu übermachen und zugleich die unverkauften Marken zurückzusenden.

5. Diese Marken, die den Werth der Einzelbeträge vorstellen, tragen das Datum des laufenden Jahres.

## V. Bildung weiblicher Sektionen.

Die Konferenz empfiehlt die Bildung weiblicher Zweiggesellschaften innerhalb der Arbeiterklasse. Dieser Beschluß richtet sich selbstredend nicht gegen die Zusammensetzung von Zweiggesellschaften aus Arbeitern und Arbeiterinnen.

## VI. Allgemeine Statistik der Arbeiterklasse.

1. Die Konferenz beauftragt den Generalrath, Art. 5 der Original-Statuten, soweit er sich auf eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse bezieht, in Kraft zu setzen, ebenso wie die Beschlüsse des Genfer Kongresses (1866) über denselben Gegenstand.

2. Jede lokale Gruppe ist verpflichtet zur Ernennung eines besonderen statistischen Komitees, damit sie stets, soweit ihre Mittel es gestatten, bereit sei, vom Föderalrath ihres Landes oder vom Generalrath gestellte Fragen zu beantworten. Die Konferenz empfiehlt allen Gruppen, den Sekretären der statistischen Komitees eine Vergütung zukommen zu lassen, in Anbetracht der allgemeinen Nützlichkeit ihres Werkes für die Arbeiterklasse.

3. Am 1. August jedes Jahres sollen die Föderalräthe oder -Komitees das in ihren bezüglichen Ländern gesammelte Material dem Generalrath übersenden. Letzterer wird dasselbe seinerseits zu einem allgemeinen Bericht verarbeiten, der den jährlich im September stattfindenden Kongressen oder Konferenzen vorzulegen ist.

4. Gewerksgenossenschaften und internationale Zweige, welche die verlangte Auskunft verweigern, sind dem Generalrath zur weiteren Beschlußnahme anzuzeigen.

## VII. Internationale Beziehungen der Gewerksgenossenschaften.

Die wachsende Tendenz der Gewerksgenossenschaften jedes Landes, sich mit den Genossenschaften desselben Gewerks in allen andern Ländern in Verbindung zu setzen, wird der Generalrath wie bisher unterstützen. Seine Wirksamkeit als internationaler Vermittler zwischen den nationalen Gewerksgenossenschaften hängt wesentlich von dem Beistand ab, den diese Gesellschaften selbst dem von der Internationalen unternommenen Werk einer allgemeinen Arbeiterstatistik angedeihen lassen.

Die Vorstände der Gewerksgenossenschaften aller Länder werden ersucht, den Generalrath über die Adressen ihrer bezüglichen Geschäftslokale unterrichtet zu halten.

## VIII. Ackerbauer.

1. Die Konferenz ersucht den Generalrath und die Föderalräthe und -Komitees, für den nächsten Kongreß Berichte vorzubereiten über die geeigneten Mittel zur Sicherung des Anschlusses der Ackerbauer an die Bewegung des industriellen Proletariats.

2. Inzwischen werden die Föderalräthe oder -Komitees ersucht, Delegirte in die ländlichen Distrikte zu schicken, um dort öffentliche Versammlungen abzuhalten, die Prinzipien der Internationalen zu verbreiten und ländliche Zweiggesellschaften zu stiften.

## IX. Politische Wirksamkeit der Arbeiterklasse.

In Erwägung,

Daß es im Eingang der Statuten heißt: „Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ist der große Endzweck, dem jede politische Bewegung unterzuordnen ist *als Mittel*“;

Daß die Inaugural-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1864) besagt: „Die Herren des Grund und Bodens und die Herren des Kapitals werden ihre politischen Vorrechte stets ausbeuten zur Vertheidigung und Verewigung ihrer ökonomischen Monopole. So weit davon entfernt, die politische Emanzipation der Arbeiter zu fördern, werden sie fortfahren, ihr jedes mögliche Hinderniß in den Weg zu legen. . . . Die Eroberung der politischen Macht ist daher zur großen Pflicht der Arbeiterklasse geworden“;

Daß der Kongreß von Lausanne (1867) erklärt hat: „Die soziale Emanzipation der Arbeiter ist untrennbar von ihrer politischen Emanzipation“;

Daß die Erklärung des Generalraths über das angebliche Komplott der französischen Internationalen am Vorabend des Plebiszits (1870) folgende Stelle enthält: „Nach dem Wortlaut unserer Statuten haben alle unsere Zweige in England, auf dem Kontinent und in Amerika unzweifelhaft die ausdrückliche Aufgabe, nicht nur Mittelpunkte für die streitbare Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, sondern in ihren bezüglichen Ländern ebenfalls jede politische Bewegung zu unterstützen, die zur Erreichung unseres Endziels dient — der ökonomischen Emanzipation der Arbeiterklasse“;

Daß falsche Uebersetzungen der Originalstatuten Mißdeutungen veranlaßt haben, die der Entwicklung und der Wirksamkeit der Internationalen Arbeiter-Assoziation schädlich waren;

In Anbetracht ferner:

Daß die Internationale einer zügellosen Reaktion gegenübersteht, welche jedes Emanzipationsstreben der Arbeiter schamlos niederdrückt und durch rohe Gewalt den Klassenunterschied und die darauf gegründete politische Herrschaft der besitzenden Klassen zu verewigen sucht;

Daß die Arbeiterklasse gegen diese Gesammtgewalt der besitzenden Klassen nur als Klasse handeln kann, indem sie sich selbst *als besondere politische Partei* konstituirt, im Gegensatz zu allen alten Parteibildungen der besitzenden Klassen;

Daß diese Konstituirung der Arbeiterklasse als politische Partei unerläßlich ist für den Triumph der sozialen Revolution und ihres Endziels: *Abschaffung der Klassen*;

Daß die Vereinigung der Einzelkräfte, welche die Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Punkt bereits durch ihre ökonomischen

Kämpfe hergestellt hat, auch als Hebel für ihren Kampf gegen die politische Gewalt ihrer Ausbeuter zu dienen hat; —

Aus diesen Gründen erinnert die Konferenz alle Mitglieder der Internationalen:

Daß in dem Kampfzustand der Arbeiterklasse ihre ökonomische Bewegung und ihre politische Bethätigung untrennbar verbunden sind.

### X. Allgemeiner Beschluß betreffend die Länder, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation durch die Regierungen verhindert wird.

In den Ländern, wo die regelmäßige Organisation der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Folge von Regierungseinmischung augenblicklich unausführbar ist, kann die Assoziation resp. ihre lokalen Gruppen sich unter irgend welchen anderen Benennungen rekonstituiren. Alle eigentlich sogenannten geheimen Gesellschaften sind und bleiben jedoch förmlich ausgeschlossen.

### XI. Beschlüsse über Frankreich.

1. Die Konferenz spricht ihre feste Ueberzeugung aus, daß alle Verfolgungen die Energie der Anhänger der Internationalen nur verdoppeln und daß die Zweige fortfahren werden, sich zu organisiren, wo nicht in großen Zentren, doch mindestens nach Werkstätten und Verbindungen von Werkstätten, die sich durch ihre Delegirten miteinander in Verbindung setzen.

2. Die Konferenz fordert daher alle Zweige auf, in der Verbreitung unserer Prinzipien in Frankreich unermüdlich fortzufahren und in ihr Land eine möglichst große Anzahl der Druckschriften und Statuten der Internationalen einzuführen.

### XII. Beschluß über England.

Der Generalrath wird die englischen Sektionen in London auffordern, ein Föderalkomitee für London zu bilden. Sobald dasselbe von den Zweigen in den Provinzen und von den verbündeten Gewerksgenossenschaften anerkannt sein wird, wird der Generalrath es als den Föderalrath für England bestätigen.

### XIII. Besondere Beschlüsse der Konferenz.

1. Die Konferenz billigt die Beifügung der Flüchtlinge der Kommune, welche der Generalrath in seinen Schooß aufgenommen hat.

2. Die Konferenz erklärt, daß die deutschen Arbeiter während des französisch-deutschen Krieges ihre Pflicht erfüllt haben.

3. Die Konferenz dankt den Mitgliedern der spanischen Föderation für die Vorlage ihrer Denkschrift über die Organisation der Internationalen, die einen abermaligen Beweis ihres Eifers für unser Gesammtwerk bietet.

4. Der Generalrath wird sofort eine förmliche Erklärung veröffentlichen des Inhalts, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation durchaus nichts zu schaffen hat mit der sogenannten Verschwörung des Netschajeff, der ihren Namen betrügerisch usurpirt und ausgebeutet hat.

## XIV. Instruktion für den Delegirten Outine.

Der Delegirte Outine wird ersucht, einen gedrängten Bericht über den Prozeß Netschajeff nach den russischen Quellen in der Genfer Egalité zu veröffentlichen. Dieser Bericht ist vor der Veröffentlichung dem Generalrath mitzutheilen.

## XV. Berufung des nächsten Kongresses.

Die Konferenz überläßt es der Entscheidung des Generalraths, je nach den Ereignissen die Zeit und den Ort des nächsten Kongresses oder der ihn etwa ersetzenden Konferenz, zu bestimmen.

## XVI. Alliance de la Démocratie Socialiste.*)

In Erwägung:

Daß die Alliance de la Démocratie Socialiste sich selbst für aufgelöst erklärt hat (siehe den Brief des Sekretärs der Alliance, N. Joukowsky, an den Generalrath, datirt 10. August 1871);

Daß die Konferenz in ihrer Sitzung vom 18. September (siehe Nr. II. dieses Zirkulars) beschlossen hat, daß alle bestehenden Organisationen der Internationalen, übereinstimmend mit dem Buchstaben und dem Geist der allgemeinen Statuten, sich fernerhin einfach und ausschließlich zu bezeichnen haben als Zweige, Sektionen, Föderationen u. s. w. der Internationalen Arbeiter-Assoziation, mit Zufügung des Namens ihrer bezüglichen Oertlichkeit;

Daß es demnach den bestehenden Zweigen und Gesellschaften fernerhin nicht gestattet ist, Sektennamen anzunehmen, wie z. B. Positivisten, Mutualisten, Kollektivisten, Kommunisten ꝛc., oder Sonderkörper zu bilden, welche unter dem Namen von Propagandasektionen u. s. w. eine besondere, von den gemeinsamen Zwecken der Internationalen verschiedene Mission sich zuschreiben;

Daß der Generalrath in Zukunft Art. V. der Baseler administrativen Kongreßbeschlüsse des Inhalts: „Der Generalrath hat das Recht, den Anschluß einer neuen Sektion oder Gruppe zuzulassen oder zu verweigern, vorbehaltlich des Appells an den nächsten Kongreß" — in diesem Sinne zu deuten und anzuwenden hat.

Erklärt die Konferenz die Frage der Alliance de la Démocratie Socialiste für erledigt.

*) Die Bakunin'sche „Allianz der Sozialdemokratie". (1894.)

## XVII. Spaltung in dem französisch sprechenden Theil der Schweiz.

1. Die verschiedenen Einwendungen des Föderalkomitees der Jura-Sektionen gegen die Kompetenz der Konferenz werden für unzulässig erklärt. (Vorstehendes ist nur ein Resumee des Art. 1 der in seinem Wortlaut in der Genfer „Egalité" abgedruckt ist.)

2. Die Konferenz billigt den Beschluß des Generalraths vom 29. Juni 1870.

Außerdem aber, in Anbetracht der Verfolgungen, denen die Internationale gegenwärtig ausgesetzt ist, ruft die Konferenz den Geist der Solidarität und der Einigkeit an, der jetzt mehr als je die Arbeiter durchdringen sollte. Sie ertheilt den braven Arbeitern der Jura-Sektionen den Rath, sich den Sektionen der romanischen Föderationen wieder anzuschließen. Falls diese Wiedervereinigung nicht thunlich, entscheidet sie, daß die Föderation der ausgetretenen Sektionen den Namen: Föderation des Jura (Fédération Jurassienne) annehmen wird. Sie kündigte ferner an, daß von nun an der Generalrath gehalten sein wird, öffentlich anzuklagen und zu verleugnen alle angeblichen Organe der Internationalen, welche, nach dem Vorgang des Progrès und der Solidarité, in ihren Spalten vor dem Bourgeois-Publikum Fragen besprechen sollten, die nur zur Debatte in den lokalen und föderalen Komitees, im Generalrath oder in den geschlossenen Verwaltungssitzungen der föderalen oder allgemeinen Kongresse geeignet sind.

### Anmerkung.

Die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Beschlüsse der Konferenz werden den Föderalräthen der verschiedenen Länder durch die korrespondirenden Sekretäre des Generalraths mitgetheilt werden.

Im Auftrag und Namen der Konferenz: der Generalrath:
R. Applegarth, M. T. Boon, Fred. Bradnick, G. H. Buttery, Delahaye, Eugène Dupont (abwesend als Emissär), William Hales, G. Harris, Hürlimann, Jules Johannard, Fred. Lessner, Lochner, Harriet Law, Charles Longuet, Constant Martin, Zévy Maurice, Henry Mayo, George Milner, Charles Murray, Pfänder, John Roach, Rühl, Sadler, Cowell Stepney, Alfred Taylor, W. Townshend, E. Vaillant, John Weston.

Korrespondirende Sekretäre:
Alfred Hermann für Belgien. — Th. Mottershead, für Dänemark. — Karl Marx, für Deutschland und Rußland. — A. Serraillier, für Frankreich. — Ch. Rochat, für Holland. — J. P. Mac Donnell, für Irland. — Friedrich Engels,

für Italien und Spanien. — Leo Frankel, für Oesterreich und Ungarn. — Walery Wroblewski, für Polen. — Hermann Jung, für die Schweiz. — J. G. Eccarius, für die Vereinigten Staaten. — C. Le Moussu, für die französischen Sektionen der Vereinigten Staaten.

F. Engels, Vorsitzender. — Hermann Jung, Schatzmeister.
John Hales, Generalsekretär.

256 High Holborn, W. C., London, 17. Oktober 1871.

Für Beglaubigung der Uebersetzung:

Der Sekretär für Deutschland:
Karl Marx.

---

## 16.

## Eine sozialdemokratische Arbeiterversammlung in Wien.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.

(Siehe Seite 436.)

Wien, 25. Juli.*)

In Zobel's Bierhalle fand heute Vormittags eine Volksversammlung der sozialdemokratischen Partei statt, zu der sich Tausende von Theilnehmern eingefunden. Gegenstand der Tagesordnung war: Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich. Herr Hartung, der die Versammlung eröffnete, wies darauf hin, daß die sozialdemokratische Bewegung sich in Deutschland schon früher Bahn gebrochen und ungeachtet der Zwistigkeiten in der Partei stetig an Ausdehnung gewonnen. Der bevorstehende Kongreß in Eisenach werde den bisher geübten Intriguen die Spitze abbrechen und eine einheitliche sozialdemokratische Partei schaffen. Redner theilt nun mit, daß Herr Wilhelm Liebknecht aus Leipzig in der Versammlung anwesend sei und über die Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland das Wort ergreifen werde. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung wählte hierauf Herrn Scheu zum Vorsitzenden, nachdem Hartung dieses Amt abgelehnt. Zum Schriftführer wurde Herr Dorsch bestimmt.

---

*) Da ein für das „Demokratische Wochenblatt" in Aussicht gestellter ausführlicher Bericht nicht geliefert wurde, so begnügte sich das „D. W." mit der Wiedergabe eines Berichts nach der „Neuen Frankfurter Zeitung". (1894)

Herr Liebknecht betritt als erster Redner die Tribüne, von stürmischen Hochrufen empfangen. „Arbeiter Wiens“ — begann er — „ich bin stolz auf Ihren Empfang und fühle mich glücklich in Ihrer Mitte; ich überbringe Ihnen den Gruß der deutschen Sozialdemokraten, die gleich mir mit Freude die österreichische Arbeiterbewegung verfolgen, die, seit $1^1/_2$ Jahren meteorgleich hier aufgestiegen, ihren Glanz nach Deutschland hinüberwirft!“ Redner beginnt nun mit der Entstehung der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland, mit dem Auftreten Lassalle's im Jahre 1863. Lassalle habe diese Bewegung nicht gemacht, sie war vor ihm in Frankreich, England und hatte auch unter den Arbeitern und Schriftstellern Deutschlands ihre Vertreter. Allein Lassalle gebührt das Verdienst, nach der Kontrerevolution, welche der 1848er Revolution folgte, die Initiative ergriffen zu haben. Er gründete den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. In dem Moment, als sich die Arbeiterbewegung zu entwickeln begann, starb Lassalle. Sein Tod hatte Zwiespalt in der Partei zur Folge.

Redner kommt nun auf die Gründung des Parteiorgans, des „Sozialdemokrat“ in Berlin, zu sprechen. „Der Gründer dieses Organs, Herr v. Schweitzer, wurde bald dem Programme untreu, nicht blos auf sozialem, sondern auch auf politischem Gebiete in schärfster Form die Grundsätze der Sozialdemokratie zu vertreten. Die preußische Regierung wollte die Arbeiterbewegung als Werkzeug für die Knechtung des Staats benutzen und der „Sozialdemokrat“ brachte Artikel im Sinne Bismarck's, anstatt, wie es die Parteigenossen verlangten, entschieden vorzugehen gegen die annexionistische, antinationale und antidemokratische Politik Bismarck's. Herr v. Schweitzer hatte sein Ehrenwort gebrochen. In Folge dessen traten Marx, Engels, Herwegh und ich von der Redaktion zurück; die Einigkeit der Partei war ungeachtet aller unserer Bemühungen, sie aufrecht zu erhalten, durch Schweitzer zerstört.“ Redner erzählt nun von seinen Kämpfen gegen Schweitzer, bei welchen dieser sich des Schutzes der preußischen Polizei zu erfreuen hatte. Er referirte über seine Verbindung mit Bebel, dem Präsidenten des Verbandes deutscher Arbeitervereine, und über einen weiteren Vereinigungsversuch mit Herrn v. Schweitzer. „Schweitzer hat im Frühjahr 1868 versprochen, auf der Generalversammlung seines Vereins das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation zur Annahme vorzulegen, was er jedoch nicht that. Als aber auf dem Vereinstage des Bebel'schen Verbandes zu Nürnberg das internationale Programm angenommen war und fast gleichzeitig die polizeiliche Auflösung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins erfolgte,*) so daß nun kein Hinderniß

*) Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein hatte bis zum Jahre 1868 seinen Sitz in Leipzig und 1865 war Tölke auf der

der Einigung mehr bestand, da erneuerte Herr v. Schweitzer im „Sozialdemokrat“ seine Angriffe auf uns und das Nürnberger Programm; und wir mußten neuerdings, wenn auch mit großem Widerstreben, den Kampf mit Herrn v. Schweitzer aufnehmen. Ich sage mit Widerstreben, denn dieser Kampf mußte schlimme Leidenschaften erwecken. Das war aber gerade die Absicht Schweitzer's. Aehnlich wie Bismarck Preußen in den Krieg von 1866 riß, um die innere freiheitliche Bewegung im Lande zu unterdrücken, so hetzte Schweitzer seine Anhänger in den Kampf gegen uns, um die entstehende Reformbewegung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu ersticken.

„Ich erwähnte eben des schmachvollen Bruderkrieges zwischen Oesterreich und Preußen. Das gesammte preußische Volk protestirte laut gegen diesen Krieg. Allein kraft der Schulregulative, nach welchen in Preußen jedes Kind vom sechsten Jahre an zum königlich preußischen Unterthan dressirt, und kraft der Militärverfassung, durch welche fast die Hälfte der männlichen Bevölkerung zu willenlosen Maschinenmenschen herangedrillt wird, gelang es Bismarck, das preußische Volk auf die Schlachtfelder Böhmens zu ziehen. Und als das preußische Volk Pulver gerochen hatte, vergaß es seinen Protest. Das ist ja der Fluch des Krieges, daß er „die Bestie im Menschen“ entfesselt. Im Kampfe erwachte die Leidenschaft, sie gewann die Oberhand über den Verstand. Preußen wurde hierfür schwer gestraft. Aus den blutgetränkten Feldern Sadowas erwuchs für Oesterreich Freiheit, für Preußen Armuth, Knechtschaft, Schmach nach Innen und Außen!“ (Unruhe im Hintergrunde des Saales. Eine Stimme: Es sind ein paar Herren da, die die Rede nicht anhören können! Stürmische Rufe: Hinaus mit ihnen!)

Vorsitzender: Wenn diese Herren die Rede nicht anhören könnten, so würden sie sich ja von selbst entfernen müssen; da sie aber hier bleiben, ist dies der beste Beweis, daß sie die Rede anhören können. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Arbeiter Wiens! Man hat mir erzählt, daß es in Wien Leute gebe, die für Bismarck's Politik schwärmen. Ich hielt dies für ein Märchen. Sollte es keines sein? (Bravo.) So wie sich in diesem Kriege Bruderstämme in Haß zerfleischten, so erregte auch der Kampf mit Schweitzer unter den Arbeitern Leidenschaft, Haß, böses Blut und erschwerte die Einigung der Partei. Im März d. J. fand die Generalversammlung des

---

Frankfurter Generalversammlung zum Präsidenten erwählt worden: die Leipziger Polizeibehörde weigerte sich aber, ihn als solchen anzu erkennen, und löste im September 1868 den Verein auf. Am 10. Oktober 1868 gründete v. Schweitzer einen neuen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein mit dem Sitz in Berlin. (1894.)

Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Elberfeld statt. Ich erklärte, ich werde dort mit Bebel erscheinen und beweisen, daß Schweitzer die Spaltung in der Partei hervorgerufen, daß er *für* Bismarck arbeite. Wir hielten unser Wort, begründeten unsere Anklage und Schweitzer war feige genug, auszuweichen. Zum Bruch innerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins kam es damals noch nicht. Schweitzer vereinigte sich bald darauf mit der Gräfin Hatzfeldt, um jede Reform des Vereins illusorisch zu machen. Das alte Vereinsstatut, welches er wiederherstellte, gab ihm eine diktatorische Gewalt, — eine solche Organisation ist nicht zu bessern, sie mußte zerstört werden. Alles, was Verstand, gepaart mit Ehrlichkeit, besaß, trat aus dem Verein aus; dieser zählt nur wenige Mitglieder mehr, und Herr Schweitzer unterließ es, anzugeben, mit wie viel Stimmen er in der letzten Versammlung gewählt wurde. Die gegenwärtige Stärke der *organisirten* sozialdemokratischen Partei ist ungefähr: Der Verband der deutschen Arbeitervereine zählt 10,000—12,000 Mitglieder, 5000 bis 6000 Mitglieder sind aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausgetreten; in der Schweiz haben sich uns 2000 angeschlossen und die Arbeiter Wiens, Oesterreichs halten ebenfalls zu uns. (Allseitige Zustimmung.) Die Arbeiter aller Länder führen einen gemeinsamen Kampf; doch ein Schlag, der die Arbeiter Amerikas, Belgiens, Frankreichs trifft, berührt die Arbeiter Oesterreichs nicht so hart wie der Schlag, der die Arbeiter Deutschlands trifft. Denn die Arbeiter Oesterreichs gehören zum deutschen Arbeiterverbande. *Die jetzige Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland ist nur eine provisorische, vorübergehende. Oesterreich muß wieder zu Deutschland zurückkehren, aber nicht zu dem Deutschland Bismarck's, sondern zu einem freien, auf demokratischer Grundlage geeinten. Die Einheit kann nur im freien Deutschland erstehen, ein geeinigtes freies Deutschland heißt der Sturz Bismarck's und seiner Politik.* Mit den österreichischen Arbeitern stehen wir nicht im internationalen, sondern gewissermaßen im nationalen Verhältniß; wir können uns nicht organisiren ohne sie. Die Gesetze verbieten den direkten Anschluß an die Internationale Arbeiter-Assoziation. Allein, um Ideen Eingang zu verschaffen, bedarf es keiner Organisation, welche die rohe Hand der Polizei greifen kann. Ideen sind zollfrei." (Bravo.) Redner theilt nun mit, daß am 6. Juli in Braunschweig der Beschluß gefaßt wurde, für Anfang August den Kongreß nach *Eisenach* einzuberufen, dessen Hauptaufgabe darin bestehen soll, eine Organisation für die gesammte sozialdemokratische Partei Deutschlands festzusetzen. *Er lade hiermit die österreichischen Arbeiter ein und hoffe, daß sie Delegirte zum Kongreß entsenden werden.*

Der Polizeikommissär macht aufmerksam, daß dies bereits die Tagesordnung überschreite.

Liebknecht: Ich werde soeben aufmerksam gemacht, daß dies nicht zur Tagesordnung gehöre, ich muß mich daher beschränken, Ihnen den Beschluß mitzutheilen und meinen Auftrag, Sie einzuladen. — Man wird am Kongresse die Vereinigung zu hintertreiben suchen. Herr v. Schweitzer schickt Delegirte hin, um Störungen zu verursachen. Gut! Wir werden uns nicht beirren lassen. Wir gehen unseren eigenen Weg. Wer nicht mit uns gehen will, der esse mit Schweitzer die Brosamen vom Tische des preußischen Hofes und drücke die Hand des Bruders des Königs von Preußen!*) (Heiterkeit.) Uebrigens glaube ich gar nicht, daß Herr v. Schweitzer die eigentliche Absicht hat, uns zu überrumpeln, sonst würde er es nicht vier Wochen vorher sagen; er kennt die preußische Polizei genau, besser als ein Demokrat sie kennen soll, und er glaubt, die Polizei sei überall so wie in Preußen, wo sie unbeschadet des bestehenden Vereinsrechts bei voraussichtlichen Ruhestörungen eine Versammlung verbieten kann. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß er durch die angedrohten Ruhestörungen das Verbot des Kongresses erwirken will. Allein hier macht Herr v. Schweitzer die Rechnung ohne den Wirth. In dem kleinen Thüringen da herrschen ganz eigenthümliche Zustände. Dort giebt es gar kein Vereinsgesetz. Man versammelt sich eben wie man will! (Große Heiterkeit.) Das Volk ist dabei glücklich und es kommen keine Ruhestörungen vor, während in den bestpolizirten Staaten, wie ich gehört habe, Ruhestörungen, selbst sehr blutiger Art, vorkommen sollen. „Die Einigung der Partei wird stattfinden, ruft Redner zum Schluß aus. Denn wo der Wille ist, findet sich auch der Weg." (Die Versammlung bringt stürmische Hochrufe auf den Redner aus.) [illegible] bemerkt mit Rücksicht auf die frühere [illegible] des Saales, daß keine Bismärcker [illegible] waren einige aber hier bleiben, ist dies hören können. (Heiterkeit.)

Liebknecht: Arbeiter Wiens! Man hat mir [illegible]che Leute. es in Wien Leute gebe, die für Bismarck's Politik sch[illegible] Ich hielt dies für ein Märchen. Sollte es keines sein? (Bra[illegible]m So wie sich in diesem Kriege Bruderstämme in Haß zerfleischten, so erregte auch der Kampf mit Schweitzer unter den Arbeitern Leidenschaft, Haß, böses Blut und erschwerte die Einigung der Partei. Im März d. J. fand die Generalversammlung des

*) Frankfurter Generalversammlung zum Präsidenten erwählt worden; die Leipziger Polizeibehörde weigerte sich aber, ihn als solchen anzuerkennen, und löste im September 1868 den Verein auf. Am 10. Oktober 1868 gründete v. Schweitzer einen neuen Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein mit dem Sitz in Berlin. (1894.)

Digitized by Google

kämpfen, ihn von uns zu stoßen, denn er ist ein Bundesgenosse im Kampfe gegen die Bourgeoisie wie gegen das Junkerthum und er ist der Ueberzeugung, daß die politische Freiheitsfrage ohne die soziale Frage nicht gelöst werden kann.

Mühlwasser aus Brünn schildert den Verlauf der dortigen Arbeiterbewegung und der daselbst stattgehabten Exzesse, an denen die deutsche Arbeiterbevölkerung gänzlich unbetheiligt gewesen sei.

Auf eine Anfrage Tauscher's, ob es in Deutschland eine Arbeiterpartei Schulze-Delitzsch gebe, erwidert Liebknecht, daß eine solche nur noch in kleinen Ueberresten vorhanden sei, und daß man am besten den Gegensatz zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle begraben sein lasse. „Die Partei, die uns gefährlich ist, sagt der Redner, verlangt, daß wir mit der preußischen Regierung gehen, daß wir auf Bismarck'sche Staatshilfe bauen. Man hat in Preußen das allgemeine Stimmrecht eingerichtet als eine Waffe des Absolutismus, das Volk steht mit gebundenen Händen und kann keinen Gebrauch davon machen.*) Das freie Wort ist in den Versammlungen verpönt, an eine freie Ausübung des Wahlrechts nicht zu denken. Man redet den Arbeitern vor, sie könnten durch das allgemeine Stimmrecht nach und nach die Majorität im Reichstage erlangen. Dies ist eine Täuschung. Die wenigen in Preußen gewählten Arbeiterführer haben ihre Wahl lediglich der Duldung oder gar Unterstützung der Regierung zu verdanken. In Preußen herrscht ein systematischer Absolutismus. Davon haben Sie in Oesterreich keinen Begriff. Ihr Absolutismus war**) seit Menschengedenken etwa wie der eines türkischen Paschas, ein Absolutismus mit Bummelei. (Heiterkeit.) In Preußen herrscht ein intelligenter Absolutismus, und dieser ist gefährlicher als der unintelligente. Das hat schon Heinrich Heine vor vierzig Jahren auseinandergesetzt. Preußen hat die Fürsten der kleinen Staaten in den Bundeskäfig eingebündelt, die anderen sollen warten, bis die preußische Riesenschlange den gewaltigen Bissen des Jahres 1866 verdaut hat. Wir sollen kämpfen gegen die „kleinen Zwetschenfürsten", damit Bismarck sie bequem „einverleiben" könne; wir sollen arbeiten „pour le roi de Prusse", das wollen Herr v. Schweitzer und Genossen. Der Hauptfeind ist das Bismarck'sche Preußen, die Zitadelle der Knechtschaft ist Berlin.***) Dort muß die Hauptschlacht geschlagen werden für die Befreiung Deutschlands. (Lebhafter Beifall.) Bismarck sucht des-

*) Das allgemeine Stimmrecht hat sich stärker gezeigt als Bismarck. (1894.)

**) Jetzt müßte es wieder heißen: ist. Damals war gerade „liberale Aera", die natürlich nicht lange dauerte. (1894.)

***) Seitdem ist Berlin die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie geworden. (1894.)

halb die Arbeiter mit Versprechungen zu ködern, sie aus Feinden in Werkzeuge zu verwandeln.

„Hier in Oesterreich ist die Stellung der Arbeiter zur Regierung eine ganz verschiedene, ganz eigenthümliche. Bis zu einem gewissen Punkte haben die Arbeiter hier ein gemeinsames Interesse mit der Regierung — nämlich so weit diese das Pfaffenthum und den Adel bekämpft. Letzteres hat sie allerdings bisher in sehr schwächlicher Weise gethan. Allein immerhin ist viel geschehen. Oesterreich steht inmitten einer Revolution. Daß Sie sich z. B. hier versammeln dürfen, verdanken Sie, ich sage nicht dieser Regierung, sondern den Umständen, die diese Regierung ans Ruder gebracht — der Niederlage von 1866. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie unklug und um jeden Preis ankämpfen gegen diese Regierung, so kämpfen Sie für die Ultramontanen und Feudalen. Die Arbeiter haben ihre Stellung zu dem Bürgerministerium richtiger begriffen als das Bürgerministerium selbst. Die Arbeiter wollen die Reformen dieses Ministeriums nicht erschüttern, aber sie verlangen freieren Flügelschlag für die sozialistische Bewegung. Unbegreiflich! Das Bürgerministerium konfiszirt Arbeiterzeitungen, verhaftet, chikanirt und verfolgt die Arbeiter. Dies erinnert mich an die Geschichte von dem Bauer, der auf dem Aste eines Baumes saß und denselben am Stamme durchsägte. Als er es vollbracht, da lag der Bauer unten und hatte den Hals gebrochen. Begreift denn dieses Ministerium nicht, daß die Arbeiter seine festeste Stütze sind? Begreift es nicht, daß ohne die Arbeiter keine freiheitliche Bewegung in Oesterreich denkbar ist? Was hat das Bürgerthum bisher gethan, um sein Bürgerministerium zu stützen? Nichts. Wer ist, um nur eines Beispiels zu erwähnen, für das Ministerium eingetreten in der Sache gegen den Bischof von Linz? Nur die Arbeiter! Das Bürgerministerium kann die Arbeiter nicht entbehren; aber die Arbeiter können die Herren Bürgerminister entbehren." (Lebhaftes Bravo.)

Nimtzick (Obmann des Preßburger Arbeiterbildungsvereins) spricht über die soziale Bewegung in Ungarn und schildert die Zustände der dortigen Arbeiter als sehr bedauerlich, da in Ungarn nicht einmal ein Vereinsgesetz existire. Er berichtet sodann über den „ungnädigen" Empfang, der einer Arbeiterdeputation bei dem Minister des Innern, Baron Wenckheim, zu Theil wurde. Seine wahrhaft skandalösen Mittheilungen riefen einen lebhaften Unwillen in der Versammlung hervor. Redner erklärt namens der Preßburger Arbeiter den Anschluß an die sozialdemokratische Partei und ermächtigt die Wiener Arbeiter, durch ihre Delegirten auf dem Kongreß in Eisenach auch die Interessen der ungarischen Arbeiter zu vertreten.

Hartung sagt, das liberale Bürgerministerium befindet sich auf einem gewaltigen Irrwege, weil es die Nothwendigkeit der Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes nicht anerkenne; er zitirt die Aeußerungen der Staatsanwaltschaft in dem letzten Arbeiterprozeß (Brüßhaver-Most) als einen Ausfluß der Anschauungen der Regierung. Die Arbeiter dagegen haben die Regierung in allen freiheitlichen Fragen stets unterstützt und wünschen nur, daß die Regierung auch ihrerseits die Ideen der Arbeiter fördere, statt sie unnütz zu bekämpfen. (Bravo!)

Berka spricht gegen die Spaltung nach Nationalitäten, ebenso Mühlwasser; dieser erklärt, daß die Kluft zwischen Czechen und Deutschen nicht so tief sei als man denke, daß sie zum großen Theile erkünstelt sei.

Zum Schluß nimmt Liebknecht noch einmal das Wort. Er weist auf die Schweiz und Amerika hin, wo die Freiheit den Nationalitätenhader getödtet oder unmöglich gemacht. Ein österreichischer Minister habe dies ganz richtig erkannt, indem er sagte, er wolle Bismarck ein Paroli bieten, indem er aus Oesterreich eine monarchische Eidgenossenschaft machen wolle. „Aber ich kenne nur eine Eidgenossenschaft und die hat keinen Kaiser. Ob eine Eidgenossenschaft mit einem Kaiser an der Spitze herzustellen sei — die Lösung dieses Problems muß ich dem Scharfsinn des Herrn v. Beust überlassen.“ Wie früher der Absolutismus, so sei auch jetzt der Liberalismus in Oesterreich ohne System, sonst wären die Quälereien und Chikanen unmöglich. „Oesterreich muß vorangehen auf dem Wege der Freiheit. Jeder Fehltritt stürzt es in den Abgrund. „Freiheit oder Tod!“ schrieben die Kämpfer der französischen Republik auf ihre Säbel. Freiheit oder Tod! ist die Devise, die diesem schönen Oesterreich durch die Nothwendigkeit aufgezwungen ward.“ Redner betont sodann, daß eine Lösung der Arbeiterfrage auf reformatorischem Wege, Hand in Hand mit der Bourgeoisie, an sich keine Unmöglichkeit wäre, wenn die Besitzer der Macht freiwillig auf das vortheilbringende Unrecht verzichten würden. Das sei jedoch nicht zu erhoffen. Noch nie habe eine Klasse, ein Stand frei- und gutwillig auf Privilegien verzichtet. Recht deutlich habe sich dies neuerdings in Amerika beim Kampf zur Abschaffung der Sklaverei gezeigt. Redner weist sodann auf die Arbeiterverfolgungen in Belgien, England, Frankreich, Genf und in neuester Zeit in Brünn hin, ein Beweis, daß die Klassenherrschaft unter was immer für einer Staatsform stets die Arbeit unterdrückt. Dadurch dürfe man sich aber nicht zu dem Irrthum verleiten lassen, die politische Bewegung sei für die Arbeiter gleichgiltig. Die politische und die soziale Frage lasse sich nicht trennen. „Wer gegen die Klassenherrschaft kämpft, muß kämpfen für die Freiheit; nur im freien

Staat, nur im Freistaat ist die freie Gesellschaft möglich." (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende erklärt, er hoffe, Herr Liebknecht werde von hier das Bewußtsein mitnehmen, daß Wien ein Boden für die sozialdemokratische Partei sei. Er bedauert, daß die letzte Nummer der „Volksstimme" durch behördliche Konfiskation den Arbeitern entzogen worden sei, und theilt eine Anzahl Begrüßungstelegramme mit, worauf die Versammlung unter Hochrufen auf Liebknecht auseinandergeht.

## 17.

# Manifest

### an die landwirthschaftliche Bevölkerung.

Aus dem „Vorbote" 1869.

(Siehe Seite 473.)

Feldarbeiter!

Es giebt wohl keinen Arbeiterstand, der unmittelbarer und härter als der Eurige den Druck der Kapitalherrschaft empfinden und durch die tagtägliche Erfahrung zum Bewußtsein kommen muß, daß er den Segen, den er pflanzt, nicht genießen darf, daß ihm der Ertrag seines Fleißes am Munde vorbeigeht und er im Schweiße seines Angesichts ein nothdürftiges Leben als höchsten Lohn verdienen soll, kurz, daß ihm für das Wohl des Leibes zu wenig und für die Stärkung und Hebung des Geistes gar nichts geboten ist. Und dennoch ertragt Ihr in Geduld und stummer Hingebung das Joch, als wenn Ihr nur zum Erdulden und Entbehren auf die Welt gekommen wäret. Ob Ihr als Kleinbesitzer und „eigene Herren" Eure Taglöhner selbst, oder ob Ihr als völlig Enterbte die Tagelöhner anderer Herren seid, so seid Ihr immerhin alle zusammen durch die Arbeit nicht belohnt, sondern mit der Arbeit gleich gestraft, seid die Lastthiere des großen Grundbesitzes und des Kapitals und weniger geschätzt und gepflegt als deren Nutzvieh in Weide und Stall. Aber Ihr Kleinbesitzer lebt fast alle noch in dem beseligenden Wahne, nicht nur Eure Feldstückchen für Euch und Eure Familien auf ewige Zeiten erhalten, sondern sie auch noch vermehren zu können — weil dies zuweilen einem unter Tausenden von Euch bis jetzt noch gelingt. Da geht's wie in einer Armee, wo, wie man sagt, jeder Soldat den Marschallsstab in seinem Tornister trägt, wo aber unter drei Millionen Soldaten, die im Verlaufe von 30 Jahren dem Trugbilde, theils auf den Schlachtfeldern verblutend nachjagen, nur einige durch Fähigkeiten, Bravour und Schicksalsgunst so glücklich sind, den Stab in die Hand zu nehmen. Weil Euch noch die Eigenthumssucht und die

Luſt, ein Bischen den Herrn zu ſpielen, verblendet, ſo habt Ihr keinen Wahrnehmungsſinn für die allmälige Hinabdrückung des Mittelſtandes in die Tiefe des Elends. Ihr ſeht aber auch das Gras nicht wachſen, und es wächſt doch; Ihr ſeht auch nicht die Erde ſich bewegen, und ſie bewegt ſich doch! — Jenen, die ſchon hinabgedrückt ſind, wird wohl durch bittere Erfahrung die Erbarmungsloſigkeit der Kapitalmacht zum Bewußtſein gekommen ſein, und ſie werden ſich gewiß bald herbeifinden, das Ungethüm — den Lindwurm — der modernen Zeit überwältigen zu helfen; aber Euch, die Ihr noch gläubig ſeid, vor demſelben auf den Knieen liegt und auf Gnade hofft, wollen wir, Eure Heilung von falſchem Wahne verſuchend, folgende Thatſachen vor Augen führen:

In dem, ſeines bäuerlichen Wohl- und Mittelſtandes noch vor 20 Jahren ſo glücklich geprieſenen alten Theile des Kantons Bern (350 000 Köpfe zählend) fanden laut amtlichen Urkunden im Verlaufe von 4 Jahren in ſteigender Zunahme 8390 Gantverſteigerungen ſtatt und zwar im Jahre 1864 1230, 1865 1830, 1866 2139 und 1867 3141. Im Jahre 1857 zählte man dort 735 Geldstage (Bankerotte), welchen ſich das Jahr 1867 allein mit 1341, alſo faſt der doppelten Anzahl, an die Seite ſtellt. — In dieſen 11 Jahren zuſammen war die Zahl der Geldstage auf 7789 angeſchwollen, und hat das Jahr 1869 allein noch weitere 3991 hinzugeliefert. Ja, im Laufe dieſes Jahres ergaben ſich bis zum 13. November ſchon 4935 Geldstage, die ohne Zweifel am Jahresende die Zahl von 6000 erreichen werden. Man begegnet alſo in dieſem geſegneten Ländchen beim Verfalle der Privathaushaltungen nicht einer arithmetiſchen ſondern geometriſchen Progreſſion. Zählte doch dieſer jüngſt noch ſo „wohlhäbig“ geſchätzte Kantonstheil 1868 die erſchreckliche Menge von 36 000 vergeldstagten „ehrlos und mundtodt“ gemachten Landesangehörigen, meiſtens Familienväter. Wer vermag dort gar noch diejenigen zu zählen, welche im gleichen Zeitraume, ohne das Geräuſch der Geldtags-Austrommlungen und -Austrompetungen, in aller Stille und noch „ehrlich“ aus ihrem Heimweſen in die Miethswohnungen der Taglöhnerei getrieben wurden? Und all' dieſes geſchah in einer Zeit, wo die Herren Matadoren des Ländchens Banken auf Banken gründeten, dem bäuerlichen und gewerblichen Mittelſtande vorgeblich Betriebskapital zu verſchaffen, in Wahrheit aber nur, um ſich ſelbſt zu bereichern.

In Frankreich iſt der Werth des Ackerlandes auf 48 Milliarden (48 000 Millionen) Franks geſchätzt, hierauf laſteten 1867 für 12 Milliarden Hypothekarſchulden, und iſt demnach dort der vierte Theil des Bodens nur dem Namen nach Eigenthum derjenigen, die ihn im Eigenthumsſtolz mühevoll bepflanzen, dabei oft kaum 2 pCt. frei aus dem Boden rackern, dagegen aber dem auf

zarten Polster ruhenden Hypothekargläubiger 5 pCt. und noch mehr verabreichen müssen. Wenn nun Herr Hubert Delisle 1867 im Senate ausrief: „Der Augenblick ist gekommen, wo sich in Frankreich das Kapital dem Boden, dem das Geld ursprünglich entquillt, zuwendet. Ja, in der Gironde hat man ganz kürzlich für 12 Millionen Grundeigenthum angekauft, und tragen alle Erwerber die Namen großer Finanzmänner. Es sind so viele Millionen als Eigenthümer", so beweist dies, daß selbst in Frankreich, wo bisher der Besitz und Erwerb eines Stückchen Feldes zur tiefgreifendsten Religion des Landvolks gehörte, ebenfalls der Enteignungs- und Enterbungsprozeß im Großen vor sich geht, einen Theil der Landbevölkerung zur einfachen Taglöhnerei verdammt und den andern zur Vermehrung des industriellen Proletariats in das Elend der Städte treibt. Uebrigens liegt aus Frankreich auch der authentische Beweis vor, daß dort seit 20 Jahren die Lebensmittel zwar um 20—50 pCt. gestiegen sind, während jedoch der Produzent, also der Bauer, kaum mehr als früher für sein Produkt erhält, und daß demnach die bedeutende Differenz in die Tasche der Spekulanten und Großproduzenten fließt, welche letzteren im kapitalistischen Machtbunde stehen und ebenfalls Spekulanten sind.

In England, wo die Leibeigenschaft schon gegen das Ende des 14. Jahrhunderts thatsächlich aufhörte und im 15. Jahrhundert die große Mehrzahl der Bevölkerung aus freien, selbst wirthschaftenden Bauern bestand, ja, wo (laut Macaulay) am Ende des 17. Jahrhunderts die bäuerliche Bevölkerung $^4/_5$ der Totalbevölkerung Englands betrug, machte seither, nebst willkürlichen Aneignungen, der kapitalistische Enteignungs- und Enterbungsprozeß so erstaunliche Fortschritte, daß ganze Dorfschaften bis auf die letzten Spuren verschwanden und heute Englands Grund und Boden zum größten Theile einigen hundert Familien angehört. Im Jahre 1770 gab es in England, Schottland und Irland noch 250 000 Grundeigenthümer, während es heute kaum 30 000 giebt, wovon 9000 auf Irland kommen. In Schottland ist der vierte Theil alles Grund und Bodens im Besitz von fünf Leuten. Wurden doch, als sich bei der aufblühenden Wollenzeug-Industrie die Wollproduktion günstiger als die des Getreides erwies, in der Grafschaft Sutherland von 1814 bis 1820 von 794 000 Acker Landes 15 000 Bauern unter den nichtigsten Gründen erbarmungslos vertrieben, um einer Heerde von 130 000 Schafen Platz zu machen. Die dem Unterhause (20. Juli 1864) vorgelegten Einkommen- und Eigenthum-Steuerlisten zeigen, daß ungefähr 3000 Personen ein Jahreseinkommen von 25 Millionen Pfd. St. (625 000 000 Franks) unter sich theilen, was mehr als das Totaleinkommen der Gesammt-Ackerbau-Bevölkerung von England und Wales ausmacht.

Von 1851 bis 1861 ist die Konzentration des Grundeigenthums in England um 11 pCt. gewachsen.

In einer Volksversammlung am 13. Oktober d. J. zu London, wo man eine Feldarbeiter-Liga gründete, förderte ein Redner folgende merkwürdige Thatsache zu Tage: Die Landaristokratie in England zählt 5000 Mitglieder, und haben dieselben zwei Milliarden und siebenhundertfünfzig Millionen Jahreseinkünfte, was eine Durchschnitts-Jahresrente von fünfhundertfünfzigtausend Franks für jeden dieser 5000 Grundbesitzer ausmacht. Ihr wisset nun, wo die großen Diebe zu suchen und wie sie nie so groß in den Zuchthäusern zu finden sind.

Die gleichen Ursachen, die auf dem Inselland solch' großes Wunder vollbracht, haben nun, wie wir oben gezeigt, längst begonnen, auch auf dem Kontinent und allerwärts dieselben Wirkungen zu äußern. Würde es nun der Raum gestatten, so könnten wir eine Masse ähnlicher Erscheinungen aus Deutschland vorführen. Doch die sich deutlich entwickelnden ökonomischen Zustände Englands können allen übrigen Kulturvölkern als treues Spiegelbild ihrer Zukunft dienen.

Gestützt auf die dortigen Erfahrungen gilt es, dafür zu sorgen, damit die land- und gewerbwirthschaftliche Bevölkerung des Kontinents nicht wie des Inselandes unbewußt und willenlos den äußersten Wirkungen des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, als wären diese unabänderliche Schickungen des „Himmels", preisgegeben werde, sondern daß sie die Enteignung und Enterbung schon vorher mit dem Bewußtsein und Willen aufnimmt, noch rechtzeitig, d. h. ehe die ungeheuerlichsten Zustände über sie eingebrochen sind, zu sozialstaatlichen Einrichtungen zu schreiten.

An den Mittelstand tritt eben die Frage heran, ob er im Gottvertrauensdusel Alles über sich ergehen, sich zum Vortheile Weniger expropriiren und von Haus und Hof ans Hungertuch treiben lassen will, oder ob er mit besserem Wissen und Gewissen zum Wohle Aller sich freiwillig enteignen und durch gemeinschaftlichen Besitz und gemeinsame Bewirthschaftung den Wahlspruch: „Einer für Alle und Alle für Einen" zur Wahrheit machen helfen will? — ehe ihn die Gewalt der Umstände und das verfluchte Elend dazu zwingt.

Aber nicht blos das Großkapital an und für sich ist es, sondern auch die durch die Wissenschaft und Technik — Pflanzenkunde, Chemie und Maschinerie — errungenen Mittel, die in großer Bewirthschaftung angewendet, sind es, was alle Konkurrenzfähigkeit der Kleinbewirthschaftung unerbittlich vernichtet. Die große Bewirthschaftung ersetzt die theure Menschenkraft durch billigere Thier- und Dampfkraft und die Menschenglieder durch die der

Maschinen (verminderten sich doch in England vom Jahre 1851 bis 1861 die im Ackerbau beschäftigten Personen um 88 147, und zwar trotzdem, daß inzwischen mehrere 100 000 Morgen, meist brach gelegene Gemeindegüter dem Privatbesitz und Privatbetrieb anheim gefallen waren); sie vereinigt mit sich zweckentsprechende Industrien, wie Alkoholbrennereien, Bierbrauereien, Essigsiedereien, Stärkemehlfabriken u. s. w., sie gewinnt hierdurch billiges Abfallfutter zu vergrößertem Viehstand und somit weiter vermehrte Düngererzeugung; sie führt systematische Ent- und Bewässerungen durch und nimmt rationellere und zweckgemäßere wechselwirthschaftende Besäumung und Bepflanzung vor; sie verliert nicht kostbare Zeit und verzehrt nicht werthvolle Kraft durch die vielen Hin- und Hergänge und Fahrten von den Wohnungen zu den Grundstücken in den verschiedenen entgegengesetzten Richtungen; sie giebt den Boden unzähliger Furchen, Einzäunungen, Fuß- und Fahrwege, welchen die Parzellenbewirthschaftung wegnimmt, der Bebauung zurück; sie bedient sich, ihrer Massenproduktion wegen, mit größerem Vortheil der modernen Verkehrswege; sie hat, weil in ihrer Stellung die Kapitalmacht mitvertretend, auch die Mitherrschaft auf dem Markte der Feldprodukte; und schließlich, sie produzirt billiger, besser und mehr. Aber eben, weil sie billiger, besser und mehr produzirt, so hat erstens der Boden für sie auch mehr Werth und wird sie ihn, mag er durch Vergeldstagungen, Sterbefälle, Auswanderungen oder andern Ursachen zum Verkaufe kommen, ringsumher mehr und mehr sich einverleiben, zweitens liegt sie im Interesse der Gesammtgesellschaft und wird sie zur unabweislichen Nothwendigkeit allgemeiner Wohlfahrt.

Die kleinbäuerliche Bewirthschaftung ist deshalb durch die Allmacht des Kapitals, durch den Einfluß der Wissenschaft, den Gang der Thatsachen und das Interesse der Gesammtgesellschaft unwiderruflich und ohne Gnade zum allmäligen Tode verurtheilt.

Was sollt Ihr nun aber, Ihr Kleinbesitzer, unter bewandten Umständen anfangen, um Euch nicht blos vor dem Hinfall zur förmlichen Knechtschaft zu bewahren, sondern Euch, wie Ihr es durch Euern Fleiß verdient, ein menschenwürdiges Dasein zu bereiten? Und wie sollt gar Ihr, schon tief in die „weiße Sklaverei“ versunkenen Landproletarier, Ihr längst völlig enterbten Taglöhner es anstellen, um nicht nur besser behandelt und gepflegt zu werden als die Jagdhunde und Reitpferde Eurer Gebieter, sondern nach gethaner Arbeit das Leben zu genießen, wie es Eures Antlitzes würdig, das Ihr mit allen Menschenkindern gemein habt?

Das Mittel der Erlösung liegt in Eurer Vereinigung zur gemeinsamen Forderung Eures Rechts und zur genossenschaftlichen Bewirthschaftung des Euch gebührenden Bodens.

Zunächſt müßt Ihr Euch aber Eurer Menſchenrechte gründlich bewußt werden und von Eurer Menſchenwürde tief durchdrungen fühlen, und, alle ererbten Vorurtheile und gemeinſchädliche Gewohnheiten von Euch abſtreifend, Euch folgenden Lebensanſchauungen und den daraus entſpringenden Grundſätzen mit ganzer Seele hingeben.

Die Erde iſt mit Allem, was darinnen und darauf iſt, ein Geſchenk der Natur, und ſomit ein unveräußerliches Gemeingut der ganzen Menſchheit.

Nur durch Waffengewalt hatten ſich die Starken des Alterthums in den Beſitz des Grund und Bodens geſetzt.

Kein Raubgut wird durch Verjährung „rechtmäßiges" Eigenthum und es kann ebenſo wenig durch Schenkung oder Verkauf das „rechtmäßige" Eigenthum eines Andern werden.

Die Landkäufer ſind von den Landräubern um die Verkaufsſumme betrogen und die Käufer begehen an der Geſellſchaft einen neuen Betrug.

Darum, wie ſich in alter Zeit die roh e Gewalt des Bodens bemächtigt hat, ſo bemächtigt ſich deſſelben in der modernen Zeit die heimtückiſche Macht des Kapitals.

Das Kapital iſt aber das Erzeugniß der gemeinſamen Arbeit aller vergangenen Zeiten, denn ein Menſch allein erzeugt durch ſeine eigene Kraft kaum mehr, als er zu ſeinem Lebensunterhalte bedarf.

Das Kapital erſtand demnach aus der Anhäufung unbezahlter Löhne für erzeugte Arbeit.

Wie die Geſammtgeſellſchaft nur allein die berechtigte Eigenthümerin allen Grund und Bodens iſt, ſo iſt die Geſammtgeſellſchaft auch nur allein berechtigte Eigenthümerin des Kapitals und aller Kapitalwerthe.

Ein Kapitaliſt kann daher nur mit unrechtmäßig erworbenen Kaufmitteln unrechtmäßig erworbenen Grund und Boden anſchaffen und deshalb aus doppelten Gründen n i e Anſpruch auf rechtmäßiges Eigenthum machen.

Iſt demgemäß aller Grund und Boden Gemeingut der Geſammtgeſellſchaft, ſo kann er nie vertheilt oder ſonſt veräußert, ſondern nur als Lehensgut Ackerbaugenoſſenſchaften zur Ausbeutung für die Geſammtgeſellſchaft übergeben werden.

Genuß iſt Lebenszweck, der gemeinſchaftliche, durch Wiſſenſchaft, Kunſt und Gewerbfleiß veredelte Genuß der höchſte Kultus, wobei die Gleichberechtigung aller werkthätigen Menſchen gilt und durch Uebung der Gegenſeitigkeit und Geſammtverbindlichkeit ſich die Allgerechtigkeit erfüllt.

Nur die Geſammtgeſellſchaft allein iſt ein großes Genie; ſie iſt wenn auch nur beziehungsweiſe) allwiſſend, allgegenwärtig, allmächtig und allgerecht, und Herrin der Erde.

Wer für die Gesellschaft Nützliches leistet, ist Arbeiter, ist Bruder; die Arbeiter aller Länder sind eine Familie, die Menschheit ist die eine Nation, die Erde das eine Vaterland.

Der völligen Umgestaltung der heutigen Zustände, was ein Werk der Generationen — der Geschichte selbst — ist, muß der gründliche innere Umschwung aller Begriffe von Moral und Gerechtigkeit des lebenden Geschlechts vorausgegangen, und muß die richtige Erkenntniß der Dinge, diese Mutter allen gemeinsamen Verständnisses zu gemeinschaftlichem Handeln erworben sein.

Zur Erreichung dieses zunächsten Zweckes haben sich schon längst die Arbeiter der Städte aller Länder vereinigt, und sie kommen nun zu Euch, Arbeiter des Feldes, welchen alle Welt die tägliche Nahrung verdankt, um Euch die Bruderhand zu reichen und namentlich folgende 7 Punkte zur Beherzigung und Ausführung vorzulegen:

1. Die Kleinbesitzer einer Gemeinde bilden, indem sie ihre Grundstücke, Viehstände, Wirthschaftsgebäude, Ackergeräthschaften, Arbeitskräfte in Anwendung aller Mittel der Wissenschaft und Technik zu gemeinschaftlichem Betriebe vereinigen, eine Produktiv-Genossenschaft.
2. Alle besitzlosen Arbeiter, die bis jetzt nur Taglöhnerei betreiben, als Knechte und Mägde dienen, werden gleichberechtigte Mitgenossen und erhalten, wie alle anderen, die durch ein besonderes Reglement festzustellenden Mittel ihres Lebensunterhaltes.
3. Die Kleinbesitzer beziehen bis auf weitere sachentsprechendere Anordnungen nach Verhältniß ihrer Zuschüsse an Grundstücken, Gebäulichkeiten, Viehständen, Geräthschaften, Saatfrüchten, Nahrungs- und Fütterungsvorräthen und anderen Betriebsmitteln, was Alles von einer gemeinsam gewählten Kommission zu Kapitalwerth abzuschätzen ist, einen Jahreszins.
4. Aller Reingewinn wird zum Gemeingut geschlagen und es haben auf dessen Nutznießung, die statutengemäß zu regeln ist, alle Mitgenossen gleichen Anspruch.
5. Diese Genossenschaften treten sowohl unter sich als auch mit Produktiv- und Konsumgenossenschaften der industriellen Arbeiter, sowie mit allen andern Arbeitervereinen in nähere organisch zu verknüpfende Beziehung, um einander nach den Grundsätzen der Solidarität moralisch und materiell brüderlich beizustehen und allen kapitalistischen und politischen Druck gemeinschaftlich zu überwinden.
6. In Gemeinden, wo die Kleinbesitzer die Nothwendigkeit genossenschaftlicher Bewirthschaftung noch nicht begreifen, oder aus fauler Gewohnheit und engherziger Selbstsucht vom alten Schlendrian nicht lassen können, mögen die Besitzlosen unter sich allein zunächst einen Feldarbeiter-Verein gründen und dann,

gestützt auf ihr Naturrecht, der Gemeinde, dem Staat, der Kirche gehörendes, oder in anderer Weise zu beschaffendes Land mit ganzer Energie zu gemeinschaftlichem Betrieb zu verlangen.

7. Die Besitzlosen, welche auf großen Landgütern arbeiten, müssen, fest zusammenhaltend, außer ihrem Tagelohn einen entsprechenden Antheil am jährlichen Reinertrag begehren, sich durch diese Betheiligung mit der Leitung und Verwaltung der Geschäfte vertraut machen, damit sie sich, wenn durch einen allgemeinen Umschwung der Dinge die autokratische Herrschaft der Gutsbesitzer beseitigt ist, mehr befähigt haben, die Bewirthschaftung in demokratisch-genossenschaftlicher Weise allein durchzuführen.

Ja, Arbeiterbrüder auf dem Lande, die vereinigten Arbeiter der Städte lassen Euch noch weiter sagen, daß sie nicht eher ruhen und rasten werden, als bis durch Herstellung des freien Volksstaats auch Ihr, die Ihr der ganzen Welt die ersten Quellen aller Lebensgüter öffnet, ein menschenwürdiges Dasein erlangt haben werdet.

Aber Ihr müßt Euch auch selbst rühren, selbst ermannen und durch festgeschlossene Haltung zeigen, daß Ihr Eure unverjährbaren Menschenrechte begriffen habt und keine Knechte mehr, sondern freie, allen andern ebenbürtige Menschen sein wollt.

Wer von Euch den Geist dieses Aufrufs erfaßt, der gehe von Haus zu Haus und von Dorf zu Dorf, die Genossen vom Schlummer der Ergebung in das alte Joch aufzuerwecken, ihnen die Mittel und Wege der Erlösung zu verkünden, Brudervereine zu gründen und neue Apostel der Sozialdemokratie heranzubilden.

Wo Ihr schaffet, auf dem Acker oder in der Scheune, wo Ihr miteinander geht und beisammen steht, besprechet und berathschlagt Euch, wie Ihr in Gemeinschaft mit den Arbeitern aller Länder das ökonomische und politische Doppeljoch zerschlagen und Euch für alle Zeiten befreien wollt.

Schon Hunderttausende Eurer Brüder haben sich zu festem Bunde die Hände gereicht, und je rascher und massenhafter auch Ihr Euch anschließt, desto eher wird die ersehnte Stunde schlagen und der große Tag der Erlösung von allem Uebel anbrechen.

Also Hand ans Werk!

Genf, den 16. November 1869.

Das Zentralkomitee der Sektionsgruppe deutscher Sprache:

Becker, Kiem, Jährig, Kannenberg, Remy, Rau, Baumeister, Ott, Probst, Müller, Frötscher, Wolf.

N. S. Dieses Manifest wird auch in besonderem Abdruck vertheilt werden, und wir ersuchen unsere Parteigenossen allerorts, demselben durch möglichst häufigen Nachdruck die massenhafteste Verbreitung zu verschaffen.

## 18.

# Aufruf

### der besitzlosen Handarbeiter an ihre Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1869.*)

(Siehe Seite 474.)

Die Bourgeoisie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Karl Marx.

Freunde!

Das kapitalbewaffnete Großbürgerthum schreitet siegreich durch die Welt. Es gleicht dem kühnen Eroberer, der Alles vor sich niederwirft, bis er zum Selbstherrscher sich emporgeschwungen. Neun Zehntel der Bevölkerung — die Besitzlosen aller Berufsarten — die ganze kleinbürgerliche Gesellschaft sind ihm dienstbar.

Friedfertig im Kampfe mit den rückschrittlichen Staatsgewalten trotzt es denselben ein Vorrecht nach dem andern ab, um solches für sich in Anspruch zu nehmen.

Strebend nach einer konstitutionellen Monarchie, welche neben Ruhe und Sicherheit ihm genugsame Theilnahme an der Staatsregierung gewährt, theilt es willig seine Herrschaft mit Thron und Altar: — des Throns bedürftig und seiner Heeresmacht, um die Widerspenstigen im Zaume zu halten, des Altars bedürftig und seiner Priesterherrschaft, um die Unzufriedenen auf ein Jenseits zu vertrösten.

Thron, Altar und Geldsack — Adel, Geistlichkeit und Großbürgerthum —, das sind die bevorzugten Stände,

---

*) Obiger Aufruf beruht auf nachstehendem Beschluß des vierten Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu Basel (September 1869), der in Nr. 37 des „D. W." zum Wiederabdruck gelangte:

Der vierte Kongreß
der Internationalen Arbeiter-Assoziation zu Basel

In Erwägung

daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig erforderliche Lebens-Nothdurft beschränkt bleibt,

daß diesem grausamen Gesetze die Besitzlosen aller Länder und Berufsarten gleichmäßig unterworfen sind,

beschließt:

an seine Leidensgefährten, die besitzlosen Kopfarbeiter, den nachstehenden, von bewährten Parteigenossen aus Mainz vorgelegten Aufruf zu erlassen.

die Herren der Erde, die Vornehmen und Ausgezeichneten, die Honoratioren und Notabeln, die Gesetzgeber des Staates und des Weltmarktes.

Das sind die großen Grund- und Fabrik-, Handels- und Verkehrs-Herren, die Ueberwältiger der Bauern und Handwerker, der Krämer und Frachtfahrer, die Ausbeuter der Arbeitskraft zur Vermehrung ihrer Kapitalien.

Das sind die drei verbündeten Großmächte, die glücklichen Erben, die Zwingherrscher und Vormünder der menschlichen Gesellschaft — gegenüber der wehrlosen, unterdrückten, künstlich verwahrlosten „unmündigen" Menge, gegenüber dem vierten enterbten und ausgebeuteten Stand der Proletarier oder Kleinbürger.

Proletarier oder Kleinbürger ist Jeder, der von kleinbürgerlichen Eltern geboren und erzogen, weder Vermögen ererbt oder erheirathet hat, noch durch Fleiß und Schweiß erwerben kann; der lebenslänglich nicht im Stande ist, seine schwache Kraft zu verwerthen, der, unter Entbehrungen aller Art, mißachtet auf einen bestimmten oder unbestimmten Gehalt oder Lohn angewiesen ist; Jeder, der, den gesellschaftlichen Abhängigkeits-Verhältnissen unterworfen, die Reichthümer erzeugt, ohne sie zu genießen; der nothgedrungen unter dem Grundsatze: „Dess' Brod ich ess', dess' Lied ich sing'" eine falsche Rolle spielt; Jeder der vielen gebildeten und ungebildeten Kleinen und Schwachen, der da abhängt von den wenigen gebildeten und ungebildeten Großen und Starken — also jeder besitzlose Hand- und Kopfarbeiter.

Ohne Unabhängigkeit keine Freiheit, ohne Freiheit keine Gleichheit, ohne Gleichheit keine Brüderlichkeit!

Weder Reiche noch Arme, weder Paläste noch Hütten!

Erst mit dem Großbesitze schwindet das Vorrecht, mit dem Vorrecht das Unrecht!

Es gilt daher, auf dem Wege der Gesetzgebung die Macht der Großbesitzer zu brechen und auf den Trümmern der Herrschaft Einzelner die Herrschaft Aller — den reinen Volksstaat — aufzubauen.

Ueberall in allen Kulturstaaten ist die Bewegung der Handarbeiter zum reißenden Strome herangewachsen. Mit jedem Tage treten neue Kräfte bei.

Jeder Proletarier von Geblüt tritt in Mitleidenschaft und ladet seine gleichgiltigen Genossen zur Theilnahme ein. Ueberall bilden die industriellen Arbeiter die Vorhut, die landwirthschaftlichen folgen nach.

Wo aber bleiben die Proletarier der Kopfarbeit?

Wo bleiben die besitzlosen Künstler und Gelehrten, Beamten und Offiziere, Priester und Lehrer, Schriftsteller und Studenten, Handelsdiener und Schreiber?

Wie? — Dienen nicht aus Mangel an Vermögen Künstler und Gelehrte, Beamte und Offiziere den Landes- und Standesherren, den Mächtigen und Reichen, den Staats- und Kapitalgewalten, den Vorgesetzten und Unternehmern? Dienen nicht aus Mangel an Vermögen Priester ihren Kirchenoberen, Lehrer ihren Pfarrherren, Schriftsteller ihren Verlegern, Handelsdiener und Schreiber ihren Prinzipalen und Arbeitgebern? Placken sich nicht Söhne armer Eltern als Studenten durch mit Stipendien und Unterstützungen aller Art, mit Honoraren-Stundungen, Unterricht-Ertheilen und Schuldenmachen?

Wie? — Seid Ihr nicht in gleichen Maße Proletarier oder Kleinbürger wie wir?

Seid Ihr nicht Unterthanen Eurer Brodherren und zugleich des herrschenden Regierungssystems?

Es giebt viele Menschen, welche des Zeugs entbehren, sich selber vorzustehen, welche dienen und so an ihre Dienerei gewöhnt sind, daß sie unglücklich wären, wenn sie keine Herren mehr hätten.

Wir gehören nicht zu den Demüthigen und zählen noch weniger Euch dazu, weil wir wissen, daß mit der Bildung des Geistes die Selbständigkeit des Gemüths sich entwickelt.

Aber — hören wir einwenden — es kann doch nicht Jeder „Herr" sein! O ja, wenn Jeder „Diener" ist, d. h. wenn Jeder durch seine Thätigkeit, indem er sein eigener Herr ist und sich selber dient, Gelegenheit hat, sich um die allgemeine Wohlfahrt verdient zu machen, oder, wenn Keiner die Macht hat, über fremde Arbeit zu verfügen.

Auf welche Weise aber soll geholfen werden? Wir antworten: Zunächst durch Erklärung der Arbeit zur öffentlichen Sache, d. h. durch Arbeiter-Genossenschaften für Kunst- und Naturerzeugung, welche ihr Gewerbe, unter öffentlichem Vertrauen, um den Arbeitsertrag gemeinsam und im Großen betreiben, welche je nach seiner Leistung den Arbeiter belohnen und auch den geringst Begabten etwas verdienen lassen.

Auf welche Weise aber soll der Kopfarbeiter dabei gewinnen? Wir antworten: Durch Gehaltszulage, durch Vermehrung des Verdienstes, durch Belohnung nach Verdienst, durch Ehrensold u. dgl. — Alles nach dem Wahlspruche des Dichters: „Dem Verdienste seine Krone", sowie nach dem bekannten Lehrsatze der Volkswirthschaft, welcher also lautet:

„Lohnerhöhung für gemeine Handarbeit steigert durch organische Rückwirkung in demselben Verhältnisse den Preis für jedwede andere Leistung."

Unsere Sache ist daher auch Eure Sache!

„Brüder! reicht die Hand zum Bunde!" Wir reichen sie Euch als Leidensgefährten, so reichet sie uns als Kampfgenossen, als Vorkämpfer auf dem Gebiete des Geistes.

Wohlan! Tretet zusammen, bildet Fachvereine, wie wir, zur Erforschung und Erörterung der Wissenschaft der Gesellschaft, zur Prüfung und Vereinbarung der Grundsätze und des Verfahrens, welche erforderlich sind zur Lösung der sozialen Frage; tretet in Wechselverkehr und Verbindung mit den nationalen Arbeitervereinen, Gewerken und Genossenschaften, sowie unter Anschluß an ihre Bestrebungen mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation — soweit es die Vereinsgesetze gestatten —, betheiligt Euch an den Wahlen aller Körperschaften und wählet mit uns gemeinschaftliche Vertreter!

Studenten und junge Leute!

Jugendliche Männer der Begeisterung und der That! Ihr erinnert uns an die Erziehung, an die wichtigste Aufgabe des Staates in seiner Eigenschaft als Verein des Volkes.

Auf! Helfet uns den Staat zu gründen, welcher die Kinder unabhängig macht von der gesellschaftlichen Lage ihrer Eltern, von den Unglücksfällen, welche ihre Familie treffen; helft uns den Staat gründen, welcher als allmäliger Erbe der Hinterlassenschaften nach und nach im Sinne der Gerechtigkeit eine gleichmäßige Jugend-Erziehung auf allgemeine Kosten verwirklicht und auf diese Weise Jedermann die seiner Fähigkeit gebührende Stellung verbürgt.

Auf! Proletarier aller Länder, besitzlose Kopf- und Handarbeiter aller Art, Söldner der Kapitalherren und der Kriegsherren, erheben wir uns in Masse!

Bilden wir eine untheilbare nationale und internationale Eidgenossenschaft, eine große sozialdemokratische Partei!

Schwören wir zur Fahne: „Gleiche Rechte und gleiche Pflichten" und der Sieg muß unser sein! —

Basel, im September 1869.

Im Namen des vierten internationalen Arbeitertages zu Basel.

Der Vorsitzende. Der Schriftführer.

---

## 19.

## Emilio Castelar's Rede für die Republik.*)

(Siehe Seite 508.)

In der für die nächste Zukunft des spanischen Volkes entscheidenden Sitzung der Cortes vom 20. Mai, in welcher § 33 des Verfassungs-Entwurfes angenommen und damit die Fortdauer der

*) Als Separatabdruck aus der „Neuen Freien Presse" in Wien wurde diese Rede in Leipzig 1869 von der „Volksstaat"-Expedition unverändert in Broschürenform herausgegeben. Seitdem hat Castelar aus dem Republikaner sich zum opportunistischen „Konstitutionellen" „entwickelt", der an prinzipieller Charakterstärke es mit unseren deutschen Nationalliberalen aufnehmen kann. (1894.)

Monarchie in Spanien beschlossen ward, hat Emilio Castelar noch einmal seine ganze Beredsamkeit aufgeboten, um das republikanische Prinzip zu vertheidigen. Die Partei hatte ihm mit nachahmungswürdiger Verleugnung jeder persönlichen Eitelkeit das Amt des Sprechers übertragen, alle anderen hervorragenden Mitglieder, selbst der greise Orense und der schwärmerische Garido, waren vor dem anerkannten Führer zurückgetreten. Sie wußten, daß sie ihre Sache in die Hand eines Mannes legten, in dem sich die ausgebreitetste Gelehrsamkeit mit dem gewaltigsten Pathos der Rede, die in langen Jahren unerschütterlich gebliebene Ueberzeugung mit der Begeisterung der Jugend vereint. Castelar sprach mit glühender Leidenschaft, obgleich er sich über den Erfolg seiner Rede, über das Ergebniß der Sitzung keinen Augenblick täuschte. So wenig wiegte er sich in Einbildungen, daß er die Zahl der eigenen Parteigenossen unterschätzte und statt von siebzig am Schlusse seiner Rede nur von sechszig Männern sprach, welche für die Republik stimmen würden. Nicht um den Sieg, um die Fahne kämpfte Castelar an jenem denkwürdigen Tage, und wahrlich, von seinen Lippen klang und rauschte das Evangelium der Freiheit.

Von den ersten bis zu den letzten Worten ist seine Rede, mag man sie politisch oder rhetorisch betrachten, ein wahres Meisterstück. Ein Land, das solche Redner hervorbringt, kann in der allgemeinen Bildung nicht so zurückgeblieben sein, als man gewöhnlich glaubt. Nicht im österreichischen Reichsrathe, nicht im ungarischen Landtage, nicht im norddeutschen Parlamente sitzt ein Abgeordneter, welcher über diese Gewalt der Rede verfügte und sich selbst von den politischen Gegnern Beifall erzwänge. Nur die größten englischen Parlamentsredner können Castelar an die Seite gestellt werden, der in den gewähltesten kunstvollsten Formen spricht und dennoch mit Feuerzungen redet. Wenn er die Welt in drei Parteien theilt, in jene der Erinnerungen, jene der Gegenwart und jene der Zukunft, wenn er die erste den Priestern, die zweite den Staatsmännern, die dritte den Propheten und Märtyrern, den Demokraten, zuweist, wenn er sich selbst zu den Propheten rechnet — wer will dem Manne widersprechen, der festen Blickes in die Zukunft schaut und den Gegnern mit unbeugsamem Ernste zuruft; Heute nennt Ihr uns Träumer und Schwärmer, einst werdet ihr unsere Namen auf eine Gedächtnißsäule graben lassen!?

Den einzelnen Schönheiten der Rede brauchen wir hier nicht zu folgen, da wir unseren Lesern unten fast den vollständigen Wortlaut derselben geben. Aber der Geist, der sie durchweht, ist es werth, daß wir einen Augenblick bei ihm verweilen. Nicht blos sein Vaterland, nicht nur Spanien umfaßt Castelar's scharfer Blick, er fliegt vielmehr weit über dessen Grenzen hinaus und

betrachtet die Völker in ihrem Ringen und Streben, in ihrer Geſchichte. Wie wahr, wie treffend iſt Alles, was er über die Vorgänge von 1848 ſagt, wie genau ſchildert er in wenigen Worten die Urſachen, welche die franzöſiſche Republik jenes Jahres zu Grunde richteten! Wie gut erkennt er, von jeder Anbetung des Erfolges und der Macht entfernt, die Gefahr des Militarismus, welche Deutſchland bedrohen! Wie fein ſondert er ſeinen republikaniſchen Standpunkt von den Utopien Jener, die den Staat im Namen der Menſchheit bekämpfen, indem er ſagt, er wolle, daß ein Band alle Menſchen umſchlinge, jedoch mit Aufrechthaltung der Nationalitäten!

Dieſer Geiſt der Caſtelar'ſchen Rede berührt uns vertraut, verwandt. Wie ſollte er es nicht? Obwohl der berühmte ſpaniſche Republikaner von einer nothwendigen Verbindung der romaniſchen Raſſe gegen die germaniſche ſpricht, obwohl er, allen kosmopolitiſchen Hirngeſpinnſten fremd, ſich als Sohn des Volkes fühlt, dem er entſtammt, als Kind der Scholle, auf dem er geboren worden, ſo iſt doch deutſcher Geiſt in ſein Weſen eingedrungen. Nicht, weil er Hegel erwähnt, Gott bewahre! Deutſche Schulphiloſophie und deutſcher Geiſt ſind nicht identiſch; Hegel ſelbſt hat, als er ſeine rechtsphiloſophiſchen Lehren aufſtellte und damit der preußiſche Staatsphiloſoph par excellence ward, der deutſche Geiſt im Stiche gelaſſen. Aber Caſtelar's ganzes politiſches Glaubensbekenntniß, das er mit ſo hinreißender Beredtſamkeit vertheidigt, entwickelt zwei echt germaniſche Eigenſchaften: den Individualismus und die ſittliche Strenge. Den Individualismus kennen die Romanen im Allgemeinen kaum, und auch in Spanien, ſo ſehr gothiſches und mauriſches Blut hier den eigentlichen Romanencharakter geändert, ſtolzer und tiefer ausgeprägt haben, ſind die Männer zu zählen, welche die Souveränetät des Individuums als die Grundlage der Freiheit betrachten. Die meiſten romaniſchen Politiker ſchwärmen von der Gleichheit, ſie gilt ihnen als das Höchſte; Caſtelar's Republikanismus dagegen hat jenen germaniſchen Zug, welcher, frei und ungehindert ſich ſelbſt überlaſſen, zur Verfaſſung der nordamerikaniſchen Freiſtaaten führte.

Man ſieht, was aus den Spaniern werden kann. Denn kein Menſch, und wäre es der bedeutendſte, wächſt heute noch ſo rieſig über ſeine Zeit und ſein Volk hinaus, daß letzteres keinen Maßſtab für ihn hätte. Dieſer bürgerliche Republikaner ragt freilich um Haupteslänge über die militäriſchen Revolutionäre hinaus, welche die Septemberbewegung geleitet haben, aber er iſt doch ein Kind deſſelben Bodens. Man verſteht, man achtet und liebt ihn in ganz Spanien, das iſt genug. Emilio Caſtelar's Prophetenworte werden eines Tages in Erfüllung gehen und ſein Name in ſeinem freien Vaterlande unſterblich ſein. Wann? Jahrzehnte bedeuten in der Weltgeſchichte wenig, darum glauben wir: bald.

Und nun laſſen wir die merkwürdige Rede des republikaniſchen Führers, ein für Spanien und das Ausland gleich denkwürdiges Muſter politiſcher Beredtſamkeit, hier folgen.

* * *

„Meine Herren! Ich betrete ein vollſtändig abgemähtes Feld: von allen Standpunkten aus iſt dieſe Diskuſſion bereits erſchöpft, und wenn auch weder meine allgemeine, noch meine redneriſche Begabung mich ermuthigen kann, geneigtes Gehör von der Kammer zu beanſpruchen, ſo werden Sie mir doch Ihre Aufmerkſamkeit ſchenken, um der Aufrichtigkeit meiner Meinung, um des Gewichtes meiner Beweggründe und um des Intereſſes willen, welches wir Alle für das Vaterland, die Freiheit und die Rettung der Septemberrevolution hegen.

Die Monarchie iſt für mich die ſoziale Ungerechtigkeit und für mein Vaterland die politiſche Reaktion; die Republik iſt für mich die ſoziale Gerechtigkeit und für mein Vaterland die politiſche Freiheit. Die republikaniſche Idee, die Sie alle durchdringt, gleicht jedoch bei Ihnen dem wärmenden Sonnenſtrahle, der auf die traurigen, für immer geſchloſſenen Wimpern des Blinden fällt, und obwohl eine Idee ſich niemals klarer herausſtellte und kräftiger geltend machte, geht die Republik hier dennoch einer Niederlage entgegen.

Die Geſchichte der Menſchheit iſt ein ſtetiger Kampf zwiſchen den Ideen und den Intereſſen: für den Augenblick ſiegen immer die letzteren, auf die Dauer immer die Ideen, und die Sache, die hier unterliegen wird, iſt die Sache der Vernunft und des Menſchengeiſtes. Ihre Voten (abgegebene Stimmen), meine Herren, ſind dem Geiſte des Jahrhunderts zuwiderlaufend, aber ſie werden auf Sie zurückfallen, wie die gegen den Himmel abgeſchoſſenen Pfeile, und früher oder ſpäter iſt der vollſtändige Triumph der Republik unausbleiblich; darum beginne ich auch vertrauensvoll dieſe feierliche Debatte, und die Unwiderruflichkeit Ihres Entſchluſſes entmuthigt mich nicht.

Meine Herren! Vor wenigen Tagen erſt hat der Ausſpruch meines verehrten Freundes Orenſe, „daß auch die Republik ihre Propheten hat", Ihr ungläubiges Lächeln hervorgerufen, und doch beweiſen dieſe Zweifel nur, daß Sie die Geſellſchaft, in welcher Sie leben, nicht kennen. Wie die Zeit drei Epochen, wie der Gedanke drei Formen, ſo hat die Geſellſchaft drei Parteien: die der Prieſter, das iſt die Partei der Erinnerungen; die der Staatsmänner, d. i. die Partei der Konſervativen, und die der Propheten und Märtyrer, d. i. die republikaniſche Partei.

Allerdings, ſo wie ich berechtigt bin, mich Demokrat zu nennen, bezweifle ich, daß Sie es ſind, und ich ſage Ihnen, meine Herren, daß die demokratiſche Schule der Zukunft große Opfer

gebracht hat; dafür hat ihr die Zukunft ihr Geheimniß anvertraut, ihre erhabenen Gedanken enthüllt. Die Reaktionäre kannten die Ueberzeugungen der Vergangenheit, Sie, meine Herren Konservativen, Sie kennen die Interessen der Gegenwart, wir Demokraten aber, wir kennen die unzugänglichen Höhen, aus welchen sich die Gewitter entladen, welche die Atmosphäre reinigen und die Erde befruchten. Die demokratische Schule verkündete die Auferstehung Italiens, und Italien ist auferstanden; sie verkündete, daß in dem amerikanischen Kampfe die Republik siegen und die Fesseln der Sklaverei fallen würden, und drei Millionen Menschen, die Sklaven waren, bilden ein leuchtendes Muster der Zukunft; sie verkündete, daß in dem deutschen Konflikte Oesterreich besiegt und Preußen Sieger sein werde, und das veraltete Eisenscepter Oesterreichs ward bei Sadowa zertrümmert; sie verkündete, daß die französischen Bajonnette das große Ereigniß des Jahrhunderts, die Unabhängigkeit Amerikas, nicht umstoßen würden, und die Franzosen verließen Mexiko gedemüthigt und mit blutigen Köpfen. Meine Herren! Als die Dynastie Isabellens II. auf dem Gipfel ihrer Herrlichkeit war, verkündeten 22 Erleuchtete auf diesen Bänken, daß die Dynastie fallen werde, und 15 Jahre später ist sie gefallen; und nun verkündet Ihnen eine Schaar junger Redner, wie es deren vielleicht in keiner Kammer gab: „Die Republik geht dem Siege entgegen, und die Republik wird siegen!“

Meine Herren! Einer der berühmtesten Männer des positivsten aller Länder, der jetzt Minister der Königin Viktoria ist, J. Bright, sagte einst, „daß jede Rasse ihre Heiligthümer habe; wie die Juden Jerusalem, wie die Araber Mekka, so haben die Angelsachsen den Westen, Nordamerika, und das nordamerikanische Regierungssystem wird England und ganz Europa überziehen.“

Wissen Sie, warum den alten Propheten in ihrer Armuth, Unwissenheit und Demuth alle Prophezeihungen zutrafen? ihnen, die vorhersagten, daß Ninive zerstört, Babylon verbrannt und ein Messias kommen werde, was Alles zugetroffen? Weil das Rasseln ihrer Ketten sie zu der Poesie ihrer Glaubensstärke begeisterte, weil aus der Tiefe ihrer Finsterniß sie Mittagshelle erblickten, bevor noch die Sonne am Horizonte erschienen war, weil sie die Eroberer und Könige haßten, weil über der Tyrannei der Belsazare, über der Sinnlichkeit der Sardanapale und über den Tempeln der Götzenbilder sie die Idee Gottes sich erheben sahen, wie wir über den Cäsaren, den Höflingen und über den wankenden Thronen die Idee der Menschheit und ihrer Rechte emporsteigen sehen und weil, zur Ehre des Menschengeschlechtes sei es gesagt, die Herrschaft der Welt immer den großen Fortschritts-Ideen zufällt, ihnen angehörte, ihnen angehören wird. Ich bin

gewiß, Sie, meine Herren, werden sagen: „Castelar bleibt sich immer gleich; wenn wir von ihm die Behandlung einer konstitutionellen Frage erwarten, bringt er uns die Apokalypse seiner poetischen Glaubensbekenntnisse.“ Schon hat Herr Ulloa mich mit Lamartine verglichen; Herr Silvela, damit nicht zufrieden, hat auch Viktor Hugo herangezogen, ohne daß diese Herren bedachten, wie unmöglich es ist, Jemanden, der nie einen Vers gemacht und so gar nichts von einem Poeten besitzt, mit diesen beiden großen Dichtern zu vergleichen.

Meine Herren, wenn ich hier etwas von der Poesie unserer Hoffnungen gesagt habe, so that ich es nur, um Ihnen zu beweisen, daß ich von der Poesie Abschied genommen, zu welcher ich durch jahrelanges Exil, durch ebenso lange Entfernung von allem öffentlichen Leben gekommen war, und daß ich nun zu der Frage des Augenblicks niedersteige, zu der konstitutionellen, der politischen Frage, aber daß, wenn ich sie mit Bezug auf die Lage Europas, auf das benachbarte Portugal, die Kolonien, und mit besonderer Rücksicht auf die Ereignisse des Tages und alle gegenwärtigen Umstände ins Auge fasse, ich auch keine dem Patriotismus, der Politik und der Humanität entsprechende Lösung finde, wenn nicht die republikanische. Meine Herren, ich bezweifle, daß Sie die Gründung einer Republik beabsichtigen, aber seitdem Herr Olozago es versicherte, glaube ich, daß, was die Kommission nicht konnte, sie wenigstens wollte.

Aber was ist die Demokratie, welcher ist ihr erster Grundsatz? Der Grundsatz der Volkssouveränetät, der Autonomie der Gesellschaft, das Recht, sich selbst zu regieren. Was ist ihr zweites Prinzip? Die individuellen Rechte, die über allen Konstitutionen stehen, ihnen vorangehen. Was ist ihr dritter Grundsatz? Das Prinzip der harmonischen Schule, das Herr Romero Giron so glänzend dargelegt hat. Es besteht nicht blos das Gesetz für die Gesellschaften und das Individuum, sondern eine Reihe von Gesetzen, von denen ein jedes den menschlichen Fähigkeiten entspricht: dem Willen, der in dem allgemeinen Stimmrechte, dem Gewissen, welches in dem Schwurgericht der Vernunft, die in der Kirche und den Universitäten ihren Ausdruck findet — alle diese großen Gemeinschaften haben sich nach den Prinzipien der Freiheit und Gleichheit zu organisiren, welche letztere wieder in jenem erhabenen, für einen sozialen Aufbau unabweislich zur Krönung bestimmten Prinzipe gipfeln, dem Prinzipe der Gerechtigkeit!

Hier, meine Herren, haben Sie die ganze demokratische Schule, — oder glauben Sie wirklich, daß die Monarchie mit diesen großen Prinzipien vereinbar sei?

Der Volkssouveränetät zuwider, bindet die Monarchie die höchste Gewalt an eine Familie; den individuellen Rechten zu-

wider, ist die Familie geheiligt und unverantwortlich; dem Gleichheitsprinzipe, dem höchsten im sozialen Leben, zuwider, ist die Gewalt an eine Dynastie geknüpft. Kurz, der Demokratie und dem ganzen modernen Leben widersetzt sich Ihre Monarchie!

Meine Herren, was ist die Bestimmung der Gesellschaft, der Welt, in der wir leben? Ungeachtet der manchmal in Wuth übergehenden Energie, mit der Herr Rodriguez die föderale (bundesstaatliche) Republik bekämpfte, bekannte er doch, daß die Welt einer großen Föderation, „daß die Völker Europas einem europäischen Staatenbund entgegengehen", und, meine Herren, finden Sie wohl eine größere Idee in der Geschichte?

Wenn wir die Geschichte überblicken, so muß uns bei der reichen Mannigfaltigkeit der Thatsachen die geringe Anzahl der Ideen in Erstaunen setzen. „An einer einzigen Idee zehrt ein ganzes Jahrhundert."

An der politischen Einheit der Welt zehrte das erste Jahrhundert; an der stoischen Idee das zweite; an der alexandrinischen das dritte; an der Erklärung des christlichen Dogmas das vierte; an dem Auftreten des germanischen Elements das fünfte; an der Verschmelzung des letzteren mit den römischen Traditionen in der Kirche das sechste; an der Aufzwingung des orientalischen Elements durch die arabischen Krummsäbel das siebente; an dem Rassenkampfe, dem Chaos, aus welchem sich die künftigen Nationalitäten allmälig ausscheiden, das achte; an dem Erlöschen des römischen Reiches, der Gründung der politischen Macht der Päpste und dem Erscheinen des Feudalismus das neunte; an der religiösen Schreckensherrschaft das zehnte; an dem Kampfe zwischen der weltlichen und der geistlichen Macht und dem Siege Hildebrand's das elfte; an den Kreuzzügen, der letzten großen theokratischen und den ersten großen Anstrengungen der weltlichen Gewalten das zwölfte; an dem Aufblühen des weltlichen und dem Testamente des theokratischen Elements das dreizehnte; an dem Siege der Könige über die Theokratie und den Feudalismus durch Hervorrufung des Bürgerthums das vierzehnte; an der Umgestaltung unseres Planeten durch die Buchdruckerkunst, an der Magnetnadel, der Verbreitung des Schießpulvers, der epischen Fahrt der Portugiesen nach dem Osten und dem mythischen Zuge der Spanier nach Amerika das fünfzehnte; an der Wiedererlangung der Gewissensfreiheit durch die Reformation das sechszehnte; an der Emanzipation der Vernunft und der Philosophie durch den westfälischen Frieden das siebzehnte; an dem Kampfe der Encyklopädisten gegen alles Verrottete und den Revolutionen in Amerika und Frankreich das achtzehnte; an der Union der Demokratie, welche durch die Revolutionen, und der Freiheit, welche durch die Wissenschaft erstanden, das neunzehnte Jahrhundert, welches be-

rufen ist, den europäischen Staaten-Bund zu gründen und mit dieser leuchtenden Formel der Zukunft die Zivilisation der Welt zu krönen! (Stürmischer Beifall.)

Wünschen Sie wirklich einen solchen europäischen Staatenbund? Ich wenigstens, meine Herren, wünsche ihn sehnlichst; wünsche sehnlichst den Augenblick herbei, in dem, obwohl unter Aufrechterhaltung der Nationalitäten, die ökonomischen Scheidewände fallen, die ein Volk von dem andern trennen: aber glauben Sie, meine Herren, daß im menschlichen Leben etwas zu gewinnen ist, wenn der rechte Augenblick versäumt wird? Die Völker haben eine Gelegenheit, und das sind die Revolutionen; versäumen sie diese, so haben sie ein Jahrhundert verloren; und ich träumte für mein Vaterland, daß es durch die September-Revolution das erste Land sein würde, welches den europäischen Staatenbund gründen wird.

Sie, meine Herren von der Kommission, Sie stehen unter einem bösen Zauber. Es gab für die Revolution und für die Menschheit eine glückliche Zeit, das war die Zeit von 1787 bis 1792; da glaubten noch die Anhänger der Monarchie, daß die Fürsten mit der Demokratie in Frieden leben könnten, und die Demokraten glaubten, daß die Demokratie von den Fürsten nichts zu fürchten habe. Da kam ein schrecklicher Tag, der Tag, an welchem Ludwig XVI. seinen Palast verließ, um über die Grenze zu fliehen und an der Spitze eines fremden Heeres zurückzukehren; ein Gleiches that später Ferdinand VII. nach dem Meineide von 1814, durch die Intervention von 1823, und dasselbe that noch später der König von Neapel, indem er, nicht minder eidbrüchig, die Oesterreicher herbeirief. Dadurch zeigte sich, daß die Könige

— — — —

eines Napoleon I., um damit dessen Nachkommenschaft zu umgeben? Und haben Sie auch eine Gesellschaft, die der Zuckungen und der Krisen der Revolution müde ist? Und doch gelangte Napoleon III. durch das allgemeine Stimmrecht zur Herrschaft, und so lange er stark war und die Freiheit in seiner Hand erdrückte, lebte er im Frieden; nun aber, da der Zwang sich einigermaßen gelockert, hören Sie Paris pfeifen und zischen; hören Sie die Demokraten in ihren Versammlungen, hören Sie ihren Ruf: „Wir wollen nicht die Freiheit mit dem Kaiserreiche, mit dem die Demokratie unvereinbar ist, denn die Freiheit ist unser Recht und die Demokratie unser Werk!"

Betreten wir aber, von allen Abstraktionen absehend, den politischen Boden und definiren nur kurz die Demokratie. Was ist die Demokratie? Das Recht Aller. Was ist die Monarchie? Das Privilegium eines Einzigen, welches, um etwas länger zu bestehen, einigen Anderen ein Vorrecht eingeräumt hat. Bedeutet aber dieses Vorrecht Einiger etwas Anderes, als daß die Stunde des Rechts für Alle noch nicht geschlagen hat? daß durch Eure Monarchie die Zeit unserer Demokratie noch nicht gekommen ist?

Verweisen Sie mich nicht auf England, wie Herr Rios Rosas es in so beredter Weise gethan, indem er uns zugleich kundgab, daß die persönliche Herrschaft auch in den Vereinigten Staaten besteht, und dies durch die Gegensätze zwischen Lincoln und Johnson und durch die Wahl Grant's zu beweisen suchte; in Amerika giebt es keine persönliche Herrschaft, wohl aber in England. In England müssen zwei große Elemente unterschieden werden, das angelsächsische, welches das einheimische, und das normannische, welches das aufgepfropfte ist. Als die Völker des Nordens herankamen, brachten sie einen Theil der byzantinischen Verderbtheit mit: so gründeten die Gothen bei uns ein wahrhaft byzantinisches Reich. Aber die Angelsachsen, barbarischer, indidueller und unabhängiger, hatten in England die Republik begründet, denn ihre Könige waren Häuptlinge der Stämme, und diese waren föderalistisch, denn, meine Herren, die Republiken sind die ursprünglichste, aber auch die vollendetste Regierungsform; sie nehmen denselben Verlauf wie alle zivilisatorischen Institutionen, wie alle ewigen Wahrheiten, und daher, von den Angelsachsen nämlich, stammten für England drei große Dinge: die Sicherheit des häuslichen Herdes, die Jury (das Schwurgericht) und das Eingreifen des Volkes in das öffentliche Leben.

England hat jedoch gleichzeitig drei Dinge, die mir fürchterlich sind: den König, das Monopol des Grundeigenthums und das Oberhaus. Allerdings, meine Herren, übt dieser König einen Einfluß, den man in den nordamerikanischen Staaten niemals begreifen könnte, und erst kürzlich erschien ein herrliches Buch von

Lewis, in welchem Herr Rios Rosas den Beweis finden kann, daß in England erst in jüngster Zeit das persönliche Regiment ausgeübt wurde, wie in allen Monarchien. Nun, fehlt es etwa der Geschichte Englands an Blut und Thränen, die das Werk der Könige waren? Gedenken Sie des Religionswechsels und seiner Ursachen bei dem einen, gedenken Sie jenes anderen, der Karl I. das Schaffot besteigen ließ, der von einem dritten herbeigeführten Revolution, welche eine neue Dynastie brachte; wir wollen von all' diesen gekrönten Satyren und zügellosen Wollüstlingen nicht sprechen — ehrlos in ihrem Privatleben, ehrlos als Regenten, niederträchtig als Könige; erinnern Sie sich nicht, wie einer derselben Fox belogen und welche Erklärung er dem Hause der Lords darüber gab? Und diese persönliche Politik, war sie nicht eines der unheilvollsten Ereignisse für die Torys? Der Prozeß Carolinens und das schmähliche Betragen des Königs durch die vier Monate seiner Dauer, die Heirath und Scheidung des Königspaares, gefährdeten sie nicht den Frieden und den Fortschritt Großbritanniens? Und endlich, meine Herren, haben Sie nicht aus den Memoiren der Königin Victoria ersehen, daß auch sie toryistisch war und erst durch den Einfluß des Prinzen Albert liberal geworden ist?

Und wissen Sie nicht, meine Herren, was in Dänemark geschah? Wissen Sie nicht, daß man dort das Bruchstück einer Nationalität der Gewaltherrschaft Preußen opferte? Und daß dies nur dadurch erfolgte, weil an dem Tage, an dem Napoleon sich nach England wandte, er in Folge des Einflusses der Königin Victoria kein Gehör fand? Kann also Herr Rios Rosas sagen, daß die Königin keinen Einfluß ausübt? In Wahrheit ist wohl England keine Monarchie, sondern eine aristokratische Republik, die jedoch einen König hat — einen König, der entweder ein ganz unnützes oder, wenn anders, ein schädliches Element ist.

Das Beispiel Englands verurtheilt demnach Ihre Theorien, meine Herren! Uebrigens vergleichen Sie Ihre Aristokratie mit der dortigen, Ihr freies Eigenthum mit dem dortigen monopolisirten Eigenthum, Ihren Senat mit dem Hause der Lords, jenen König, der wie immer als Symbol der englischen Nationalität dort angesehen wird, mit Ihrem König, den man versucht wäre, den Magier zu nennen, weil er wie durch Zauber sich entweder durch dieses gläserne Dach aus den Wolken niedersenken oder durch diesen Boden aus dem Schoße der Erde heraufsteigen müßte — vergleichen Sie vor allem die aristokratische Gesellschaft Englands mit Ihrer demokratischen, und sagen Sie mir dann, ob unter so ganz abweichenden sozialen Elementen Sie hier eine Monarchie und eine Freiheit wie in England herzustellen im Stande sind? In der That, meine Herren, von zwei Seiten erheben sich

dringende Alarmrufe; von einer Seite, der des Herrn Canovas, der hier sagte: „Befreien Sie eine intelligente Minorität von der Invasion der Demokratie", und andererseits von den Repräsentanten des Volkes, „um Befreiung unserer Demokratie von dem Joche der Monarchie", und deshalb wird Ihre Konstitution, weder von den Konservativen noch von der Volkspartei unterstützt, ganz außerhalb jeder europäischen Realität stehen.

Aber man wird mir vorwerfen: „Castelar als Künstler (so mußte ich mich schelten hören) stellt die Form über die Wesenheit." Nun frage ich Sie: Wann, wie und wo haben Sie je die Wesenheit von der Form getrennt gesehen? Alles was ist, hat seine Art zu sein und besteht; Alles, was besteht, ist; daher können Sie logisch den Bestand nicht von der Wesenheit trennen. Ein Beispiel wird diese Wahrheit besser veranschaulichen. Nehmen Sie einen großen Block von pariſchem Marmor, geben Sie die Hälfte desselben einem Krämer und das Uebrige einem Bildhauer — Ersterer wird sein Bruchstück zu einem Mörser verwenden, der Bildhauer aber aus dem seinigen eine Venus von Mäo meißeln; die Materie ist dieselbe, aber die Form verschieden; oder werden Sie sich beifallen lassen, den Mörser, in welchem die Gewürze zerstampft werden, mit der Venus zu vergleichen, an deren keuschen Brüsten die Künstler die Begeisterung für das Ideal und für die Formgeheimnisse nähren? —

Ich bin nicht stark in der Physiologie und bitte die Herren Suner und Mata, mir zu verzeihen, wenn ich irre.

Ich glaube, daß in dem Blute der Hunde viele Elemente ganz gleich denjenigen sind, aus welchen das unserige besteht. Ich höre Herrn Moreno Nieto, der gleich mir zu den Spiritualisten gehört, sagen, daß der Unterschied zwischen dem Menschen und dem Hunde einer der Wesenheit ist, nämlich der der Vernunft. Ich weiß nicht, ob, wie nach Plato, der Geist sich den Organismus gesucht oder, wie nach Hegel, der Geist gleichzeitig mit der menschlichen Form in der Welt erschien; ich weiß nur, daß mein Gehirn, rund wie die Wölbung des Himmels, Raum für jene Welten hat, die man Ideen nennt. Und nun, meine Herren, so wie der Mensch seine eigenthümliche Form hat, die des menschlichen Geistes, so hat auch die Demokratie ihre eigene Form, und die ist — die Republik.

In dem sozialen Organismus ereignet sich dasselbe wie in dem physiologischen, und jeder Ziviliſations-, wie jeder Bildungsstufe entsprechen eigene Gesetze, bestimmte Organisationen. Um das Mastodon oder das Megatherium zu studiren, besuchen Sie naturhistorische Museen. Der Könige und großen Monarchien wegen gehen Sie nach Egypten und nach dem Pantheon des Escurial; aber so wie wir heute die riesigen Formen jener Thiere

bewundern, werden künftige Geschlechter die Ungeheuerlichkeiten Eurer Monarchien anstaunen.

Herr Romero Giron sagte uns heute: „Wie können Sie sich beklagen, da wir Ihnen die Essenz, das allgemeine Stimmrecht, zugestanden haben?“

Ich gehöre zu der Schule, die unter allen Umständen das allgemeine Stimmrecht verlangt; aber im Widerspruche mit der Meinung meines Freundes Herrn Canovas glaube ich, daß man die Rechte nur durch ihre Ausübung, wie das Schwimmen nur im Wasser, lernt; nun sage ich Ihnen, daß das allgemeine Stimmrecht ein großes Werkzeug des Fortschritts in den Republiken, aber nicht minder ein Werkzeug der Unterdrückung in den Monarchien ist; in den ersteren bewirkt es moralische Bildung, in den letzteren Entsittlichung des Volkes. Die Demokratie erzieht, weil der Bürger weiß, daß schon seine Geburt allein ihn zur Ausübung aller öffentlichen Funktionen berechtigt; er weiß, daß er in die Munizipalitäten gelangen kann, diese erste politische Schule; er kann in die Provinzial-Deputation kommen, die höhere Lehranstalt; endlich kann er die Theilnahme an der Leitung der öffentlichen Staatsangelegenheiten erreichen, dieser Hochschule der Politik. Er findet außerdem besondere Genossenschaften, in welchen er Arbeit und Bewirthschaftung lernt; er findet die große Institution der Jury, in welcher er als ein Recht und eine Pflicht über sich wie über Andere richten lernt, und indem er alles dies lernt, lernt er auch das Bewußtsein seiner Würde kennen. Das können die Monarchien nicht. Nun, meine Herren, wollen Sie das allgemeine Stimmrecht mit der Monarchie verbinden? Da lesen Sie einmal, was der große Naturforscher der Könige, Macchiavelli, sagt. Er sagt, daß die traditionellen Könige noch eher ein beschränktes Maß von Freiheit zugestehen, daß aber die vom Staate geschaffenen, da sie schwach eintreten, entweder auf jede mögliche Weise Korruption einführen oder sich oder den Staat entwürdigen. So wird es kommen, daß der König zuerst sagen wird, daß die Kammern seinem souveränen Willen Hindernisse entgegensetzen, und so wird er auch damit beginnen, das allgemeine Stimmrecht zu korrumpiren; es wird sich ein verschlagener Minister finden, der ihm die Nothwendigkeit des dem Volke einzuimpfenden Grundsatzes vorstellen wird: „Welchen reellen Vortheil gewährt das Recht? Kann man von Rechten zehren?“ Dann wird der König sagen: „Wenn nicht alle Spanier reich und glücklich sind, so ist dies nur die Schuld der endlosen Diskussionen der Kammerredner, die nur durch ihre Beredtsamkeit glänzen wollen,“ und Sie werden sehen, meine Herren, wie schnell die Lehren dieser plumpen Schule bei dem Volke Eingang finden werden, dieser Schule, in welcher den materiellen Interessen Alles geopfert wird. Haben Sie nicht

diesfalls ein großes Beispiel vom Jahre 1848 her, wo das französische Volk auch mit jener materialistischen Erziehung auftrat, welche Louis Philipp ihm gegeben hatte? Damals, wo Gold gleichbedeutend mit Recht war, kam eines Tages der edle, unglückliche Baudin und wollte die von der Republik proklamirten Rechte retten; aber ein Arbeiter rief ihm zu: „Was kümmert mich die Würde Frankreichs? Du vertheidigst als Deputirter nur Deine Diäten von 25 Franks.“ Später aber, und noch kürzlich wallfahrte das Volk in bitterer Reue ob seines Irrthums zur Julisäule und sprach: „Vergieb uns unsern Irrthum, großer Geist; wohl mit Recht sagtest Du, daß die Einbuße der Würde das größte der Uebel sei; wir auch wollen nun Dein schwarzes Brot, aber mit der Freiheit.“ Fürchten Sie nicht ein Gleiches bei uns, meine Herren, bei der Abgötterei unserer Rasse für den Staat? und sehen Sie nicht, wie in Frankreich der Cäsar mit Ausnahme des allgemeinen Stimmrechtes Alles abgeschafft hat?

Und welche Unterschiede, meine Herren, ist zwischen den Monarchien und den Republiken? Wir haben hier zwei große Schriftsteller, die Herren Valera und Alarcon. Der Letztere hat ein Buch über Italien geschrieben, das eines der schönsten Monumente der modernen Literatur, durchweht von dem antiken Geiste des alten Italien, ist. Diese Herren mögen Ihnen sagen, wo die Heimath der großen Institutionen, der großen Lehren der Kunst und des Wissens sind.

Meine Herren! Wenn Sie die Idee von Gott und seinen Geboten einigermaßen achten, wem verdanken Sie dieselbe? Einem föderalen Volke, einer Republik, den Stämmen Israels. Wer erfand das Alphabet? Die Föderation der Phönizier. Von wem haben Sie den Handel? Von der Republik Karthago. Wer verstand die menschliche Gestalt zu meißeln? Eine Republik, Griechenland. Noch heute lernen Sie Patriotismus in den Thermopylen, die Stürme der Seele von Aeschylos und Sophokles, studiren die Theoreme eines Euklides, schöpfen Theologie bei Aristoteles, Philosophie bei Plato, und die Manen von Aeschines und Demosthenes scheinen diese Hallen zu durchwehen und betrübt auf uns zu schauen, weil die Redner unserer Zeit nicht die oratorische Weihe haben, die nur den bevorzugten Söhnen der Republik zukommt. Wer hat Ihnen Gewissens- und Handelsfreiheit gegeben? Die Republik Holland. Woher schreibt sich die Seemacht Englands? Von seiner Republik. Woher stammt der Einfluß Frankreichs auf die ganze Erdkugel? Von seiner Republik. Wer hat die ganze Menschheit durch Anerkennung der individuellen Rechte, auf welche Sie so stolz sind, hoch erhoben? Die Republik der Vereinigten nordamerikanischen Staaten. Wer hat Sie die Volkssouveränetät gelehrt? Das republikanische Genf.

Noch kürzlich sagte uns Herr Ulloa, daß die schweizerische Republik von Almosen lebe, und Herr Silvela, daß die Republik nur bei solchen Völkern bestehe, die nichts besitzen und ohne Gewicht sind, wie die Schweiz, die Thäler von Andorra und San Marino. Aber, meine Herren, wissen Sie, wie hoch sich der Brutto-Ertrag des Bodens in der Schweiz beläuft? Auf fünfzehnhundert Millionen Francs, was auf jeden Einwohner 140 Francs abwirft, während die Vertheilung der Gesammtproduktion Belgiens nicht mehr als 116 Francs auf den Einwohner ergiebt. Das Eigenthum ist in der Schweiz in einem höheren Grade gesichert als in irgend einem Lande, obwohl nirgends gleich liberale Institutionen bestehen. Die Hektare Boden hat dort einen Werth, der hier unmöglich ist, und an den Ufern des Leman ist sie mit fünfzigtausend Francs bezahlt worden. In der Schweiz finden Sie bei jedem Schritte eine Schule; auf je 300 Einwohner kommt ein Lehrer und bei jeder Munizipalität finden Sie ein Bibliothek, auch bei solchen, welche nicht mehr als zwölf Häuser haben. Dort hat jeder Arbeiter vor seinem schneeweißen Häuschen einen Rasenplatz, und er lebt nicht wie der Arbeiter in Paris, durch die Haußmann'sche Zerstörung aus der Stadt vertrieben und gezwungen, in der Umgegend in einer Art von Zelten Unterkunft zu suchen; er lebt auch nicht wie der unglückliche Arbeiter in London, um den Parlamentspalast herum, nein, er lebt inmitten der freien Natur, behäbig, unterrichtet und sozusagen reich, weil in den jüngsten fünf Jahren der Arbeitslohn sich bedeutend gehoben hat. Ich habe dort einer Versammlung deutscher, französischer und italienischer Arbeiter beigewohnt, in welcher der Präsident, ein Taglöhner, die in den verschiedenen Sprachen gehaltenen Reden, ohne zu stocken, seinen minder sprachkundigen Kollegen verdolmetschte.

Alle hier angeführten Daten habe ich aus einem agronomischen Lehrbuche, und wissen Sie, was ein Schriftsteller sagt, der durchaus nicht republikanisch gesinnt ist? Daß dies Alles Folgen der Bildung sind, welche die demokratischen, die republikanischen Institutionen verbreiten.

Und nun, abgesehen von den Uebeln, welche aus unserer hiesigen Erziehung erwachsen, glauben Sie, daß die Schweizer sich in Geist, Intelligenz und Tapferkeit mit den Spaniern vergleichen können? Durchaus nicht! Unser Volk ist ein bedeutenderes als jenes, hat eine ruhmvollere Vergangenheit, und wenn es dennoch ärmer und wenn es dennoch unwissender ist, so kommt dies nur von der Erziehung, welche seine Könige ihm gegeben haben.

Meine Herren, es thut nicht noth, die Schweizer mit den Spaniern zu vergleichen: man braucht nur zwei Völker einander

gegenüber zu ſtellen, die unter demſelben Breitengrade, unter denſelben Verhältniſſen und beide am Fuße der Alpen leben, das eine in einem Lande der Könige, Savoyen — das andere in einem Lande der Demokratie, die Schweiz. Savoyen iſt arm, ohne Induſtrie, faſt ohne Straßen, bei jedem Schritt ein Kloſter. Die Schweiz iſt reich, induſtriell, von Straßen durchkreuzt, auf jedem Schritt eine Schule. Die Schweiz hat Männer hervorgebracht, deren Geiſt ſich bis zu den Sternen erhob; Savoyen hat den Grafen de Maiſtre geliefert, den Autor einer Analogie des Feudalismus, der Theokratie und des Henkers. Savoyen hat ſeine Nationalität eingebüßt, von einem Monarchen dem anderen verkauft; die Schweiz iſt durch den Geiſt Wilhelm Tell's vor jeder Invaſion, jedem Eroberer geſchützt. Erhabene Parallele, welche Gott am Fuße der Alpen, einem ſeiner Altäre, werden ließ, um durch ein beredtes Bild die Vorzüge der Republik von der Monarchie zu veranſchaulichen.

Ich würde noch begreifen, daß Sie die Monarchie wählen, wenn irgend ein großes phyſiſches, moraliſches oder intellektuelles Hervorragen einer Perſon oder einer Familie ſich darböte, welches Ihrer Wahl als Erklärungsgrund diente. Aber haben Sie nicht ein großes hiſtoriſches und gleichzeitig großes ſoziales Phänomen bemerkt? Haben Sie nicht bemerkt, daß die großen Männer verſchwinden? Können Sie dieſem Jahrhunderte, dem des Dampfes und des Telegraphen, den Namen eines großen Mannes beilegen? Nein, glücklicherweiſe giebt es keine großen Männer mehr, weil das Menſchengeſchlecht hoch gewachſen iſt. Und dann, meine Herren, wenn ein einziger Menſch die Geſellſchaft beherrſcht, gehört die eine Hälfte ſeines Lebens dem Ruhme, die andere aber dem Mißgeſchicke; die erſte iſt die der Jugend, die zweite die des Alters. Denken Sie an Karl V., Philipp II. und Napoleon.

Aber ein irrigeres Prinzip, meine Herren, als die Geſellſchaft dem Fatalismus der Erblichkeit preisgeben, kenne ich ſchon durchaus nicht. Das iſt eigentlich die indiſche Theorie, gegen welche die ganze moderne Bewegung gerichtet iſt, die Theorie, welche durch das auf dem Calvarienberge vergoſſene Blut ausgelöſcht wurde — die Theorie der Kaſten. Hätte ſich Portugal nicht mit uns vereinigt, wenn der Prinz Dom Miguel nicht geſtorben wäre? Wenn Alphons VI. nicht jenes Königreich ſeiner Tochter zur Mitgift gegeben hätte; wenn Philipp II. nicht ſo ſpät zur Erbſchaft gelangte, wäre die iberiſche Union nicht zur Wahrheit geworden? Und wir ſelbſt, wie wäre unſer Loos geweſen, wenn Ferdinand VII. ſich nicht verheirathet oder anſtatt einer Tochter einen Sohn gehabt hätte? Und doch wollen Sie die moderne Geſellſchaft allen Launen der Erblichkeit ausſetzen? Ah, meine Herren, welche ſchwere, tiefgehende Begriffsverwirrung! Ich

würde sie noch fassen, wenn wir einen König, wenn wir mindestens einen Kandidaten hätten, und da gelange ich zur Kapitalfrage, der Kandidaten-Frage.

In dem Momente, in dem Sie, meine Herren, die Monarchie proklamiren, stellen Sie die revolutionäre, die republikanische Partei außerhalb des Gesetzes; die Republikaner werden die einzigen enterbten Söhne der September-Revolution sein.

Ich will hier nicht in persönliche Fragen eingehen, ich will die Verdienste der Republikaner während der letzten fünfzehn Jahre nicht auf Kosten der anderen Parteien hervorheben; aber richten Sie Ihre Blicke auf diese Bänke; Sie werden da Deputirte sehen, die in Fernando Po waren, die in den letzten Jahren des Regiments von Gonzalez Bravo die Kriminal-Gefängnisse füllten; Deputirte, welche zuerst den Muth hatten, mittelst öffentlicher Blätter die republikanische Idee ins Land zu schleudern, die Lehrfreiheit kühn zu begehren; Männer, die Sie in Zeiten des Mißgeschicks in der Emigration, aber niemals in Ihren Vorzimmern erblickten. Was machen Sie nun aus diesen Männern, was machen Sie aus dieser Partei? Die Besiegten (die Reaktion) werden sagen: „Wenn Ihr der Monarchie durchaus derart bedürft, daß bei der ersten Versammlung Ihr, unserem Beispiele folgend, vor allem die Republikaner aus der Gesetzlichkeit stoßt, wie wir es mit dem Demokraten gemacht haben, da war auch unsere Politik gerecht und klug.“ Thun Sie nun in Gottes Namen, was Sie nicht lassen können, aber sprechen Sie sich darüber aus, damit auch wir über unsere Haltung einen Beschluß fassen können, der selbstredend von dem Ihrigen abhängen wird. Meine Herren, wie viel Monarchien sind hier zu betrachten?

Die Idee einer Vereinigung Spaniens mit Portugal durch Initiative der portugiesischen Monarchie war allerdings eine glorreiche, denn wir leben in einer ganz eigenthümlichen revolutionären Zeit. Seitdem Napoleon auf den französischen Thron gelangte, machen sich die Revolutionen von Oben nach Unten, und wenn hier dieselbe Form möglich gewesen wäre, so hätte diese konservativ-progressistische Bildung auch die Form einer großen diplomatischen gehabt, wir aber, immer Republikaner bleibend, hätten der portugiesischen Monarchie Opposition gemacht. Ich begreife, daß die Franzosen nach der egyptischen Expedition sich einem Napoleon, daß selbst die Italiener nach dem Unglücke seines Vaters, sowie nach dem Siege bei Solferino sich Viktor Emanuel übergeben konnten, aber ich begreife nicht, wie Sie eine Monarchie ohne Monarchen schaffen und sich einer Anbetung überlassen können, ohne eine Gottheit zu haben.

Portugal aber wünscht die Vereinigung mit Spanien nur in der republikanischen Form. Lesen Sie seine Journale, zunächst das „Diario de Comercio“ vom 16. d. Mts.

Wenn der König von Portugal die Situation begriffen hätte, so hätte er sich an die Spitze der Bewegung gestellt, anstatt der früheren reaktionären Regierung Zeichen der Sympathie zu geben, die er Ihnen versagte; später wollte der König von Portugal die Union nicht, da die Portugiesen sie nur in republikanischer Form und auch keine Personal-Union wünschten. Gewiß ist jedenfalls, daß die Republiken anziehen, während die Monarchien abstoßen. Welche Anstrengungen muß nicht Oesterreich als föderale Monarchie machen, um die Union von Völkern aufrecht zu erhalten, die doch seit Jahrhunderten vereinigt sind. Wie anders dagegen ist es in der Schweiz. Tessin gehört zu Italien und will nicht italienisch, Neuenburg zu Deutschland und will nicht deutsch, Waadt und Genf gehören zu Frankreich, sprechen französisch und wollen doch auch nicht französisch sein. Sie können sich nicht vorstellen, meine Herren, was Sie in Portugal gewonnen, seitdem Sie die Kultusfreiheit votirt haben. Man sagt dort: „Spanien schreitet vor, mehr als wir; seht welch' großes Beispiel die Spanier uns geben!" Sprach man so, als Spanien noch von dem Dunkel des Katholizismus bedeckt war? Daher, meine Herren, wollen Sie, daß Portugal Ihnen angehöre, so setzen Sie die Republik ein; wenn Sie die Monarchie einsetzen, müssen Sie auf Portugal für lange Zeit verzichten.

Indem wir nun auf die Frage des Herzogs von Montpensier übergehen, muß ich vor allem eine Erklärung abgeben. Wenn die Nothwendigkeit meiner Argumentation es erheischt, die Exkönigin Isabella zu nennen, schmerzt es mich tief, denn was ich in der Welt aufs höchste achte, das ist die Heiligkeit des Unglücks, auch des verdienten. Ich muß auch noch beifügen, daß dasjenige, was ich über den Herzog von Montpensier sagen werde, sich weder auf seine Person, noch sein Privatleben bezieht. Ich erkläre, daß der Herzog ein guter Gatte und Vater, achtbar und sparsam ist; ich gebe ferner zu, daß er direkt oder indirekt der September-Revolution nützlich war. Demnach kann ihn meine Argumentation nicht beleidigen.

Neulich verlas hier ein großer Redner das Manifest von Cadix, in welchem Herr Topete schon damals sich zu Gunsten der Monarchie aussprach; nun erlaube ich mir, diesen Herrn zu fragen, ob die damals gewünschte Monarchie jene Isabellens II. oder eine andere war? Was bedeutet die Dynastie des Herzogs von Montpensier in der Welt? Wenn ich die Natur sehe, fühle ich Gott, aber wenn ich die Geschichte lese, begreife und erkenne ich Gott. Welche traurige, verhängnißvolle Bestimmung ist dem Hause dieser Orleans in der Geschichte der Menschheit zugefallen? Wenn mein Gedächtniß nicht trügt, haben die Könige von Frankreich im vierzehnten Jahrhundert das Herzogthum Orleans für die zweit-

geborenen Söhne gegründet. O meine Herren, ich habe oft gesagt, daß die Monarchien die Völker entsittlichen, aber ich weiß auch nichts, was die Könige selber so sehr entsittlicht als eben die Monarchien.

Mit welcher Liebe, meine Herren, hängen Sie nicht an Ihrer Familie, an Ihren Eltern, Kindern, Geschwistern! Sehen Sie dagegen, was sich in den Familien der Könige, zwischen Eltern, Kindern und Geschwistern zugetragen, welcher Pfuhl von Sittenlosigkeit — und wie die Kinder nicht der Liebe, sondern der Staatsrücksicht entsprießen, so ist ihr eisiges, verderbtes Herz auch blut- und empfindungsleer. Das Haus der Orleans, als dem königlichen untergeordnet, war ein Seitenzweig des Hauptstammes, dem es Mark und Autorität entzog. Der Regent Orleans konspirirte in Spanien gegen Philipp V.; Philipp Egalité konspirirte im königlichen Palaste gegen seinen Cousin Ludwig XVI.; Louis Philipp von Orleans konspirirte in demselben Palaste gegen seinen Onkel Karl X., und Antonio von Orleans konspirirte von seinem Palaste in Sevilla gegen Donna Isabella II. Sie sind alle dieselben, dieselben Namen, dieselben Gesichter, derselbe Geist, wenn auch durch Zeit und Raum leicht modifizirt, doch immer dieselben.

Sie sagten auch, Antonio von Orleans sei kein Bourbon. Das ist unrichtig. Dem Rufe der Nation gemäß haben Sie Isabella, Francisco und Alphonso von Bourbon verworfen, und ich sage Ihnen, daß der Herzog von Montpensier mehr Bourbon ist, als Isabella, Francisco und Alphonso es ist. Seine Abstammung ist folgende: Heinrich IV. von Bourbon zeugte mit Maria von Medicis Ludwig XIII., dieser mit Anna von Oesterreich Ludwig von Bourbon, später Ludwig XIV., und Philipp von Bourbon, später Herzog von Orleans. Letzterer zeugte mit seiner zweiten Gemahlin einen Sohn seines Namens, dieser wieder mit einer anderen Prinzessin, die mir eben nicht beifällt, einen anderen Philipp, der in zweiter Ehe mit einem französischen Fräulein jenen Philipp zeugte, der sich bei Hofe Philipp von Bourbon, im Konvente aber Philipp Egalité nannte. Das ist der Vater des späteren Bürgerkönigs Louis Philipp, der mit der neapolitanischen Prinzessin Amalie von Bourbon Don Antonio von Bourbon zeugte. Ist demnach der Herzog von Montpensier ein Bourbon? Hier, meine Herren, muß ich der Partei der Progressisten offen gestehen, daß, wenn Sie die Monarchie wollen, nur dieser eine Kandidat möglich ist; er repräsentirt gut oder schlecht die parlamentarische Monarchie: wenn also die Monarchie Ihre Regierungsform ist, so ist auch der Herzog Ihr Universal-Kandidat.

O ihr Manen der katalonischen Helden, die ihr den bourbonischen Krieg vorbereitet und zu einer beispiellosen Höhe er-

hoben habt! Ihr Helden aus Galizien, Kämpfer wie bei Numantia, durch die Bourbonen hingeopfert! Und ihr Heroen von Trafalgar, die ihr durch die Sinnlichkeit Maria Louisens in schäumenden Wellen euer Grab gefunden; erhabene Namen mit goldenen Buchstaben eingezeichnet, Märtyrer eines ehrlosen Burschen, eines niederträchtigen Gesellen, der sich Ferdinand VII. nannte; Solis, Zurbano! wo immer eure Asche ruht, wo immer eure Geister schweben, kommt hierher als eine Stimme des Gewissens, gestattet nicht diesen Meineid der Revolution, gestattet nicht diese Schmach des Vaterlandes! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Was soll ich über die Regentschaft sagen? Den General Serrano möchte ich durchaus nicht beleidigen; ich gestehe ihm große Vorzüge, seltene Bescheidenheit, Opferwilligkeit und Selbstverleugnung zu; wenn Sie wollen, will ich ihm als Präsident der Republik meine Stimme geben, aber ich werde niemals für ihn als Regenten votiren, weil ich nicht will, daß man dieses Land ein Land der Soldatenherrschaft nenne. Die Herrschaft erheischt eine große Unparteilichkeit, die ein Parteimann nie haben kann, und wie immer General Serrano es nehmen möge, seine Regentschaft würde stets eine Regentschaft der Unionisten sein. Ich glaube, daß die Kortes dem General die Regentschaft nicht anbieten, und wenn sie es thäten, er sie nicht annehmen wird, weil der General eine lächerliche Stellung nicht annehmen kann.

Regent ohne König, was heißt das? Nichts anderes, als auf diese Weise die Demokratie, die Republik negiren, ihnen entgegentreten. Die Republik erschreckt Sie, und anstatt den General Serrano zum Präsidenten der Republik zu ernennen, ernennen Sie ihn unter dem andern Titel eines Regenten, derart, daß der General ein Regent ist, welcher die Großjährigkeit der Republik abwartet. (Großer, allgemeiner Beifall. General Serrano applaudirt gleichfalls lebhaft.) —

Ich sehe, daß General Serrano mir auch Beifall spendet, und das beweist mir, daß er auch vollständig überzeugt ist, daß hierher keine Könige mehr kommen können.

Die Regentschaft hat alle Uebel der Monarchie und der Republik: die ersteren, weil sie eine mächtige oberste Gewalt einsetzt, die letzteren — und da gehe ich ja in Ihre mir entgegengesetzte Argumentation ein — weil alle anderen Generale auch nach der Regentschaft trachten werden.

Ich bedauere, den General Prim nicht auf der blauen Bank*) zu sehen, ich möchte ihn fragen, seit wann er der Chef der Progressisten ist; ich möchte sagen, er ist es seit der mexikanischen Expedition, wo er sich als guter Diplomat, bedeutender Politiker und Liberaler bewährte; aber wie konnte General Prim, der zu-

*) Die Ministerbank.

erst die Initiative der Revolution ergriff und der in Mexiko Beweise seiner Klugheit und weisen Voraussicht gab, wie konnte er nicht auch erkennen, daß hier die Könige todt und die Monarchie unmöglich ist, weil die Demokratie, gleich dem Meere, ihre Leichname auswirft? Und das Meer führt mich auf meinen Freund Topete. Herr Topete aber weiß eine Sache nicht, und die ist, daß er die September-Revolution nicht gemacht hat.

Topete: Nein, Sie haben sie gemacht.

Castelar: Ich habe sie nicht gemacht, aber Sie eben so wenig, weil die Stürme und das Wetter von Gott kamen, der allein weiß, woher sie kamen und wohin sie gehen.

Können sie künstlich einen Sturm oder mit dem Aufwande aller Elektrizität ein Gewitter erzeugen? Herr Topete ist religiös wie alle den Stürmen und Unfällen ausgesetzten Naturen, er weiß dies sehr wohl; aber an dem Tage, an dem er von seinen Schiffen aus den Aufruf zur Revolution vernehmen ließ — an jenem Tage, der ihn unter unsere Helden, Erlöser und Wohlthäter versetzte, leitete er den Blitzstrahl an alle Könige, der früher oder später die goldenen Reife an ihrer Stirne zerschmelzen wird.

Meine Herren! Alle Völker haben eine große Bestimmung in der Geschichte, und ich glaube, daß die Spanier sehr gut wissen, daß sie die ihrige in Europa nur durch die Republik erfüllen können, weil Europa sorgenvoll auf die militärisch-autokratische Konföderation der deutschen Rasse in seinem Zentrum blickt — eine Konföderation, die schließlich gegen die lateinische Rasse gerichtet ist, und gegen deren Gefahren es nur ein Mittel giebt: die Konföderation des lateinischen Europa. Und da wird zunächst das von meinem Freunde Rodriguez entworfene Bild zur Wahrheit werden: Union der Völker, der Rassen, der Kontinente, der ganzen Menschheit unter sich, damit es nicht mehr gebe als einen Geist, ein Recht und — wie ich, der ich religiös bin, hinzufüge — einen einzigen König, unseren Vater, der im Himmel thront!

Aber, meine Herren, wenn das spanische Volk diese große Bestimmung in Europa hat, welche andere hat es noch in Amerika?

Ich wollte die amerikanische Frage hier niemals anregen aus Patriotismus; ich werde schweigen, so lange als nöthig — aber wenn ich sprechen werde, werde ich auch über das große Ziel sprechen, welches wir in jenen fernen Ländern zu erreichen haben. Dort können wir noch einen großen moralischen, politischen, ökonomischen und sozialen Einfluß ausüben, und wir können das Organ jener Republiken bei der europäischen Konföderation werden, wenn wir selbst die republikanische Regierungsform annehmen, wodurch wir ihnen großes Vertrauen einflößen und die

Abneigung beseitigen werden, welche sich in Amerika gegen uns gebildet hat.

Sie sehen ja auch, wie die portugiesischen Journale sich aussprechen, die da sagen, „daß, wenn Sie den Muth haben, die Republik zu proklamiren, Spanien sich für die Eroberung der Freiheit und des Rechtes erheben kann, wie es sich im sechszehnten Jahrhundert an der Spitze aller Völker der Welt für die Eroberung der königlichen Autorität erhoben hat."

Meine Herren, ich schließe, weil ich ermüdet bin und die Kammer es noch mehr sein wird, und weil Sie die Republik, die Sie gründen *könnten*, nicht gründen *wollen*; hätten Sie es gethan, wäre uns die große Nation verpflichtet worden, aus deren Hauptstadt nun die Marseillaise in mächtigem Chore ertönt. Sie werden mich Träumer nennen, aber Traum nannten die alten Pharisäer die Einigung des Menschengeschlechtes in der Religion; Traum war das Christenthum, Traum nannten die letzten Gelehrten des Mittelalters die Idee Christoph Columbus' und die Entdeckung einer neuen Welt; Traum nannten die Aristokraten das Erstehen der Demokratie, und ein Traum war zuerst im Jahre 1789 die Proklamirung der Menschenrechte. Nun nennen auch Sie uns „*Träumer*"! Aber der Blitzstrahl, der die Eichen der alten Monarchien zersplittern wird, er wird nicht ausbleiben, und dann werden Sie kommen müssen, um mit eigenen Händen den Bau der neuen Nationalität aufzurichten, und in seinen Stamm werden sie eingraben müssen die Namen der sechszig Männer, die hier gegen die Könige votiren werden, eingraben mit der Aufschrift: „*Den Verkündern der Zukunft, den Gründern der Republik in Spanien.*"

---

## 20.

## Programm des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation für den Brüsseler Kongreß (1868).

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 509.)

Der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation hat beschlossen, dem nächsten Kongreß, welcher sich am 7. September in *Brüssel* versammeln wird, folgende Fragen zur Berathung vorzulegen:

1. Der Einfluß der Maschinen in den Händen der Kapitalisten.
2. Verminderung der Arbeitsstunden.

3. Das Privateigenthum an Grund und Boden.
4. Die Schulbildung der arbeitenden Klassen.
5. Die Etablirung von Kreditinstituten zur Beförderung und Erleichterung der Emanzipation der Arbeiterklasse.
6. Die geeignetsten Mittel zur Etablirung der genossenschaftlichen Produktion.

Vereine, deren Antwort auf die Fragen in Betreff des statistischen Berichts über den Zustand der Arbeiterklasse bereit sind, werden ersucht, dieselbe dem nächsten Kongreß vorzulegen.

Hermann Jung, Vorsitzender.
J. Georg Eccarius, General-Sekretär.

---

## 21.

## An die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 509.)

Genossen! Da der Generalrath der Internationalen Arbeiter-Assoziation beabsichtigt, im Laufe des Frühjahrs einen Bericht über den gegenwärtigen Zustand der arbeitenden Bevölkerung Europas zu erlassen, so werden die korrespondirenden Sekretäre der Sektionen ersucht, über alles, was den Zustand und die Lage der Arbeiter ihrer respektiven Lokalitäten betrifft, zu berichten. Die Sekretäre und die Gewerbevereine werden ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Der Name des Vereins.
2. Die Anzahl seiner Mitglieder.
3. Welches sind die gebräuchlichen Stunden der Arbeit?
4. Was ist der Betrag des gewöhnlichen Verdienstes?
5. Ist die Beschäftigung beständig oder schwankend?
6. Welches ist die Anzahl derer, die während der letzten drei Monate außer Arbeit waren?
7. Sind diejenigen, welche in Arbeit sind, voll beschäftigt?
8. Hat eine Erhöhung oder Erniedrigung des Arbeitslohnes innerhalb der letzten fünf Jahre stattgefunden?
9. Sind Versuche der kooperativen Produktion in dem Geschäft gemacht worden und mit welchem Erfolg?

Außer der Beantwortung obiger Fragen wird Jedem anheimgestellt, irgend interessante oder wichtige Thatsachen hinzuzufügen. Sämmtliche für den Bericht bestimmte Mittheilungen müssen spätestens vor Ablauf des Monats März eingesandt werden.

In der Absicht, der großen Mehrheit der Mitglieder der Assoziation eine Gelegenheit zu geben, ihre Meinung unverkennbar

über mehrere Tagesfragen auszudrücken, empfahl der letzte Kongreß, Ihnen folgende Fragen zur Berathung vorzulegen, und wir bitten Sie, uns Ihre Konklusionen in Betreff derselben sobald wie möglich mitzutheilen.

1. Die Ausführbarkeit, ein System des Kredits und des kooperativen Austauschs unter den verschiedenen Arbeitergenossenschaften zu organisiren.
2. Welches sind die Wirkungen des Gebrauchs von Maschinen auf die Lage der arbeitenden Klasse?
3. Die Rathsamkeit, ein definitives Programm für die technische Ausbildung und eine umfassende Schulbildung der Kinder festzustellen.
4. Ist es von Nutzen, daß der Boden, die Minen, die Kanäle, die Hochstraßen, die Eisenbahnen ꝛc. das Eigenthum von Privatleuten sind und für deren persönlichen Gewinn exploitirt werden, oder würde es zweckdienlich sein, dieselben in Nationaleigenthum zu verwandeln und im Interesse der Gesammtheit auszubeuten?
5. Die Politik der Arbeitseinstellungen und die Rathsamkeit, auf die Errichtung von Schiedsgerichten zu dringen.

Von den Antworten, welche auf diese Fragen ertheilt werden, wird es abhängen, ob irgend eine in das Programm des nächsten Kongresses, welcher sich am ersten Montag des Monats September in Brüssel versammeln soll, aufgenommen wird.

Im Auftrage des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Robert Shaw, Vorsitzender.
J. George Eccarius, General-Sekretär.

16 Castle Street East, W. London,
im Februar 1868.

---

## 22.

# Chemnitzer Programm.*)

Aus dem „Demokratischen Wochenblatt" 1868.

(Siehe Seite 721.)

Die demokratische Partei hat den nunmehr beendeten, lediglich im Interesse dynastischer und partikularistischer Bestrebungen geführten Krieg von Anfang an als ein Nationalunglück be-

*) Unter dem Namen „Chemnitzer Programm" ist das „Programm der demokratischen Partei Sachsens" in Parteikreisen bekannt. Dieses Programm wurde unmittelbar nach Beendigung des Bruderkrieges von 1866 von einer Landesversammlung der sächsischen Demokratie — vom 19. August 1866 —

klagt und verdammt, weil derselbe nicht nur zum theilweisen Ruin des Wohlstandes des deutschen Volkes und zur Verbitterung der deutschen Volksstämme gegen einander, sondern auch zur Theilung unseres gemeinsamen Vaterlandes, zur Unfreiheit und zur Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten führen mußte.

Das Ergebniß dieses Krieges — ein durch gewaltsame Annexion vergrößertes Preußen unter einem mehr als je befestigten absoluten Königthum, das einstweilige Vasallenthum der kleineren Staaten bis zu ihrer vollständigen Annexion durch Preußen und die Abtrennung der norddeutschen Staaten von Süddeutschland — hat jene Befürchtungen bewahrheitet.

Die demokratische Partei wird trotz der veränderten Verhältnisse ihr altes Programm ungeschmälert aufrecht erhalten und für dasselbe einstehen. — Da die demokratische Partei sich für verpflichtet hält, die Feinde der deutschen Freiheit und Einheit unter allen Umständen und auf allen Gebieten zu bekämpfen, so wird sie, nachdem Sachsen durch die Gewalt der Waffen gezwungen worden ist, dem Norddeutschen Bunde beizutreten, bei der bevorstehenden Reichstagswahl sich betheiligen. Die Demokratie verlangt demnach von den von ihr zu erwählenden Kandidaten:

daß sie die norddeutschen Staaten, wenn auch zeitweilig von Süddeutschland getrennt, nur als einen Theil Deutschlands betrachten und bei ihrem Eintritt in den Norddeutschen Reichstag gegen die Dreitheilung wie gegen jedwede Theilung und Verkleinerung Deutschlands protestiren;

daß sie die Zusammenberufung eines konstituirenden Parlaments erstreben, das von allen deutschen Staaten, selbstverständlich mit Einschluß Deutsch-Oesterreichs, beschickt wird,

und endlich, daß sie das nachstehende Programm als Richtschnur annehmen und energisch zu verfechten entschlossen sind.

## Forderungen der Demokratie.

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes.

Allgemeines, direktes und gleiches Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (für Parlament, Kammern der Einzelstaaten, Vertretung der

---

entworfen und einstimmig angenommen. Wir lassen zur Beurtheilung der theoretischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie unmittelbar auf dieses „Chemnitzer Programm" in chronologischer Reihenfolge alle hierfür in Betracht kommenden, auf den verschiedenen Kongressen beschlossenen oder abgeänderten Parteiprogramme folgen.

Gemeinden u. ſ. f.). Volkswehr an Stelle der ſtehenden Heere. Ein mit Machtvollkommenheit ausgerüſtetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entſcheiden hat.

2. Einigung Deutſchlands in einer demokratiſchen Staatsform.

   Keine erbliche Zentralgewalt — kein Kleindeutſchland unter preußiſcher Führung, kein durch Annexion vergrößertes Preußen, kein Großdeutſchland unter öſterreichiſcher Führung, keine Trias. Dieſe und ähnliche dynaſtiſch-partikulariſtiſche Beſtrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zerſplitterung und Fremdherrſchaft führen können, ſind von der demokratiſchen Partei auf das Entſchiedenſte zu bekämpfen.

3. Aufhebung der Vorrechte des Standes der Geburt und Konfeſſion.

4. Hebung der leiblichen, geiſtigen und ſittlichen Volksbildung.

   Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staate und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanſtalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksſchule zu einer aus der Staatskaſſe zu erhaltenden Staatsanſtalt. Herbeiſchaffung von Mitteln und Gründung von Anſtalten zur Weiterbildung der den Schulen Entwachſenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlſtandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Feſſel.

   Verbeſſerung der Lage der arbeitenden Klaſſe, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutſches Heimathsrecht, Förderung und Unterſtützung des Genoſſenſchaftsweſens, namentlich der Produktivgenoſſenſchaften, damit der Gegenſatz zwiſchen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbſtverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtſeins im Volke.

   Durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geſchwornengerichte, namentlich auch in politiſchen und Preßprozeſſen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politiſchen und ſozialen Bildung des Volkes.

   Durch freie Preſſe, freies Verſammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

* * *

# Statut
## des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Leipzig. Mai 1863.

§ 1.

Unter dem Namen

„Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein"

begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt,

auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung, für die Herstellung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

* * *

# Statuten
## der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Beschlossen von der Delegirtenkonferenz in St. Martins Hall zu London, 28. September 1864, und endgültig bestätigt vom Genfer Kongreß, September 1866.

In Erwägung:

daß die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß, daß der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen nicht einen Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft bedeutet;

daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolisten der Werkzeuge der Arbeit, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet;

daß deshalb die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, welchem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte;

daß alle auf dies große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch nationales, sondern ein soziales Problem ist, welches alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existirt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt;

daß das gegenwärtige Wiederaufleben der arbeitenden Klassen in den gewerbthätigsten Ländern Europas, während es neue Hoffnungen rege macht, eine feierliche Warnung vor einem Rückfalle in alte Irrthümer enthält und ein unmittelbares Bündniß der noch getrennten Bewegungen erfordert,

aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anerkennen. Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht blos für sich selbst, sondern für Jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.

Und in diesem Sinne beschließt er folgende Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

1. Die Assoziation ist zu dem Zwecke errichtet, ein zentrales Mittel der Verbindung und Kooperation zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden und dasselbe Ziel, nämlich den Schutz, die Hebung und völlige Emanzipation der arbeitenden Klassen verfolgenden Arbeitergesellschaften zu schaffen.

2. Name der Gesellschaft soll sein: „Die Internationale Arbeiter-Assoziation".

3. Der Generalrath soll aus Arbeitern bestehen, die den verschiedenen in der Internationalen Arbeiter-Assoziation vertretenen Ländern angehören. Er soll aus seinen eigenen Mitgliedern die zur Besorgung der Geschäfte nothwendigen Beamten, einen Präsidenten, Schatzmeister, Generalsekretär, korrespondirende Sekretäre für die verschiedenen Länder ꝛc. wählen. Der Kongreß bestimmt von Jahr zu Jahr den Sitz des Generalraths, wählt eine Anzahl von Mitgliedern mit der Befugniß, ihre Anzahl selbst zu vervollständigen, und bestimmt Ort und Zeit für die Zusammenkunft des nächsten Kongresses. Die Delegirten versammeln sich zur bestimmten Zeit am bestimmten Ort, ohne jede besondere Einladung. Der Generalrath kann nöthigenfalls den Ort ändern, ist aber nicht befugt, den Termin der Zusammenkunft hinauszuschieben.

4. Bei seinen jährlichen Zusammenkünften soll der Generalkongreß vom Generalrath öffentliche Rechnungslegung seiner Geschäfte erhalten. Letzterer soll in dringlichen Fällen befugt sein,

den Generalkongreß vor Ablauf des regelmäßigen Jahrestermins zusammenzuberufen.

5. Der Generalrath soll eine internationale Vermittlung zwischen den verschiedenen kooperirenden Assoziationen bilden, so, daß die Arbeiter eines jeden Landes fortwährend von den Bewegungen ihrer Klasse in den anderen Ländern unterrichtet gehalten werden, daß eine gleichzeitig und einheitlich geleitete Untersuchung der sozialen Zustände in den verschiedenen Ländern Europas veranstaltet werden kann, daß Fragen von allgemeinem Interesse, die in einer Gesellschaft angeregt worden, von Allen erörtert werden, und daß, wenn eine unmittelbar praktische Thätigkeit nöthig sein sollte, wie z. B. im Falle internationaler Streitigkeiten, eine gleichzeitige und gleichförmige Aktion der assoziirten Gesellschaften stattfindet. So oft es zeitgemäß erscheint, soll der Generalrath die Initiative zu Vorschlägen für die verschiedenen nationalen oder lokalen Gesellschaften ergreifen. Um die Verbindung zu erleichtern, soll der Generalrath periodische Berichte veröffentlichen.

6. In Anbetracht dessen, daß der Erfolg der Arbeiterbewegung in jedem Lande nur durch die Macht des Zusammenhanges und der Einigkeit gesichert werden kann, während andererseits die Nützlichkeit des internationalen Generalraths wesentlich davon abhängt, ob er es mit wenigen Mittelpunkten nationaler Arbeiter-Assoziationen oder mit einer großen Anzahl kleiner und getrennter Lokalgesellschaften zu thun hat, sollen die Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation ihre äußersten Anstrengungen darauf richten, die zusammenhängenden Arbeitergesellschaften ihrer betreffenden Länder zu nationalen, durch Zentralorgane vertretenen Körperschaften zu vereinigen. Doch versteht es sich von selbst, daß die Anwendbarkeit dieser Vorschrift von den jedem Lande eigenthümlichen Gesetzen abhängig ist, und daß, abgesehen von gesetzlichen Hindernissen, keiner unabhängigen Lokalgesellschaft verwehrt sein soll, direkt mit dem Generalrath zu korrespondiren.

7. Die verschiedenen Branchen und Sektionen sollen an den Orten ihres Domizils, und so weit ihr Einfluß reicht, die Initiative nicht allein in Bezug auf allgemeine fortschrittliche Verbesserung des öffentlichen Lebens, sondern auch in Bezug auf die Gründung von Produktiv-Assoziationen und anderen, der Arbeiterklasse nützlichen Einrichtungen ergreifen. Der Generalrath soll sie in jeder nur möglichen Weise unterstützen.

8. Jedes Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation, welches seinen Wohnsitz von einem Lande nach dem andern verlegt, soll den brüderlichen Beistand der assoziirten Arbeiter erhalten.

9. Jeder, der sich zu den Prinzipien der Internationalen Arbeiter-Assoziation bekennt und dieselben vertheidigt, ist wählbar

zum Mitglied der Assoziation. Jede Branche ist verantwortlich für die Rechtschaffenheit der Mitglieder, welche sie aufnimmt.

10. Jede Sektion oder Branche hat die Befugniß, ihren eigenen korrespondirenden Sekretär zu ernennen.

11. Die Arbeitergesellschaften, welche sich der Internationalen Arbeiter-Assoziation anschließen und sich mit dieser durch ein immerwährendes Band brüderlicher Gemeinschaft verbinden, behalten ihre besondere Organisation unangetastet bei.

12. Alles, was in den Statuten nicht vorgesehen ist, wird durch spezielle, der Revision eines jeden Kongresses unterliegende Verordnungen nachträglich ergänzt werden.

* * *

## Nürnberger Programm.

Nürnberg, September 1868.

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Uebereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.
3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

„daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder

umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft giebt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Assoziation."

* * *

## Eisenacher Programm.

Eisenach. August 1869.

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, giebt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesammtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft giebt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

III. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Ertheilung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen, wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

* * *

## Gothaer Programm.

Gotha. Mai 1875.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen*) Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrole des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

---

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

---

*) Nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde bekanntlich auf dem Kongreß zu Schloß Wyden (Schweiz) 1880 das Wort: gesetzlich gestrichen, im Uebrigen das Programm unverändert gelassen. (1894.)

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrole der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnißarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

* * *

## Genter Manifest.

Gent. September und Oktober 1877.

In Folge des allgemeinen Sozialistenkongresses, der vom 9. bis 15. September d. J. in Gent abgehalten wurde, haben die Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens eine allgemeine Union der sozialistischen Partei konstituirt und nachstehenden Pakt unterzeichnet:

„In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;

„in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbständige, mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisirt, jedes politische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;

„in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal noch national, sondern universell ist und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisation der verschiedenen Länder abhängt;

haben die Delegirten des zu Gent tagenden allgemeinen Sozialistenkongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben.

Zu diesem Zwecke wird ein Bundesbureau gebildet, welches bis zum nächsten Kongreß seinen Sitz in Gent hat, dem auch die Aufgabe überlassen wird, den nächsten Kongreß einzuberufen und zu demselben die bezüglichen Vorarbeiten zu machen.

Alle Organisationen, welche dem gegenwärtigen Pakt beigetreten sind oder beitreten werden, sind gebeten, ihre Zeitungen und sonstigen Publikationen regelmäßig dem Bundesbureau zuzusenden.

Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppirung (Organisation).

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahlagitation, öffentliche Kundgebungen zur Erlangung ökonomischer, politischer, bürgerlicher Rechte sind ebenso viele Waffen, die in den Händen unserer Feinde zu lassen eine Thorheit wäre. Weg darum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen Theil zu nehmen, müssen sie sich als politische Partei konstituiren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Vertreter zu schicken; und in den Ländern, wo die Arbeiter das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles aufbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter zwingt, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Kandidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Kandidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w., den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und das Privilegium von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos Derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos Derjenigen, die nichts produziren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schranken, welche den Weg absperren, niederwerfen und provisorische Einrichtungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht blos eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein eine lebende und reelle Sache, soll sich kümmern um die thatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der

arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Assoziationen organisiren; durch Arbeitseinstellungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt ebenso gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefsinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppirt sind, sich zusammenschließen und organisiren! Mögen die, welche blos auf ökonomischem Gebiet organisirt sind, in die politische Arena herabsteigen. Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen; und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituiren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschiren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt den Kampf um all' eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

* * *

## Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit der Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privat-Eigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemein-

schaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

# Register.


Achter Verhandlungstag 357.
Agitation, lediglich durch den Ausschuß betrieben 531.
— der Partei 368 f.
— Oeffentlichkeit der — 573.
— Zweck der 521. 525.
Agrarfrage 24. 196. 250 f. 338. 840. 359 f. 367 f. 374 f. 500. 876.
— Volksstaat über die 374 f.
Ahnert, Untersuchungsrichter 14. 143. 714.
— Denkschrift über das Aktenmaterial 112.
— Prozeßbericht 207.
Albert, Zeuge 206.
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein — an die Mitglieder des: gegen Schweitzer und für Einigung 121. 794.
— Generalversammlung in Elberfeld 29. 871.
— Stellung des — zur Kriegsanleihe 6.
— Streitigkeiten im — nach Lassalle's Tod 246.
— über die Unmöglichkeit, ihn zu reformiren 842. 871.
— Versuche, ihn gegen die Bourgeoisie auszuspielen 74.
Allgemeines Stimmrecht 26. 43. 46 f. 390. 397.
Allianzen der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien 27. 163. 399. 841.
— mit Partikularisten 27.
Altersversorgungskassen auf dem Nürnberger Verbandstage 786.
Anarchismus 41. 49. 58. 59. 315.
Anarchie und Bourgeoisie 453 f.
Anfrage des „Volksstaat" an Herrn Staatsanwalt Hofmann 640.
Anhang 741 f.
Anklagepunkte des Verweisungserkenntnisses 92. 594.
Anklageschrift der Staatsanwaltschaft 79.
Anklage, Materielle Unterlage der — 345. 501 f. 550 f. 580 f. 578 f. 583. 692.
Annexion von Elsaß-Lothringen 8. 349.
— Der Ausschuß über die — 416 f.
Antisyllabus 94.
Arbeiterausbeutung, Varlin über — 237.
Arbeiter contra Sozialdemokratie 9.
Arbeiterdemonstrationen gegen Krieg 234. 392. 415.
— gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.
Arbeiterorganisationen in Frankreich nach der Februar-Revolution 222 f.
Arbeiter und politische Macht 80. 153. 225. 541.
Arbeiterschutzgesetzgebung 40. 271. 786.
Arbeitertag in Gera 196.
Arbeiter-Union in Newyork 391.
Arbeiterverband, Auflösung des — 118. 791.
Arbeitervereine, deutsche — Stärke der — 247.
— sozialdemokratischer, in Leipzig an die Wiener Arbeiter — 387.
Arbeiterzeitungen in Frankreich nach der Februar-Revolution 223.
Arbeiterverhältnisse in England 218 f.
Arbeitseinstellungen 115. 269.
— Ansicht Varlin's über — 236.
Arbeitsertrag 114.
Arbeitszeit, Beschränkung der — 224. 270.
Armuth in England 217.
Assoziation oder Revolution? 391.
Auflösung des Arbeiterverbandes 118. 153. 791.
Aufreizung zu strafbaren Zwecken 104.
— zur Revolution 385.
Aufruf an die Parteigenossen gegen v. Schweitzer 118 f. 794 f.
— der französischen und deutschen Sektion der Internationale in New-York an ihre Genossen in Europa über den Krieg und die internationale Solidarität der Arbeiter 420 f.
— der Handarbeiter an die Kopfarbeiter 474. 884.

Aufruf, die Arbeiter vor dem Kriege zu einigen 121.
— gegen den Krieg 1866 — 234.
— gegen den Krieg 1870/71 — 7. 392. 411. 415.
— gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.
— zur Verschmelzung der drei Arbeiterparteien 841 f.
Augsburger Kongreß, Einberufung des. 841 f.
— Franz über den — 846 f.
— Bracke über den — 847 f.
— Bebels Bericht über den — 852 f.
Ausbeutung der Arbeiter, Varlin über die — 237.
— ökonomische und politische — 294.
Ausschuß, Agitation des — 531.
— Brief von Marx an den — über den Mainzer Kongreß — 325.
— Chauvinismus des — 312.
— Differenzen zwischen dem — und dem Volksstaat anläßlich des Krieges 199. 312. 568.
— Funktionen des — 158.
— Kopirbuch des — 501 f.
— Manifest über den Krieg 7. 411 f.
— Mitglieder 139.
— Projektirtes Manifest des — über die Endziele 195.
— Protokoll des — 509.
— Schriftenvertrieb des — 526.
— Stellung des — zum deutsch-französischen Kriege — 7. 411.
— Verhältniß des — zu Becker 516.
— Verhältniß des — zum Volksstaat 513. 528.
— Verhältniß des — zur Internationalen 159.
— Verhaftung des — 17.
— Verlegung des — nach Dresden 142.
— Zweck des — 141.

Babeuf's Verschwörung 44.
Bäckergesellen, Beschwerden der — nach Tremenheeres Blaubuch 220.
Bakunin, Intriguen gegen den Generalrath — 315. 567.
Bär 792.
Barmen-Elberfelder General-Versammlung 29.
Baseler Aufruf an die Kopfarbeiter 884 f.
— Beschlüsse über das Grundeigenthum 250 f. 359 f.
— Aeußerungen Ladendorf's über — 340. 500.
— über die Erbschaftsfrage 251.
— Bonhorst über die — 367 f.
Baseler Polemik über die Grundeigenthumsfrage, Artikel Greulich's im Volksstaat — 359 f.
Basel r Kongreß 5. 24. 209. 250 f. 359 f.
— Bericht über den — 240 f. 286.
Bauernagitation 348. 368. 876.
Bauern, Lage der deutschen — 369.
Bauernkriege 374.
Bauernschutz auf dem Baseler Kongreß 360.
Bauern und die Revolution 196. 286.
Bebel an Bracke über die Unterstützung der Waldenburger durch die Internationale 509.
— an den Ausschuß über die Ermäßigung der Parteisteuer 498.
— auf dem Eisenacher Verbandstag 791 f.
— auf dem Nürnberger Vereinstage 81. 541. 758.
— Auffassung der Revolution 160. 282. 303. 305.
— Auftreten gegen Schweitzer 247 f.
— Brief an Bracke, die Mitglieder der Internationale mit Protokollen des Eisenacher Kongresses zu versehen 333.
— Brief an den Ausschuß über dessen Chauvinismus 312.
— Briefe den Revolutionsfonds betreffend 205 f.
— „Erklärung", warum er keine ungehaltene Rede schreiben kann 702 f.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 639.
— Haltung zur Kriegsanleihe — 6. 197. 312. 568.
— im Reichstage für die Kommune 4.
— im Reichstage mit Abscheu behandelt 13 f.
— Lebenslauf — 77.
— -Liebknecht's Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei 82.
— Mahnung, die Kräfte nicht in Lokalvereinen zu zersplittern 375. 838 f.
— Rede auf dem Eisenacher Kongreß über das Verhältniß der Partei zur Internationale 129.
— Rede in der Plauener Versammlung 288 f. 545
— Rede über Mitgliederbeiträge 131.
— über das Braunschweiger Manifest 419 f.
— über den Augsburger Kongreß 853 f.
— über den Eisenacher Kongreß 144. 157.
— über den Revolutionsfonds 203.
— über den Staat 292 f. 295.
— über die Beziehungen der Partei zur Internationalen 136.

Bebel über die Internationale 282 f.
— über die Landagitation 716.
— über die Parteiorganisation 144. 151. 157.
— über Parteisteuern 498.
— über die Revolution 103. 160. 282. 303. 305.
— über die Taktik der Partei 121. 389.
— über Rüdt 499 f.
— über Versammlungsbesuch und Aufklärung der Arbeiter 510.
— und v. Friesen 12.
— Unsere Ziele — 88. 369. 423. 545.
— Untersuchungshaft 15.
— Verhaftung in Aussicht stehend 12f.
— verhaftet 14.
— Verhältniß zu Liebknecht 720.
— Vernehmung über den Eisenacher Kongreß 144.
— verurtheilt 19. 635.
— vor das Schwurgericht verwiesen 18 f. 97.
— Wahlsieg 1871 17.
Becker, Johann Philipp — 29.
— Aufruf an die Landbevölkerung 472. 562. 654. 876 f.
— Brief an Bonhorst 344.
— Brief (wahrscheinlich an Bonhorst) über die Republik und die Arbeiterklasse 503.
— Brief an — über das ländliche Proletariat — 348.
— Brief an — vom Ausschuß über die Schweizerische Sektion der Internationale 343.
— Brief an — vom Ausschuß über die Bildung von Kommissionen — 346.
— Brief von — an den Ausschuß hierüber 348.
— Rundschreiben zur Programmfrage 769 f.
— Verhältniß zum Ausschuß — 516.
— Vorsitzender der deutschen Sektion der Internationale 210.
Begründung der sozialdemokratischen Partei 82. 104. 118. 793.
Beeinflussung der Geschwornen 640. 641 f. (vgl. auch „Voreingenommenheit".)
Berichtigung eines Irrthums auf Seite 18 dieses Buches 153.
Berka 875.
Berliner Rede Liebknechts, Liebknecht über die — 25 f. 445 f.
— Protest gegen die Verlesung der — 437 f.
— Verlesung beschlossen 439.
— Schicksale der — 460 f.
— Verwendung der — im Prozeß 460 f. 546.
Beschränkung der Vertheidigung 278. 387. 612 f. 628.
Beslay und Genossen, Aufruf an die deutschen Arbeiter über den deutsch-französischen Krieg 408.
Bibel, Verbot des Verlesens von Zitaten aus der — 386. 429 f.
Bildungsvereine 132.
Binkert 792.
Birnbaum, Prof. 644.
Bismarck, 55 f. 72 f.
Bismarck's Blut- und Eisenregiment 48.
— deutsche Politik 364 f.
— Junkerdemagogie 49 f.
— mit Welfengeld gegründete North German Corr. 826.
— und die Sozialdemokratie 31 f. 249.
— und Generalstaatsanwalt Schwarze 644.
— Versuche, die Bourgeoisie durch den Sozialismus zu vernichten 73.
Blackburn 235.
Blanc Louis 45.
Blanqui 42.
Blaubuch, englisches, über Transportation und Zuchthauswesen, englische Agrikulturarbeiter, öffentliches Gesundheitswesen, Arbeiterlage 218 ff.
Blum, Hans, 61. 128. 162. 277. 287. 335. 356. 433. 436. 440. 460. 463. 475. 492. 504. 511.
Blum, Robert, über die Erschießung von — 372.
Bluntschli über die Revolution 710.
Bomba, Kaiser 90.
v. Bornhorst, Brief an Bracke über Radikalismus 327. 494.
— Brief an Heinzen, über das Soldatenmanifest 484.
— Brief an Liebknecht und Bebel über die Kaiserposse 334.
— Briefe an — von Liebknecht 196.
— Brief an Walster über Soldaten-Agitation 491.
— über das Konzeptbuch 529.
— über die Baseler Beschlüsse 367 f.
— über die gewaltsame Resolution 531.
— über Militäragitation 530.
— verhaftet 7.
— Verhältniß zu Bracke 517.
— Zeugenvernehmung 195. 527 f.
— zwei Briefkonzepte an Marx — 471.
Bourgeois-Sozialismus 190.
Bourgeoisie und Anarchie 453 f.
— und Demokratie 115.
Bourgeois und Proletarier 167.
Bourgeoisie, Versuche, sie durch den Sozialismus zu vernichten 83.

Bracke 121. 576. 792. 797.
— an Bonhorst 494.
— an Geib über die Pariser Revolution 501.
— Besprechung des Aufrufes zur Abhaltung eines Arbeiterkongresses in Augsburg 385. 847 f.
— Briefe an — von Liebknecht 195.
— Rede auf dem Eisenacher Kongreß 153.
— über das Verhältniß zur Internationale 514 f.
— über Mitgliederbeiträge.
— verhaftet 1870 7.
— Verhältniß zu Bornhorst 517.
Bracke, Zeuge 195. 513 ff.
Braunschweiger Hochverraths-Prozeß 17 f.
— Berichtigung des Urtheils 153.
— Erkenntniß des Wolfenbütteler Obergerichts — 532.
— Manifest über den Krieg 411 f.
Braß, August 72. f.
Bremer, Julius, 121. 767.
Brentano, Anschuldigung wegen angeblicher Zitatenfälschung Marx' 220.
Briefkonzepte als Anklagematerial 335 f. 344. 346. 471. 501. 529.
— Bonhorst über die — 529.
Bronnemann 792.
Bruhin, Eröffnungsrede des Baseler Kongresses — 240 f.
Bruhn 336. 339.
Brüsseler Kongreß 55. 209.
— „Internationale" 249.
Buchez und Roux über die Revolution 673 f.
Bündnisse mit bürgerlichen Parteien 27 f. 163. 399.
Bürger 792.
Bürgerministerium in Oesterreich 387.
Bürgerliche Demokratie und Sozialismus 21 f. 163. 196. 797 f.
Bürgerliche Freiheit u. Sozialismus 48.
Bürgerliche Parteien, Gesetzgebung der — 23.
Bürgerthum, Servilismus des — 334.
Büttner 783 f.

Cäsarismus 393.
— Ursachen des — 871.
— oder Sozialdemokratie 371.
Cabet 45.
Castelar's Rede wider die Monarchie 508. 887 f.
Chartistenbewegung 58. 223.
Chauvinismus contra Sozialdemokratie 9 f.
Chauvinismus des deutschen Bürgerthums 364 f. 395.
— Französischer — 416.
— Gegen den — 410.
— in der Partei 7. 127 f. 312. 411.
Chemnitzer Programm 145. 721. 909.
Chiffreschrift 287.
Coalition aller staatserhaltenden Parteien 51.
Coldiz 792.
Commune 42.
— Pariser — gegen den Sozialismus ausgenutzt — 3 f. 42.
— Solidaritätserklärung der Sozialdemokratie mit der — 86.
— vor dem Reichstage 4.
Communismus und oppositionelle Parteien 193.
— Stellung der Parteien zum — 195.
— wie er sich im Gehirn der Gießener Polizei spiegelt 64 f.
Communistenbund 71 f. 135.
Communistenprozeß, Enthüllungen über den — 135. 551.
Communisten und Proletarier 177.
— wachsender Einfluß der — 340.
Communistisches Manifest 71. 166 f.
— nicht Grundlage des Eisenacher Programmes 144.
Communistische Verschwörungen des XIX. Jahrhunderts von Wermuth u. Stieber 66 f. 583.
Compromisse mit bürgerlichen Parteien 27. 163. 399. 841 f.
— mit Partikularisten 27.
Confidentielle Mittheilungen der Internationale 315. 316 f. 540. 567.
Cooperation, la — 287.
Copirbuch des Ausschusses 335 f. 344. 346. 471. 501 f. 529. 573 f. 655.

Demmler 792.
Demokratie und Sozialismus 21 f. 163. 196. 797 f.
Demokratische Gleichheit in der Partei 37.
Demokratischer Staat 83. 115.
Demokratisches Wochenblatt 53. 82. 83.
— Aufruf an die Kopfarbeiter 474. 884.
Demokratische Ziele und die deutschen Arbeiter 21. 163. 196. 797 f.
Demonstration, Aufforderung des Braunschweiger Ausschusses zur — gegen die Fortführung des deutsch-französischen Krieges 415.
Demonstrationen der französischen Arbeiter gegen Krieg 234.
— Friedliche — gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 418.

Denkschrift über das Aktenmaterial von Ahnert 112.
Denunziation, angebliche — Liebknecht's im Kölner Communistenprozeß 134.
Deutscher Arbeiterverein in Zürich 68.
Deutsche Arbeitervereine der Schweiz, Generalversamml. in Neuenburg 81.
Deutsche Revolution 57.
Deutscher oder wahrer Sozialismus 188.
Deutsch-französischer Krieg 3. 7. 272. 392. 395. 408. 411. 415. 420.
— Wirkung auf die Sozialdemokratie 7. f. 127. 312. 411.
Dezemberbande 420.
Die Fahn' empor, die Fahn' voran 387.
Differenzen zwischen Liebknecht, Bebel und dem Ausschusse in der Kriegsfrage 199. 312. 568.
Diktatur des Proletariats 360.
— und Reform 246. 253.
Disziplin der Partei 37.
Diskussion zwischen Angeklagten und Präsidenten über Bauern und Sozialismus 368.
Dittmar 197.
Dresden wird Sitz der Parteileitung 7.
Dreizehnter Verhandlungstag 634.
Dritter Verhandlungstag 157.

Eccarius 212.
— über das Erbrecht 252.
Egalité in Genf 315.
Ehlers 797.
Eichhoff's Broschüre über die Internationale 209. 216 ff. 566.
Einigungsversuche vor dem Kriege 121. 794.
Einigung, Aufruf zur — an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 794.
Einkommen- und Grundsteuer in England 217. 221.
Einnahmen der Partei 131. 142.
Einzelmitglieder d. Internationalen 136.
Eisenacher, befehdet von Lassalleanern 10 f. 28 f.
Eisenacher Kongreß 30. 82. 118. 153. 791.
— Korrespondenz aus Amerika über den — 510.
— Einladung zum — 124 f.
— polizeiliche Anmeldung 145.
— preußische Polizeikommissäre als Zuhörer 145.
— von v. Schweitzer bekämpft, 248 f.
— Partei 5.
— Programm 53. 137.
— Bebel, Verfasser — 144.
— nach dem Muster des Programms der Volkspartei 144.
Eisenacher Programm, Bracke über das — 522.
— Spier über das — 525. 527.
— Protokoll 128 f. 791 f.
Eisenacher, Stellung der — zur Kriegsanleihe — 5 f.
Eisenacher Verbandstag 30. 82. 118. 153. 791 f.
— Bebel, Eröffnung 791.
— Geschäftsbericht 792.
— Stellung des Verbandes zur sozialdemokratischen Partei 793 f.
Elberfelder Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 29. 871.
Elfter Verhandlungstag 492 f.
Ellner 402. 797.
Elsaß-Lothringen, Annexion v. — 8. 340.
— Der Ausschluß über die Annexion von — 416 f.
Emanzipation der Arbeiter 80.
— der Arbeit nicht Werk einer Minderheit 43.
— der Frau 39.
Emser Depesche 5. 56.
Endziele der Partei 114. 143. 156. 259 f. 353. 521; vergl. auch Prinzipien und Taktik.
Engels 29. 71. 212.
— Brief an den Ausschuß über die Machenschaften der preußischen Polizei 326.
— In Sachen Brentano contra Marx 220.
England, Armuth in — 217.
Englischer Sozialismus 46.
Entscheid d. Oberappellationsgerichts 99.
Entscheidungsgründe für die Verurtheilung 637 f.
— in der Untersuchungssache 100.
Entstehungsgeschichte des Prozesses 464.
Entthronung der Fürsten 366 f.
Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse 524.
Entwicklung, organische — 24 f.
Entwicklungsgesetz und Sozialdemokratie 35. 59 f.
Erbschaftsfrage, Stellung des Baseler Kongresses zur — 25 f. 251.
Erfurter Programm 54.
Erhebung der Anklage 18. 79. 92.
Ernstes und unterirdisches Handeln 317. 319.
Erster Verhandlungstag 61.
Erzieherischer Einfluß der Sozialdemokratie 39.
Europäischer Soldat an seine Mitsoldaten 474. 476 f. 491. 519.
Exner 99.
Expropriation, Gewaltsame — 522 f.

Fahnenweihe des Grazer Arbeiterbildungsvereins 380 f.
Familie und Sozialdemokratie 39.
Faucher 453.
Februar-Revolution 43. 195.
Feierabend 775.
Felleisen, Das — 81. 82. 342.
— -Artikel über „Unsere Grundsätze" 353.
— Empfehlungs-Annonzen 431.
— Nichtigkeitsbeschwerde wegen Vorlesung von drei Artikeln aus dem — 492.
— Parteiorgan 355.
Fenier 235.
Feudale Sozialismus, Der — 185.
Finanzielle Opfer zur Agitation 138.
Föderativ-Republik 286.
Forderungen des Proletariats 404.
— des Volkes im Augenblick der Revolution 207. 310 f. 552.
— nächste — der Sozialdemokratie 554.
Forst, Schweizerische Prügelszenen in 326.
Försterling 443.
Fortschritt der Nation, Gladstones, Exklamationen über den — 220.
Fortschritte der Sozialdemokratie 47. 53 f. 58 f. 868 f.
Fourier 45.
Frankfurter Beobachter über den Prozeß 161. 162.
Französisch-russische Allianz als Konsequenz der Annexion von Elsaß-Lothringen 417.
Französischer Chauvinismus 416.
Französischer Sozialismus 44.
Französische und die deutsche Sektion der Internationale in New-York über den Krieg 420 f.
Französische Revolution 44.
Freie Persönlichkeit 36.
Freiheit, Individuelle — 114.
Freiligrath 86. 434 f.
Friedensliga 286. 344.
Friedens- und Freiheitsliga, Manifest der — 392. 857.
v. Friesen 644.
— und Bebel 12.
Fritzsche 340.
Führer der Partei u. Bevormundung 16.
Fünfter Verhandlungstag 281 f.
Fürsten als Rebellen 373.
Fürsten, Entthronung der — 386 f.

Garibaldi 56.
Gauverbände 87. 132. 144. 158. 375.
Gehälter der Angestellten des Volksstaat 357.
Geheim-Organisation 317. 319.
Geib 141.
— Ansprache an den Eisenacher Kongreß 155.
— Brief an — vom Ausschuß 343.
— Liebknecht über Rede von — 155.
— Schlußwort des Eisenacher Kongresses — 136.
— über die Taktik und die Organisation 379.
— verhaftet 7.
Geistiger Kampf 34 f. 40 f. 261.
Geldnoth der Partei 331.
Gemeindevertretung und Sozialdemokratie 31.
Generalrath der Internationalen 209. 212. 216.
— Aufforderung zur Anfertigung eines statistischen Berichts über die Arbeiterlage 509. 908.
— Instruktion für die provisorischen Delegirten des — 229 f.
— konfidentielle Mittheilungen des 315.
— Politische Thätigkeit des — 233. 272.
— Proklamation des — über Arbeiterverhaftungen in Frankreich 275.
— Proklamation des — gegen geheime Verbindungen 283.
— Programm des — 509. 907 f.
— Protest des — gegen Hinrichtung der Fenier 235.
— Stellung des — zum deutsch-französischen Kriege — 7. 272 f. 395 f. 408 f. 420 f.
Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Elberfeld 29.
— der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in Neuenburg 81.
Genfer Kongreß 80. 209.
— Beschluß des — über den Generalrath 229.
Genossenschaftswesen und der Staat von Karl Hirsch 165. 807.
Genter Manifest 919.
Geraer Verbandstag 196.
Gerichtshof, Zusammensetzung des — 62.
Germann, über Wanderunterstützung auf dem Nürnberger Verbandstag 787.
Geschworner Börner 308.
— Steiger 466. 634. 636. 643.
— Wahrspruch der — 634.
— zur Charakteristik der — 642 f.
Gesellschaft und Staat 156. 268. 292 f 295.
Gesetzen, Stellung der Partei zu den — 146.
Gesetzliche Aktionen 255.

Digitized by Google

Gesetzesverletzung — Gesetzesumgehung 140.
Gessing, Professor, Zeichenrektor 301.
Gewaltaktion 41. 49 f. 59. 121 f. 148. 376. 427 f. 520 f. 531. 544. 556. 584. 667.
Gewerkschaftsfrage 24.
— Ueber die — auf dem Nürnberger Verbandstage — 786.
Geyer 792.
Gießener Polizei über Liebknecht 64 f.
Giskra, Mißtrauensvotum gegen — 387.
— über Mühlwasser und die Polizei 150.
Gladstone's Zitat über Vermehrung von Reichthum und Macht 220.
Gögg, Amand 200.
— über den Revolutionsfonds 819 f.
Goehre, Brief an Liebknecht (Soldatenagitation) 485.
Goldheim, Stieber's Famulus 145.
Gothaer Programm 53.
Gotteslästerung, Anklage wegen — an das Bezirksgericht verwiesen 95. 99. 102.
Gralle, verhaftet 7.
GrazerArbeiterbildungsverein,Fahnenweihe 380 f.
Grazer Tagespost 164. 473.
Grenzboten, Hetzereien 61.
Greulich 792.
— Artikel im Volksstaat: „Zur Heulmeierei gegen den Baseler Kongreß" 359 f.
— für das Programm, Selbst- und Staatshilfe, auf dem Nürnberger Verbandstage 777.
Grund- und Bodenfrage 24. 196. 250 f. 338. 340. 359 f. 367 f. 374. 500.
— Stellung des Baseler Kongresses zur 250 f.
— Stellung d. Sozialdemokratie zur 252.
— auf dem Baseler Kongreß und dem Trades-Unions-Kongreß in Birmingham 359 f.
— Volksstaat über die — 374 f.
Grund- und Einkommensteuer in England 217. 220.
Gründung der sozialdemokratischen Partei 82. 104. 118. 703.
Gründung revolutionärer Arbeitervereine 105. 561.

Hadlich 792.
Hamburger Kontrollkommission 7. 141. 159.
Hartung 875.
Haß, gegen Sozialdemokratie 13.
Hatzfeld, Gräfin 119.
Heinzen, Karl 106. 336. 339.
— Brief an Bonhorst 484.
— Ein europäischer Soldat an seine Mitsoldaten (Soldatenkatechismus) 475. 519. 563.
— Verhältniß zur Partei 487.
— Wer und was ist das Volk 497. 530.
Hentze 202.
Hepner an den Ausschuß über die Aufgaben des „Volksstaat" 503 f.
— die politische Demimonde 79.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 640 f.
— freigesprochen 19. 634.
— Lebenslauf 78.
— „Mein Verhältniß z. Prozeß"723 f.
— Mitredakteur des „Volksstaat" 13.
— Protest, sich zu vertheidigen 388.
— über Redaktionelles und die Agitation 607.
— über seinen Protest gegen Beschränkung der Vertheidigungsfreiheit 428 f.
— Untersuchungshaft 15.
— verhaftet 14.
— Vernehmung über den Eisenacher Kongreß 145.
— vor das Schwurgericht verwiesen 18. 97.
— wünscht Zitate aus der Bibel zu verlesen 386. 429.
Herwegh 434 f.
— Zug 69.
Heß, Moritz, Biographisches — 742.
— über die soziale Revolution 110. 404. f. 742 f.
Hilfsmittel, theoretische — der Internationale 269 f.
Hillmann, Hugo 134.
Hirsch, Karl 499.
— an den Ausschuß über das Manifest 467 f.
— Der Staat und das Genossenschaftswesen 165. 807 f.
— gegen Bildungsvereine, für das Programm, auf dem Nürnberger Verbandstage 776.
— Dr. Max, Zeuge 206.
— Redner gegen Bebel in Plauen 298.
Hochberger 776.
Hochverraths, juristische Seite des — 79. 548. 553. 578 f. 678 f.
Hochverrätherische Umtriebe, — angebliche des Kommunistenbundes 135.
Hochverrath, Vorbereitung zum — 17. 89. 93. 100. 104. 548. 570 f. 584.
Hochverraths-Prozeß — ein Tendenzprozeß 5. 580 f. 656. 658.
Hoffmann, Dr., — Zeugenverhör 117. 304. 587.



Digitized by Google

Hoffmann, Genosse — 797.
— Staatsanwalt — 91.
v. Hoffstetten 248.
Höra, Vorsitzender — (in der Plauener Versammlung) 288.
— Zeuge — 206.
— Zeugenverhör — 306.
Hubertusburg 19.

Inauguraladresse von K. Marx 217. 540.
— Liebknecht über die — 258.
Industrie- und Agrikulturarbeiter, Volksstaat über die — 373 f.
Instruktion für die Delegirten des provisorischen Generalrathes 229.
Intellektueller und moralischer Zusammenbruch 51 f.
Internationale Arbeiter-Assoziation 80.
— Arbeiterschutz, Stellung zum — 270 f.
— Aufforderung zu Arbeiterdemonstrationen gegen die Kriegspartei (1866) 234.
— Bebel über die — 282 f.
— Beschuldigung der — angehört zu haben 106.
— Brief der — an den Stuttgarter Kongreß über Militarismus und Landagitation 347.
— Confidentionelle Mittheilungen 315 f.
— Eichhoff's Schrift über die — 209 f.
— Finanzielle Verhältnisse der — 339.
— Internationale Hilfsmittel der — 269.
— Instruktion für die Delegirten des provisorischen Generalrathes 229.
— Liebknecht über die Organisation der — 263.
— Liebknecht über die Statuten der — 263.
— Londoner Delegirten-Conferenz 435. 861 f.
— Mitgliedskarte der — 314.
— Organisation der — 209. 213 f. 226 f. 268 f.
— Politische Thätigkeit der — 233.
— Privatkonferenz von Mitgliedern der — 336.
— Programm der — 114. 509.
— Schwierigkeiten, mit denen die — zu kämpfen hatte 216.
— Statuten der — 226 f. 263.
— statistische Untersuchungen, als Aufgaben der — 270.
— Stellung der — zum deutsch-französischen Kriege 7. 272 f. 395 f. 408 f. 420 f.
— Stellung der — zur irischen Frage 317
— Stiftung der — 216. 540.
— Taktik 317. 319. 540.
— theoretische Hilfsmittel der — 269 f.
Internationale Unterstützung der Arbeiterkämpfe 269. 509.
— Verhältniß der Partei zur — 107. 116. 120. 129 f. 136. 159. 210 f. 253. 285. 317 f. 322. 327. 328. 330. 332. 333. 336. 338. 342. 344. 352. 514 f. 528. 546. 564 f. 760 f.
— Verhältniß der — zu den Vereinsgesetzen 285.
— verschiedene Strömungen in der — 212.
— Oberleitung der — 518. 526.
— Zweck der — 276. 565.
Internationalität der Arbeiter 285.
— des proletarischen Kampfes 260 f.
Irische Frage, Stellung des Generalrathes zur — 317.
Jakoby, Johann, über den Klassenkampf 400 f.
— über den Prozeß 21.
— verhaftet 7.
— Betrittserklärung zur sozialdemokratischen Partei 21.
Jessing, Professor 117.
Julirevolution 57.
Junischlacht 42. 370.
Jung 212.

K. siehe auch C.
Kaiser Bomba 90.
Kaiserposse, Liebknecht über die — 334. 502. 576.
Kampfesweise der Sozialdemokratie 34 f. 40 f. 261.
Kampf gegen Sozialdemokratie 31 f.
Kampf, proletarischer — 260 f.
Kapitalismus, Konsequenzen des — 114.
Kapitalismus und Sozialdemokratie 35.
Kapital und Arbeit 114.
Kartätschen-Prinz 90.
Kassenbericht der Partei 508.
Klees 797.
Kinderarbeit, Abschaffung der — als Ziel der Internationale 271.
Kinkel, Gottfried 132.
Kinkel's Revolutionsfond 201.
— Revolutionsmacherei 202.
Kirbach, Advokat, Zeugenverhör 307. 558.
Kirchner 775.
Klassengegensätze in England 217 f.
Klassenherrschaft, Abschaffung der — 264.
Klassenkampf 217. 384.
— Jacoby über den — 400 f.
— Liebknecht über den — 701.
Klassenstaat der Bourgeoisie 156. 292 f. 295
Kleinbürgerlicher Sozialismus 186.
Kneschke, Polizeikommissar 117.

Koalitionsfreiheit 115.
Kohlrausch 792.
Kölz 792.
Kommunismus (siehe unter C.)
Kongresse (siehe Arbeitertag, Generalversammlung, Verbandstag, Vereinstag).
— Augsburg 384 f. 841 f. 847 f. 852 f.
— Barmen-Elberfeld 29.
— Basel 5. 24. 209. 239 f. 245 f. 250 f. 340.
— Brüssel 55. 209.
— Eisenach 30. 82. 118. 124 f. 145 f. 791.
— Genf 80. 209. 229.
— Gera 196.
— Gotha 53.
— Lausanne 208. 286.
— London 435. 861.
— Mainz 211.
— Murten 71.
— Neuenburg 81.
— Nürnberg 80. 81. 113. 116. 118. 152. 758 f.
— Paris 55.
— Stuttgart 5. 158. 256. 325. 347. 396. 469.
— Zürich 55.
v. König 99.
König von Hannover als angeblicher Geldmann der Partei 132.
Königthum, soziales — 58.
Konservativer oder Bourgeois-Sozialismus 190.
Kontrollkommission 7. 141. 159.
Konceptbuch 335 f. 344. 346. 471. 501 f. 529.
Kopfarbeiter, Aufruf an die — 474. 881 f.
Kooperativbewegung 165. 224.
Kossuthfonds 201.
Kraft 792.
Kramlinger 872.
Krebs 788.
Krieg, Aufruf, die Arbeiter vor dem . . . — zu einigen 121.
— Aufruf Beslay's und französischen Genossen 408 f.
— französische und deutsche Sektion der Internationale in New-York 420 f.
— Braunschweiger Manifest über den — 7. 393. 411 f. 859.
— Kundgebungen gegen den — 234. 392 f. 415.
— Partei während des — 197 f.
— Volksstaat über den deutsch-französischen — 409.
— Artikel des Vorboten „Zur Lage" über den — 350. 832.
— Artikel des Vorboten „Zur Tagesfrage" über den — 349. 825.
Kriegsanleihe, Stellung der Sozialdemokratie zur — 5 f. 197. 339. 411.
Kriegsfrage und die Partei 336.
Krieges, Verhinderung des — durch die Internationale 272 f.
Krise in der Partei infolge des Krieges 8.
Kritisch-utopischer Sozialismus 191.
Kronzeuge Henke 202.
Kühn, verhaftet 7.
Kundgebungen gegen den Krieg 234. 392 f. 415.

Ladendorf, Dr. 84. 124. 125. 132. 200. 552. 659
— Erklärung über den Revolutionsfonds 200. 819 f.
— Liebknecht's Urtheil über — 511.
— Personalien 202.
— über das Grundeigenthum 340.
— über die Baseler Beschlüsse 500.
— über die revolutionäre Aktion 342. 542.
— und die Sozialdemokratie 27.
— Verhältniß zu den Angeklagten 343. 515.
Lage, Zur — Artikel des Vorboten über den Krieg 1870 71. 350. 832.
Landagitation 348. 368. 373. 470. 473 f. 544. 562. 654.
— Zentralkomitee der Internationalen über — 347.
Landfrage 24. 196. 250 f. 338. 340. 359 f. 367 f. 374. 500. 562. 876.
Ländliche Arbeiterbevölkerung, Manifest an die — 472. 562. 876.
Landtage und Sozialdemokratie 31.
Lassalle 42. 48. 74. 541.
Lassalleaner gegen Eisenacher 10. 28.
Lassalleanische Arbeiterpartei 384 f. 841 f.
— Aufruf zum Augsburger Kongreß 841 f.
— Einigungsprogramm 845.
Lassalle's Agitation 32. 245. 541.
— Auffassung über die Revolution 108.
Lausanner Kongreß 209.
— Liebknecht über den — 286.
Leipziger Tageblatt hetzt gegen Volksstaat 10.
— Hetzereien 61.
— über die Plünderung von Luxusgegenständen 351.
Leipziger Zeitung 542.
Liebknecht, angeblich denunziatorischer Brief — 134 f.
— Auswanderungsplan 502.
— Ausweisung aus Berlin 29. 75.
— -Bebel's Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei 82.
— Berichtigung einer Preßmeldung 208.

Liebknecht. Bericht über Deutschland auf dem Baseler Kongreß 245 f.
— Berliner Rede, Protest gegen Verlesung — 436 f.
— Berliner Rede, Verlesung beschlossen 439.
— Berliner Rede — Schicksale von — 460 f.
— Berliner Rede, über die — 25. 445 f. 546.
— Brief an Bonhorst, Aufforderung, daß Marx gegen Schweitzer auftritt 330.
— Briefe an Bracke und v. Bonhorst 195 f.
— Brief an den Ausschuß wegen des Mainzer Kongresses 330.
— Brief an die Morning Post 707.
— Brief von Raspe 352.
— büßt 1871 sein Mandat ein 16.
— Zitate aus Dante 647 f.
— Delegirter in Basel 198. 212.
— Differenz mit dem Ausschuß 199. 312. 339. 568.
— Erklärung zu dem Wahrspruch 639.
— im Reichstage mit Abscheu behandelt 13 f.
— in Nürnberg 81. 778 f. 788.
— für das Programm 778 f.
— Kölner Kommunistenprozeß 67.
— Lebenslauf 67.
— Personalien 62.
— Polizeischikanen 74.
— polizeiliches Leumundszeugniß 63 f. 657.
— Redakteur der Nordd. Allgemeinen Zeitung 72.
— Redakteur des Demokratisch-Wochenblattes 82.
— Republikaner 367. 541.
— sozialistische Propaganda in der Schweiz 70 f.
— Stellung zu den Gesetzen 146.
— Stellung zu den Lassalleanern 28 f.
— Stellung zur Grund- und Bodenfrage 250 f. 654 f.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6. 197.
— Stellung zur Revolution 372. 107 f. 661. 667 f.
— über Allianzen und Kompromisse mit bürgerlichen Parteien 309.
— über Bebel's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 149.
— über Bracke's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 135.
— über das Braunschweiger Manifest 419.
— über das Kommunistische Manifest 195. 207.
Liebknecht über das Flugblatt „Forderungen des Volkes im Augenblick der Revolution 311. 646.
— das monarchische Prinzip 667.
— über den Ausschuß 651 f.
— über den Baseler Kongreßbericht 257.
— über den Eisenacher Kongreß 147.
— über den Klassenkampf 701 f.
— über den Revolutionsfonds 201.
— über den Sozialismus 694 f.
— über den Staat 156. 268. 686.
— über den Straßenkampf 148. 652. 683.
— über die Agitation Lassalle's 245.
— über die Baseler Beschlüsse 185.
— über die Bezeichnung „republikanische Partei", in Eisenach 131.
— über die Friedensliga 286.
— über die Inauguraladresse 250.
— über die Kaiserposse 502. 576.
— über die „Konfidentiellen Mittheilungen 318.
— über die Organisation der Internationale 263.
— über die politische Stellung der Partei auf dem Stuttgarter Kongreß 396.
— über die Statuten der Internationale 263.
— über die Taktik und die Prinzipien der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 142 f. 146 f. 156. 264. 388. 652 f. 664.
— über die Vorrede zu Marx' Kapital 322 f.
— über die Wehrfrage 788.
— über die Ziele des Sozialismus 259 f.
— über Heinzens Soldaten-Katechismus 485 f. 646.
— über Ladendorf und die Republik 511.
— über Mühlwasser's Rede auf dem Eisenacher Kongreß 149.
— über v. Schweitzer 246.
— Zeidlers Correspondenz 651. 704.
— ungehaltene Rede 645 f.
— Unkenntniß der Statuten der Internationale 325.
— Untersuchungshaft 15.
— Verhaftung in Aussicht stehend 12 f.
— verhaftet 14.
— Verhältniß zu Ladendorf 348.
— Verhältniß zu Marx 107. 213.
— Vernehmung über Eisenacher Kongreß 139 f.
— Versuche Bismarck'scher Agenten, ihn zu kaufen 73.
— verurtheilt 19. 636.
— verurtheilt wegen Erregung von Haß und Verachtung 436.
— verurtheilt wegen Bannbruch 75.

Liebknecht vor das Schwurgericht verwiesen 18. 97.
— während der deutschen Revolution 69 f.
— Wiener Rede 436. 868.
— Wohnung von Lassalleanern demolirt 11.
Lokalorganisationen 87. 132. 144. 158. 375 f. 838 f.
Lokalvereine in Verbindung mit dem Ausschuß 149 f.
— Zahl der Mitglieder 471.
— Warnung vor Zersplitterung in — 375 f.
Londoner Delegirten-Conferenz der Internationale 435. 861 f.
Lorenz 792.
Lötzener Kettenaffaire 7. 17.
Löwenstein 792.
— Rede auf dem Nürnberger Kongreß 152 f.
— über das Programm 768.
Luber 517.
Lüdecke 517. 529. 797.

Macaulay über die Revolution 674.
Mahnung, eine, an die Partei von Bebel 838 f.
Mainzer Kongreß, Berufung des — 211.
— und die Internationale 325.
— Versuche der Polizei ihn unmöglich zu machen 326.
Majestätsbeleidigung, Anklage wegen — an das Bezirksgericht verwiesen — 95. 99. 102.
Malech 792.
Mammonismus 35. 56. 114.
Manifest an die ländliche Arbeiterbevölkerung 472. 876.
— Genter 919.
— Kommunistisches — 166 f.
— Liebknecht über das — 195. 207.
— projektirtes — des Ausschusses über die Endziele 195.
Mannsfeld, Gerichtsrath 113.
St. Martins Hall, Meting in der — 216.
Marx, Karl 29. 42. 71. 83. 212. 540.
Marx' angebliche Zitatenfälschung 220.
— Auffassung über die Revolution 319 f.
— Brief von — an den Ausschuß über den Mainzer Kongreß — 325.
— 3 Briefe an den Ausschuß 336 f.
— über die Berichte der nationalen Komitees 337.
— über das Verhältniß von Heinzen-Bruhn zur Partei 339.
Marx über das Manifest des General-rath 6. 337.
— Generalrath der Internationale 319.
— „Herr Vogt" 202.
— Ladendorf über die Privilegien von — 340.
— Oberleitung der Partei 547. 569.
— Verhältniß zu Liebknecht 107. 213.
März-Revolution 57.
Massendemonstrationen 234.
Mazzini 218.
Mende 119. 121. 443.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6.
Mendel 792.
Mentana, Wunder von — 56.
Metzner 792.
Militär-Agitation 476 f. 485. 541. 562.
— Beschuldigung — getrieben zu haben 105.
— Bonhorst über — 530.
Militarismus, Bebel über den — 293. 295 f.
— Die Internationale über den — 420 f.
— Ein europäischer Soldat an seine Mitsoldaten 475.
— Ueber den — auf dem Nürnberger Verbandstage 788.
— Zentralkomitee der Internationale über — 347.
— Soldaten-Katechismus 105. 474. 476. 491.
Ministerwechsel in Oesterreich 15.
Mitgliederbeiträge, Debatte über — in Eisenach 131. 498.
Mitgliedskarte der Internationale 314.
Mitteldeutsche Volkszeitung 75.
Monarchie und Republik nach Auffassung des Staatsanwalts 79. 543.
Monarchie und Volk 377.
Moralischer und intellektueller Zusammenbruch 51. 59 f.
Morning Post, Brief Liebknecht's an die — 707.
Mosig 792.
Most 255.
Motteler 792.
v. Mücke, Ritter, Präsident des Gerichtshofes — 277.
Mühlwasser's Auftreten in Eisenach 130.
— in Wien 873.
— Kritik über die Rede — durch Liebknecht — 149.
— agent provocateur 150. 151.
— Protest gegen Liebknecht 472.
Müller, Appellationsgerichtsrath 642.
Murat über das Erbrecht 253.
Murten, Kongreß von — 71.

Digitized by Google

Nächste Forderungen der Partei 143.
Napoleon Bonaparte 90. 415. 420.
Nauwerk 202.
Neu 702.
Neuenburg, Generalversammlung der deutschen Arbeitervereine der Schweiz in — 81.
Neue Aera in Oesterreich, Verfolgung der Sozialdemokratie unter der — 358 f.
Nemayer 152.
Neunter Verhandlungstag 407.
Nichtigkeitsbeschwerde gegen den Wahrspruch 492. 634.
Nimtzick 874.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Liebknecht, Redakteur der — 72.
— ausländische Korrespondenzen der — 507.
North German Korrespondenz 326.
Nothjung 135.
Nürnberger Programm 81.
Nürnberger Vereinstag 30. 81. 113. 116. 118. 758.
— Annahme des Programms 782.
— Bebel's Eröffnungsrede 541. 768.
— Becker's, Ph., Rundschreiben 769 f.
— Bütter-Genf zur Programmfrage, Aussprache 783 f.
— Debatte über die Tagesordnung 759 f.
— Feierabend 775.
— Germann über Wanderunterstützung 787.
— Greulich für das Programm (Selbst- und Staatshilfe) 777.
— Hirsch, Karl, gegen Bildungsvereine, für das Programm 776.
— Hochberger gegen die Internationale 776.
— Kirchner für das Programm 775.
— Krebs gegen das Programm 778.
— Liebknecht für das Programm 778 f.
— Liebknecht über die Wehrfrage 788.
— Löwenstein Fürth, für das Programm 152 f. 768.
— Pfeiffer gegen das Programm 778.
— Protest 789 f.
— Protestkommission 785.
— Protokoll vom — 758 f.
— Rögner gegen das Programm 777.
— Schweichel über indirekte Steuern 787.
— Schweichel zur Programmfrage 760 f.
— Schulze-Hamburg gegen das Programm 776.
— Sonnemann über Altersversorgungskassen 786.
— Sonnemann über die Gewerkschaftsfrage 786.
Nürnberger Vereinstag, Suttmann's Amendements 769 f.
— Text des Programms 782 f.
— Thorade, Ablehnung des Programms 775.
— Wahlteich für die Internationale 765.
— Venedey's Antrag zum Programm 769. f.

Oberappellationsgericht, Entscheidung des — 99.
Oberleitung, internationale — der Partei 518. 547.
Obermüller, von Studenten eine Katzenmusik gebracht 10.
Oberwinder 30. 125.
Oeffentlichkeit der Propaganda 540. 653 f.
Oekonomische und politische Ausbeutung 237. 294.
Opfer, finanzielle — für Agitation 133.
Organisation der Arbeiter in Frankreich nach der Februar-Revolution 22 f.
— der Internationale 209. 213. 226 f. 268 f.
— der Partei 82. 139. 144. 157 f. 580 f. Vergl. auch Taktik.
— der Partei, entsprechend dem Vereinsgesetz 255 f.
— und Revolution 112. 253 f.
— und Taktik, Geib über — 379.
Organische Entwicklung 24 f.
Oesterreichische Arbeitervereine, Theilnahme der — am Eisenacher Kongreß 82.
— Sozialdemokratie, Verfolgung der — unter der „neuen Aera" 358 f.
Oesterreichisches Ministerium, Mißtrauensvotum gegen das — 387.
— Ministerwechsel 15.
Owen, Robert 224.

Pantheonsversammlung in Leipzig 119.
Papstthum, Soziales — 58.
Pariser Kongreß 55.
Parlamentarismus s. Liebknecht's Berliner Rede.
Partei, Stellung der — anläßlich der Kriegsfrage 336.
— Anmeldung der — 146. 517.
Parteibeiträge 131. 142.
— Ermäßigung der — 498.
Partei, Die — während des Krieges — 197 f.
Parteieinnahmen 142.
Parteigründung 82.
Parteikrise in Folge des Krieges 8.
Partei ohne Führer 16.
— polizeilich in Eisenach angem. 146.

Digitized by Google

Partei, Subvention der — aus dem Züricher Revolutionsfonds — 200 f.
— unter dem Kriegsrecht 141 f.
— Verhältniß zur Internationale 107. 116. 120. 129 f. 136. 156. 210 f. 253. 285. 317. 322. 327. 328. 330. 332. 333. 336. 338. 342. 344. 352.
— Zweck der — 521. 525.
Partikularismus in Sachsen 27. 123.
Pauperismus in England 217.
Pfeiffer, Dr. 778.
Plaidoyers 539 f.
— des Staatsanwalts 539 f.
— des Vertheidigers Freytag I. 550 f.
— des Vertheidigers Freitag II. 577 f.
Plauener Versamml. Bebel's 288. 545.
Plebiszit vom 8. Mai 1870. 398.
Plünderungen, Das Leipziger Tageblatt über — 351.
Politische Aktion des Proletariats 264.
— Ladendorf über die — 342.
Politische Aufklärung der Arbeiter 133. 154.
Politische Bilanz des Prozesses 19 f.
Politische Demimonde, Die — von A. Hepner — 79.
Politischer Kampf der Partei 389.
Politische Lage, Der Vorbote über die — 350. 832.
Politische Macht 80. 153.
— Eroberung der — durch die Arbeiter 225. 556.
Politische Prozesse 3.
Politische Revolution 405 f.
Politische Stellung der Sozialdemokratie 249.
— der Partei, Liebknecht's Rede auf dem Stuttgarter Kongreß über die 396.
Politik, Stellung der Arbeiter zur — 153.
Politische Thätigkeit des Generalraths 233.
Politische und ökonomische Ausbeutung 294.
Polizei, preußische — Versuche der — den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen 326.
Polizeichikanen 74.
Preßpolizei in Sachsen 280.
Presse, Sozialistische — 53. 54.
Preßgesetz, Sächsisches — 363.
Preußens politische Rolle 39 f. 253. 422. 873.
Preußische Polizei, Versuche der — den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen — 326.
Preußische Regierung drängt auf Fortführung des Prozesses 17.
Prinzipien und Taktik der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 404; vergleiche auch Taktik.
Privat-Korrespondenzbuch 494.
Privateigenthum, Aufhebung des — 374.
Produktion, Regelung der — als Ziel der Sozialdemokratie 259 f.
Produktiv-Assoziationen 165. 495. 807 f
Programm, Debatte über das — auf dem Nürnberger Verbandstage 760 f.
— der Internationalen Arbeiter-Assoziation 114.
— des Augsburger Einigungskongresses 845 f.
— des Generalraths 509. 907.
— Chemnitzer 145. 721. 909.
— Eisenacher 37. 53.
— Eisenacher — nach dem Muster des Programms der Volkspartei 144.
— Erfurter
— Gothaer 53.
Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation 283.
— über Arbeiterverhaftungen in Frankreich 275.
Proletarier, Der — 384. 846.
Proletarierlied 354.
Proletariat, Forderungen des — 404.
Proletarier und Bourgeois 167.
— und Kommunisten 177.
Proletarische Revolution, Marx über die — 320 f.
Propaganda der That 41. 49 f. 59. 315.
— durch den Prozeß 20. 691.
Protest des Generalraths gegen Hinrichtung der Fenier 235.
Protokoll des Eisenacher Verbandstages 128 f. 791 f.
— des Nürnberger Vereinstages 758 f.
— des Stuttgarter Kongresses 347.
Protokollbuch des Ausschusses 135. 509.
— Das — im Kölner Kommunistenprozeß 67.
Proudhon 45.
Prozeß-Berichtes, Bemerkungen über die Redaktion des — 23.
Prozeß, Entstehungsgeschichte des — 464 f. 583. 656 f.
— historische Bedeutung des — 24.
— Langsamer Fortgang des — 17.
Publikum bei den Prozeßverhandlungen 61.
Putsche 41. 49. f. 57. 59. 121. 143. 376. 427 f. 520 f. 531. 652.
Pusch 98.

Quick 792.

Radikalismus, Aufreizung zum — in einem Briefe v. Vonhorst 327.
Raspe, Briefe von — an Liebknecht und Bracke 352.
Reaktionäre Sozialismus, der — 185.
Rechtsbelehrungen der Geschworenen 620 f.
— Einwendungen dagegen 633.
Reform-Liga, englische 234. 667.
Reform und Diktatur 246. 253.
Regierungssozialismus 74.
Reichstag gegen Sozialdemokraten 14.
— turbulente Szenen im — 14.
— und Sozialdemokratie 31.
Repliken 613 f.
— des Staatsanwalts 613 f.
— des Vertheidigers Freytag I. 623 f.
— des Vertheidigers Freytag II. 628.
Republik, Auffassung des Begriffs der — 142 f. 367. 543.
— sozialdemokratische — 370.
Republikanismus der Sozialdemokratie 24 f. 84. 367. 370.
Republik und Monarchie nach Auffassung des Staatsanwalts 78.
— Castelars Rede für die — 508. 887.
Resolution des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Leipzig an die Wiener Arbeiter 387.
Revolution 87. 310. 542. f. 598 f.
— Ansichten der „Arbeiter-Union" über — 391.
— Ansichten des Volksstaat über — 84.
— Auffassung der Partei von der — 505.
— Auslassungen der Angeklagten über — 107 f.
— Bebel's Aeußerungen über die — 108. 160. 282. 303. 305. 710.
— Vonhorst über die — 531.
— Definition des Begriffes — 457 f. 108 f.
— die — nach Auffassungen Marx' 319 f.
— in Deutschland 57.
— indirekte Aufforderung Bebel's zur — 303. 305. 545.
— Ladendorf über die — 342
— Lassalle über die — 108. 541. 661.
— Liebknecht's Stellung zur — 107. 372.
— Schelling, Vater über die — 109.
— Buchez und Roux über die — 673.
— Bluntschli über die — 710.
— Friedrich d. Gr. über die — 711.
— Macauly über die — 674.
— Stein, Lorenz über die — 736.
Revolutionäre Aktion, Ansichten Ladendorf's über die — 342.
Revolutionäre Bewegung in England 317.
Revolutionäre Gedichte 433 f.
Revolutionäre Geschichte Deutschlands 43.
Revolutionäre Reden, Anschuldigung — gehalten zu haben 105.
Revolutionäre Taktik 356. 385. 391. 427 f. 431. 447 f.
Revolutionskomitee, Generalrath im — 318.
Revolutionsfonds 132. 142. 542. 553. 659.
— Ladendorf's Erklärung über den — 200. 819 f.
— Züricher — 84. 126. 200.
Revolution, soziale — 108 f. 368. 451.
— Artikel des Volksstaat über die — 370.
— Heß über die — 404 f. 742 f.
— Marx über die proletarische — 320 f. 566.
— und die Bauern 196. 286.
— und Organisation 112. 253 f.
— von oben, Stellung der Partei zu einer — 153. 154. 373. 377. 543. 665. 676.
Rittinghausen 152.
Rögner 777.
Röser, s. Rösler 134. 135.
Rothe, Dr. 98.
Rothe Fahne 381 f.
Rüdt, Artikel im Volksstaat (Agitationsbericht) 380.
— Bebel über — 499 f.
— Bemerkungen Liebknecht's über — 198.
Rüder, Polizeidirektor — und Krawalle der Lassalleaner 11. 569.
Rüger 792.
Rüll, Brief an den Ausschuß 484. 563. 792.
Rumpfparlament 378.
Russisch-französische Allianz als Konsequenz der Annektion von Elsaß-Lothringen 417.

Sächsische Gerechtigkeit 12.
Sächsischer Partikularismus 12. 27.
Sächsische Preßpolizei 280.
Sächsische Zeitung, Exzesse des gebildeten Pöbels gegen die — 197.
Saint Simon 44.
Salmann 792.
Saturday-Review über die Internationale 235.
Schelling, Vater und Sohn 109.
Schelling, Vater — über die Revolution 109.
Scheu, Andreas 30. 130. 151.
Scheu, Artikel im Volksstaat, „Begrüßung der Arbeiter" 380.

Schilling 792.
Schmalz 792.
Schmalz-Gesellen 799.
Schrader 797.
Schreiner, Zirkulare der — 510.
Schriftenvertrieb durch Bonhorst 530.
— Sache des Ausschusses 526. 560.
Schuldfragen 534 f.
— Anträge der Vertheidigung zu den — 537 f.
— Nichtigkeitsbeschwerde der Vertheidigung wegen der — 539.
— Definitive Feststellung der — 633.
Schulze-Delitzsch 48. 247. 495.
Schultze-Hamburg 776.
Schwurgerichtsverhandlung in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrath 19.
Schwarze, Generalstaatsanwalt — über den Prozeß 944.
Schwarzes Buch 65. 66. 583.
Schweichel, über die Programmfrage, auf dem Nürnberger Verbandstag 113 f. 760 f.
v. Schweitzer, Aufruf an die Parteigenossen gegen — 118 f.
— aus dem allgemeinen deutschen Arbeiterverein ausgeschlossen 841.
— Bekämpfung durch Bebel 247 f.
— Korruptionstaktik 26. 869 f.
— gegen Eisenacher 10. 29.
— im Bunde mit der Reaktion 120. 869 f.
— Liebknecht über — 246.
— Machinationen gegen den Eisenacher Kongreß 248. 872.
— Märtyrerthum 249 f.
— Stellung zur Kriegsanleihe 6.
— und die preußische Regierung 246. 869.
— und Hofstetten 248.
— Verdächtigungen des Arbeiterverbandes 132.
— Verhetzungen durch — 122.
— Verleumdungen der Partei 204.
— Versuche, den Mainzer Kongreß unmöglich zu machen 326.
— Warnung vor — 384.
Schweitzerianer in Forst 326.
v. Schweitzer'sche Prügelszenen 325. 326.
Sechster Verhandlungstag 313.
Seidel 792.
Sekretariats-Korrespondenzbuch 336. 344. 346. 471. 501. 529.
Senior, Professor, 224.
Servilismus des Bürgerthums 334.
Siebenter Verhandlungstag 335.
Sittenzustandes, Hebung des — als Ziel der Internationale — 270.
Soldatenagitation 476 f. 485. 544.
Soldatenkatechismus, 105. 474. 476. 491. 552.
— Verbreitung des — 519.
Soldat, europäischer — an seine Mitsoldaten 474. 476 f.
Sonnemann, über Altersversorgungskassen und Gewerkschaftsfrage auf dem Nürnberger Verbandstag 786.
— und die Sozialdemokratie 27.
Sozialdemokrat, Der — 54.
— Verleumdung der Eisenacher durch den — 134.
Sozialdemokratie, Bestrebungen der — 289 f.
— Beziehung der — zur Familie — 39.
— erklärt sich solidarisch mit der Kommune 86.
— Erzieherischer Einfluß der — 39.
— Geschichte der — nach den Darlegungen des Staatsanwaltes 539 f. 551 f. 580 f. 656 f.
— Geschichtliche Nothwendigkeit der — 55.
— im Kampfe gegen Polizei u. Staatsanwälte 31.
— Kampfesweise der — 34 f. 46 f.
— nächste Forderungen der — 554.
— oder Cäsarismus 371.
— und Entwicklungsgesetz 35 f. 59 f.
— Partei der Unzufriedenen 249.
— Politische Stellung der — 249.
— Stellung der — zum Reichstage, zu den Landtagen, zu den Gemeindevertretungen — 31.
— und Bismarck 249.
— und Kapitalismus 35.
— während des Krieges 7 f.
Sozialdemokratische Partei, Gründung der — 82. 104. 118. 793.
— Stellung zur Grund- und Bodenfrage — 252.
Sozialdemokratische Republik 370.
Sozialdemokratische Zeitungen 53. 54.
Sozialdemokratisch und sozialrepublikanisch 151. 555.
Soziale Dinge, Ueber — zu reden im Prozesse nicht gestattet 277.
Soziale Frage 369 f.
Soziale Republik als Forderung der Sozialdemokratie 82. 84 f.
Sozialer Kampf 393.
Soziale Revolution 108 f. 368. 451.
— Heß über die — 404 f. 742 f.
Soziales Königthum 58.
Soziales Papstthum 58.
Sozialismus, Fortschritte des — 47. 53 f. 58 f.
— in Frankreich 44.
— in England 46.

Sozialismus in Oesterreich 82. 358 f. 868 f.
— in Ungarn 874.
— und bürgerliche Demokratie 21 f.
— und bürgerliche Freiheit 46.
— wächst in den Staat hinein 40.
Sozialistenverfolgung, 1870 u. 1878 9.
Sozialistische und kommunistische Literatur 185.
Sozialistisches Ziel 114. 143. 156. 259 f. 521 (vgl. auch Prinzipien und Taktik.
Sozialreform 40.
Spanische Revolution, über das Mißlingen der — 384.
Spier 516. 797.
— „Konfidentielle Mittheilungen" bei — beschlagnahmt 315.
— Rede in Eisenach über die Internationale 129. 130.
— verhaftet 7.
— Zeugenvernehmung 524 f.
Staat, Bebel über den — 292 f. 295.
— Liebknecht über den — 156. 268.
Staatshilfe, Diskussion im Volksstaat über die Auffassung der — 402. 541.
Staatssozialismus 74.
Staat und Genossenschaftswesen, von Karl Hirsch 165. 807 f.
— und Gesellschaft 156. 268. 292 f. 295.
Statuten der Internationale 228 f.
— des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 212.
Steiger, Geschwornen — Schlußrede des — 636.
— Geschwornen — Voreingenommenheit des — 466.
— Geschwornen — Wahrspruch d. — 634.
— Geschwornen — zur Charakteristik des 643.
Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen opposition. Parteien 193.
Stiebeling, Dr. 391.
Stieber 134.
— die Kommunisten-Verschwörungen des 19. Jahrhunderts 66. 583.
— gefälschtes Aktenstück zum Kölner Kommunistenprozeß 67.
— Fälschung d. „Protokollbuches" 134 f.
Stimmung des Volkes gegen die Sozialdemokratie 1870 71. 9.
Stirner, Max 453.
Stolle 792.
Strafanträge 635.
Straßenkampf (siehe Putsche).
Strafbarkeit der Rede Bebel's in Plauen nach Auffassung Kirbach's 308.
Streiks, Ansicht Varlin's über — 236.
Streiks 115.
Struve's Schilderhebung 70.
Studenten gegen Sozialdemokraten 10.
Stuttgarter Parteikongreß 5.
— Bericht des Ausschusses über d. — 469.
— Beschluß über d. Mainzer Kongr. 325.
— Liebknecht's Rede über die politische Stellung der Partei 396 f.
— Stellung des — zur Organisation der Partei 256
— Protokoll über den — 347.
— über die Lokalvereine 158.
Suttmann 769 f.
Swoboda, Dr., — Protest gegen Liebknecht 472 f.

Tagesfrage, zur — aus dem „Vorbote", über den deutsch-französischen Krieg 349. 825.
Taktik der Partei 24. 31. 34 f. 40 f. 121. 142. f. 146 f. 156 f. 264 f. 317. 319. 356. 379. 385. 388. 389. 391. 427. 431. 447 f. 581 f. 652 f. 664.
— der Vorbote über die — 354.
— und Organisation, Geib über — 379.
— und Prinzipien der Partei 24. 31. 34 f. 40 f.
Tauscher, Redakteur des „Proletarier" 384. 845. 846. 873.
Temme 202.
Tendenzprozeß 463 f.
Thiers 569.
Thorade 775.
Tischler, Zirkulare der — 510.
Tölke's Verleumdungen 134.
Trades-Unions 316.
Trades-Union-Kongreß in Birmingham über die Grund- u Bodenfrage 359.
Trauppmann 351.
Tremenheere's Blaubuch über die Beschwerden der Bäckergesellen 220.
Tröger, Obergensdarm — 117.
— Zeugenverhör 297.

Umsturz, gewaltsamer — als angebliches Ziel der Sozialdemokratie 111.
Umsturzpläne 335.
Unabhängigen-Bewegung 58.
Unsere Ziele, von Bebel 88. 369. 423 f. 545.
Ure 224.
Utopie, sozialistische — 405.
Utopischer Sozialismus 191.

Zahlreich 775.
Varlin, Vertheidigungsrede des Buchbinders — 235 f.
— über das Erbrecht 252.
Venedy 767.
Verband der Arbeitervereine, Gründung 767, Auflösung 793.
Vereinsgesetz, Organisation entsprechend dem — 255 f.

Vereinsgesetz, Verhältniß der Internationale zu dem — 285.
— Verhältniß der Partei zu den — 144. 146. 158.
— Verletzung der — aber nicht Hochverrath — 345.
Verfolgung der österreichischen Sozialdemokratie 358 f.
Verhandlungen des Schwurgerichts 61 f.
Verlängerung des Reichstagsmandats (1870) 13.
Vernehmung der Angeklagten 103 f.
Verschwörungen 41. 49. 683.
Verurtheilung 635.
Vertrauensmänner der Partei 139.
Verweisung an die Geschwornen 97.
Verweisungs-Erkenntniß der Anklagekammer 91 f.
Vierter Verhandlungstag 206.
Vierzehnter Verhandlungstag 577.
Vieweg 797.
Vogel 792.
Vogel von Falkenstein, Der Vorbote über — 349.
— sein Verhalten gegen den Parteiausschuß 7.
— zu Schadenersatz verurtheilt 18.
Vogt, Karl 72.
Vogt, Herr — von Marx 202.
Vogtländischer Anzeiger, Referat im — über Bebel's Plauen'sche Rede 302.
Völkerbund, Allgemeiner freier — 257.
Volkspartei, Stellung der Sozialdemokratie zur — 196.
Volksstaat, Errichtung des freien — 83. 554.
— Abonnenten des — in Amerika 392.
— „An das deutsche Volk und die Sozialdemokratie" von Beslay und den französischen Genossen der Internationale 407 f.
— Angriffe von Arbeitern gegen den 10 f.
— Artikel „Aus Amerika" gegen die Ueberschätzung des allgemeinen Wahlrecht 390.
— Artikel Bonhorst's über die Baseler Beschlüsse 307 f.
— Artikel „Die soziale Revolution" von Heß 401 f. 742 f.
— Artikel „Eine Mahnung an die Partei, die Kraft nicht in Lokalvereine zu zersplittern" 375 f. 848 f.
— Artikel Greulich's „Zur Heulmeierei gegen d. Baseler Kongreß" 359.
— Artikel „Im rechten Lichte" von Weyrich 402.
— Artikel: „Proletarier vereinigt Euch", Aufruf zum Augsburger Einigungskongreß 384. 841 f.
— Artikel Rüdt's „Agitat.-Bericht" 380.
Volksstaat-Artikel Scheu's „Begrüßung der Arbeiter" 380.
— Artikel über die Industrie- und Agrikulturarbeiter 373 f.
— Artikel über die spanische Revolution 370. 384.
— Artikel „Zur Weltlage", Urtheile über den Chauvinismus und Bismarck's deutsche Politik 861 f.
— Aufruf an die Parteigenossen 357.
— Aufruf des Ausschusses an die Parteigenossen in Betreff des deutsch-französischen Krieges 393 f.
— Aufruf in erster Nummer — 83 f. 154.
— Aufruf nach der Verurtheilung 638.
— Auszüge aus dem — 84 f.
— Erscheinungsweise während des Krieges 574.
— Gehälter der Redakteure 357.
— Gesammthaltung 559.
— Haltung beim deutsch-französischen Kriege 4. 409 f.
— Hepner über die Aufgaben des — 503 f. 558.
— in Geldnöthen 331.
— Korrespondenz von Geib zur Taktik und Organisation 379.
— Manifest der Friedens- u. Freiheitsliga 392.
— offizielles Parteiorgan 361. 643.
— Politische Uebersicht, Verfolgung der österreichischen Sozialdemokratie unter der neuen Aera 358 f.
— Protest der Pariser Sektion der Internationale an die gesammte Arbeiterwelt gegen den Krieg 395.
— Redaktion des — 104.
— Stellung des, zur Pariser Kommune — 4.
— Verhältniß des — zum Ausschuß 513. 528.
— Verhältniß des — zu den Mitarbeitern 361.
— Warnungen, sich nicht provoziren zu lassen 51.
— wird gewarnt 12.
— Zum Leipziger Hochverrathsprozeß 641 f.
— zu wissenschaftlich redigirt 362.
Volksstimme in Wien 355.
Volk und Monarchie 377.
Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens 17. 89. 93. 100. 104.
Vorbote, Artikel über die Maßnahmen Vogel von Falkenstein's 349.
— Artikel über die politische Lage 350. 832.
— Beziehungen zur Partei 355.

Vorbote, Empfehlungs-Annonzen 431.
— Manifest an die ländliche Arbeiterbevölkerung 473. 876.
— Der — über die Taktik 354.
— Verbreitung des — 352.
— „Zur Lage", über den Krieg 1870/71 350. 832.
— „Zur Tagesfrage", über den Krieg 1870 71 349. 825.
Voreingenommenheit des Präsidenten, Aeußerungen der — 150. 151. 277. 297. 306. 311. 340. 341. 350. 353. 367. 372. 378. 382. 385. 411. 463. 465 f. 472. 612.
— des Geschwornen Steiger 466.
Vorwärts 53.

Wagener 704.
Wahlrecht, allgemeines, direktes — 26. 43. 46 f. 390. 541.
— Liebknecht über das — 397.
Wahrer Sozialismus 188.
Wahlresultate 53.
Wahrspruch der Geschwornen 634.
Walster, Otto 142.
— am Webstuhl der Zeit — 491.
— Brief Bonhorst-Bracke an — über Soldatenagitation 491.
Wanderunterstützung, über die — auf dem Nürnberger Verbandstage 787.
Wagener v. Dummerwitz 74.
Wehrfrage, über die — auf dem Nürnberger Verbandstage 788.
Weiding 660.
Weimarer, Vereinsgesetz 145.
Weiß, Adolf 164.
Weller, Kriminalkommissarius 117.
Wendschuch 98.
Werker von Lüttich 249.
Wermuth, die Kommunistenverschwörungen des 19. Jahrhunderts 66.
Werner 499.
Weyrich, Artikel: „Im rechten Lichte" 402 f.
Weyrich, Erklärung über Lassalle 403. 541. 552. 660 f.
Wiener Arbeiter, Resolution des Leipziger Arbeitervereins an die — 387.
Wiener Hochverrathsprozeß 6. 150.
Wiener Rede Liebknecht's 436. 868 f.
Wintersberg 403.
Wirthschaftliche Umwälzung 316.
Witzleben 642.
Wunder von Mentana 56.

York 797.
— wegen Verbreitung von Haß und Mißachtung freigesprochen 419.

Zehmen, v., Sympathieversicherung an Liebknecht 12.
Zehnstundenbill in England 223.
Zehnter Verhandlungstag 439 f.
— Zeidler's Korrespondenz 651. 704.
Zeugenverhör 297 f.
Ziele, demokratische — und die deutschen Arbeiter 167. 797 f.
— der Partei 114. 143. 156. 259. 353. 521. (Vergl. auch Prinzipien und Taktik.)
— der Revolutionäre, in dem Artikel „Unsere Grundsätze" im „Vorbote" 353.
— des Sozialismus 114. 143. 156. 259 f. 521. (Siehe auch Prinzipien und Taktik.)
Zirbs 792.
Zukunftsstaats-Debatte 52.
Zürich, deutscher Arbeiterverein in — 63.
Züricher Kongreß 55.
— Revolutionsfonds 84. 126. 200.
Zusammenbruch, intellektueller und moralischer — 51. 59 f.
Zuschriften an die Verurtheilten, anläßlich des Prozesses 21.
Zweck der inkriminirten Handlungen 103.
Zweiter Verhandlungstag 117.
Zwölfter Verhandlungstag 512.

## Druckfehler-Berichtigung.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Seite | 166, | Zeile | 18 | von | oben | lies: „Volksstaat" statt „Demokrat. Wochenblatt" |
| „ | 257, | „ | 10 | „ | „ | Liebknecht statt Präsident*) |
| „ | 315, | „ | 25 | „ | „ | ist Notenstern * hinter „Confident. Mittheilung" zu setzen, |
| „ | 371, | „ | 3 | „ | unten | französischen statt spanischen, |
| „ | 432, | „ | 28 | „ | oben | ist Notenstern * hinter „Frankfurter Journal" zu setzen statt hinter „Demokr. Wochenblatt" (auf Zeile 17 von oben). |

*) Nur in einem Theil der Auflage.

Digitized by Google

# Inhalt.


| | Seite |
|---|---|
| Einleitung | 3 |
| Erster Verhandlungstag | 61 |
| Zweiter Verhandlungstag | 117 |
| Dritter Verhandlungstag | 157 |
| Vierter Verhandlungstag | 206 |
| Fünfter Verhandlungstag | 281 |
| Sechster Verhandlungstag | 313 |
| Siebenter Verhandlungstag | 335 |
| Achter Verhandlungstag | 357 |
| Neunter Verhandlungstag | 407 |
| Zehnter Verhandlungstag | 439 |
| Elfter Verhandlungstag | 492 |
| Zwölfter Verhandlungstag | 512 |
| Dreizehnter Verhandlungstag | 534 |
| Vierzehnter Verhandlungstag | 577 |
| Anhang | 741 |
| 1. Soziale Revolution. Von M. Heß | 742 |
| 2. Protokoll des 5. Vereinstages in Nürnberg | 758 |
| 3. Protokoll des 6. Vereinstages in Eisenach | 791 |
| 4. Aufruf Bremer und Genossen: An die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins | 794 |
| 5. Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter | 797 |
| 6. Der Staat und das Genossenschaftswesen. Von Karl Hirsch | 807 |
| 7. Erklärung Ladendorf und Goegg | 819 |
| 8. Proklamation des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation | 824 |
| 9. Zur Tagesfrage. (Aus dem „Volksbote“ 1870) | 825 |
| 10. Zur Lage. (Aus dem „Volksbote“ 1870) | 832 |
| 11. Eine Mahnung an die Partei. Von Bebel | 838 |
| 12. Aufruf zur Beschickung des Augsburger Kongresses | 841 |
| Ein neuer Kongreß. Von Bracke | 847 |
| Bebel's Bericht über den Augsburger Kongreß | 852 |


Digitized by Google

17. Mitgliedschaft Deutschlands bei der Internationalen Zivilstand- und Vormundschaftskommission . . . . . 849
14. Haager Zivilprozeßkonvention . . . . . 849
15. Gesetzes- und Vertragskonkurrenz bei Internationalen Kriegs-Übereinkünften . . . . . 861
16. Haager Konvention betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs . . . . . 862
17. Haager Konvention betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs . . . . . 864
18. Haager Konvention betreffend die Umwandlung unter neutraler Flagge fahrender Handelsschiffe in Kriegsschiffe . . . . . 867
19. Haager Konvention betreffend die Legung von unterseeischen Minen . . . . . 868
20. Haager Konvention betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg . . . . . 869
21. Haager Konvention betreffend die Internationalen Kriegs-Übereinkünfte . . . . . 870
22. Haager Konvention betreffend die Internationalen Kriegs-Übereinkünfte . . . . . 870
23. Übereinkunft betreffend die Errichtung eines Internationalen Büreaus für Weltpostvereins-Angelegenheiten . . . . . 871
24. Übereinkunft betreffend den Internationalen Eisenbahn-Frachtverkehr . . . . . 872
25. Übereinkunft betreffend den Internationalen Eisenbahn-Frachtverkehr . . . . . 872
26. Übereinkunft betreffend den Internationalen Eisenbahn-Frachtverkehr . . . . . 872

Digitized by Google